Die materialistische Staatsauffassung - Grundlagen und neuere Theorien zur Dialektik von Gesellschaftsstruktur und politischer Macht

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Doktor-
grades der Ludwig-Maximilians-
Universität München

Referent: Universitätsdozent Dr. Erwin Adler
Korreferent: Prof. Dr. Peter Joachim Opitz

vorgelegt von
Heinz Jürgen Aubeck M.A.
München 1984

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41534901_0009

Die materialistische Staatsauffassung - Grundlagen und neuere Theorien zur Dialektik von Gesellschaftsstruktur und politischer Macht

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Doktor-
grades der Ludwig-Maximilians-
Universität München

Referent: Universitätsdozent Dr. Erwin Adler
Korreferent: Prof. Dr. Peter Joachim Opitz

vorgelegt von
Heinz Jürgen Aubeck M.A.
München 1984

Tag der mündlichen Prüfung:
23. 7. 1984

Inhalt

Vorwort und Einleitung 4

1. Anmerkungen zum aktuellen Stand der Diskussion in der marxistischen Staatstheorie 11

2. Marxistische Theorie und die Stellung und Bedeutung des Staates im Erkenntnisrahmen der gesellschaftlichen Totalität 15

3. Zur Entstehungsgeschichte des politischen Staates der bürgerlichen Gesellschaft 38

4. Die marxistische Interpretation des Staates als Instrument der politischen Herrschaftssicherung in der klassengespaltenen Gesellschaftsformation 6o

5. Staat und ökonomische Reproduktionsbedingungen in der konkurrenzkapitalistischen Phase der bürgerlichen Gesellschaftsentwicklung 73

6. Das Absterben des Staates infolge der sozialistischen Revolution 89

7. Über die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus der marxistisch -leninistischen Parteien 1o6

8. Zur Problematik des Gesellschaftsbegriffs und des Staatsinterventionismus in der westlich - marxistischen Spätkapitalismustheorie 116

9. Zur Problematik der Ableitung des Staates aus der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft 166

1o. Zur Frage der Materialität und Personalität des kapitalistischen Staates - Staatsapparate und staatsrepräsentierende Sozialkategorien 179

11. Bemerkungen zur Legitimationsideologie des bürgerlichen Staates 199

Literaturangaben 217

"Die theoretische Überwindung des Marxismus haben Hunderte strebsamer Apologeten der Bourgeoisie zu ihrer Lebensaufgabe gemacht, zum Sprungbrett ihrer Laufbahn. Was haben sie erreicht? ... Es ist ... allenthalben nur Theorielosigkeit, was die bürgerliche soziale Wissenschaft der Marxschen Theorie, Erkenntnisskepsis, was sie der Marxschen Erkenntnis entgegenzustellen vermag. ... Die Marxsche Lehre wird ... in ihrem für die bestehende Gesellschaftsordnung gefährlichsten Teil über kurz oder lang sicher 'überwunden' werden. Aber nur zusammen mit der bestehenden Gesellschaftsordnung."

Rosa Luxemburg

Vorwort und Einleitung

Dem Zusammenhang von gesellschaftlicher Macht und dem Phänomen des Staates widmeten bereits in der Antike und im Mittelalter Historiker und sozialphilosophische Denker ihre besondere Aufmerksamkeit.
Ihnen verdanken wir die grundlegende Einsicht und Erkenntnis, daß das soziale und politische Leben durch zwei scheinbar widersprüchliche Eigenschaften gekennzeichnet ist. Es handelt sich dabei um die Tatsache, daß die Menschen selbst zwar den gesamtgesellschaftlichen Prozeß bewußt konstituieren, ihm aber dennoch ein umfassenderes, gesetzmäßiges Geschehen zugrunde liegt.

Karl Marx betrachtete an einer Stelle den Staat, der im Zentrum vorliegender Analyse steht, als eine die bürgerliche Gesellschaft umklammernde 'Boa constrictor'. Aber auch frühbürgerliche Philosophen haben den Staat schon als eine der Gesellschaft entfremdete und bedrohliche Gestalt dargestellt.

So verglich z.B. Thomas Hobbes die absolutistische politische Gewalt mit dem mythologischen alttestamentarischen 'Leviathan', einem animalischen Symbol der dämonischen, widergöttlichen Macht.
Ähnlich ließ Nietzsche seinen Zarathustra den Staat als das 'älteste aller kalten Ungeheuer', verlogen und nur dem Reichtum dienend, bezeichnen.

Arnold Toynbee sah den Staat als 'antediluvianisches Monster' und ebenso verachtend spricht Paul Ricoer vom Staat als derjenigen Realität, 'die mit mörderischer Gewalt eingesetzt und aufrechterhalten wird', die bis zur Gegenwart 'stets den Mord als Bedingung ihrer Existenz' zufolge hat.

Seit die moderne Waffentechnik keine Unterscheidung zwischen Kriegs- und Verteidigungsarmeen mehr erlaubt und der weltweite Rüstungsaufwand einen Stand von 2 Milliarden Dollar täglich erreicht hat; und in einer Zeit, in der mit blasphemischen Militärparaden mit ihren martialischen Ritualen in angeblichen Dienste des Friedens staatliche Macht demonstriert werden soll; aufgrund der Tatsache, daß über zwei Drittel der Menschheit politisch offen unterdrückt, unterernährt und medizinisch so gut wie unversorgt in Elend vegetiert und die Bedrohung des globalen ökologischen Gleichgewichts zunehmend bedenkliche Formen annimmt, erscheinen die dokumentierte Anerkennung der Menschenrechte in allen Staaten,ihre offizielle Verpflichtung zum Schutze des Lebens und der damit zusammenhängenden Garantien, sowie die pazifistischen Beschwichtigungen der Regierungen immer unglaubwürdiger und geradezu grotesk.

Es ist heute nicht mehr verwunderlich, daß die fortschreitende Industrialisierung und hemmungslose Ausplünderung der lebenswichtigen und zukunftssichernden natürlichen Ressourcen eine ökologische und Rohstoffversorgungskrise nahelegt, deren Auswirkungen Teil einer allgemeineren, umfassenderen ökonomischen Krise sind, die wiederum eine gesellschaftliche Instabilität nach sich zieht.

Mit der ökonomischen Krise verbindet sich eine ideologische und moralische. Die Mehrheit der Bevölkerung vermißt eine Orientierungshilfe zu einer Lebensführung, deren materielle Grundlagen immer fragwürdiger werden, womit auch staatliche Motivations- und Integrationsmechanismen zusehens ineffektiver werden.

Sämtliche Krisentendenzen kulminieren heute schließlich zu einer politischen Krise, die in der allgemeinen Infragestellung der staatlichen Funktionsweise, d.h. in der Kritik an einer defizitären administrativen Entscheidungsrationalität zum Ausdruck kommt. Damit sind natürlich auch unmittelbar die Legitimationsgrundlagen des modernen Staatssystems tangiert.

Auf geopolitischer Ebene zeichnet sich nun, nach einer Phase der friedlichen Koexistenz und Entspannung zwischen kapitalistischen und realsozialistischen Regimen, eine neue, offene Konfrontationspolitik ab, außerdem scheint das endgültige Scheitern des Nord - Süd - Dialoges absehbar zu sein.

Die Vielfältigkeit der gegenwärtigen, dauerhaft gewordenen Krisensituation und ihr innerer Zusammenhang zeugen entweder von einer entscheidenden Übergangsphase der westlichen Industriegesellschaften, deren Richtung noch nicht eindeutig einschätzbar ist, oder, was immer wahrscheinlicher wird, es bahnt sich eine globale Katastrophe von apokalyptischen Ausmaß an.

Aber auch der Marxismus befindet sich in der Krise, obwohl sozialistische Politiker den Nachweis zu erbringen versuchen, daß die widersprüchlichen Auffassungen im marxistischen Lager nicht antagonistisch seien. Sie verweisen dabei auf die besonderen Klassenkampfbedingungen in verschiedenen Ländern, die unterschiedliche revolutionäre Strategien begründeten.

Der marxistische Wissenschaftler kann sich jedoch mit ideologischen politischen Stellungnahmen nicht zufriedengeben, sondern "bedauert den (sozialistischen Anm.d.V.) Politiker, wenn er ihn, sei's durch aufgezwungene Notwendigkeit, sei's aus Mangel an bewußter Aufrichtigkeit, genötigt sieht, das Unbehagen zu leugnen." [1]

Wie Karl Korsch 1931 schrieb, begann die Krise des Marxismus im Grunde genommen bereits mit dem Versagen des 'proletarischen Internationalismus' der Arbeiterbewegung während des ersten Weltkrieges und zwar als

---

1) Lefèbvre, Probleme des Marxismus, heute, S. 11

eine praktisch - politische und weitete sich schließlich zu einer wissenschaftlichen aus.

"Der Marxismus als Bewegung und als Theorie befindet sich gegenwärtig in einer Krise. Es handelt sich dabei nicht mehr um eine Krise innerhalb des Marxismus, sondern um eine Krise des Marxismus selbst. Die Krise besteht äußerlich in dem völligen Zusammenbruch jener herrschenden Stellung, die der Marxismus in der Vorkriegsperiode in der gesamten europäischen Arbeiterbewegung teils wirklich, teils scheinbar, eingenommen hat. Sie besteht innerlich in einer Umformung der marxistischen Theorie und Praxis selbst, die am deutlichsten sichtbar wird in der veränderten Stellung der Marxisten zu ihrem eigenen Staat und zum bürgerlichen Staatssystem überhaupt." [1]

Nach dem zweiten Weltkrieg setzte sich der Zerfall der kommunistischen Weltbewegung beschleunigt fort. Die russische sozialistische Führungsrolle wurde von einem 'Polyzentrismus' (Togliatti) des Kommunismus abgelöst, d.h. neben dem Sowjetmarxismus entwickelten sich eigenständig der chinesische Maoismus und der von Jugoslawien ausgehende, den 'Nationalkommunismus' einschließende 'Reformkommunismus', der sich inzwischen zum 'Eurokommunismus' ausdehnte.

Außer diesem, nur entwicklungsgeschichtlich verstehbaren Transformationsprozeß, der zur 'Dreispaltung des Marxismus' (Leonhard) führte, entstanden auf mehr wissenschaftstheoretischen Niveau diverse Varianten des Marxismus, die eine Abgrenzung des vornehm politisch - praktisch orientierten Marxismus - Leninismus der kommunistischen Parteien von den Theorien 'orthodoxer', 'revisionistischer', 'trotzkistischer', 'austromarxistischer' und 'neomarxistischer' Theoretiker und Philosophen ermöglichen.

---

1) Korsch, Die materialistische Geschichtsauffassung (und andere Schriften), S. 167

Es existiert also weder politisch noch rein wissenschaftlich eine Einheit der internationalen marxistischen Bewegung. J.P. Sartre sah darin vermutlich weniger eine Krise des Marxismus als eher Marxisten in der Krise, als er von der 'Krisis des marxistischen Geistes' sprach, die seiner Meinung nach zur Folge hatte, daß "die Besten unter ihnen schweigen; man füllt die Stille mit dem Geschwätz der Dummköpfe aus."[1]

Louis Althusser betonte 1977, daß die Krise des Marxismus 'endlich' zum Ausbruch kam, nachdem sie "am Ende eines langen Prozesses zutage getreten und sichtbar geworden (ist)." [2] Althusser sah darin eine Chance zur Erneuerung der marxistischen Parteien, wenn sie die übernommenen Organisations- und Praxisformen vollständig reformieren. So kann die marxistische Krise "den Marxismus erneuern, seiner Theorie neue Kraft geben, seine Ideologie, seine Organisation und seine Praxisformen modifizieren, um der Arbeiterklasse und allen Lohnabhängigen eine wirkliche Zukunft der gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Befreiung zu eröffnen."[3]
Um diese Aufgabe erfüllen zu können, müssen die marxistischen Parteien als proletarische Avantgarde fähig sein, "die tiefe innere Verbindung herzustellen, die die augenblicklichen historischen Forderungen der Werktätigen und die historischen Forderungen der wissenschaftlich - technischen Entwicklung vereinigt. ... Diese Rolle der Partei als Avantgarde bedingt in einem sozialistischen ... Modell einen tiefen Wandel der Konzeption der Partei, eine radikale Abkehr von dem, was man ihre führende Rolle ... nennt.[4]

---

1) Sartre, Materialismus und Revolution, in: Sartre, Drei Essays, S. 1o7

2) Althusser, Die Krise des Marxismus, S. 59

3) Althusser, ebenda, S. 68

4) Garaudy, Die große Wende des Sozialismus, S. 139

Die Krisensituation der Industrienationen resultiert nach marxistischer Auffassung aus dem Unvermögen, die menschlichen und sachlichen Produktivkräfte so einzusetzen und die gesellschaftlichen Beziehungen so zu organisieren, daß das Verhältnis der menschlichen zur außermenschlichen Natur, sowie die zwischenmenschlichen oder gesellschaftlichen Beziehungen den Reproduktionsbedürfnissen und -Notwendigkeiten der modernen Gesellschaftssysteme in entsprechender Weise gestaltet werden können.

Marx und Engels hinterließen bekanntlich keine systematisch ausgearbeitete Staatstheorie, gleichwohl läßt sich eine solche ansatzweise aus ihrem Gesamtwerk konstruieren, welches in sich eine umfassende Theorie der Gesellschaft enthält, wobei die Bedeutung des Staates im Zusammenhang mit ihren gesellschaftshistorischen Analysen und Prognosen deutlich wird.

Die Thematisierung des bürgerlichen Staates macht daher eine eingehende Analyse der ökonomischen und sozialen Struktur des Kapitalismus unumgänglich, soll doch der Staat daraus abgeleitet werden und dem Anspruch der gesellschaftlichen Totalitätssicht, die die ökonomische, soziale und politische Bewegung in einem Gesamtzusammenhang stellt, Rechnung getragen werden. Mit anderen Worten, eine materialistische bzw. marxistische Staatstheorie muß ihren Gegenstand aus den konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen begründen.

Eine umfassende und konsistente Ableitung des Staates aus der Gesellschaftslehre von Marx und Engels ist bis heute noch nicht geleistet worden, wenngleich wissenschaftlich bemerkenswerte weiterführende Versuche unternommen wurden, die Problematik des bürgerlichen Staates im Lichte aktueller Realitäten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu behandeln.

Eine materialistische Staatstheorie erfordert die Herausarbeitung des Wesens und der Erscheinungsweise des kapitalistischen Staates unter dem Aspekt der gesellschaftlichen Totalität.
Dies setzt eine Struktur- und Funktionsanalyse des Staates voraus, wobei die politische Macht als Korrelat der Klassengesellschaft dargestellt werden muß und die Genesis des Staates und seine historische Entwicklung und Veränderung aufzuzeigen ist.

Mit anderen Worten, eine materialistische Staatstheorie muß sowohl das strukturelle Verhältnis von Gesellschaft und Staat umfassen und die Funktionsweise des Staates, bzw. das Verhältnis von Wirtschaft und Politik integrieren können. Dem Verhältnis von Wirtschaft und Politik muß dabei unbedingt jenes von sozioökonomischer und staatlicher Struktur zugrunde gelegt werden, denn der Staat an sich besitzt keine Macht, seine Handlungsfähigkeit und Stärke entspricht jenem Potential an Macht, das ihm von den gesellschaftlichen Klassen übertragen wird.

Hierzu erfordert eine materialistische Staatstheorie eine empirisch gehaltvolle Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit und eine differenzierte Bestimmung der Bewegungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaftsformation, d.h. es muß der Klassencharakter des Staates erkannt und auf die Akkumulationsprozesse des Kapitals bezogen werden.

Darüberhinaus kann eine wissenschaftliche Behandlung des bürgerlichen Staatsgebildes nicht isoliert, bzw. von zwischenstaatlichen Verbindungen unabhängig, erfolgen.

Die defizitäre, krisenhafte Erscheinung des bürgerlichen Staates kann grundsätzlich nur auf die besonderen Ursachen dieser Krisenhaftigkeit hin reflektiert werden, wenn seine Einbindungen in die - ebenfalls problematisch gewordenen - Beziehungen der internationalen Staatssysteme berücksichtigt werden.

1. Anmerkungen zum aktuellen Stand der Diskussion in der marxistischen Staatstheorie

Zur theoretischen Erfassung, Aufarbeitung und Bestimmung gegenwärtiger Erscheinungen und Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Staates, vor allem der zugenommenen staatlichen Interventionstätigkeit in praktisch alle Lebensbereiche, bedingt durch sich wieder zeigende autoritäre etatistische Tendenzen, aufgrund einer Neueinschätzung des bürgerlichen Sozial- und Rechtsstaates, der Auseinandersetzung mit den imperialistischen Kriegen und dem Faschismus, und angeregt durch die Kritik der studentischen Protestbewegung sowie dem Terrorismusphänomen, ferner auch aus Gründen theoretischer Abgrenzungsbestrebungen besonders ambitionierter marxistischer Wissenschaftler, kam es neben der ohnehin allgemeinen marxistischen Kritik an den politischen Paradigma bürgerlicher Staatstheorien (den normativen, juristisch-positivistischen Staatslehren und den system- und entscheidungstheoretischen Interpretationen der Staatsgewalt) in neuer Zeit zu verschiedenen Weiterentwicklungen, Neuformulierungen, Ansätzen und Perspektiven in der marxistischen Staatsauffassung, die sich teils notwendig ergänzen und überlagern, teils auch kontrovers diskutiert werden.

Es entstanden so in Anschluß an die marxistischen Klassiker verschiedene Versuche zum Beispiel

- zur Klärung der dialektischen Wechselbeziehung von Gesellschaft und Staat überhaupt (Lukács, Korsch, Kofler);

- zur Konkretisierung der Beziehung von gesellschaftlicher Struktur und politischer Macht (Althusser, Poulantzas, Foucault);

- zur theoretischen Bestimmung des sozialen Charakters der staatstragenden Gruppen (Kofler, Miliband);

- zur Erhellung der intransparenten Verflechtungen und Interaktionen zwischen Staatsbürokratie und ökonomischen Eliten (Miliband, Jaeggi);

- zur Einordnung des politischen Personals im Rahmen gesellschaftlicher Klassenstrukturanalysen (IMSF, PKA, Bischoff, Tjaden);

- zur Begründung der Dekadenzerscheinungen politischer Organisationen (Michels)

- zur Erforschung spätkapitalistischer Interventionspolitik, ihrer Begrenzung und Bedeutung angesichts des wissenschaftlich - technischen Fortschritts und der kapitalistischen Dauerkrise (Hirsch, Offe, Habermas, Marcuse, Läpple, Altvater, Tuschling, Mandel);

- zur Darstellung der Transformationstendenzen des parlamentarischen Parteiensystems und veränderter Repräsentationspraxis (Agnoli, Brückner);

- zur Interpretation der allgemein enger gewordenen Verbindung von Kapital und Politik, d.h. der Abnahme der relativen Autonomie des Staates gegenüber der kapitalistischen Ökonomie unter der vorausgesetzten Bedingung einer allgemeinen Krise des Kapitalismus (Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus im Marxismus - Leninismus der kommunistischen Parteien);

- zur Ableitung des kapitalistischen Staates aus der Oberfläche oder Zirkulationssphäre der bürgerlichen Gesellschaft (Müller/Neusüß, Flatow/Huisken, Blanke/Jürgens/Kastendiek, Altvater);

- zur Aufdeckung von Wirkungszusammenhängen zwischen spätkapitalistischer Herrschaftsorganisation und individueller Entfremdung (Adorno, Horkheimer, Marcuse, Fromm, Kofler, Duhm, Sperber, Castel, Sartre) ;

ferner kam es von marxistischer Seite zu kompromittierenden Vergleichen von Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit (Abendroth) und zu spezifischer Kritik an zunehmender Verrechtlichung sozialer Beziehungen (Negt), sowie an der Neutralitätsideologie des Staates als Garant einer angeblich pluralistisch organisierten Gesellschaftsordnung (Deppe, Euchner, Narr), um die wichtigsten marxistischen Leistungen auf dem Gebiet der Staatstheorie aufzuzeigen.

Was noch immer aussteht, ist eine Verbindung der modernen materialistischen Staatsinterpretationen zu einer integralen, ihre relativen Stellenwerte berücksichtigenden Betrachtung unter dem Vorzeichen der gesellschaftlichen Totalität, dem eigentlichen Ausgangspunkt der materialistischen Dialektik.

Eine derartige Synthese kann heute, nachdem die Literatur zur marxistischen Staats- und Gesellschaftstheorie unübersichtlich geworden ist, von einem einzelnen Autor nicht mehr geleistet werden. Das richtungsweisende Schrifttum führt in wesentlichen Teilbereichen über die Analysen und Erkenntnisse von Marx, Engels und Lenin hinaus und reflektiert die qualitativen und quantitativen Veränderungen des Wesens und der Erscheinungsweise des spätkapitalistischen Staates der bürgerlichen Gesellschaftsformation.

Das Kardinalproblem der kapitalistischen Gesellschaftsorganisation ist nicht eine durch Entscheidungsüberlastung und kulturellen Wertverfall verursachte 'Unregierbarkeit' des gesellschaftlichen Systems (Crozier, Huntington, Watanuki), sondern die immer diffiziler werdende

Durchsetzung des im Staate aggregierten politischen, ökonomischen und ideologischen Klassenkampfes gegen den zunehmenden Widerstand einer sich kritisch zeigenden Mehrheit der Bevölkerung unter den Bedingungen der spätkapitalistischen Dauerkrise.

2. Marxistische Theorie und die Stellung und Bedeutung des Staates im Erkenntnisrahmen der gesellschaftlichen Totalität

Der Marxismus ist nicht das 'Opium der Intellektuellen' (Aron), nicht 'Ideologie in Aktion' (Bochenski), nicht 'politisch-soziale Weltreligion' (Banning), nicht 'doktrinäre Prophetie' (Abosch), nicht 'dogmatische Ideologie' (Leonhard), nicht'säkularisierte Eschatologie' (Buber), nicht'ideologische Weltsicht' (Wetter), auch keine chiliastische Utopie oder was ähnliches noch die antimarxistische Polemik zu propagieren weiß.
Diese ideologischen Attacken gegen Marx und den Marxismus beweisen nur die "eigene Befangenheit in Vorstellungen der Entfremdung und Repression"[1] und die Beschränkung des Erkenntnisinteresses auf die Verdinglichung und Verewigung der Klassengesellschaft und ihres Staates und damit ihre normative Verklärung.

Konservative bürgerliche Philosophen, Historiker und Politiker folgen gerne dem Argument, der Marxismus wäre als Produkt des 19. Jahrhunderts, soweit überhaupt je für die Industriegesellschaften zutreffend gewesen, heute endgültig überholt und widerlegt. (Dahrendorf, Ossowski, Giddens u.v.a.).
Paradoxerweise begründen sie aber ihr Wertsystem aus der 'christlich - abendländischen Kultur', deren Elemente, nämlich griechisch - römische, bzw. antike Philosophie, das Christentum, die Renaissance und bürgerliche Aufklärung, vielleicht noch das Germanentum, um die wichtigsten zu nennen, weitaus älter sind.

> "Das beliebte Argument, der Marxismus sei ein Produkt des 19. Jahrhunderts und daher veraltet, widerlegt sich dadurch, daß dasselbe Argument auf noch ältere Systeme nicht angewandt wird und sie zum Teil auch nicht trifft."[2]

Die Unhaltbarkeit obiger Begründungsart wird also schon bei oberflächlicher Betrachtungsweise evident.

---

1) Kofler, Der proletarische Bürger, S. 78

2) ebenda, S. 81

Entwicklungsgeschichtlich betrachtet, entstand der Marxismus nicht als philosophischer Ersatz eines dekadent gewordenen oder degenerierten Christentums, der den Glauben an die Finalität der Geschichte aufrechterhält, wie z.B. Eric Vögelin in Anschluß an Nietzsche behauptet, sondern als ein "Element der gesamten abendländischen Geistes- und Gesellschaftslage." [1]

Marx ging es um die Erforschung der Entstehung, Dynamik und Entwicklungstendenz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Dabei stützte er sich, wie Lenin es formulierte, [2] auf die drei geistigen Hauptströmungen der drei fortgeschrittensten Länder seiner Zeit, auf die deutsche Philosophie, die englische Nationalökonomie und die französischen sozialrevolutionären Theorien. Ferner hatte auch die Darwinsche Deszendenztheorie einen wichtigen Einfluß auf das Marxsche Denken, insofern, als die Marxsche Geschichtsinterpretation "die Evolution der Natur bis zur Stufe des Menschen zur Voraussetzung"[3] hatte, oder wie Karl Korsch ausführte,

"wie alle ihre (Marx und Engels,Anm.d.V.) theoretischen Forschungen, so hatte auch dieses Stadium der fernen und fernsten Epochen der geschichtlichen Vergangenheit der menschlichen Gesellschaft für sie, von ihrem materialistisch-dialektischen Standpunkt aus, neben seiner theoretisch wissenschaftlichen zugleich und vor allem auch eine praktische Bdeutung für die auf die totale Umwälzung des gesamten gegenwärtigen Gesellschaftszustandes gerichtete revolutionäre Aktion der proletarischen Klassen."[4]

---

1) Tillich, Für und wider den Sozialismus, S. 32

2) Vgl. Lenin, Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, in: LW 19, S. 3-9

3) Habermas, Erkenntnis und Interesse, S. 57

4) Korsch, Die materialistische Geschichtsauffassung, S. 54 , vgl. auch Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 392-393

Marx gewann von Darwin die Einsicht in die Tatsache einer evolutionären Höherentwicklung der Natur, bzw. des Menschen und folgte Hegel darin, daß ein objektives Entwicklungsziel die Geschichte leitet.

"Trotz aller Komplikationen, die gerade Marx und Engels genauestens beachtet haben, erscheint ihnen die Geschichte als eine Stufenfolge dieser Selbstverwirklichung, ... als eine Stufenfolge von immer höheren Stufen der Freiheit. Selbstverwirklichung und Freiheit erweisen sich hier - natürlich als Prozeß begriffen - als völlig identisch. ... Nur das Bewußtsein von der fortschrittlichen Wesenheit der Geschichte, die wir als eine komplizierte Stufenfolge von immer höheren Stufen der Freiheit zu erkennen haben, darf sich mit gutem Gewissen demokratisch nennen."[1]

Aber Hegels historischer Idealismus stellte den Menschen und die Gesellschaft noch in einen unmittelbar kosmisch - geistigen Zusammenhang. Sein absoluter Geist, der sich in seiner Fortschrittsdialektik als objektiver Geist in Objekten der Kultur, d.h. der Gesellschaft, des Staates, des Rechts, der Moral und Sitte, und als subjektiver Geist als indivduelle Seele, als Bewußtsein, Vernunft und Rationalität manifestiert, wurde von Marx als idealistische Mystifikation erkannt und kritisiert.

"Meine dialektische Methode ist der Grundlage nach von der Hegelschen nicht nur verschieden, sondern ihr direktes Gegenteil. Für Hegel ist der Denkprozeß, den er sogar unter dem Namen Idee in ein selbständiges Subjekt verwandelt, der Demiurg des Wirklichen, das nur seine äußere Erscheinung bildet. Bei mir ist umgekehrt das Ideelle nichts anderes als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle. ... Die Mystifikation, welche die Dialektik in Hegels Händen erleidet, verhindert in keiner Weise, daß er ihre allgemeinen Bewegungsformen zuerst in umfassender und bewußter Weise dargestellt hat. Sie steht bei ihm auf dem Kopf. Man muß sie umstülpen, um den rationellen Kern in der mystischen Hülle zu entdecken."[2]

Die Hegelsche Teleologie wird bei Marx also entmystifiziert, sie wird praktisch, d.h. sie verwirklicht sich "aus Zweckgebundenheit menschlichen Handelns."[3]

---

1) Kofler, Staat, Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus, S. 281 und 156

2) Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 27

3) Kofler, Beherrscht uns die Technik ?, S. 132

Der dritte theoretische Anknüpfungspunkt von Marx war der naturalistische Materialismus Feuerbachs. Feuerbach sah den Menschen allerdings unhistorisch und anthropologisch reduziert als reines Gattungswesen, außerhalb gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten.

Marx überwandt nun den einseitigen Materialismus Feuerbachs wie auch den gleichfalls einseitigen abstrakten Idealismus Hegels, indem er ihre beiderseitige Beschränkung und auch relative Berechtigung aufzeigte und im dem Begriff der gesellschaftlichen Totalität, bzw. der Lehre des 'Historischen Materialismus' aufhob, und damit auch im Gegensatz zu Hegel und Feuerbach kein Welt - und Menschenbild, sondern ein Gesellschaftsbild entwarf.

"Der Standpunkt des alten Materialismus ist die bürgerliche Gesellschaft, der Standpunkt des neuen die menschliche Gesellschaft oder die gesellschaftliche Menschheit."[1]

Die theoretische Begründung der historisch - materialistischen Gesellschafts- und Geschichtsauffassung ist, wie Engels hervorhob, das alleinige Verdienst von Karl Marx.

"Es war gerade Karl Marx, der das große Bewegungsgesetz der Geschichte zuerst entdeckt hatte, das Gesetz, wonach alle geschichtlichen Kämpfe, ob sie auf politischem, religiösem, philosophischem oder sonst ideologischem Gebiet vor sich gehen, in der Tat nur der mehr oder weniger deutliche Ausdruck von Kämpfen gesellschaftlicher Klassen sind, und daß die Existenz und damit auch die Kollisionen dieser Klassen wieder bedingt sind durch den Entwicklungsgrad ihrer ökonomischen Lage, durch die Art und Weise ihrer Produktion und ihres dadurch bedingten Austausches."[2]

Andererseits wurde diese Philosophie oder Lehre aber von Marx und Engels gemeinsam ausgearbeitet und weiterentwickelt und es kann von einer gegenseitigen Kenntnis und Zustimmung ihrer jeweiligen Schriften ausgegangen werden.

---

1) Marx, Thesen über Feuerbach, MEW 3, S. 7

2) Engels, Vorrede zur dritten Auflage von Marx'Schrift 'Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 21, S. 249

"Als ich Marx im Sommer 1844 in Paris besuchte, stellte sich unsere vollständige Übereinstimmung auf allen theoretischen Gebieten heraus, und von da an datiert unsere gemeinsame Arbeit. Als wir im Frühjahr 1845 in Brüssel wieder zusammenkamen, hatte Marx schon seine materialistische Geschichtstheorie in den Hauptzügen fertig herausentwickelt, und wir setzten uns nun daran, die neugewonnene Anschauungsweise nach den verschiedensten Richtungen hin im einzelnen auszuarbeiten." [1]

Engels abstrahierte später von den historischen Gesetzmäßigkeiten und erweiterte den 'historischen Materialismus' in der Form des ''dialektischen Materialismus' zu dem Komplex einer allgemeinen Ontologie, Logik und Erkenntnistheorie, bzw. zu der Wissenschaft von den "allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungstendenzen der Natur, der Menschengesellschaft und des Denkens."[2]

Inwieweit diese von Engels vorgenommene Generalisierung in Übereinstimmung mit Marx geschah und ferner mit modernen naturwissenschaftlichen und psychologischen Erkenntnissen vereinbar ist, ist in der marxistischen Tradition umstritten. Im Rahmen vorliegender Arbeit erscheint diese Problematik nicht relevant und wird daher vernachläßigt, da allein die marxistische Gesellschaftstheorie mit ihren historischen, politischen und ökonomischen Implikationen behandelt wird.

Die letzten Grundlagen des Marxismus oder 'wissenschaftlichen Sozialismus' (in Abgrenzung zum frühsozialistischen Utopismus bei Morus, Campanella, D'Alais, Blanqui, Blanc, Babeuf, Fourier, Saint-Simon, Weitling, Owen, Cabet, teils auch Rousseau u.a.) bezogen Marx und Engels aber aus der Realität der historischen und sozialen Entwicklung, d.h. aus den widersprüchlichen Bewegungen des kapitalistischen Gesellschaft, dem Studium der bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts und schließlich aus der Notwendigkeit revolutionärer Aktion der proletarischen Klasse ihrer Zeit. [3]

---

1) Engels, Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, MEW 21, S. 212

2) Engels, Anti - Düring, MEW 20, S. 132

3) Vgl. Korsch, Karl Marx, S. 56 und 207

Auf die gesellschaftliche Praxis bezogen schuf der Marxismus damit die wissenschaftliche Voraussetzung des proletarischen Befreiungskampfes.
Die Herausbildung dieser neuen, materialistischen Geschichts- und Gesellschaftstheorie wurde zur ideologischen Grundlage "einer konsequenten und erfolgreichen Führung des proletarischen Klassenkampfes." [1]

Die marxistische Theorie ist keine philosophisch - metaphysische Spekulation, sondern empirische und kritische Wissenschaft, die "hinter einem unendlichen Gewirr von ideologischen Verkleidungen den versteckten realen Sachverhalt naturwissenschaftlich treu zu konstatieren"[2] sucht.

Der Verfasser versteht in orthodoxer Tradition den theoretischen Marxismus als Methode zur illusionslosen Erforschung der gesellschaftlichen Realität in revolutionärer Absicht, oder wie Lefèbvre sich ausdrückt, als "die umfassendste Befreiung des Denkens und des gesellschaftlichen Lebens,"[3] als den Versuch, so Garaudy, "das Handeln für das Denken transparent zu machen und es voranzutreiben."[4]

Der Marxismus als Wissenschaft ist aber nicht allein desillusionierend, d.h. er beschränkt sich nicht auf bloße Aufklärung, sondern beinhaltet gleichzeitig auch die Beseitigung des Bedürfnisses nach realitätskompensierender Illusion und wird so zur Theorie sozialer Evolution, politischer Handlungs- und Revolutionstheorie zugleich.[5]

---

1) Cornu, Die Herausbildung des Historischen Materialismus, S. 4

2) Korsch, Karl Marx, S. 2o3 - 2o4
3) Lefèbvre, Probleme des Marxismus, heute, S. 12
4) Garaudy, Marxismus im 2o. Jahrhundert, S. 33
5) Vgl. Habermas, Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, S. 144, Vgl. auch Calvez, Karl Marx, Darstellung und Kritik seines Denkens, S. 18 und 322

Der wissenschaftliche Sozialismus wurde in dieser Gestalt zu einem internationalen geistigen und politischen Orientierungspunkt. Als theoretisches Resultat des Industrialisierungsprozeßes, der Errichtung des Weltmarktes mit all seinen systemimmanenten Gesetzen, gewinnt er mit der Degenerationserscheinung der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Staates stets von Neuen an Aktualität.

Dabei geht es nicht um Ideologisierung oder Indoktrinierung der Massen, auch nicht, um die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Praxis an der eigenen Theorie zu messen - mit derartiger Kritik hat der Marxismus nur den Protest gemeinsam - sondern, der Marxismus strebt als Realabstraktion des sozialen Lebens [1] die theoretische Zusammenfassung der praktischen Existenzbedingungen des Proletariats an, formuliert damit eine revolutionäre, überwindende Praxis, und wird so "der theoretische Ausdruck der revolutionären Bewegung der proletarischen Klasse." [2]

---

1) "Die Voraussetzungen, mit denen wir beginnen, sind keine willkürlichen, keine Dogmen, es sind wirkliche Voraussetzungen, von denen man nur in der Einbildung abstrahieren kann. Es sind die wirklichen Individuen, ihre Aktion und ihre materiellen Lebensbedingungen, sowohl die vorgefundenen wie die durch ihre eigene Aktion erzeugten. Diese Voraussetzungen sind also auf rein empirischem Wege konstatierbar. ... Alle Geschichtsschreibung muß von diesen natürlichen Grundlagen und ihrer Modifikation im Lauf der Geschichte durch die Aktion der Menschen ausgehen. ... Die gesellschaftliche Gliederung und der Staat gehen beständig aus dem Lebensprozeß bestimmter Individuen hervor; aber dieser Individuen, nicht wie sie in der eigenen oder fremden Vorstellung erscheinen mögen, sondern wie sie wirklich sind, d.h. wie sie wirken, materiell produzieren, also wie sie unter bestimmten materiellen und von ihrer Willkür unabhängigen Schranken, Voraussetzungen und Bedingungen tätig sind."
Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 2o - 25

2) Korsch, Marxismus und Philosophie, S. 87

Die marxistische Staatstheorie ist jene, welche die Phänomene ihres Objekt- und Problembereiches auf der Grundlage jener materiellen Bedingungen konzipiert, die die Bildung menschlicher Gesellschaft und ihrer politischen Institutionen und Organisationsformen überhaupt erst ermöglicht.

Der Verfasser bemüht sich um eine möglichst authentische Darstellung und Interpretation der Marxschen Theorie und folgte dabei den Appell von Friedrich Engels, "diese Theorie in den Quellentexten und nicht aus zweiter Hand zu studieren." [1]

Darüberhinaus werden neuere Erkenntnisse zur Gesellschafts- und Staatstheorie von Marx und Engels integriert und zur Geltung gebracht, soweit sie mit den sozialistischen Klassikern und der soziohistorischen Entwicklung grundsätzlich in Einklang stehen.

In diesem Kontext erscheint es mir wichtig, zu der marxistischen Kontroverse hinsichtlich der Wirkungsphasen von Karl Marx Stellung zu nehmen, einer Proplematik, die u.a. auch mit der späten Entdeckung und Veröffentlichung Marxscher Frühschriften zusammenhängt.

Verschiedene marxistische Theoretiker (Lefèbvre, Fetscher, Tillich, Thier) halten den Marx der humanistisch - entfremdungstheoretisch akzentuierten Frühschriften für den wesentlichen oder eigentlichen. So behauptet etwa Erich Thier, "dem Schaffen des späten Marx liegt ... immer die Anthropologie des jungen Marx zugrunde." [2] Paul Tillich erachtet es als notwendig, die ökonomisch bestimmte spätere Phase zugunsten des ursprünglichen, humanphilosophischen aufzugeben. [3]

---

1) Engels, Brief an Joseph Bloch vom 21./22.9.189o, in MEW 37, S. 464

2) Thier, Das Menschenbild des jungen Marx, S.4o

3) Vgl. Tillich, Für und wider den Sozialismus, S. 187 - 197

Einige Philosophen des Marxismus (Mandel, Nicolaus) sehen bei Marx einen Lernprozeß, d.h. Marx habe seine früheren Ansichten später zwar nicht grundlegend aufgegeben, sie jedoch aufgrund neuerer Analysen und Erkenntnisse revidiert. [1]

Elmar Treptow wiederum interpretiert die Entwicklung des Marxschen Gesamtwerkes als Prozeß zunehmender theoretischer Konkretisierung abstrakter Ausgangsbestimmungen und kann bei Marx eine 'diskontinuierliche Kontinuität' feststellen. Das heißt, "die These, daß Marx' Werk eine Einheit ist, schließt die Annahme ein, daß eine Entwicklung vom Früh- zum Spätwerk stattgefunden hat" und diese "Kontinuität des Werks vereinbart sich mit der Diskontinuität und bleibt nur das übergreifende Moment in der Entwicklung." [2]

Althusser unterstellt Marx einen 'ideologischen Diskurs' bis 1844 und einen 'wissenschaftlichen Diskurs' ab 1857. Er klassifiziert dabei den Entfremdungsbegriff als antimarxistisch sowie unwissenschaftlich und sieht bei Marx einen "Bruch mit jeder philosophischen Anthropologie oder mit jedem philosophischen Humanismus." [3]
Ähnlich glaubt auch Poulantzas, beim späten Marx "keine Spur irgendeiner humanistischen Anthropologie" [4] zu finden.
Die Differenzierung der Wirkungsphasen bei Marx wird vor allem auch von sowjetmarxistischer Seite hervorgehoben, [5] und Erich Fromm kommentiert hierzu, die russischen Kommunisten "können auch schwerlich etwas anderes tun, da sowohl ihr Denken wie auch ihr politisches und soziales System in jeder Beziehung im Widerspruch zu Marx' Humanismus steht. Das Ziel von Marx, die Entwicklung

---

1) Vgl. Mandel/Novack, The Marxist Theory of Alienation, S. 13f und Nicolaus, Konkurrenz und Mehrwert - Zur Klassentheorie bei Marx, S. 36

2) Treptow, Die Entfremdungstheorie bei Karl Marx, S. 2

3) Althusser, Für Marx, S. 176

4) Poulantzas, K.Marx und F.Engels, in: Châtelet F.(Hrsg): Geschichte und Philosophie, Bd. V, S. 254
vgl. auch Poulantzas, Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, S. 56

5) Vgl. Grundlagen der marxistischen Philosophie, S. 1o3

der Individualität der menschlichen Persönlichkeit, wird im Sowjetsystem sogar noch in größerem Maß negiert, als im gegenwärtigen Kapitalismus." [1]

Meines Erachtens sollte bei Marx, trotz sich verändernder Terminologie und Akzentuierung der Thematik nicht von einem epistemologischen Bruch, sondern von einer vollen Kontinuität zwischen jungen und späten Marx ausgegangen werden, einer Perspektive, welche sich die meisten bekannten marxistischen Philosophen (Lukács, Kofler, Korsch, Deutscher, Schaff, Schleifstein, Fromm, Bloch, Vranicki, Petrovic, Markovic, Marcuse oder Miliband) zu eigen machten.

Meines Wissens hat Marx in den Spätschriften nie seine früheren Ideen ausdrücklich widerrufen. Die Trennung des Gesamtwerkes dürfte vielmehr analytisch zu verstehen sein, denn in synthetischer Betrachtung verschmelzen bei Marx philosophische, historische, ökonomische und weitere, noch auszuführende Elemente seines Denkens zu einer wissenschaftlichen Synopsis, einer gesamtgesellschaftlichen Totalitätsbestimmung, womit die Unterscheidung von frühen und späten oder unreifen und reifen Marx hinfällig wird.

Wie W. Banning bemerkt, sollte man "vorsichtig sein, wenn man ein Menschenleben und sein Werk irgendwie einordnen will, vor allem aber, wenn der betreffende Mensch in späteren Lebensjahren seine Jugendideen nicht verleugnet hat. Im Allgemeinen verschieben sich nur die Akzente, ohne daß sich wesentliche Veränderungen ergeben." [2] Eine derartige Sichtweise schließt dann auch die Möglichkeit von Weiterentwicklung, Lernprozeßen oder die Integrierung neuerer Einsichten und Erkenntnisse nicht aus.

---

1) Fromm, Das Menschenbild bei Marx, S. 71

2) Banning, Karl Marx, Leben, Lehre und Bedeutung, S. 114, Siehe auch Calvez, Karl Marx, Darstellung und Kritik seines Denkens, S. 35 und 285

Der Begriff der gesellschaftlichen Totalität beinhaltet die einheitliche Zusammenschau geschichtsphilosophischer, politökonomischer, revolutionstheoretischer, sozialanthropologischer, gesellschafts- und ideologiekritischer, kurz, wissenschaftlicher Erkenntnisse und Faktoren, sowie die Zukunftsorientierung auf eine klassen- und damit staatsfreie Gesellschaftsorganisation.
Gleichzeitig synthetisiert diese Betrachtungsweise die Wechselwirkung von Gegebenen, Rationalen und Operationalen, von Substanzialität, Kausalität und Interdependenz, die Parallelität von Theorie und Praxis.

"Selbstverständlich schließen sich nicht nur Ökonomie, Politik und Ideologie, sondern ebensosehr auch geschichtliches Werden und bewußtes gesellschaftliches Handeln zur lebendigen Einheit der umwälzenden Praxis ... zusammen. [1]

Die dialektische Ganzheitsbetrachtung des Marxismus ist darüberhinaus in der Lage, "die Einheit der Momente im Prozeß sowohl als notwendige Bedingung wie gleichzeitig als Resultat dieses Prozeßes aufzuzeigen", [2] klärt also das Verhältnis von Determinismus und Voluntarismus, von Notwendigen und Zufälligen und umfaßt daher auch die "komplizierten Vermittlungen von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft", [3] oder wie Adorno resümierte, "Nichts sozial Faktisches, das nicht seinen Stellenwert in jener Totalität hätte." [4]

Zudem impliziert der Standpunkt der gesellschaftlichen Totalität die theoretische Erfassung jener der Realität innewohnenden, bewegenden Gesetzmäßigkeiten, wie sie von Marx und Engels begründet und von Lenin weiterentwickelt wurden. [5]

---

1) Korsch, Marxismus und Philosophie, S. 98

2) Kofler, Geschichte und Dialektik, S. 225

3) Kofler, Der proletarische Bürger, S. 1o6

4) Adorno u.a., Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, S. 19

5) Siehe Lenin, Philosophische Hefte, Konspekt zu Hegels 'Wissenschaft der Logik', LW 38, S. 212-214

Diese Gesetzmäßigkeiten setzen sich nicht als lineare, mechanische Prozeße durch, sondern stets als Tendenz. Der tendenzielle Charakter der sozialen Bewegungsgesetze resultiert aus den vielfältigen, widersprüchlichen Einflüssen des gesellschaftlichen Lebens, die ihre reine Wirkung hemmen, abschwächen, verstärken oder sonst wie modifizieren.

Die marxistische Totalitätssicht geht aber nicht aus von einem komplexen Ganzen, dessen Elemente, als Erscheinunsform eines primären Wesens, gleichwertig sind. Diesen Gedanken hatte Hegel noch vertreten und Adorno folgt ihm hier.[1]

Die marxistische Totalität hat eine dezentralisierte, asymetrische Struktur, keinen Mittelpunkt, sondern ein dominierendes Moment und eine Determiniertheit in letzter Instanz. Somit sind die Elemente der gesellschaftlichen Totalität keine Epiphänomene einer ökonomischen Basis, wie häufig angenommen wird, sondern es existiert eine "durchgehende Bestimmtheit aller gesellschaftlichen Erscheinungen durch die ökonomische Basis".[2] Systematischer noch interpretieren Althusser und Poulantzas die marxistische Totalität als 'strukturiertes Ganze mit Dominante',[3] bzw. als 'komplexe Struktur mit Dominante'.[4]

---

1) "Dialektisch denken heißt, ... daß das Argument die Drastik der These gewinnen soll und die These die Fülle ihres Grundes in sich enthalten. ... In einem philosophischen Text sollten alle Sätze gleich nahe zum Mittelpunkt stehen."
Adorno, Minima Moralia, S. 86

2) Korsch, Die materialistische Geschichtsauffassung, S. 5o

3) Althusser, Ideologie und ideologische Staatsapparate, S. 65 und 69

4) Poulantzas, Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, S. 36

Leo Kofler erklärt das Verhältnis von ökonomischer Basis und gesellschaftlichen Ganzen auf die Weise, "daß die Ökonomie, das ist die im Dienste der Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens stehende Praxis ... jene bestimmende Kraft darstellt, durch die sich der gesellschaftliche Prozeß als eine alle Momente zur dialektischen Einheit gestaltende Ganzheit konstruiert" [1] und, so Georg Lukács, "erst in diesem Zusammenhang, der die einzelnen Tatsachen des gesellschaftlichen Lebens als Momente der geschichtlichen Entwicklung in eine Totalität einfügt, wird eine Erkenntnis der Tatsachen, als Erkenntnis der Wirklichkeit möglich." [2]

Marx präzisierte seine Auffassung der gesellschaftslichen Totalitätssicht in der Form des 'Historischen Materialismus' als zwei Ebenen, die durch dialektische Determination einander zugeordnet sind. Dominierende oder primäre Struktur ist dabei das Technisch-Ökonomische, welche das Politisch-Juristische und die gesellschaftlichen Bewußtseinsformen, bzw. die Überbau - oder sekundäre Struktur letztlich bestimmt.

> "In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt." [3]

---

1) Kofler, Geschichte und Dialektik, S. 148

2) Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, S. 69

3) Marx, Zur politischen Ökonomie (Vorwort), MEW 13, S. 8

Anders als in Hegels spekulativen Idealismus, verkörpert bei Marx der sich - fortschreitend verändernde - Stand der Produktivkräfte, d.h. des technischen Instrumentariums, der natürlichen Ressourcen, der Naturwissenschaften und vor allem der menschlichen Arbeitskraft, ihre produktiven Fertigkeiten, das bestimmende Moment der historischen Entwicklung, da aus ihnen die gesellschaftlichen Beziehungen, die Produktionsverhältnisse oder die gesellschaftliche Basis hervorgehen, die wiederum die konkrete Erscheinungsweise des Staates determinieren.

"Mit der Erwerbung neuer Produktivkräfte verändern die Menschen ihre Produktionsweise, und mit der Veränderung der Produktionsweise, der Art, ihren Lebensunterhalt zu gewinnen, verändern sie alle ihre gesellschaftlichen Verhältnisse." [1]

Die Produktionsverhältnisse sind jedoch nicht, wie Konrad Löw fälschlich interpretiert, die 'schuld- und sachrechtlichen Beziehungen,' [2] sondern soziale Verhältnisse und in juristischer Form Eigentumsverhältnisse, woraus dann die Verhältnisse der Arbeitsteilung und Kooperation, sowie die Verteilungs- und gesellschaftlichen Machtbeziehungen, ableitbar sind.
Innerhalb des Produktionsprozeßes oder der Produktionsweise, die sich aus der Einheit von Produktivkräfte und Produktionsverhältnissen zusammensetzt, haben die Produktionsverhältnisse die dominierende, d.h. die den Gesellschaftscharakter bestimmende Rolle.

"Nicht was gemacht wird, sondern wie, unterscheidet die ökonomischen Epochen". [3] Das Primat der Produktionsverhältnisse über das technische und menschliche Produktivpotential ist also für eine bestimmte Gesellschaftform bezeichnend und berücksichtigt die konstitutive Rolle der gesellschaftlichen Basis für die politischen Verhältnisse, den Staat.

"Das materielle Leben der Indivduen ... ihre Produktionsweise und die Verkehrsform, die sich wechselseitig durchdringen, ist die reelle Basis des Staates ... ganz unabhängig vom Willen der Individuen. Diese wirklichen Verhältnisse sind keineswegs von der Staatsmacht geschaffen, sie sind vielmehr die sie schaffende Macht." [4]

---

1) Marx, Das Elend der Philosophie, MEW 4, S. 13o
2) Löw, Die Lehre des Karl Marx, S. 111
3) Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 188
4) Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 311

Die Realfaktoren der ökonomischen Praxis determinieren gesetzmäßig die Erscheinungsweise der politischen Institutionen und ihre Veränderung, wie auch die gesellschaftlichen Bewußtseinsformen und nicht umgekehrt. Nach materialistischer Geschichtsauffassung sind also

"die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen zu suchen nicht in den Köpfen der Menschen, in ihrer zunehmenden Einsicht in ewige Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern in Veränderungen der Produktions- und Austauschweise; sie sind zu suchen nicht in der Philosophie,[1] sondern in der Ökonomie der betreffenden Epoche."

Jedoch warnte Engels vor einer reduzierten, ökonomisch - deterministischen Betrachtung der politischen Entwicklung, nach welcher ausschließlich der technische Fortschritt als treibender Impuls der gesamtgesellschaftlichen Bewegung in Frage käme und verdeutlichte in verschiedenen Briefen die dialektische Rückwirkung der Überbaufaktoren auf die ökonomisch - gesellschaftliche Struktur.

"Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase. Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Überbaus ... üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren Form. Es ist eine Wechselwirkung aller dieser Momente, worin ... als Notwendigkeit die ökonomische Bewegung sich durchsetzt. Wir machen unsere Geschichte selbst, aber ... unter sehr bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen. Darunter sind die ökonomischen die schließlich entscheidenden."[2]

---

1) Engels, Anti - Düring, MEW 20, S. 248 - 249

2) Engels, Brief an Joseph Bloch vom 21./22.9.1890, MEW 37, S. 463
vgl. auch Engels, Brief an Franz Mehring vom 14.7.1893 in MEW 39, S. 96f und Engels, Brief an W. Borgius von 25.1.1894 in MEW 39, S. 206

Im Bezugsrahmen der materialistischen Dialektik bekommt so auch die Religions- und Wirtschaftssoziologie Max Webers, (die Begründung der kapitalistischen Gesellschaftsformation durch die 'protestantische Arbeitsethik') ihre angemessene Gewichtung. Als ideelle Randbedingung war die 'calvinistische Askese ... das unentbehrliche Mittel der kapitalistischen Akkumulation."[1] Ebenfalls wirkt die marxistische Theorie selbst, als Kritik an der kapitalistischen Ordnung und gleichzeitig wissenschaftlich - theoretischer Überbau des revolutionären Proletariats, in dialektischem Verständnis auf die gesellschaftliche Basis zurück, "die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift."[2]

Trotz der klärenden Erläuterungen von Engels und späterer Sozialisten sehen sich bürgerliche Sozialwissenschaftler immer noch genötigt, den Marxismus als 'panökonomischen Determinismus' (Geiger), monokausalen oder ökonomischen Reduktionismus zu bezeichnen. Das Primät der Ökonomie in der gesellschaftlichen Totalität darf nicht, wie schon erklärt wurde, im Sinne einer mechanisch-chronologischen Kausalität oder linearen Deduktion, also irgendwie reduktionistisch interpretiert werden. Die Marxschen Kategorien 'Basis' und 'Überbau'

> "sind erst zureichend definiert, wenn sie als dialektische Kategorien die ganze Widersprüchlichkeit jener ökonomischen, sozialen, politischen und ideellen Verhältnisse enthalten, in denen sie sich als Verhältnisse, als Funktionszusammenhänge der gesellschaftlichen Totalität gebildet haben." [3]

Der Staat und die Ideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sind nach Marx die 'Basis in einer anderen Potenz',[4] das heißt, in dialektisch verstandenen Sinne mit der Basis, den sozialen und ökonomischen Verhältnissen, identisch.

Der kapitalistische Staat ist im Rahmen der gesellschaftlichen Totalität stets durch die inneren Gesetzmäßigkeiten der bürgerlichen Gesellschaft und Ökonomie bestimmt, er kann nicht unabhängig vom Verständnis der gesamtgesellschaftlichen Struktur begriffen werden.

---

1) Kofler, Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, S. 33o

2) Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung, MEW 1, S. 385

3) Sandkühler, Praxis und Geschichtsbewußtsein, S. 171

4) Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S.156

Da die kapitalistische Gesellschaft nicht naturgegebenes ewiges Prinzip ist, sondern historisch bedingte Form menschlicher Existenzweise, und ihr Staat als deren notwendiger politischer Überbau figuriert, ist ferner nach den Bedingungen der Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Staates zu fragen. Es sind hierzu die objektiven und subjektiven Voraussetzungen zu klären und mögliche Formen des Übergangs und des Zieles zu verdeutlichen.

Die dialektische Dynamik des widersprüchlichen Verhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen einerseits und zwischen Basis und Überbau andererseits finden ihren historischen Ausdruck im gesellschaftlichen Klassenkampf. Eine anachronistische Gesellschaftsordnung wird nach Marx zu einer höheren, dem Stand der Produktivkräfte angemessenen revoltiert, was auch dann den Staat wie auch die gesellschaftlichen Bewußtseinsformen entsprechend verändert.

> "Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen ... innerhalb derer sie sich bisher beher bewegt hatten. ... Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheuere Überbau langsamer oder rascher um. "[1]

Es sind also die objektiv technisch-ökonomischen wie auch politischen und ideologischen Faktoren, die dialektische Beziehung von Subjekt und Objekt im historischen Prozeß theoretisch zu integrieren. Keine der beiden Seiten gesellschaftlichen Geschehens darf ignoriert werden, will man die Marxsche Gesellschafts- und Staatstheorie heute wieder aktualisieren.

---

1) Marx, Zur politischen Ökonomie (Vorwort), MEW 13, S. 9

Der Staat ist die politisch institutionalisierte Macht der historisch bedingten Klassengesellschaften, Ausdruck ihrer notwendig gewordenen Organisationsform. Als solche hat der Staat keine eigene Wesenseigenschaft, er ist Teil eines gesellschaftlichen Überbaus, relativ eigenständiges Strukturelement, welches die sozialen Machtverhältnisse zunächst ideell widerspiegelt und sich materiell in den Staatsapparaten manifestiert.

In dieser manifesten Gestalt wirkt er spezifisch dialektisch auf die gesellschaftliche Basis, bzw. die klassenstrukturellen Beziehungen zurück.

Seine konkreten Funktionen basieren dabei auf den technisch -ökonomischen Entwicklungsstand der Gesellschaft, sowie den Kräfteverhältnissen im Klassenkampf.

Der Staat ist in der gesellschaftlichen Totalität also zweifach bestimmbar. Erstens, als relativ autonome Funktionsinstanz und zweitens als Rückwirkungsfaktor auf die Klassengesellschaft, als deren aktiver Reflex. Die relative und spezifische Autonomie des Staates, der Grad dieser funktionalen Eigenständigkeit und seine konkrete Erscheinungsweise sind nicht mechanisch - logisch zu erklären, wie die oft vulgarisierenden Darstellungen der dialektischen marxistischen Theorie suggerieren, sondern aus den Eigentümlichkeiten jeder Produktionsweise, nach Marxens Geschichtssystematik der asiatischen, sklavenhalterischen, feudalen und kapitalistischen Produktionsweise. Die relative Staatsautonomie wird in diesen Gesellschaftsordnungen erforderlich, um die Spaltung der ausbeutenden, besitzenden und herrschenden Klassen politisch zu reduzieren, d.h. ihr Gesamtinteresse zu vertreten und damit gleichzeitig auch den Zusammenschluß der ausgebeuteten, besitzlosen und beherrschten Klassen Klassen gewaltsam zu verhindern.

Der kapitalistische Staat ist ein historisches Produkt, eine bestimmte Form der Organisation von Herrschaft, die ihre Grundlage in den bürgerlichen Produktions- bzw. Eigentumsverhältnissen hat, in der für den Kapitalismus typischen Trennung der Produktionsmitteln von den eigentlichen Produzenten.

Die Komplexität der Strukturen und Aktionen des bürgerlichen Staates können nur erforscht werden, indem die Produktionsverhältnisse und die darauf beruhenden Klassenverhältnisse und -auseinander - setzungen der Analyse zugrunde gelegt werden und gleichzeitig untersucht wird, wie der Staat bzw. die Vielzahl seiner Funktionsorgane auf den sozioökonomischen Prozeß der bürgerlichen Gesellschaft zurückwirken und welche Grenzen dabei gesetzt sind. Dies erfordert eine genauere Bestimmung des Inhalts und der Form der kapitalistischen Gesellschaftsformation und muß die Frage klären, warum kapitalistische Gesellschaften einer politisch - rechtlichen Vermittlungen der Klassenmacht bedürfen, wie sich diese Vermittlungen konstituieren und welcher Art die Rückwirkungen des politischen Überbaus auf die Gesellschaftsbasis sind.

Dabei ist es erforderlich, den bürgerlichen Staat als komplexen, relativ autonomen Herrschaftsapparat, der sich als Repräsentant des Allgemeininteresses auszuweisen versucht, zu analysieren und dabei stets auf die Bewegung der kapitalistischen Gesellschaft zu beziehen.

In der marxistischen Diskussion ergibt sich dabei das besondere Problem der Erfassung der Vermittlungsmechanismen zwischen Basis und Überbau, zwischen gesellschaftlicher Struktur und politischer Herrschaft.

"Dem Marxismus fehlt eine Gliederungssystematik der Vermittlungen, um den Prozeß zu erfassen, der die Person und ihr Produkt innerhalb einer Klasse und einer gegebenen Gesellschaft in einem gegebenen historischen Zeitpunkt hervorbringt." [1]

1)Sartre, Marxismus und Existentialismus, S. 48

Die tendenziellen Gesetzmäßigkeiten der historischen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung setzen sich nicht linear oder direkt durch, es "gehen die Dinge in der Wirklichkeit nicht rein ein", [1] d.h., sie bedürfen der praktischen Vermittlung.

Die politische Herrschaft des Kapitals wird von den Marxisten meist äußerlich gesetzt, als organisatorischer Vorgang, als Frage der personellen Interrelation bzw. der Kooperation von Wirtschafts- und Staatsbürokratie, wobei sich der häufige persönliche (und auch formell wie informell institutionalisierte) Kontakt zwischen Vertretern des Kapitals und bürgerlichen Politikern, unterstützt durch die Tatsache ihrer gemeinsamen Klassenbasis, als plausibeles Argument anbietet.

Jedoch, wie Karl Korsch betonte, besteht

"das Wesen der materialistischen Dialektik ... darin, die historischen Erscheinungen nicht unmittelbar, ... sondern unter einer möglichst vollständigen Erfassung aller ihrer konkreten Vermittlungen aus ihrer ökonomischen Basis selbst, ... nicht abstrakt in ihrer fixierten und verabsolutierten jeweiligen Gestalt, sondern konkret in ihrer geschichtlichen Bewegung und Entwicklung zu begreifen." [2]

Leo Kofler sieht die Vermittlungsbildung von Basis und Überbau "durch in Gesellschaft denkende und tätige Individuen hervorgebrachte Beziehungen und Verhältnisse" [3] realisiert. Es versteht sich von selbst, daß menschliche Tätigkeit intellektuell vorkonzipiert sein muß, daß die Motive und Triebkräfte des Menschen "durch seinen Kopf durchgehen ... müssen, um ihn zum Handeln zu bringen." [4] Auf die Gesellschaft übertragen bedeutet dies für Engels,

"daß in der modernen Geschichte der Staatswille im ganzen und großen bestimmt wird durch die wechselnden Bedürfnisse der bürgerlichen Gesellschaft, durch die Übermacht dieser oder jener Klasse, in letzter Instanz durch die Entwicklung der Produktivkräfte und der Austauschverhältnisse." [5]

---

1) Marx, Das Kapital, Bd.I, MEW 23, S. 174

2) Korsch, Die materialistische Geschichtsauffassung, S. 86-87

3) Kofler, Beherrscht uns die Technik?, S. 122

4) Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW 21, S. 3oo

5) ebenda,

Die vermittelnden sozialen Beziehungen und Verhältnisse in der Klassengesellschaft, die durch die besonderen Interessen der herrschenden Klasse geprägt werden, verweisen schließlich auf die gesellschaftlichen 'Praxisformen'(Althusser, Poulantzas), d.h. auf die ökonomischen, politischen und ideologischen Formen des Klassenkampfes, womit aber von den konkreten Vermittlungsmechanismus zwischen Gesellschaft und Staat, zwischen herrschenden Klassen und politischer Macht noch immer abstahiert wird.
Erich Fromm betont, daß es der 'Gesellschaftscharakter'[1] sei, d.h. die durch politische Sozialisation im Erziehungs- und Bildungssystem und durch allgemeine gesellschaftliche Rollenprägung entstandene Haltung, die als 'Transmissionsriemen' zwischen Basis und Überbau mediatisiert. Der 'Gesellschaftscharakter hat bei ihm die Funktion,

"die Energien der einzelnen Mitglieder der Gesellschaft so zu formen, daß ihr Verhalten nicht von der bewußten Entscheidung abhängt, ob sie sich nach dem gesellschaftlichen Modell richten wollen oder nicht, sondern daß sie so handeln wollen, wie sie handeln müssen und daß es ihnen gleichzeitig eine gewisse Befriedigung gewährt, wenn sie sich den Erfordernissen ihrer Kultur entsprechend verhalten. Mit anderen Worten, es ist die Funktion des Gesellschafts - Charakters, die menschliche Energie in einer bestimmten Gesellschaft so zu formen und zu kanalisieren, daß diese Gesellschaft auch weiterhin funktioniert."[2]

Nun wird die Geschichte aber nicht von Personen, auch nicht von 'Persönlichkeiten' gemacht, sie bedient sich ihrer lediglich,[3] andererseits auch nicht von menschenloser Strukturalität.

Die Vermittlungspraxis zwischen strukturdominierenden Technisch - Ökonomischen und Politischen sowie Ideologischen, wurde in der marxistischen Dialektik bislang nicht befriedigend geklärt, aber "wie jede Theorie ist auch der Marxismus entwicklungsfähig."[4]

---

1) Fromm, Jenseits der Illusionen, S. 72f

2) Fromm, Wege aus einer kranken Gesellschaft, S. 82

3) Vgl. Sperber, Individuum und Gemeinschaft, S. 74

4) Kofler, Der proletarische Bürger, S. 81

Schon Lenin warnte vor einer dogmatischen Erstarrung der Marxschen Lehre und emphasierte die Notwendigkeit, sie gemäß sich ändernden gesellschaftlichen Umständen weiterzuführen, zu entfalten oder auszuformen.

"Wir betrachten die Theorie von Marx keineswegs als etwas Abgeschlossenes und Unantastbares; wie sind im Gegenteil davon überzeugt, daß sie nur das Fundament der Wissenschaft gelegt hat, die die Sozialisten nach allen Richtungen weiterentwickeln müssen. ... Wir sind der Meinung, daß es ... notwendig ist, die Theorie von Marx selbständig weiterzuentwickeln, denn diese Theorie liefert lediglich die allgemeinen Leitsätze, die im einzelnen auf England anders angewandt werden als auf Frankreich, auf Frankreich anders als auf Deutschland, auf Deutschland anders als auf Rußland." [1]

Mit anderen Worten, der Maxismus ist entwicklungsfähig und auch -bedürftig, er ist "längst noch nicht erschöpft, ... noch nicht überlebt, weil die Zeitumstände, die ihn hervorgebracht haben, noch nicht überlebt sind." [2]

Folgt man dem Marxschen 'Prinzip', sich auf die fortschrittlichsten sozialen, ökonomischen und politischen Philosophien und Erkenntnisse zu stützen und sie zu neuer Form zu bringen, dann erklären sich auch die vielen modernen Synthesen, Verbindungen oder Erweiterungen der marxistischen Theorie mit Phänomenologie und Existentialismus (Sartre, Merleau - Ponty), mit psychoanalytischen Traditionen (Reich, Sperber, Fromm, Marcuse), mit futurologischen Gedankengut (Flechtheim), mit strukturalistischer Orientierung (Althusser, Poulantzas, Balibar, Godelier), mit anarchistisch/anarchosyndikalistischen Philosophien (Sorel), mit idealistischen Standpunkten (Tillich, Garaudy) oder mit kommunikationstheoretischem Ansatz (Habermas). [3]

---

1) Lenin, Unser Programm, LW 4, S. 2o5 - 2o6

2) Sartre, Marixmus und Existentialismus, S. 27 - 28

3) Sinngemäß spricht Mordstein von 'Schwerpunktsverlagerungen' im Marxismus und unterscheidet dabei humanistische, positivistisch - szientifische, eschatologisch - futuristische und pragmatisch - etatische 'Akzentuierungen'. Siehe Mordstein, Ist der Marxismus Humanismus?, S. 17-18

Bei einer Wissenschaft außerdem, die aus einer Synthese von Idealismus und Materialismus entstand, welche die Struktur- und Funktionsweise der gesellschaftlichen Totalität analysiert und zur ständigen Aktualisierung in einer Welt sich verändernder Realitäten bereit ist, sollte eine manchmal etwas einseitige Akzentuierung z.B. ökonomischer, historischer, teleologischer, humanistischer und strukturalistischer Momente oder eine Neigung zum Politizismus nicht verwundern. Aus der Vielseitigkeit des Marxismus rühren offensichtlich teilweise auch die vielen innermarxistischen Kontroversen, die die bekannten 'linken' [1] Spaltungen mitverschuldet provozierten und so den Krisencharakter auch des Marxismus zumindestens verstärkten.

Die divergente Behandlung der Marxschen Theorie zeugt also von der immensen Interpretationsspanne marxistischen Gedankenguts und der Reichweite von subjektiven 'Marxverständnis'.

Der Eingangs dieser Abhandlung erwähnte Widerspruch von menschlicher Selbstbestimmung und gesellschaftlicher und historischer Gesetzmäßigkeit, wird jedenfalls in der dialektisch - materialistischen Geschichtsauffassung aufgehoben, indem die Gesellschaftsordnung und ihr Staat als Formen selbsterzeugten, wie auch gesetzmäßig und damit relativ unbeeinflußbaren Zusammenhangs interpretiert werden, ein Zusammenhang, der auf der Entwicklung des Produktivkräftepotentials und damit auf der Grundlage der notwendigen Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur und seiner selbst beruht.

---

1) Die gängigen Begriffe 'rechts' und 'links' sind heute als wissenschaftliche Kategorien nur von bedingter Brauchbarkeit. Ohne ihre terminologische Bedeutung weiter zu problematisieren, also rein arbeitshypothetisch, verwendet der Verfasser hier diese Begriffe nach der Auslegung oder Definition von Reinhard Kühnl, welcher 'rechts' entsprechend für reaktionär - autoritäre und hierarchische Strukturen in Gesellschaft in Staat, - und 'links' für progressive, demokratische gesellschaftliche und politische Praxis reserviert. vgl. Kühnl, Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus, S. 11

3. Zur Entstehungsgeschichte des politischen Staates der bürgerlichen Gesellschaft

Die Frage nach der Genesis des Staates ist gleichbedeutend mit der Frage nach dem Verhältnis von Gesellschaft und Staat, die beide im dialektischen Sinne identisch sind.
Diese Identität drückt sich schon darin aus, "daß der Staat zur Gesellschaft im Augenblick seines historischen Entstehens nicht etwa 'hinzukommt', sondern die Gesellschaft, obgleich sie es bleibt, sich eine staatliche Lebensform gibt". [1]

Es ist in der marxistischen Diskussion bekannt, daß es bei den sozialistischen Klassikern keine 'allgemeine' Theorie des Staates gibt, nicht allein deshalb, weil sie eine solche zeitlich nicht mehr entwickeln konnten, sondern weil es auch nicht ihre Absicht war, eine Staatstheorie in der Tradition bürgerlicher Philosophen wie Hobbes, Locke, Rousseau, Montesquieu, Kant oder Hegel zu konzipieren.

Marx und Engels erkannten, daß die Staatsentstehung nicht auf der Basis von 'Gesellschaftsverträgen', die aus utilitaristischer Rationalität oder aus praktischer Notwendigkeit aufgrund eines repressiven Menschenbildes abgeschlossen worden sein sollen, ableitbar ist.

Marx, der, wie Bloch es nannte, schon früh einen 'Spürsinn fürs Wesentliche' [2] hatte, distanzierte sich von bürgerlichen Konventionsideologien, von den nur herrschaftslegitimierenden Fiktionen gesellschaftlicher Übereinkünfte.

---

1) Kofler, Staat, Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus, S. 16

2) Bloch, Karl Marx und die Menschlichkeit, S. 77

Ebensowenig konnte in der materialistischen Gesellschaftstheorie der Staat als vernünftiger Entwurf einer naturteleologisch betrachteten Menschengattung auf ihrem Ziel zum 'Weltbürgertum' oder als Verwirklichung sittlicher Ideen analysiert werden.

Marx beabsichtigte bereits 1858, in einem Abschnitt des geplanten umfassenderen Werkes, von welchem das 'Kapital' nur der erste Teil sein sollte, den Staat einer systematischen wissenschaftlichen Betrachtung zu unterziehen, konnte dieses übergreifende Gesamtwerk aber nicht fertigstellen. [1]

Andererseits haben Marx und Engels aber unmißverständlich "die theoretischen Grundlagen einer Staatstheorie im Rahmen des historischen Materialismus niedergelegt." [2]

In der Kritik des Gothaer Programms führte Marx aus, daß es zwar sinnvoll sei, von der kapitalistischen Gesellschaft als von der 'heutigen Gesellschaft' zu sprechen, da die kapitalistische Produktionsweise in allen Kulturländern annähernd gleiche gesellschaftliche Strukturen geschaffen habe, jedoch der 'heutige' Staat wechsele mit den Landesgrenzen. [3]

Die unterschiedlichen historischen Prozeße der Heraus - bildung des bürgerlichen Staates aus der Feudalität, die Art und Weise der Übernahme des absolutistischen Staatsapparates durch die Bourgeoisie, der national unterschiedliche Verlauf der Kapitalakkumulation und der Klassenkämpfe führten zu unterschiedlichen Ausprägungen des politischen Überbaus in den verschiedenen kapitalistischen Ländern, so daß es eine Fiktion sei, vom 'heutigen Staat' zu sprechen. Andererseits betonte Marx aber auch, daß

---

1) Vgl. Marx, Brief an F. Engels vom 2.4.1858, in MEW 29, S.312

2) Lukács, Lenin , Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken, S. 57

3) Vgl. Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S.28

die kapitalistischen Staaten trotz ihrer Unterschiede gemeinsam auf dem Boden einer mehr oder minder entwickelten bürgerlichen Gesellschaft stehen und daher "gewisse wesentlichen Charaktere gemein" [1] haben.

Ebensowenig wie es das Kapital, die Produktion oder den Menschen 'im Allgemeinen' gibt, ist es möglich einen allgemeinen Begriff des Staates zu entwickeln. Die Analyse eines bestimmten Staates und seiner Apparate hat seine Ableitung aus jener konkreten Gesellschaft zur Voraussetzung, mit welcher er dialektisch gesehen, identisch ist.

Dabei ist zunächst zu klären, warum diese Gesellschaft überhaupt politisch - rechtlicher Vermittlungsformen ihrer sozialen Beziehungen und Verhältnisse bedarf, wie sich die politischen und juristischen Vermittlungsformen als allgemein verbindliche institutionalisieren und gegenüber dem gesellschaftlichen Prozeß verselbständigen konnten.

Marx widmete sich dieser Fragen schon in seinen Frühschriften in der kritischen Auseinandersetzung mit Hegel idealistischer Staats- und Rechtsphilosophie und der Entfremdungsproblematik. Er sah es als eine wesentliche Erkenntnis von Hegel, daß dieser von der Trennung der bürgerlichen Gesellschaft (das System der Bedürfnisse) und des bürgerlichen Staates (als Wirklichkeit der sittlichen Idee) ausgeht, diese Trennung aber als unvermittelte voraussetzt und als notwendiges Moment der Idee entwickelt.

"Hegel geht von der Trennung der 'bürgerlichen Gesellschaft und des 'politischen Staates' als zweier fester Gegensätze, zweier wirklich verschiedener Sphären aus. Diese Trennung ist allerdings wirklich im modernen Staat vorhanden. Die Identität der bürgerlichen und politischen Stände war der Ausdruck der Identität der bürgerlichen und politischen Gesellschaft. Diese Identität ist verschwunden. Hegel ... hat die Trennung der bürgerlichen Gesellschaft und des politischen Staates ... vorausgesetzt und als notwendiges Moment der Idee entwickelt. ... Das Tiefere bei Hegel liegt darin, daß er die Trennung der bürgerlichen Gesellschaft und der politischen als einen Widerspruch empfindet. Aber das Falsche ist, daß er sich mit dem Schein dieser Auflösung begnügt und ihn für die Sache selbst ausgibt." [2]

Für Hegel war der Staat das 'an und für sich Seiende', 'die Wirklichkeit der sittlichen Idee', die im bürgerlichen Staate ihren Abschluß, ihre Verwirklichung findet; eine von Marx als metaphysische, axiomatische Spekulation, als 'politischen Spiritualismus' kritisierte Anschauung.

"Hegels Geschichtsauffassung setzt einen abstrakten oder absoluten Geist voraus, der sich so entwickelt, daß die Menschheit nur eine Masse ist, die ihn unbewußter oder bewußter trägt. Innerhalb der empirischen, exoterischen Geschichte läßt er dabei eine spekulative, esoterische Geschichte vorgehen. Die Geschichte der Menschheit verwandelt sich in die Geschichte des abstrakten, daher dem wirklichen Menschen jenseitigen Geistes der Menschheit."[1]

Die Erkenntnis der Formbesonderung des bürgerlichen Staates gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft gehört seit Hegel zu den Einsichten bürgerlicher Wissenschaft. Was aber den Marxismus von bürgerlichen Theorien unterscheidet, ist der Inhalt dieser Formbesonderung und die Ableitung des Staates aus der Struktur der kapitalistischen Produktionsweise.

Der Staat und das Recht sind nicht aus sich selbst entstanden, nicht aus der Entwicklung eines absoluten, sich in der Welt manifestierenden Geistes, sondern aus dem Klassencharakter einer Gesellschaftsformation.

"Der Staat ist also keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht; ebensowenig ist er 'die Wirklichkeit der sittlichen Idee', 'das Bild und die Wirklichkeit der Vernunft', wie Hegel behauptet. Er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit

1) Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 28 (Zu S.4o)
2) Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, MEW 1, S. 275 - 279 (Zu S. 4o)

1) Marx/Engels, Die heilige Familie, MEW 2, S. 89 - 9o
Vgl. auch Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, MEW 1, S. 31o

> widerstreitenden ökonomischen Interessen nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der 'Ordnung' halten soll; und diese aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat." [1]

Der Staat kann nicht als unabhängiges Seiende verstanden werden, es gab Gesellschaften, die ohne staatliche Reglementierung existierten. Voraussetzung für die Entstehung des Staates ist nach Marx und Engels die Spaltung der Gesellschaft in Klassen, welche ihrerseits wiederum auf der fortschreitenden Arbeitsteilung beruhen. [2]

Die Urgemeinschaft kannte keine Staatsgewalt, sondern nur Herrschaft der - über matriarchaische oder patriarchaische Autorität der Altesten vermittelte - Sitten und Gebräuche.

Die Arbeitsteilung veränderte die gesellschaftlichen Beziehungen, wobei des ursprüngliche Tauschverhältnis der stammessolidarischen Ordnung schließlich durch die Warenproduktion abgelöst wurde. Durch die ökonomische Entwicklung also hatte

> "die Gentilverfassung ... ausgelebt. Sie war gesprengt durch die Teilung der Arbeit und ihr Ergebnis, die Spaltung der Gesellschaft in Klassen. ... Der Staat ist also nicht von Ewigkeit her. Es hat Gesellschaften gegeben, die ohne ihn fertig wurden. ... Auf einer bestimmten Stufe der ökonomischen Entwicklung, die mit der Spaltung der Gesellschaft in Klassen verbunden war, wurde durch diese Spaltung der Staat eine Notwendigkeit." [3]

Die kommunistische Produktion und Distribution der Produkte in relativ kleinen Gemeinwesen der Urgesellschaft wurde durch die arbeitsteilig entstandene Klassengesellschaft beseitigt, durch deren Staat sich nun jene Klassenkonflikte frei entfalten konnten.

---

1) Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentum und des Staates, MEW 21, S. 165

2) Vgl. Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 21f

3) Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21, S. 164 und 168

Allerdings waren in der ersten (der sklavenhalterischen) Klassengesellschaft die Gesellschaft und der Staat sich noch nicht völlig entfremdet.
Die sklavenhalterische, bzw. antike 'Polis' deckte sich noch ganz mit der 'Koinonia'. Eine echt kategoriale Trennung zwischen dem sozialen und dem politischen Prinzip wurde bei Aristoteles nicht gegeben und wenn bei ihm der Mensch einmal als 'zoon politikon' und ein anderes Mal als 'zoon koinonikon' genannt wird, ist der grundsötzliche Ausgangspunkt bei ihm derselbe.
Auch Platons 'Politeia' verstand sich als gesellschaftsidentisches, organisches Gemeinwesen.
Ebenso wurde der römische Stadtstaat im klassischen Naturrecht unter den synonymen Titeln von 'res publica' und 'societas civilis' begründet. Die Politik in der Antike war zu betrachten

"als die Lehre vom guten und gerechten Leben, sie ist Fortsetzung der Ethik. Denn Aristoteles sah keinen Gegensatz zwischen der in den 'nomoi' gesatzen Verfassung und dem Ethos des bürgerlichen Lebens; umgekehrt war auch Sittlichkeit des Handelns nicht von Sitte und Gesetz zu trennen. ... Politik richtete sich in letzter Instanz immer auf die Heranbildung des Charakters; sie verfährt pädagogisch und nicht technisch." [1]

Die Idee der Repräsentation des Volkes und die Delegation gesellschaftlicher Macht war zu dieser Zeit noch unbekannt. Sie entstand erst in den spätmittelalterlichen Ständeversammlungen und Konzilien.[2]

Das antike Einheitsdenken von Gesellschaft und Staat wurde aber auch in der mittelalterlichen Scholastik nicht aufgegeben. Der Katholizismus des Mittelalters nahm den stoischen Universalismus in christianisierter From wieder auf, unterschied lediglich zwischen Gott- und Weltstaat. Aber wenn z.B. Augustinus zwischen 'cititas dei' und ' civitas terrena' trennt, so ließ dieser Dualismus von Weltlichen und Geistlichen die soziopolitische Einheit des Gemeinwesens unangetastet.

---

1) Habermas, Theorie und Praxis, S. 49

2) Vgl. Spannraft, Demokratie, Mechanismen der Herrschaft?, S. 26

"Für das 17. Jahrhundert sind ... Staat und Gesellschaft noch identische Begriffe. Sofern trotzdem in unbestimmter Weise ein gewisser Unterschied gemacht wird, bedeutet Gesellschaft einfach die auf eine ausgleichende Einheit gebrachte Summe aller privaten, dagegen der Staat die gleiche Einheit aller öffentlichen Rechtsbeziehungen. Begreifbar bleibt aber das Wesen von Gesellschaft diesem Denken nur vom bewußt handelnden einzelnen her, bestenfalls als allgemeine Erscheinungsform, die die Vielfalt der subjektiven Beziehungen mit Hilfe der Rechtsbeziehung regelt." [1]

Die Theorie des kapitalistischen Staates kann also nicht von der Geschichte seiner Konstitution und Reproduktion isoliert werden. Es ist dabei wichtig zu sehen, "daß der Staat nicht erst nach dem historischen Entstehen der ... Gesellschaft zu ihr 'hinzukommt', sondern sie sich vom Augenblick ihres Entstehens eine staatliche Lebensform gibt, geradezu in einen Staat verwandelt, von Anfang an mit ihm - in einem dialektischen Sinne - identisch ist." [2]

Die Frage des historischen Ursprungs, der chronologischen Reihenfolge hinsichtlich der Genesis des Staates und den Produktionsverhältnissen und Machtbeziehungen von Klassen, ist theoretisch nicht gleichbedeutend mit der Frage nach der Begründung des Staates in den gesellschaftlichen Produktions- und Machtverhältnissen, sowie den Klassenkämpfen.
Vom Standpunkt der gesellschaftlichen Totalität betrachtet kommt den Staat eine bedeutsame Funktion in den gesellschaftlichen Beziehungen, bzw. Produktionsverhältnissen zu, insofern er von Anfang an in ihrer Konstitution und Reproduktion präsent ist.

Man kann also nicht von einem sozialen Feld der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Klassenstruktur sprechen, das nach vollendeter Errichtung den Staat als Klassenorganisation nachträglich produziert.

---

1) Kofler, Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, S. 374
2) Kofler, Beherrscht uns die Technik?, S. 18

Auf die Problematik der Vermittlungsmechanismen von Gesellschaft und Staat, bzw. von Basis und Überbau in diesem Zusammenhang wurde bereits hingewiesen. Nähert man sich dieser Fragestellung mehr pragmatisch, dann sind Gesellschaft und Staat als Strukturen gegenseitiger Abhängigkeit zu thematisieren, womit eine rein chronologische Erforschung nicht den Sinn der dialektischen Beziehung von Gesellschaft und Staat erfassen würde.

"Wo es Klasseneinteilung und daher Kampf der Klassenmacht gibt, gibt es immer schon den Staat, d.h. die institutionalisierte politische Macht. Es gibt keinen Klassenkampf oder keine Klassenmacht vor dem Staat oder ohne den Staat, keinen 'Naturzustand' oder 'gesellschaftlichen Zustand', der dem Staat vorausgeht. ... Der Staat steckt von Anfang an das Kampffeld ab, das Feld der Produktionsverhältnisse mitinbegriffen, er organisiert den Markt und die Eigentumsverhältnisse, etabliert die politische Herrschaft und die politisch herrschende Klasse, er markiert und codifiziert alle Formen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die gesamte gesellschaftliche Realität im Bezugsrahmen einer Klassengesellschaft. ... Das bedeutet nicht, daß es niemals eine soziale Realität oder eine Macht ohne den Staat und die Arbeitsteilung oder chronologisch vor beiden gegeben hat, sondern daß in dem Bezugsrahmen einer Klassengesellschaft und eines Staates diese Realität nicht denkbar ist, solange der Staat ausgeklammert ist. Selbst wenn man die historische Tatsache einer gesellschaftlichen Realität vor dem Staat zugesteht, muß man sie in konstitutiver Beziehung zu dem Staat setzen, sobald die Existenz des Staates unterstellt ist." [1]

Ebensowenig wie der Staat aus'Gesellschaftsverträgen' hervorging, trägt die bürgerliche 'Gewalttheorie' (Gumplowicz, Düring, Oppenheimer, Ratzenhofer, Jenks) zur Erklärung der Staatsentstehung bei, die die Konstitution des Staates auf Eroberungskriege zurückführt. Kriege wurden in der Geschichte oft geführt, ohne daß deswegen ein neuer Staat entstand, vielmehr wurde durch sie "ein bereits vorhandener ... besetzt und umgeformt. Es gibt kein geschichtliches Zeugnis dafür, daß die Macht der Eroberer stets und überall die erste Form einer Minderheitsherrschaft über eine Mehrheit gewesen sei." [2]

---

1) Poulantzas, Staatstheorie, S. 36
2) Bloch, Recht, Moral, Staat, S. 67

Die marxistische Staatstheorie leugnet natürlich nicht die Mitwirkung und Bedeutung der Gewalt, bzw. der Eroberungskriege bei der Staatsentstehung. Sie sieht jedoch in diesen Kriegen nur die Folge, nicht die Ursache der Ausbeutungsverhältnisse und Gewaltorganisation, des Staates, mit anderen Worten, weist der Gewalt den ihr in diesem Zusammenhang zustehenden Stellenwert zu.

"Das Privateigentum tritt überhaupt in der Geschichte keineswegs auf als Ergebnis des Raubes und der Gewalt. Im Gegenteil, ... überall, wo das Privateigentum sich herausbildet, geschieht dies infolge veränderter Produktions- und Austauschverhältnisse ... also aus ökonomischen Ursachen. Die Gewalt spielt dabei gar keine Rolle. Es ist doch klar, daß die Einrichtung des Privateigentums schon bestehen muß, ehe der Räuber sich fremdes Gut aneignen kann; daß also die Gewalt zwar den Besitz verändern, aber nicht das Privateigentum als solches erzeugen kann. ... Hiernach ist es klar, welche Rolle die Gewalt in der Geschichte gegenüber der ökonomischen Entwicklung spielt. Erstens beruht alle politische Gewalt ursprünglich auf einer ökonomischen, gesellschaftlichen Funktion und steigert sich in dem Maß, wie durch Auflösung der ursprünglichen Gemeinwesen die Gesellschaftsmitglieder in Privatproduzenten verwandelt, ... entfremdet werden. Zweitens, nachdem sich die politische Gewalt gegenüber der Gesellschaft verselbständigt hat ... wirkt sie im Sinn und in der Richtung der gesetzmäßigen ökonomischen Entwicklung ... oder aber sie wirkt ihr entgegen, und dann erliegt sie ... der ökonomischen Entwicklung regelmäßig. "[1]

Wie Marx ausführte, war die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals durch gewaltsame koloniale Eroberungen mitbestimmt, indem sie halfen, "den Verwandlungsprozeß der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise ... zu fördern und die Übergänge abzukürzen."[2] Nur in diesem Sinne spricht Marx dann auch von der Geburtshelferfunktion der Gewalt, die so gesehen selbst eine ökonomische Potenz verkörpert.[3]

---

1) Engels, Anti - Düring, MEW 20, S. 15of

2) Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 779

3) Vgl. Marx, ebenda

Im Mittelalter hatte die Gesellschaft einen unmittelbar politischen Charakter, das heißt, die Besitzverhältnisse und gesellschaftlichen Rechte waren in der Form des 'Standes' zu Elementen des Staatslebens erhoben. Hier waren Privatsphäre und Politik noch ungetrennt verbunden. "Im Mittelalter ist Volksleben und Staatsleben identisch."[1]
Die mittelalterlichen oder feudalen Klassenbeziehungen waren über persönliche Loyalitätsverpflichtungen geregelt, so daß die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse noch unentfremdet in Erscheinung treten konnten.

"Persönliche Abhängigkeit charakterisiert (im Feudalismusmus - Anm. d. V.) ebensosehr die gesellschaftlichen Verhältnisse der materiellen Produktion als die aug ihr aufgebauten Lebenssphären. Aber eben weil persönliche Abhängigkeitsverhältnisse die gegebene gesellschaftliche Grundlage bilden, brauchen Arbeiten und Produkte nicht eine von ihrer Realität verschiedene phantastische Gestalt anzunehmen." [2]

Die gegenseitig persönlichen Loyalitätsbindungen der Individuen, die in der Standesordnung der feudalen Gesellschaftsformation standesrechtlich abgesichert waren, wurzelten nicht direkt in ökonomischen Verhältnissen, da in der Standesstruktur ökonomische, politische und , vordergründig, religiöse Momente untrennbar miteinander verschmolzen waren.
Der Feudalismus ist insofern durch eine besondere Verknüpfung des Ökonomischen mit dem Politischen und Ideologischen gekennzeichnet, wobei sich die Determiniertheit durch ökonomische Verhältnisse in letzter Instanz, in der dominierenden Rolle des Politischen und vor allem Ideologischen, der Religion, niederschlägt.

"Soviel ist klar, daß das Mittelalter nicht vom Katholizismus und die antike Welt nicht von der Politik leben konnte. Die Art und Weise, wie sie ihr Leben gewannen, erklärt, ... warum dort die Politik, hier der Katholizismus die Hauptrolle spielte." [3]

1) Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, MEW 1, MEW 1, S. 233

2) Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 91

3) Marx, ebenda, S. 96

Wenn also in der feudalen Produktionsweise die Religion eine beherrschende Rolle innehatte, so wurde jene Wirkungsweise letztlich ökonomisch determiniert, wenn auch unter ideologischer, bzw. religiöser Dominanz im Rahmen der gesellschaftlichen Totalität.

"Wenn aber schon in unserer modernen Zeit ... der Staat nicht ein selbständiges Gebiet mit selbständiger Entwicklung ist, sondern sein Bestand wie seine Entwicklung in letzter Instanz zu klären ist aus den ökonomischen Lebensbedingungen der Gesellschaft, so muß dies noch viel mehr gelten für alle früheren Zeiten. ... Ist der Staat heute noch, zur Zeit der großen Industrie ... nur der Reflex ... der ökonomischen Bedürfnisse der die Produktion beherrschenden Klasse, so mußte er dies noch viel mehr sein zu einer Epoche, wo eine Menschengenration einen weit größeren Teil ihrer Gesamtlebenszeit auf die Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse verwenden mußte." [1]

Der moderne kapitalistische Staat entstand in der spätmittelalterlichen absolutistischen Monarchie und wurde "als Waffe der entstehenden modernen Gesellschaft in ihrem Kampf um die Emanzipation vom Feudalismus geschmiedet." [2]

Einerseits stellte der absolutistische Staat des 18. Jahrhunderts mit seinem zentralisierten nationalen Gewaltmonopol die unmittelbare historische Vorstufe des bürgerlichen Staates dar, die Transformationsperiode zum Kapitalismus.
Andererseits war dieser absolutistische Staat gleizeitig der Antipode der bürgerlichen Gesellschaft. Die absolute Staatsgewalt ging noch vom feudalen Eigentum aus, welches aber, bereits von der aufkommenden kapitalistischen Produktionsweise affiziert, eine relativ große Assimilationsfähigkeit zeigte und in den Anfängen der Übergangszeit dem Privatkapital einen gewissen Spielraum bieten konnte.

---

1) Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW 21, S. 301

2) Marx, Das Kapital, MEW 23, S. 96

Da die absolute Monarchie die feudalen Stände ebenso wie die Klasse der Kapitalisten, bzw. das Bürgertum politisch entmündigte, konnte sie die antagonistischen Interessen gegeneinander ausspielen und sich selbst als Exponent des nationalen Gemeinwohls zeigen.

"Ausnahmsweise indem kommen Perioden vor, wo kämpfenden Klassen einander so nahe das Gleichgewicht halten, daß die Staatsgewalt als scheinbare Vermittlerin momentan eine gewisse Selbständigkeit gegenüber beiden erhält. So die absolutistische Monarchie des 17. und 18. Jahrhunderts, die Adel und Bürgertum gegeneinander balancierte." [1]

Dieses Kräftegleichgewicht konnte jedoch nur von kurzer Dauer sein, solange halten, bis sich der ökonomische Antagonismus zur revolutionären Bewegung des Bürgertums zuspitzte, und sich das Bürgertum politisch organisierte, seinen Staat ins Leben rief.

"Beginnend von dem Augenblick, wo das noch immer politisch ohnmächtige Bürgertum, vermöge seiner wachsenden ökonomischen Macht, gefährlich zu werden anfing, verbündete sich das Königtum wieder mit dem Adel und rief dadurch zuerst in England, dann in Frankreich die Revolution des Bürgertums hervor." [2]

Damit war die Schranke der feudalen Eigenständigkeit des Staates angezeigt und gleichzeitig der Übergang zum kapitalistischen Staatswesen markiert.

---

1) Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21, S. 167

Siehe auch Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8, S. 153:

"Solange die Herrschaft der Bourgeoisieklasse sich nicht vollständig organisiert, nicht ihren reinen politischen Ausdruck gewonnen hatte, konnte auch der Gegensatz der anderen Klassen nicht rein hervortreten, und wo er hervortrat, nicht die gefährliche Wendung nehmen, die jedem Kampf gegen die Staatsgewalt in einen Kampf gegen das Kapital verwandelt."

2) Engels, Anti - Düring, MEW 2o, S. 152

Der spätmittelalterliche, absolutistische Staat war demnach Stütze und Schranke des wirtschaftlich erstarkten und liberalen Bürgertums zugleich. Analog zur Stärke des ökonomischen, politischen und ideologischen Klassenkampfes im historischen Prozeß zeigen sich stets Ungleichzeitigkeiten und Verschiebungen in dem Verhältnis von Basis und Überbau; das Verhältnis von Real- und Idealfaktoren ist im'Historischen Materialismus' bzw. der gesellschaftlichen Totalität, wie schon gezeigt wurde, keinesfalls mechanisch - kausalistisch zu verstehen. Während die absolutistische Gesellschaft bereits überwiegend kapitalistisch geprägt war, wies der politische Überbau noch vorwiegend feudalistische Merkmale auf.

"Diesem gewaltigen Umschwung der ökonomischen Lebensbedingungen der Gesellschaft folgte indes keineswegs sofort eine entsprechende Änderung ihrer politischen Gliederung. Die staatliche Ordnung blieb feudal, während die Gesellschaft mehr und mehr bürgerlich wurde. ... Wo ... die ökonomischen Verhältnisse Freiheit und Gleichberechtigung forderten, setzte ihnen die politische Ordnung Zunftfesseln ... entgegen."[1]

Die absolutistische Geschichtsepoche wird in der marxistischen Literatur daher unterschiedlich interpretiert. Der These vom Staatsfeudalismus, vom absolutistischen Staat als Diktatur der feudalen Stände (Porchnev, Kolesnizki, Hincker, Althusser, Anderson) steht die Ansicht des absolutistischen Staates als kapitalistischer Staatstyp (Poulantzas, Awrech) gegenüber.
Während Theoretiker des 'Staatsfeudalismus' die gegenseitige Durchdringung von feudaler und kapitalistischer Produktionsweise, aber zugunsten der Dominanz der Feudalherren, betonen, verweisen die

---

1) Engels, Anti-Düring, MEW 2o, S. 97 - 98

Theoretiker des 'Feudalkapitalismus' auf die Geburtshelferrolle der Zentralgewalt bei der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise.

Diese Kontroverse ist nur schwer zu entscheiden, da die absolute Monarchie als Staatsform zu sehen ist, "innerhalb deren es der Bourgeoisie nicht gelang, ihre Herrschaft auch politisch zu etablieren, während die alte feudale Klassen ihren Anspruch auf das gesellschaftliche Mehrprodukt nur noch vermittels des Staatsapparats und seiner Untergliederungen - stehendes Heer, Polizei, staatliche und kommunale Verwaltung, Justiz, Steuer - und Finanzsystem - durchsetzen konnte. " [1]

Aus den mittelalterlichen kleinen Herrschaftsgebilden entstanden durch revolutionäre Kämpfe des Bürgertums gegen den feudalen Adel die großen Nationalstaaten. Die politische Revolutionen, die den bürgerlichen Staat etablierten, zerstörten die feudalen Stände, Korporationen, Innungen und Zünfte mit all ihren Privilegien. Die politische Emanzipation des Bürgertums "war zugleich die Emanzipation der bürgerlichen Gesellschaft von der Politik, von dem Schein selbst eines allgemeinen Inhalts"[2], den die absolute Monarchie vorgeben konnte.
Erst die volle Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise und die bürgerlichen Revolutionen zerstörten also die feudalen Bande und Loyalitäten sowie die relative Einheit von Gesellschaft und Staat und förderte die Expansion nationaler und internationaler Märkte. Unter der kapitalistischen Arbeitsteilung wurde der regional autarke Charakter des feudalistischen Produktionssystems eskamotiert und es entstanden so aufeinander angewiesene Wirtschaftsgeflechte.

---

1) Funken, Überlegungen zu einer marxistischen Staatstheorie, in: Braunmühl, Funken, Cogoy, Hirsch, Probleme einer materialistischen Staatstheorie, S. 94 - 95

2) Marx, Zur Judenfrage, MEW 1, S. 369

Der ökonomisch und politisch revolutionäre Prozeß, die Befreiung des Bürgertums aus den feudalen Abhängigkeiten und Behinderungen führte zu einem politischen Staat als einer von der bürgerlichen Gesellschaft getrennten Existenz, obwohl mit der bürgerlichen Gesellschaft identischen.

"Durch die Emanzipation des Privateigentums vom Gemeineigentum ist der Staat zu einer besonderen Existenz neben und außer der bürgerlichen Gesellschaft geworden; er ist aber weiter nichts als die Form der Organisation, welche sich die Bourgeoisie sowohl nach außen als nach innen zur gegenseitigen Garantie ihres Eigentums und ihrer Interessen notwendig geben." [1]

Der Aufspaltung der feudalen Gesellschaft in bürgerliche Gesellschaft und bürgerlichen Staat entspricht auch die Verdoppelung des Individuums in den egoistischen, interessenorientierten, kapitalistisch geprägten Menschen, dem der abstrahierende, gemeinwohlorientierte, sich mit diesem Staat identifizierende Mensch gegenübersteht. Dieser widersprüchliche Dualismus von 'öffentlichen' und 'privaten' Individuum, von 'bourgeois' und 'citoyen', zeigt sich darin, daß der Privatbürger daran interessiert ist, ungehindert seinen Gewinn zu maximieren und als Privatperson daran interessiert ist, daß diesem Gewinnstreben allgemeine, verbindliche Schranken gesetzt werden.

"Bürgerliche Gesellschaft und Staat sind getrennt. Also ist auch der Staatsbürger und der Bürger, das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, getrennt. Er muß alsoe eine wesentliche Diremption mit sich selbst vornehmen. Als wirklichen Bürger findet er sich in einer doppelten Organisation, der bürokratischen - die ist eine formelle Bestimmung des jenseitigen Staates, der Regierungsgewalt, die ihn und seine selbständige Wirklichkeit nicht tangiert-, der sozialen, der Organisation der bürgerlichen Gesellschaft. Aber in dieser steht er als Privatmann außer dem Staat. ... Um also als wirklicher Staatsbürger sich zu verhalten, politische Bedeutsamkeit und Wirksamkeit zu erhalten, muß er aus seiner bürgerlichen Wirklichkeit heraustreten, von ihr abstrahieren ... denn die einzige Existenz, die er für sein Staatsbürgertum findet, ist seine ... Individualität, denn die Existenz des Staates als Regierung ist ohne ihn fertig, und seine Existenz in der bürgerlichen Gesellschaft ist ohne den Staat fertig. ... Die Trennung der bürgerlichen Gesellschaft und des politischen Staates erscheint notwendig als eine Trennung des politischen Bürgers, ... von der bürgerlichen Gesellschaft, von seiner eigenen wirklichen, empirischen Wirklichkeit, denn als Staatsidealist ist er ein ganz anderes, von seiner Wirklichkeit verschiedenes, unterschiedenes, entgegengesetzes Wesen." [2]

Dadurch, daß der Staat als eine von der Klassengesellschaft abgehobene Institution verkörpert, erscheint er an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft als klassenneutraler Repräsentant, als Garant des Allgemeininteresses und damit als gesamtgesellschaftliche Organisationsform. Aber in Wirklichkeit, so Marx und Engels,

"die Naturnotwendigkeit also, ... das Interesse halten die Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft zusammen, das bürgerliche und nicht das politische Leben ist ihr reales Band. Nicht also der Staat hält die Atome der bürgerlichen Gesellschaft zusammen, sondern dies, daß sie Atome nur in der Vorstellung sind, im Himmel ihrer Einbildung - in der Wirklichkeit aber gewaltig von den Atomen unterschiedene Wesen, ... egoistische Menschen. Nur der politische Aberglauben bildet sich noch heutzutage ein, daß das bürgerliche Leben vom Staat zusammengehalten werden müsse, während umgekehrt in der Wirklichkeit der Staat von dem bürgerlichen Leben zusammengehalten wird."[1]

Diese Verdoppelung der bürgerlichen Welt in eine politische und private, eine wirkliche und ideelle, eine allgemeine und besondere, die Marx und Engels als gesellschaftliche Entfremdung erkannten, ergibt sich zwangsläufig aus dem Widerspruch zwischen egoistischen und gesamtgesellschaftlichen Interessen, der in einem, beide Seiten umfassenden, bürgerlich annehmbaren Kompromiß gelöst werden soll.

"Dieses Sichfestsetzen der sozialen Tätigkeit, diese Konsolidation unseres eigenen Produkts zu einer sachlichen Gewalt über uns, die unserer Kontrolle entwächst, unsere Erwartungen durchkreuzt, unsere Berechnungen zunichte macht, ist eines der Hauptmerkmale in der bisherigen geschichtlichen Entwicklung, und eben aus diesem Widerspruch des besonderen und gemeinschaftlichen Interesses nimmt das gemeinschaftliche Interesse als Staat eine selbständige Gestaltung, getrennt von den wirklichen Einzel- und Gesamtinteresse, an, und zugleich als illusorische Gemeinschaftlichkeit. ... Eben weil die Individuen nur ihr besonderes, für sie nicht mit ihrem gemeinschaftlichen Interesse zusammenfallendes suchen, ... wird dies als ein ihnen 'fremdes' und von ihnen 'unabhängiges' 'Allgemein' - Interesse geltend gemacht."[2]

---

1) Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 62 (zu S.52)
2) Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, MEW 1, S. 281 - 282 (Zu S. 52)

1) Marx/Engels, Die heilige Familie, MEW 2, S. 128
2) Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 33 - 34

Der Verdoppelung der Gesellschaft in Gesellschaft in Gesellschaft und Staat, entspricht nicht nur die verdoppelte Existenz des Individuums in Privateigentümer und Staatsbürger, sondern ebenso die Spaltung des Rechtssystems, dem "Überbau des modernen Staatsgebäudes" [1] der bürgerlichen Gesellschaft. Es entstand eine Privatrechtsordnung, die das Verhältnis der Privateigentümer untereinander regelt und ein öffentliches Recht, welches in der Zusammenfassung von 'Menschen- und Bürgerrechte' das Verhältnis von Staatsbürger und Staat festlegt.

Marx stellte im Unterschied zu bürgerlichen Staatsphilosophen heraus, daß die Menschenrechte keine angeborenen, ontologisch zu betrachtenden Rechte sind. Sie sind ideologische Notwendigkeit der bürgerlichen Staates und beziehen sich in dieser Funktion auf das egoistische bürgerliche Individuum mit seinen Besitz- und Sicherheitsinteressen.

> "Vor allem konstatieren wir die Tatsache, daß die sogenannten Menschenrechte, die droits de l'homme im Unterschied von den droits du citoyen, nichts anderes sind als die Rechte des Mitglieds der bürgerlichen Gesellschaft, d.h. des egoistischen Menschen, des vom Menschen und vom Gemeinwesen getrennten Menschen. ... Das Menschenrecht der Freiheit basiert nicht auf der Verbindung des Menschen mit dem Menschen, sondern vielmehr auf der Absonderung des Menschen vom Menschen. Es ist das Recht dieser Absonderung, das Recht des beschränkten, auf sich beschränkten Individuums. ... Das Menschenrecht des Privateigentums ist ... das Recht, willkürlich ... ohne Beziehung auf andere Menschen, unabhängig von der Gesellschaft, sein Vermögen zu genießen und über dasselbe zu disponieren, das Recht des Eigennutzes. ... Durch den Begriff der Sicherheit erhebt sich die bürgerliche Gesellschaft nicht über ihren Egoismus. Die Sicherheit ist vielmehr die Versicherung ihres Egoismus." [2]

Die sogenannten Menschenrechte, die proklamierten Freiheiten, Gleichheiten und Sicherheiten sind also nicht Ausdruck menschlicher Verwirklichung, sondern menschlicher Beschränkung, Ausdruck des entfremdeten

---

1) Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, S. 336

2) Marx, Zur Judenfrage, MEW 1, S. 364 - 366

Individuums in der bürgerlichen Gesellschaft, überschreiten also nicht die ökonomischen Gegebenheiten oder gesellschaftlichen Bedingungen jener Gesellschaftsordnung.

"Keines der sogenannten Menschenrechte geht also über den egoistischen Menschen hinaus, über den Menschen, wie er Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, nämlich auf sich selbst, auf sein Privatinteresse und seine Privatwillkür zurückgezogenes und vom Gemeinwesen abgesonderter Individuum ist. ... Das einzige Band, das sie (die bürgerlichen Individuen (Anm.d.V.) zusammenhält, ist die Naturnotwendigkeit, das Bedürfnis und das Privatinteresse, die Konservation ihres Eigentums und ihrer egoistischen Person." [1]

Die politische Verfassung konnte sich erst herausbilden, nachdem die Privatsphäre sich gegenüber der Gemeinschaft verselbständigte. Im feudalen Mittelalter gab es keine klare Trennung zwischen objektiven und subjektiven, bzw. privaten und öffentlichen Recht, da eine materielle Trennung von Gesellschaft und Staat noch nicht existierte und als individuelle Grundlage von Rechtsansprüchen Brauch, Sitte und Traditionen geltend gemacht werden konnten.

"Da im Mittelalter der abstrakte Begriff des juristischen Subjekts fehlte, verschmolz auch die Vorstellung von der objektiven, an einen unbestimmten, weiten Kreis von Personen gerichteten Norm mit der Festsetzung konkreter Vorrechte und Freiheiten. ... Eine Gewalt feudalen oder patriarchalen Typs kennt keine Grenzen zwischen Privatem und Öffentlichem. Die juristischem d.h. rationalistische Deutung des Machtphänomens wird nur mit der Entwicklung der Geldwirtschaft und des Handels möglich. Diese ökonomischen Formen bringen erst den Gegensatz zwischen öffentlichem und privatem Leben mit sich, der mit der Zeit einen 'ewigen' und 'natürlichen' Charakter annimmt und die Grundlage jeder juristischen Machttheorie bildet. Der im bürgerlichen Sinne 'moderne' Staat wird in dem Moment geboren, in dem die gruppen- und klassenmäßige Machtorganisation einen genügend ausgedehnten Marktverkehr umfaßt." [2]

---

1) Marx, Zur Judenfrage, MEW 1, S. 366

2) Paschukanis, Allgemeine Rechtslehre und Marxismus, S. 99 - 117

Ebenso wie der bürgerliche Staat ist auch das bürgerliche Recht eine historische Kategorie, "die einem bestimmten, auf der Gegensätzlichkeit privater Interessen aufgebauten gesellschaftlichen Milieu entspricht."[1]

Die Genese der bürgerlichen Rechtsordnung kann nur aus der Art und Weise der kapitalistischen Organisation des Produktionsprozesses erklärt werden. Als spezifisch gesellschaftliches Verhältnis ist das Recht der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eines der wichtigsten Mittel zur Stabilisierung und Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise und daher nur scheinbar eine neutrale, das heißt im Sinne des Gemeinwohls ordnende und disziplinierende Institution.
Das Recht, so Marx, "kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft" [2]. Mit anderen Worten, das Recht regelt nicht die gesellschaftlichen Beziehungen, es ist nur der juristische Ausdruck der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die in der From des Gesetzes sanktioniert werden.

"Die Gesellschaft beruht aber nicht auf dem Gesetz. Es ist das eine juristische Einbildung. Das Gesetz muß vielmehr auf der Gesellschaft beruhen, es muß Ausdruck ihrer gemeinschaftlichen aus der jedesmaligen Produktionsweise hervorgehenden Interessen und Bedürfnisse gegen die Willkür des einzelnen Individuums sein." [3]

Das bürgerliche Gesetz wird somit Reflex der ökonomischen Interessen der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie, ihr zum Gesetz erhobene Wille', dessen Inhalt in den materiellen Lebensbedingungen dieser Klasse gegeben ist. [4]

---

1) Paschukanis, Allgemeine Rechtslehre und Marxismus, S. 45

2) Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 21

3) Marx, Der Prozeß gegen den Rheinischen Kreisausschuß der Demokraten, MEW 6, S. 245

4) Vgl. Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei, MEW 4, S. 477

Der Staat kann die persönliche Herrschaft des Kapitals, bzw. der Bourgeoisie nur in der Form ihres 'Durchschnittsinteresses' [1] politisch - rechtlich garantieren, da er die gesamte Bourgeoisie als Klasse und nicht einzelne Individuen der Klasse vertritt.
Außerdem muß er sich gleichzeitig als Repräsentant des gesamtgesellschaftlichen Interesses erklären, das heißt, der Inhalt staatlicher Gesetzgebung ist immer allgemein bezüglich formuliert,selbst wenn Gesetze nur Partikularinteressen dienen sollen oder von vornherein nur für einen Teil der Gesellschaft relevant sein können.

Die gleiche Rechtsqualität der bürgerlichen Individuen hebt jedoch ihre faktische, ökonomisch bestimmbare Ungleichheit und soziale Gegensätzlichkeit nicht auf. Erst mit der Veränderung der Produktionsverhältnisse und der Klassenkampfsituation verändert auch die über den Staatsapparat vermittelte juristische Gewalt ihren Charakter.

Die politische Emanzipation des Bürgertums, die revolutionäre Beseitigung der feudalen Einengung, brachte keineswegs die letzlich menschliche Befreiung.
Die spezifische Trennung der Gesellschaft in eine ökonomische und politisch - rechtliche Sphäre, die sich in der Verdoppelung des Individuums in den Privat- und Staatsbürger ausdrückt, impliziert noch immer eine menschliche Entfremdung, denn da

"wo der politische Staat seine wahre Ausbildung erreicht hat, führt der Mensch nicht nur im Gedanken, im Bewußtsein, sondern in der Wirklichkeit, im Leben ein doppeltes, ein himmlisches und ein irdisches Leben, das Leben im politischen Gemeinwesen ... und das Leben in der bürgerlichen Gesellschaft, worin er als Privatmensch tätig ist, die anderen Menschen als Mittel betrachtet, sich selbst zum Mittel herabwürdigt und zum Spielball fremder Mächte wird." [2]

1) Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 311
2) Marx, Zur Judenfrage, MEW 1, S. 355

Die Entfremdung, die in der bürgerlichen Gesellschaft in allgemein menschlicher und gesellschaftlicher, und vor allem in ökonomischer, politischer und ideologischer Form zum Ausdruck kommt, basiert bei Marx auf der von Hegel übernommenen und auf Kant zurückgehenden Unterscheidung zwischen Existenz und Wesen, bzw. auf der Tatsache, daß die menschliche Existenz in der kapitalistischen Gesellschaft ihrem Wesen entfremdet ist, daß der Mensch im Kapitalismus nicht das sein kann, was er potentiell ist, sein sollte oder könnte. [1]

Die Aufgabe des revolutionären gesellschaftlichen und historischen Prozesses besteht nach Marx darin, diese Entfremdung aufzuheben, die Einheit von Gesellschafts- und Staatsbürger auf höherer Ebene wieder herzustellen. Erst dann ist die menschliche Befreiung realisiert.

"Die politische Emanzipation ist allerdings ein großer Fortschritt, sie ist zwar nicht die letzte Form der menschlichen Emanzipation überhaupt, aber die ist die letzte Form der menschlichen Emanzipation innerhalb der bisherigen Weltordnung. ... Die Spaltung des Menschen in den öffentlichen und in den Privatmenschen, die Dislokation der Religion aus dem Staate in die bürgerliche Gesellschaft ... ist die Vollendung der politischen Emanzipation, die also die wirkliche Religiosität des Menschen ebensowenig aufhebt als aufzuheben strebt. ... Der Mensch wurde daher nicht von der Religion befreit, er erhielt die Religionsfreiheit. Er wurde nicht vom Eigentum befreit. Er erhielt die Freiheit des Eigentums. Er wurde nicht vom Egoismus des Gewerbes befreit, er erhielt die Gewerbefreiheit. ... Die politische Emanzipation ist die Reduktion des Menschen, einernseits auf das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, auf das egoistische unabhängige Individuum, andererseits auf den Staatsbürger, auf die moralische Person. Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und ... seine ... gesellschaftliche(n) Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht." [2]

---

1) Vgl. Fromm, Das Menschenbild bei Marx, S. 52

2) Marx, Zur Judenfrage, MEW 1, S. 356 - 37o

Der Zusammenhang von Gesellschaft und politischer Entfremdung war in den Frühschriften von Karl Marx (Ende 183oer bis 1844) noch bestimmendes Merkmal der Thematisierung des bürgerlichen Staates. Marxens früheste Vorstellungen vom Staat sind deutlich von der Hegelschen Begrifflichkeit beeinflußt, wenn er versucht, den Staat aus der "Vernunft der Freiheit" [1] zu konstruieren und für einen Staat plädiert, der die "Verwirklichung der vernünftigen Freiheit" [2] verkörpern soll. Zwar erkannte Marx schon während der kritischen Auseinandersetzung mit Hegel, "daß in der wahren Demokratie der politische Staat untergehe", [3] aber der konkrete Inhalt der 'wahren Demokratie' bleibt hier noch unbestimmt.

Die Staatsauffassung des 'frühen' Marx ist noch wesentlich moral- und rechtsphilosophisch gefaßt, eine Ableitung der Formbesonderung des bürgerlichen Staates aus dem Primat der Ökonomie und des Klassenkampfes war zu dieser Zeit von Marx und Engels noch nicht geschaffen worden.

Nichstdestoweniger ist die Betrachtung des Staates als gesellschaftliche und politische Entfremdung ein zentraler Aspekt der marxistischen Theorie, bzw. philosophische Grundlage und Voraussetzung der späteren, instrumentalistisch akzentuierten Staatsauffassung und des Verständnisses der Bedeutung des bürgerlichen Staates in der Funktionsweise der kapitalistischen Ökonomie.

---

1) Marx, Der leitende Artikel in Nr. 179 der 'Kölnischen Zeitung', MEW 1, S. 1o3

2) Marx, ebenda

3) Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, MEW 1, S. 232

4. Die marxistische Interpretation des Staates als Instrument der politischen Herrschaftssicherung in der klassengespaltenen Gesellschaftsformationen

Während bei Marx in den Frühschriften die Entfremdungsproblematik bei der Staatsbetrachtung vordergründig war, verließ er später diese an Hegel angelehnte Tendenz und ging zu einer Untersuchung des Staatsapparates als Mittel des Klassenkampfes über, wobei er von der besonderen Erscheinungsweise des Staates in Frankreich und den dortigen sozialen Bedingungen abstrahierte, denn

> "Frankreich ist das Land, wo die geschichtlichen Klassenkämpfe mehr als anderswo jedesmal bis zur Entscheidung durchgefochten wurden, wo also auch die wechselnden politischen Formen, innerhalb derer sie sich bewegen und in denen ihre Resultate sich zusammenfassen, in den schärfsten Umrissen ausgeprägt sind. Mittelpunkt des Feudalismus im Mittelalter, Musterland der einheitlichen ständischen Monarchie seit der Renaissance, hat Frankreich in der großen Revolution den Feudalismus zertrümmert und die reine Herrschaft der Bourgeoisie begründet in einer Klassizität wie kein anderes europäisches Land. Und auch der Kampf des aufstrebenden Proletariats gegen die herrschende Bourgeoisie tritt hier in einer, anderswo unbekannten, akuten Form auf. Das war der Grund, weshalb Marx nicht nur die vergangene französische Geschichte mit besonderer Vorliebe studierte, sondern auch die laufende in allen Einzelheiten verfolgte, das Material zu künftigen Gebrauch sammelte und daher nie von den Ereignissen überrascht wurde." [1]

In den geschichtsanalytischen Schriften wie 'Die Klassenkämpfe in Frankreich', 'Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte' und 'Der Bürgerkrieg in Frankreich' machte Marx die repressive Funktion des bürgerlichen Staates und grundsätzlich aller historisch bekannten Staatssysteme zum Gegenstand der Staatsbetrachtung. Wie das politische System nach dialektischer Logik aus den sozialen Antagonismus der Klassengesellschaften hervorgeht, wirkt es in spezifischer Weise als Herrschaftsinstrument der ökonomisch mächtigsten Klasse auf jene Gesellschaftsstrukturen zurück.

---

1) Engels, Vorrede zur dritten Auflage (1885) von 'Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte' von Karl Marx, MEW 8, S. 561 - 562

Marx und Engels konzentrierten sich nun, auf der vorangegangenen Darstellung des Verhältnisses von Gesellschaft und Staat aufbauend, auf die Unterdrückungsfunktion der Staatsorgane und setzten dabei den Staat mit den Staatsapparaten, der 'Staatsmaschinerie' identisch.

Nachdem sich die Urgemeinschaft durch fortschreitende Arbeitsteilung zersetzte, trat an ihre Stelle die Klassengesellschaft und mit ihr notwendig der politische Staat als repressive Instanz der jeweils ökonomisch herrschenden Klassen.

"Die bisherige, sich in Klassengegensätzen bewegende Gesellschaft hatte den Staat nötig, d.h. eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußeren Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse in den durch die bestehende Produktionsweise gegebenen Bedingungen der Unterdrückung (Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hörigkeit, Lohnarbeit). Der Staat war der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft, ihre Zusammenfassung in einer sichtbaren Körperschaft, aber er war dies nur, insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat: im Altertum Staat der sklavenhaltenden Staatsbürger, im Mittelalter des Feudaladels, in unserer Zeit der Bourgeoisie." [1]

Nach der bürgerlichen Revolution konnte das Bürgertum mittels ihres Staates, d.h. des übernommenen absolutistischen und im bürgerlichen Sinne veränderten Staates die es politisch repräsentierende Macht herstellen. Der bürgerliche Staat wurde so zum entscheidenden politischen Machtinstrument der Bourgeoisie, erstens, um sich aus der feudalen Unterdrückung gänzlich zu befreien, und zweitens, nachdem die Bourgeoisie die politische Macht auf revolutionärem Wege eroberte, um den kapitalistischen Klassengegensatz von Lohnarbeit und Kapital politisch zu kontrollieren, bzw. die mit der Bourgeoisie entstandene Klasse der lohnabhängigen Arbeiterschaft, des Proletariats zu unterdrücken und an ihrer Emanzipation zu hindern.

---

1) Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, S.223 - 224

Marx machte diese Staatsauffassung am Beispiel des französischen Staates seiner Zeit deutlich, wo die Klassengegensätze ihren klarsten Ausdruck fanden.

"Die zentralisierte Staatsmaschinerie, die mit ihren allgegenwärtigen und verwickelten militärischen , bürokratischen, geistlichen und gerichtlichen Organen die lebenskräftige bürgerliche Gesellschaft wie eine Boa constrictor umklammert ..., wurde zuerst in den Zeiten der absoluten Monarchie als Waffe der entstehenden modernen Gesellschaft in ihrem Kampf um die Emanzipation vom Feudalismus geschmiedet. Der grundherrlichen Vorrechte der mittelalterlichen Feudalherren, Städte und Geistlichkeit wurden in Attribute einer einheitlichen Staatsgewalt verwandelt, die die feudalen Würdenträger durch bezahlte Staatsbeamte ersetzte und die Waffen von den mittelalterlichen Gefolgsleuten der Grundbesitzer und den Korporationen der Städtebürger an ein stehendes Heer übertrug. ... Jene Staatsmacht ist in Wirklichkeit die Schöpfung der Bourgeoisie, zuerst als Mittel, den Feudalismus zu zerbrechen, dann als Mittel, die Freiheitsbestrebungen der Produzenten, der Arbeiterklasse , zu unterdrücken. ... In dem Maß, wie der Fortschritt der Industrie den Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit entwickelte, erweiterte und vertiefte, in demselben Maß erhielt die Regierungsmacht mehr und mehr den Charakter einer nationalen Gewalt des Kapitals über die Arbeit, einer politischen Gewalt, dazu organisiert, die soziale Unterdrückung zu erzwingen, den Charakter einer bloßen Maschine der Klassenherrschaft."[1]

Diese instrumentalistische Interpretation der Staatsgewalt, auf die sich später dann auch Lenin berief, wurde zur 'klassischen' marxistischen Staatsauffassung und ging in dieser Form als alleinige Theorie des kapitalistischen bzw. bürgerlichen Staates in den Marxismus - Leninismus, der Grundlage der Sowjetideologie, ein.

Die instrumentalistische Staatsinterpretation verdeutlicht gleichzeitig den Unterschied des Marxismus oder wissenschaftlichen Sozialismus zur bürgerlichen Theorie des Staates, ihrer politischen Staatsformenlehren und entsprechenden Einordnungs- und Klassifikationskriterien.

---

1) Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, S. 539 - 608

Die marxistische Politologie unterscheidet zwischen Staatstyp und Staats- oder Regierungsform.
Als Staatstypen nannte Marx analog zu den Typen der Gesellschaftsformationen den orientalisch - despotischen, den sklavenhalterischen, den feudalistischen und den bürgerlich - kapitalistischen Staatstyp.
All ihnen ist gemeinsam, daß sie eine jedesmalige Herrschaft einer Minderheit zur Ausbeutung, Unterdrückung und Beherrschung einer Mehrheit darstellten.
Diese Staatstypen entsprechen jeweils den materiellen Gegebenheiten einer bestimmten gesellschaftsformativen Totalität, innerhalb deren sich historisch bedingte Modifikationen, d.h. unterschiedliche Staats- oder Regierungsformen manifestieren können.
Der Staat als Instrument zur Unterdrückung und Beherrschung der arbeitenden und ausgebeuteten Klassen gilt grundsätzlich für alle historischen Staaten.
Der kapitalistische Staat unterscheidet sich von allen früheren Staatssystemen nur durch die Art und Weise, die Klassenherrschaft innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise politisch - rechtlich auszuüben.

Wie Marx am Beispiel der französischen Geschichte veranschaulichte, konnte sich dort die Bourgeoisie in allen damaligen Regierungsformen behaupten, ihre Herrschaft etablieren und festigen, sowie den Staat stets für ihre Interessen instrumentalisieren.

Welche konkrete Regierungsform dabei zum Vorschein kam, war eine Frage des Kräfteverhältnisses im Klassenkampf und zwar innerhalb der Bourgeoisie, d.h. zwischen den verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse und auch zwischen der herrschenden Bourgeoisie und den beherrschten Klassen, der französischen Bauernschaft und dem Industrieproletariat.

Wie die Geschichte zeigt, wird der Staat bzw. die Gesellschaft nicht von der Bourgeoisie als ganzer Klasse, sondern nur von einem Teil dieser Klasse kontrolliert.[1]

In Frankreich des 19. Jahrhunderts waren die verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie nacheinander an der Macht. Nach dem napoleonischen Kaiserreich dominierten in der Restaurationsperiode der Bourbonen (1814 - 183o) unter Ludwig 18. die legitimistische Fraktion der Großgrundbesitzer. Dann, nach der Julirevolution 183o konnte die orléanistische Fraktion der Bourgeoisie unter der parlamentarischen Monarchie Louis Philippe's (183o - 1848) die politische Macht erobern, während die bonapartistischen und republikanischen Elemente der französischen Gesellschaft als oppositionelle Minderheit im Hintergrund zu bleiben gezwungen war.

"Nicht die französische Bourgeoisie herrschte unter Louis Philippe, sondern eine Fraktion derselben, Bankiers, Börsenkönige, Eisenbahnkönige, Besitzer von Kohlen- und Eisenbergwerken und Waldungen, ein Teil des mit ihnen rallliierten Grundeigentums - die sogenannte Finanzaristokratie. ... Die eigentliche industrielle Bourgeoisie bildete einen Teil der offiziellen Opposition, d.h. sie war in den Kammern nur als Minorität vertreten."[2]

Erst angesichts des Aufstandes vom Februar 1848 kam es "unter dem gemeinschaftlichen Ruf zur Rettung des Eigentums, der Religion, der Familie, der Gesellschaft"[3] zur Vereinigung der konservativen Gesamtbourgeoisie in der diktatorischen 'Partei der Ordnung', eine nach dem Sturz Louis Philippe's gegründeten Koalition der beiden monarchistischen Fraktionen, der legitimistischen und orléanistischen.

---

1) Vgl. Engels, Die deutsche Reichsverfassungskampagne, MEW 7, S. 113

2) Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich, MEW 7, S. 12
vgl. auch: Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 8, S. 516

3) Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 3o2

Die 'Ordnungspartei' war die parlamentarische Form der Bourgeoisie, in der sie sich zur Kontrolle ihrer Fraktionen und vor allem zur Unterdrückung des französischen Proletariats formierte.

"Auf die bürgerliche Monarchie Louis-Philippes kann nur die bürgerliche Republik folgen, d.h., wenn unter dem Namen des Königs ein beschränkter Teil der Bourgeosie geherrscht hat, so wird jetzt im Namen des Volkes die Gesamtheit der Bourgeoisie herrschen. ... Die bürgerliche Republik siegte. Auf ihrer Seite stand stand die Finanzaristokratie, die industrielle Bourgeoisie, der Mittelstand, die Kleinbürger, die Armee, das als Mobilgarde organisierte Lumpenproletariat, die geistigen Kapazitäten, die Pfaffen und die Landbevölkerung. Auf der Seite des Pariser Proletariats stand niemand als es selbst. ... Alle Klassen und Parteien hatten sich während der Junitage zur Partei der Ordnung vereint gegenüber der proletarischen Klasse, als der Partei der Anarchie, des Sozialismus, des Kommunismus. ... Die parlamentarische Republik war mehr als das neutrale Gebiet, worin die zwei Fraktionen der französischen Bourgeoisie, Legitmisten und Orléanisten, großes Grundeigentum und Industrie, gleichberechtigt nebeneinander hausen konnten. Sie war die unumgängliche Bedingung ihrer gemeinsamen Herrschaft, die einzige Staatsform, worin ihr allgemeines Klasseninteresse sich zugleich die Ansprüche ihrer besonderen Fraktionen wie alle übrigen Klassen der Gesellschaft unterwarf." [1]

Unter der zweiten Republik herrschte also die gesamte Bourgeosie, aber nur sehr kurz, "ihre Unfähigkeit bahnte den Weg für das zweite Kaiserreich." [2]

Das zweite Kaiserreich unter Louis Bonaparte (der sich 1852 als Napoleon III. zum Kaiser proklamieren ließ, nachdem er 1848 zum Präsident der Republik gewählt wurde und dieses Amt 1851 durch einen Staatsstreich festigen konnte) war, so Marx

"die prostituieteste und zugleich die schließliche Form jener Staatsmacht, die von der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft ins Leben gerufen war als das Werkzeug ihrer eigenen Befreiung vom Feudalismus und die die vollentwickelte Bourgeoisiegesellschaft verwandelt hatte in ein Werkzeug zur Knechtung der Arbeit durch das Kapital." [3]

---

1) Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8, S. 121 - 177

2) Engels, Einleitung (1892) zu 'Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, S. 54o

3) Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, S. 338

Louis Napoleon hatte den Kampf zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse politisch - taktisch ausgenützt und fand eine stützende Mehrheit in den französischen Parzellenbauern bei der Präsidentschaftswahl der zweiten Republik. [1]
Er gab sich insbesondere als Repräsentant der Bauernschaft aus und wollte darüberhinaus "als der patriarchalische Wohltäter aller Klassen erscheinen", [2] traf aber keine politischen Maßnahmen und Entscheidungen zugunsten des Kleinbürgertums, der Bauernschaft oder der Arbeiterklasse.

Das imperialistische Regime des zweiten Kaiserreiches, das Louis Napoleon mit Hilfe der Armee errichtete, wurde die notwendige Staatsform in Frankreich, wo die Bourgeoisie die revolutionären Kämpfe des Proletariats niederschlug, sich aber keine weiteren gewaltsamen Klassenauseinandersetzungen mehr leisten, bzw. militärisch verkraften konnte, womit allerdings nicht der Klassenkampf an sich beseitigt wurde.

"Louis Napoleons Herrschaft hat also den Klassenkampf nicht abgeschafft. Sie verhindert lediglich für eine Weile die blutigen Ausbrüche, die von Zeit zu Zeit die Anstregungen dieser oder jener Klasse kennzeichnen, die politische Macht zu erringen oder sie aufrechtzuerhalten. Keine dieser Klassen war stark genug, mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg eine neue Schlacht zu wagen. ... Louis Napoleon ist an die Macht gekommen, weil der offene Krieg zwischen den verschiedenen Klassen der französischen Gesellschaft in den letzten vier Jahren diese Klassen erschöpft und ihre Armeen zerschlagen hat und weil unter solchen Bedingungen der Kampf dieser Klassen zumindest vorübergehend nur auf friedliche und legale Weise fortgeführt werden kann. ... Unter diesen Umständen liegt es gewissermaßen im Interesse aller konkurrierenden Klassen, wenn eine sogenannte starke Regierung besteht." [3]

Es war die Aufgabe Louis Napoleons, die Arbeiterklasse Frankreichs mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln

---

1) Vgl. Engels, Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, MEW 21, S. 412; Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, S. 345 und 542

2) Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8, S. 206

3) Engels, Die wirklichen Ursachen der verhältnismäßigen Inaktivität der französischen Proletarier im vergangenen Dezember, MEW 8, S. 226 - 227

unter geänderten Klassenkampfbedingungen an ihrer Emanzipation zu hindern. Dieses Praxis zwang die Bourgeoisie "die vollziehende Gewalt mit stets wachsender Unterdrückermacht auszustatten."[1] Auf diese Weise entstand unter Louis Napoleon ein 'militärischer Despotismus' [2], eine neue Ordnung, in welcher sich die Exekutive des Staates gegenüber der Kontrolle der herrschenden Klasse scheinbar total verselbständigte.

"Die Regierungsgewalt mit ihrem stehenden Heer, ihrer alles dirigierenden Bürokratie, ihrer verdummenden Geistlichkeit und ihrer servilen Gerichtshierarchie war von der Gesellschaft selbst so unabhängig geworden, daß ein lächerlich mittelmäßiger Abenteurer mit einer gierigen Bande von Desperados[3] hinter sich genügte, sie zu handhaben."

Die Diktatur des zweiten Kaiserreiches erschien also als eine der Gesellschaft völlig entfremdete, verselbständigte Regierungsform, als die Vervollkommnung eines von der Gesellschaft getrennten, von ihr unabhängigen Staates.
Während der absoluten Monarchie bis zur französischen Revolution war die Bürokratie nur das Mittel zur Vorbereitung der bourgeoisen Klassenherrschaft, unter der bourbonischen Restauration und der parlamentarischen Republik wurde sie von der Bourgeoisie zur Beherrschung des Proletariats instrumentalisiert. Dann, unter dem bonapartistischen zweiten Kaiserreich schien Frankreich "unter die Despotie eines Individuums zurückzufallen", [4] unter die Autorität Louis Bonapartes.

"Jedes gemeinsame Interesse wurde sofort von der Gesellschaft losgelöst, als höheres, allgemeines Interesse ihr gegenübergestellt. ... Erst unter dem zweiten Bonaparte scheint sich der Staat völlig verselbständigt[5] zu haben."

---

1) Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, S. 337

2) Engels, Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, MEW 16, S. 71

3) Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, S. 54o

4) Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8, S. 196

5) Marx, ebenda, S. 197

Diese partielle Lösung des Staates gegenüber der bürokratischen Exekutivgewalt rührte sowohl von einer relativen politischen Schwäche der ökonomisch herrschenden Klasse und einer gleichzeitigen Unmündigkeit der arbeitenden Massen, der Unfähigkeit, ihre Interessen in eigener Regie zu vertreten.[1]
Die französischen Parzellenbauern waren trotz des ihnen zugestandenen Wahlrechts außerstande, ihre potentielle gesellschaftliche Macht an eine sie repräsentierende politische Instanz zu delegieren.

Der autoritäre Bonapartismus, der "ebenso demütigend für die herrschenden Klassen wie für die arbeitenden Klasse war"[2], ist die einzig mögliche Form der Klassenherrschaft unter den Umständen eines relativen Gleichgewichts im Kräfteverhältnis der Klassenstärken in der französischen Gesellschaft gewesen. Und dennoch, betonte Marx, "schwebt die Staatsgewalt nicht in der Luft. Bonaparte vertritt eine Klasse, und zwar die zahlreichste Klasse der französischen Gesellschaft, die Parzellenbauern."[3]

Da die französischen Parzellenbauern unfähig waren, ihr Klasseninteresse politisch geltend zu machen, mußte ihr offozieller Vertreter ihnen erscheinen "als eine unumschränkte Regierungsgewalt, die sie vor den anderen Klassen beschützt. ... Der politische Einfluß der Parzellenbauern findet also darin seinen letzten Ausdruck, daß die Exekutivgewalt sich die Gesellschaft unterordnet." [4]

Auf diese Weise konnte Louis Bonaparte, der sich widerspruchsvoll als Repräsentant aller Klassen ausgab, die verschiedenen Klassen 'vertreten', wurde dabei aber

---

1) Vgl. Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, S. 338; Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8,S. 198

2) Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, S. 541

3) Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8, S. 198

4) Marx, ebenda, S. 198 - 199

allgemein nicht durch die speziellen Wünsche und Forderungen einer Klasse eingeschränkt.[1]
Das bedeutet andererseits nicht, daß der Bonapartismus als eine neutrale, klassenunabhängige Herrschaftsform existierte. Zu allen Zeiten ist der Staat, der zum dem Zweck und aus dem Bedürfnis entstand, "Klassengegensätze im Zaum zu halten"[2], der Staat der ökonomisch mächtigsten Klasse, die vermittelt durch die Staatsgewalt auch zur politisch herrschenden Klasse wird und so die repressiven Mittel zur Unterdrückung der ausgebeuteten Klassen erwirbt.

Ausnahmsweise aber, erklärte Engels, kommen in der Geschichte Perioden vor, in denen der Staat als scheinbarer Vermittler zwischen einander im Kampf gleichgewichtigen Klassen eine gewisse Unabhängigkeit erlangt. Dies war der Fall zur Zeit der absoluten Monarchie, die Adel und Bürgertum gegeneinander balancierte[3].
Die gleiche Situation ergab sich beim Bonapartismus des ersten und vor allem zweiten französischen Kaiserreiches, wo unter den Bonapartes die Bourgeoisie gegen das Proletariat (und umgekehrt) ausgespielt wurde.[4]

Trotzdem war der bonapartistische Staat mit seiner weitgehenden politischen Unabhängigkeit in letzter Instanz der politische Agent der ökonomisch und sozial herrschenden Klassen der französischen Gesellschaft. Während das zweite Kaiserreich im deutsch-französischen Krieg (187o - 1871) unterging, wurde die dritte französische Republik (187o - 1914) gegründet, unter welcher sich die Bourgeoisie wieder konsolidieren konnte.

---

1) Vgl. Miliband, Marx und der Staat, S. 14

2) Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21, S. 166

3) Vgl. S. 49

4) Vgl. Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21, S. 167

In Deutschland übernahm Bismarck, der nach dem Sieg über Frankreich im deutsch-französischen Krieg als Reichskanzler (1871 - 189o) im zweiten deutschen Kaiserreich fungierte, die Rolle als "Diktator der deutsch-liberalen Bourgeoisie". [1]

Seine - sich auf wechselnde Parteimehrheiten stützende - autokratische Politik verhinderte ebenso wie in Frankreich unter Louis Bonaparte das Entstehen einer parlamentarischen Demokratie.

"Bismarck ist Louis - Napoleon, übersetzt aus dem französischen abenteuernden Kronprätendenten in den preußischen Krautjunker und deutschen Korpsburschen. Ganz wie Louis - Napoleon ist Bismarck ein Mann von großem praktischen Verstand und großer Schlauheit ..." [2]

Die Ursache für Bismarcks totalitäre Politik, die alle Mittel ausschöpfte, eine revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung zu zerschlagen, war eine Frankreich unter Louis Napoleon vergleichbare Pattsituation im Klassenkampf, unter welcher sich die Staatsmacht scheinbar verselbständigen konnte.

"Die neueste Leistung dieser Art , bei der Herrscher und Beherrschte gleich komisch erscheinen, ist das neue deutsche Reich Bismarckscher Nation: Hier werden Kapitalisten und Arbeiter gegeneinander balanciert und gleichmäßig geprellt zum Besten der verkommenen preußischen Krautjunker." [3]

Das wilhelminische, kaiserliche Deutschland war trotz der Bismarckschen Wahlrechtsänderung ein ausgeprägter Klassenstaat, in dem sich ebensowenig wie in Frankreich eine stabile Hegemonie einer Klassenfraktion bilden konnte. [4] Außerdem trieb der preußische Militarismus unter Bismarck, nebst reaktionärer Innenpolitik eine ähnlich imperialistische Außenpolitik wie das bonapartistische Frankreich, die schließlich in den ersten Weltkrieg mündete.

1) Marx, Nachwort zu 'Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln (1875), MEW 8,S. 576

2) Engels, Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, MEW 21, S. 426 -427

3) Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21, S. 167

4) Vgl. Kirchheimer, Politische Herrschaft, S. 58 - 59

In England hatte die Bourgeosie nie ungeteilte Herrschaft ausgeübt. Zwar konnte sich das Industriekapital dort seit der Wahlrechtsreform von 1831 gegenüber der politischen Vormachtsstellung des Grund- und Finanzadels im Staate politisch behaupten und sich 1846 mit der Beseitigung der Kornzölle und der Durchsetzung des Freihandels parlamentarische Hegemonie verschaffen, aber die feudalen Relikte nicht gänzlich beseitigen.[1] Die Aristokratie okkupierte weitgehend die hohen Regierungsämter in der englischen parlamentarischen Monarchie.[2]

Personell gesehen wurde der englische Staat von den konservativ - liberalen 'Torries' und den 'Whigs', den aristokratischen Vertretern der Bourgeoisie im Interesse der industriekapitalistischen Fraktion der herrschenden Klasse geführt.[3]

Die Erscheinungs- und Wirkungsweise der Staatsgewalt war in den verschiedenen europäischen Kulturnationen, -bedingt durch einen verschiedenartig entwickelten Stand der Produktivkräfte und den damit notwendig verbundenen Produktionsverhältnissen - höchst unterschiedlich gestaltet, und, die historischen Erfahrungen in den fortgeschrittensten Ländern Europas, England, Frankreich und Deutschland - bis heute - beweisen:

erstens,
daß die Bürokratie oder der exekutive Staatsapparat nicht völlig in seiner dienenden Funktion als Instrument und Stabilisator der Klassenherrschaft der Bourgeoisie (in ihrer Einheit oder einer ihrer dominierenden Fraktionen) aufgeht und der bürgerliche Staat eine relative Autonomie besitzt;

---

1) Vgl. Marx, Schutzzoll und Freihandel, MEW 21, S.360f;
Engels, England 1845 und 1885, MEW 21, S. 191f;
Engels, Die Zehnstundenfrage, MEW 7, S. 229 und
Marx, Das Kapital, Bd.I, MEW 23, S. 784-785

2) Vgl. Marx, Die Wahlen in England - Torries und Whigs, MEW 8, S. 336f;
Marx, Die Wahlresultate, MEW 8, S. 358f

3) Vgl. Engels, Einleitung (1892) zu 'Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, S. 540

zweitens,

daß sich die typisch kapitalistische Herrschaftsweise in allen der bürgerlichen Gesellschaft möglich entsprechenden Staatformen, ob bürgerliche Republik, parlamentarisch - repräsentative Demokratie, konstitutionelle Monarchie oder Präsidialsystem, gegen die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung durchzusetzen vermag;

drittens,

daß auch ein diktatorisches, autoritäres Staatsregime, (Bonapartismus, Militärregierung und Faschismus) den repressiven Klassencharakter des Staates nicht grundsätzlich in Frage stellt oder gar aufhebt, sondern nur den Grad seiner relativen Autonomie verändert, und

viertens,

daß das auf Klassenherrschaft gegründete kapitalistische Staatssystem im Innern permanent von politischen Klassenkämpfen durchdrungen ist und außenpolitisch aggressive, bzw. imperialistische Züge aufweist.

5. Staat und ökonomische Reproduktionsbedingungen in der konkurrenzkapitalistische Phase der bürgerlichen Gesellschaftsentwicklung

Während bei Marx in den Frühschriften der Staat im Hinblick auf das Phänomen der politischen Entfremdung im Vordergrund seiner theoretischen Bemühung zur Bestimmung des Verhältnisses von Gesellschaft und Staat stand, und später, in seinen historischen Studien der instrumentelle Charakter der Staatsgewalt dechiffriert wurde, treten diese Bestimmungen der politischen Machtinstanz nun hinter der Analyse der ökonomischen Funktion des Staates im kapitalistischen Produktionsprozeß zurück, ohne natürlich aufgegeben zu werden, oder an Bedeutung zu verlieren.

Wie Marx in der Geschichte Frankreichs, wo die Klassenkämpfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat beispielhaft in Erscheinung traten, den repressiven Charakter des Staates in reinster Form untersuchen konnte, so zeigte sich die ökonomische Funktion des bürgerlichen Staates in prägnantester Gestalt in England.
In England hatte die kapitalistische Produktionsweise im 19. Jahrhundert ihre 'klassische Form' [1] erreicht, hier war "die industrielle Revolution vollständig durchgeführt"[2], weswegen Marx von England als dem "Demirurg des bürgerlichen Kosmos" [3] sprach.
Die kapitalistische Gesellschaft, der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital fand in England seinen krassesten Ausdruck, in keinem anderen europäischen Land "hat die Despotie des Kapitals und die Arbeitersklaverei einen so hohen Grad der Entwicklung erreicht." [4]

---

1) Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 744

2) Engels, Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, MEW 16, S. 67

3) Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich, MEW 7, S. 97

4) Marx, Brief an das Arbeiterparlament, MEW 1o, S. 125
vgl. auch Marx/Engels, Reden über Polen, MEW 4, S. 416f;
Marx, Das Kapital, Bd.I, MEW 23, S. 21

Die industrielle Revolution hatte für England "dieselbe Bedeutung wie die politische Revolution für Frankreich und die philosophische für Deutschland." [1]
Marx und Engels gingen jedoch davon aus, daß sich der ökonomische Vorsprung Englands innerhalb kurzer Zeit aufheben würde, da alle kapitalistischen Staaten denselben Entwicklungsprozeß durchmachen werden, "haben wir doch im Grunde dieselbe soziale Ordnung, die über kurz oder lang auf dieselbe Spitze getrieben werden muß, welche sie jenseits der Nordsee bereits erlangt hat." [2]

In den ökonomischen Schriften von Marx, wie 'Zur Kritik der politischen Ökonomie', den 'Grundrisse(n) der Kritik der politischen Ökonomie', dem 'Kapital', den 'Theorien über den Mehrwert' und einigen Gelegenheitsschriften wie 'Lohnarbeit und Kapital' oder 'Lohn, Preis und Profit', waren die früheren Erkenntnisse über die bürgerliche Gesellschaft und ihres Staates theoretisch vorausgesetzt. Marx konnte sich nun der Kritik an der bürgerlichen Nationalökonomie widmen, "weil eine umfassende Erkenntnis des Gesamtprozesses ihr vorausgegangen ist"[3],das heißt, die ökonomische Resultate, die Marx aus der Analyse der kapitalistischen Ökonomie gewann, stehen nicht abseits gesellschaftlich - philosophischer Erkenntniszusammenhänge.

"Meine Untersuchung mündete in dem Ergebnis, daß Rechtsverhältnisse wie Staatsformen weder aus sich selbst zu begreifen sind noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln, deren Gesamtheit Hegel ... unter dem Namen 'bürgerliche Gesellschaft' zusammenfaßt, daß aber die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft in der politischen Ökonomie zu suchen sei." [4]

---

1) Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, (Einleitung), MEW 2, S. 25o

2) Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, (Vorwort), MEW 2, S. 233

3) Kofler, Geschichte und Dialektik, S. 64

4) Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie (Vorwort), MEW 13, S. 8

Die Ausarbeitung der Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Ökonomie und die Einbindung der politischen Ökonomie in gesellschaftliche Zusammenhänge entspricht m.E. Marx' deduktiver Darstellungsmethode, dem Fortschreiten vom Abstrakten zu zunehmender Konkretisierung, wobei als abstrakt die Darstellung allgemeiner sozialer Verhältnisse,und ihrer Dynamik, als konkret die Explikation der sozialen Gesetzmäßigkeiten in einer bestimmten historischen Gesellschaft im Detail zu verstehen sind.

Damit ist die Theorie der kapitalistischen Ökonomie und die Rolle des bürgerlichen Staates im Prozeß der kapitalistischen Produktion integrierter Bestandteil, bzw. komplementäres Element der gesellschaftlichen Totalitätsperspektive.

> "Marx ging es darum, die krisenhaften Entwicklungen zu identifizieren und zu erklären, an denen sich die strukturelle Beschränkung der Steuerungskapazität ablesen und die praktische Notwendigkeit für eine Veränderung des gesellschaftlichen Organisationsprinzip begründen ließ. ... Ich bin ... der Meinung, daß schon Marx den Historischen Materialismus als eine umfassende Theorie der sozialen Evolution verstanden, und die Theorie des Kapitalismus als eines ihrer Teilstücke angesehen hat."[1]

Marx' Kritik an der bürgerlichen Ökonomie ist also ein revolutionäre proletarische Gesellschaftswissenschaft[2], und besteht in der Enthüllung der ökonomischen Bewegungsgesetze des Kapitals, begründet in der Mehrwert und Profittheorie, sowie der Darstellung der soziohistorischen Entwicklungstendenzen, spezifiziert in der Konzentrations- und Zentralisationslehre, der Krisen- und Verelendungstheorie und der Antizipation des Zusammenbruchs der kapitalistischen Produktionsweise.

---

1) Habermas, Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus,S. 41

2) Vgl. Korsch, Karl Marx, S. 81f

Die Bewegungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft, bzw. der kapitalistischen Produktionsweise - sie müssen hier im einzelnen als bekannt vorausgesetzt werden - sind existentiell und wirkungsbezogen gebunden an die Entfaltung der Produktionsverhältnisse, deren Widersprüchlichkeit die Diskrepanz zwischen den Reproduktionsbedingungen der Eigentümer der Produktionsmittel und denen der Besitzlosen, also zwischen Bourgeoisie und Proletariat, vorantreibt und eine fortwährende Trennung der objektiven von den subjektiven Produktionsfaktoren vollzieht.

Die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, es handelt sich letztlich um historisch - gesellschaftliche, setzen sich nicht mit naturgesetzlicher Notwendigkeit, sondern stets nur tendenziell durch, "zu Naturgesetzen können sie ... allerdings insofern berechtigt in Analogie gesetzt werden, als sie unter den gegebenen Verhältnissen der menschlichen Verfügung entzogen sind." [1]

Das heißt, der grundlegende Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise liegt in der gesamtgesellschaftlichen Produktion und der privaten Aneignung des eben gemeinschaftlich erarbeiteten Reichtums. Dieser Widerspruch manifestiert sich als antagonistisches Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital, von Bourgeoisie und Proletariat. Es sind aber nicht die Klassenindividuen, die das gesellschaftsbewegende Subjekt der kapitalistischen Produktion verkörpern, sondern "die freie Konkurrenz macht die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion dem einzelnen Kapitalisten gegenüber als äußerliches Zwangsgesetz geltend." [2]

---

1) Frerichs/Kraiker, Konstitutionsbedingungen des bürgerlichen Staates und der sozialen Revolution bei Marx und Engels, S. 93

2) Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 286

Zwar ist das Kapital "rücksichtslos gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters",[1] und es ist der Wille des Kapitalisten, "zu nehmen was zu nehmen ist",[2] aber da "die kapitalistische Produktion von "guten oder bösen Willen unabhängige Bedingungen einschließt", [3] sind den egoistischen Bestrebungen der Bourgeoisie von vornherein objektive Grenzen gesetzt, die sich aus den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung ergeben.

"Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und übrrlieferten Umständen."[4]

Daher kommt es Marx darauf an, "nicht über seinen (des Kapitalisten, Anm.d.Verf.) Willen zu fabeln, sondern seine Macht zu untersuchen, die Schranken dieser Macht und den Charakter dieser Schranken." [5]

Die Individuen der kapitalistischen Produktion, Kapitalisten und Proletarier, erscheinen in diesem Prozeß lediglich als "Personifikationen der ökonomischen Verhältnisse."[6]

Die Dominanz der objektiven ökonomischen bzw. gesellschaftlichen Verhältnisse über individuelle, voluntaristische Momente ist der entscheidende, determinierende Faktor der Produktions- und Reproduktionsbedingungen der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Andererseits betont Marx, ist die soziohistorische Entwicklung kein struktureller Mechanismus, denn "die Geschichte tut nichts, ... sie kämpft keine Kämpfe! Es ist vielmehr der Mensch, der wirklich lebende Mensch, der das alles tut, besitzt und kämpft."[7]

---

1) Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 285

2) Marx, Lohn, Preis und Profit, MEW 16, S. 1o5

3) Marx, Das Kapital, Bd. II, MEW 24, S. 4o9-41o

4) Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8, S. 115

5) Marx, Lohn, Preis und Profit, MEW 16, S. 1o5

6) Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 99, siehe auch S. 16 und Bd. III, MEW 25, S. 887

7) Marx/Engels, Die heilige Familie, MEW 2, S. 98

Hier tritt bei Marx der vergesellschaftete Mensch an die Stelle des revolutionären, bewegenden und bestimmenden Subjekts in der Geschichte; die revolututionär Arbeiterklasse selbst wird es sein, "die das Werk der Befreiung im Namen von Generationen Geschlagener zu Ende führt."[1]

Marx wollte verdeutlichen, daß einerseits individuelles Handeln und Verhalten an die allgemein vorgegebenen und beschränkten Möglichkeiten einer bestehenden sozialen und ökonomischen Ordnung gebunden sind und durch die Klassenposition begrenzt werden; andererseits, daß die Widersprüche und vor allem die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktion zu der Notwendigkeit einer revolutionären Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft führen, einem revolutionären Prozeß, dessen Verwirklichung nur durch die Aktivität eines klassenbewußten Proletariats erreicht werden kann, wobei jedoch der Zeitpunkt dieser Umgestaltung, und die Art und Weise der konkreten Durchführung nicht - wie nach anarchistischer Überlegung - eine Frage der persönlichen Willkür, der direkten Aktion und des persönlichen Ermessens sein kann.

Das geschichtstheoretische Theorem, daß die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft und ihr, sie garantierender Staat mit seinem unmittelbar repressiven, sowie ideologischen und ökonomischen Interventionen, entgegen dem Selbstverständnis ihrer ideologischen Vertreter, historisch begrenzt ist, erfährt bei Marx durch den Nachweis der Schranken des kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozeß seine präzise ökonomisch fundierte Bestätigung auf empirischer Ebene. [2]

---

1) Benjamin, Zur Kritik der Gewalt, S. 88

2) "Dem mit der Nationalökonomie vertrauten Leser habe ich nicht erst zu versichern, daß meine Resultate durch eine ganz empirische auf ein gewissenschaftes Studium der Nationalökonomie gegründete Analyse gewonnen worden sind."
Marx, Ökonomisch - philosophische Manuskripte, MEW Erg. Bd. I, S. 467

Diese Schranken finden ihren Ausdruck in dem Gesetz des tendenzielles Falls der durchschnittlichen Profitrate, das dem kapitalistischen Akkumulationsprozeß entgegenwirkt. Das Kapital selbst trägt fortwährend zu seiner eigenen Entwertung bei, behindert die weitere Entfaltung der Produktivkräfte und produziert so die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems mit seinen Verelendungserscheinungen und der gesellschaftlichen Polarisierung, woraus sich der notwendige Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise ableiten läßt.

"Dies ist Gesetz für die kapitalistische Produktion, gegeben durch die beständigen Revolutionen in den Produktionsmethoden selbst, die damit beständig verknüpfte Entwertung von vorhandenen Kapital, den allgemeinen Konkurrenzkampf und die Notwendigkeit, die Produktion zu verbessern und ihre Stufenleiter auszudehnen, bloß als Erhaltungsmittel und bei Strafe des Untergangs. ... Da nicht Befriedigung der Bedürfnisse, sondern Produktion von Profit Zweck des Kapitals, ... so muß beständig ein Zwiespalt eintreten zwischen den beschränkten Dimensionen der Konsumption auf kapitalistischer Basis und einer Produktion, die beständig über diese ihre immanente Schranke hinaustreibt. ... Die Profitrate ist die treibende Macht in der kapitalistischen Produktion, und es wird nur produziert, was und soweit es mit Profit produziert werden kann. ... Der Kapitalist hat also kein Interesse daran, die neue Maschine einzuführen, ... Kein Kapitalist wendet eine neue Produktionsweise, sie mag noch soviel produktiver sein ... freiwillig an, sobald sie die Profitrate vermindert."[1]

Das Kapital treibt endlich, indem es immer eklatantere Widersprüche erzeugt, seiner eigenen Negation zu.[2] In diesem Prozeß ist es die Aufgabe des Staates, dieses seiner eigenen Dynamik nach selbstnegatorische System aufrechtzuerhalten.

"Die jetzigen bürgerlichen Eigentumsverhältnisse werden 'aufrechterhalten' durch die Staatsmacht, welche die Bourgeosie zum Schutz ihrer Eigentumsverhältnisse organisiert hat,"[3]

---

1) Marx, Das Kapital, Bd. III, MEW 25, S. 254 - 275

2) Siehe Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 64off

3) Marx, Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral, MEW 4, S. 338

Dabei hat der Staat den Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital in einer politischen Form zu reproduzieren, die nicht als permanente offene Repression erscheint und trotzdem die Entwicklung dieses gesellschaftlichen Widerspruchs auf immer höherer Ebene erlaubt.

Da der Staat als geschäftsführendes Organ des Kapitals agiert, als "ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet", [1] kann die staatliche Administration nicht die Interessen einzelner Kapitalisten repräsentativ bevorzugen, sondern muß das gesamte Kapital interessenmäßig vertreten und wird so selbst zum 'ideellen Gesamtkapitalisten'.

"Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentliche kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, dest mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus" [2]

Nach marxistischer Bestimmung sind die Formen der ökonomischen Produktion zugleich Formen der gesellschaftlichen Reproduktion. Das heißt, das'Kapital' ist bei Marx und Engels nicht wie in der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre mit der Summe der Produktionsmittel und des Geldvolumens identisch, sondern es ist ein bestimmtes gesellschaftlichen Verhältnis, das über ökonomische Objekte vermittelt in Erscheinung tritt.

"Aber das Kapital ist kein Ding, sondern ein bestimmtes, gesellschaftliches, einer bestimmten historischen Gesellschaftsformation angehöriges Produktionsverhältnis, daß sich an einem Ding darstellt und diesem Ding einen spezifischen gesellschaftlichen Charakter gibt. Das Kapital ist nicht die Summe der materiellen und produzierten Produktionsmittel." [3]

1) Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei,MEW 4,S.464

2) Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, S. 222

3) Marx, Das Kapital, Bd. III, MEW 25, S. 822 - 823
Vgl. auch Marx, Das Elend der Philosophie, MEW 4, S. 13o

So wie ein Neger natürlich stets Neger ist, aber nur unter bestimmten Produktionsverhältnissen zum Sklaven wird, so werden Produktionsmittel und Geld an sich nur unter bestimmten gesellschaftlichen Voraussetzungen zu einem sozialen Verhältnis, zu Kapital.

"Was ist ein Negersklave? Ein Mensch von der schwarzen Race. ... Ein Neger ist ein Neger. In bestimmten Verhältnissen wird er erst zum Sklaven. Eine Baumwollspinnmaschine ist eine Maschine zum Baumwollspinnen. Nur in bestimmten Verhältnissen wird sie zu Kapital. Aus diesen Verhältnissen herausgerissen, ist sie so wenig Kapital, wie Gold an und für sich Geld oder der Zucker der Zuckerpreis ist."[1]

Das Kapitalverhältnis bildete sich mit der Auflösung und dem Zerfall der feudalen Strukturen heraus, dort wo der von allen feudalen Loyalitätsverpflichtungen 'freie Arbeiter' auf dem Markt vorfindlich war.

"Zur Verwandlung von Geld in Kapital muß der Geldbesitzer also den freien Arbeiter auf dem Warenmarkt vorfinden, frei in dem Doppelsinn, daß er als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt, daß er andererseits andere Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen."[2]

Die Trennung der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln im Prozeß der kapitalistischen Akkumulation und die Einführung der freien Konkurrenz der Warenbesitzer bedurfte der institutionalisierten Fixierung der Produktionsagenten als Rechtssubjekte, d.h. als Staatsbürger. Die Setzung und Durchsetzung allgemeiner Rechtsverhältnisse und die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Verkehrsformen können nur durch staatlich monopolisierte Gewalt gewährleistet werden, denn das ökonomische Verhältnis kann nicht als solches erscheinen,sondern bedarf eines außerokonomischen Zwangs als notwendige Bedingung seiner Reproduktion.

---

1) Marx, Lohnarbeit und Kapital, MEW 6, S. 4o7

2) Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 183
Vgl. auch Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 4o6

Auf dem Markt, wo sich Kapitalist und Lohnarbeiter formell als freie und gleichberechtigte Warenbesitzer gegenüberstehen, werden die sozialen Abhängigkeitsverhältnisse über die Zirkulationssphäre des Kapitals als scheinbar gerechte Tauschbeziehungen über das bürgerliche Recht, bzw. Privatrecht vermittelt.
Die Rechtsbeziehungen, welche die Individuen zwecks Reproduktion ihres Lebens eingehen müssen (Arbeits- und Mietverträge) drücken ihren äußeren gesellschaftlichen Zusammenhang aus, keinesfalls aber ist diese Gesellschaftlichkeit als bewußter Willensakt zu denken, sondern als gesellschaftliches Verhältnis, das nur juristisch in Erscheinung tritt.

"Dies Rechtsverhältnis, dessen Form der Vertrag ist, ... ist ein Willensverhältnis, worin sich das ökonomische Verhältnis widerspiegelt. Der Inhalt dieses Rechts- oder Willensverhältnisses ist durch das ökonomische Verhältnis selbst gegeben. Die Personen existieren hier nur füreinander als Repräsentanten von Ware und daher als Warenbesitzer. ... Die Gerechtigkeit der Transaktionen, die zwischen den Produktionsagenten vorgehen, beruht darauf, daß diese Transaktionen aus den Produktionsverhältnissen als natürliche Konsequenz entspringen. Die juristischen Formen, worin diese ökonomischen Transaktionen als Willenshandlungen der Beteiligten, als Äußerungen ihres gemeinsamen Willens und als der Einzelpartei gegenüber von Staats wegen erzwingbare Kontrakte erscheinen, können als bloße Formen diesen Inhalt selbst nicht bestimmen. Sie drücken ihn nur aus. Dieser Inhalt ist gerecht, sobald er der Produktionsweise entspricht, ihr adäquat ist. Er ist ungerecht, sobald er ihr widerspricht. Sklaverei, auf Basis der kapitalistischen Produktionsweise, ist ungerecht; ebenso der Betrug auf die Qualität der Ware." [1]

Den ökonomischen Austauschformen auf der 'Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft' entspricht die Vorstellung des auf eigener Leistung beruhenden Eigentums und der Illusion von Freiheit und Gleichheit der Individuen als Warenbesitzer. Aber hinter dieser Mystifikation der Warenbeziehungen steht die zwingende Notwendigkeit des proletarischen Individuums, seine Arbeitkraft zur Lebensreproduktion zu veräußern und der

---

1) Marx, Das Kapital Bd. I, MEW 23, S. 99 - 1oo und
Das Kapital Bd. III, MEW 25, S. 351 - 352
Vgl. auch Marx/Engels, Die Deutsche Ideologie, MEW 3, MEW 3, S. 62 - 63

Zwang des Kapitals zur existenzsichernden Akkumulation. In der Lohnform schwindet das Bewußtsein vom Wert der Arbeitskraft, da hier alle Arbeit als bezahlte erscheint. Ergibt sich in Perioden der Prosperität innerhalb des Konjunkturzykluses des Kapitals die begrenzte Möglichkeit nach höheren Lohnforderungen und die ebenso begrenzte Chance sozialer Mobilität, so läßt sich die Vorstellung vom gerechten Tausch und der Mythos der Abhängigkeit der Lebenslage vom Ausmaß individueller Leistung mehr oder weniger im Bewußtsein des Proletariats aufrechterhalten.

"Die Form des Arbeitslohns löscht also jede Spur der Teilung des Arbeitstages in notwendige Arbeit und Mehrarbeit, in bezahlte und unbezahlte Arbeit aus. Alle Arbeit erscheint als bezahlte Arbeit. ... Bei der Lohnarbeit (im Gegensatz zur Sklaven- und Fronarbeit, Anm.d.Verf.) erscheint ... selbst die Mehrarbeit ... als bezahlt. ... Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und gerade sein Gegenteil zeigt, beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie."[1]

Dieses falsche, illusionäre Bewußtsein der Arbeiter wie der Kapitalisten entspringt der Verdinglichung oder Mystifikation gesellschaftlicher Verhältnisse unter kapitalistischen Bedingungen, d.h. der Atomisierung der Gesellschaft in formell unabhängige, 'autonome Subjekte', der gesellschaftlichen und innerbetrieblichen Arbeitsteilung und der damit verbundenen ökonomischen, sozialen, ideologischen, bzw. gesamtmenschlichen Entfremdung, der sich auch die herrschenden Klassen nicht entziehen können.[2]

"Daß es nur der Titel einer Anzahl von Personen auf das Eigentum am Erdball ist, der sie befähigt, einen Teil der Mehrarbeit der Gesellschaft sich als Tribut anzueignen ... wird durch den Umstand verdeckt, daß die kapitalistische Rente ... als Preis des Bodens erscheint. ... Ganz so erscheint einem Sklavenhalter der einen Neger gekauft hat, sein Eigentum an dem Neger nicht durch die Institution der Sklaverei als solche, sondern durch Kauf und Verkauf von Ware erworben. Aber der Titel muß da sein, bevor er verkauft werden kann. ... Was ihn überhaupt geschaffen hat, waren die Produktionsverhältnisse. ... Vom Standpunkt einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem anderen Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine

1) Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 562

2) Siehe Marx, Ökonomisch - philosophische Manuskripte, MEW Erg. Bd. I, S. 511f, und Marx/Engels, Die heilige Familie, MEW 2, S. 37

Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen zu hinterlassen."[1]

Auf der Grundlage des entfremdeten Bewußtseins wird der in der Ware veräußerten Arbeitskraft auf dem Markt nicht sichtbar.[2]
Die juristische Gleichsetzung der Subjekte in der Oberflächenbetrachtung der kapitalistischen Ökonomie bringt nur die faktische Ungleichheit der sozialen Verhältnisse zum Ausdruck, deren Reproduktion der bürgerliche Staat auf politischer Ebene kraft seiner alleinigen Gesetzgebungskompetenz außerökonomisch absichert. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer materiellen Verdoppelung der antagonistisch organisierten kapitalistischen Ökonomie in Wirtschaft und Politik. Die formelle Freiheit und Gleichheit lassen die fundamentalen gesellschaftlichen Klassenverhältnisse nicht verschwinden, "auch wenn es für das subjektive Bewußtsein der Individuen so erscheinen mag-, sondern sind Formen, in denen sich das Klassenverhältnis durchsetzt, weil es diese Formen ebenso annehmen muß wie die Form der Unfreiheit und Ungleichheit im unmittelbaren Produktionsprozeß."[3]

Marx ging davon aus, daß die Arbeiterklasse die verschleiernde, mystifizierende Form sozialer Abhängigkeit durchschauen und diesem Wissen politischen Ausdruck verleihen wird.
Im Verlauf der kapitalistischen Krisen und damit der gesellschaftlichen Polarisierung und Verelendung "verschwindet auch der Schein, den auf der Oberfläche das Verhältnis besaß, daß sich gleichberechtigte Warenbesitzer in der Zirkulation, auf dem Warenmarkt gegenübertreten."[4] Der Staat verliert dann den Anschein der Klassenneutralität und zwar in dem Maße, in welchem der soziale Antagonismus offenkundig wird, d.h. die Rechtsstaatsideologie als solche erkannt wird.

---

1) Marx, Das Kapital, Bd. III, MEW 25, S. 784

Forts. zu S. 84 :

2) "Das Geheimnisvolle der Warenform besteht ... einfach darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eigenen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen. ... Es ist nur das bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst, welches hier für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt." Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 86

3) Tuschling, Rechtsform und Produktionsverhältnisse, S. 27 - 28

4) Marx, Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, S. 86; Vgl. auch Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 491

Als 'Ideeller Gesamtkapitalist' ist es die Aufgabe des Staates, die Verfolgung exklusiver Interessen der Bourgeoisie als Klasse auf der Grundlage der Veräußerung der proletarischen Arbeitskraft zu erlauben, was gegebenenfalls auch eine Disziplinierung einzelner Kapitalisten im Falle egoistischer Exzesse, die die Funktionsweise der kapitalistischen Produktionsweise gefährden könnten, mit einschließt.

Der bürgerliche Staat kann als 'ideeller Gesamtkapitalist' aber nicht auf eine Agentur reduziert werden, welche die Einhaltung 'freier Verträge' und einen reibungslosen Warenverkehr durch die 'allgemeinen äußeren Produktionsbedingungen' erzwingt bzw. aufrechterhält.

Die progressive Entwicklung der Produktivkräfte veranlassen die einzelnen Kapitale aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit einen immer größeren Teil des Mehrwerts für technologische Innovationen zu investieren, womit sich die organische Zusammensetzung des Kapitals (das Verhältnis von konstanten und variablen Kapital) zugunsten des konstanten Kapitals verändert,was gleichzeitig eine Verminderung der durchschnittliche Profitrate bewirkt, und die Zentralisationstendenz des Kapitals verstärkt.[1]

Auf einer bestimmten Höhe der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte und der Ausweitung des Warenverkehrs, auch bei einem hohen Grad der kapitalistischen Konzentration, kann das Einzelkapital die infrastrukturellen Bedingungen seiner eigenen Reproduktion selbst nicht profitabel herstellen. Die Einzelkapitale überlassen es daher den Staat, die 'allgemeinen Bedingungen' der kapitalistischen Akkumulation bereitzustellen.

"Alle allgemeinen Bedingungen der Produktion, wie Wege, Kanäle etc., sei es, daß sie die Zirkulation erleichtern oder gar erst möglich machen, oder auch die Produktivkraft vermehren ... unterstellen, um vom Kapital unternommen zu werden, statt von der Regierung, ... höchste Entwicklung der auf das Kapital gegründeten Produktion. ... Ein Land ... kann selbst in produktiver Beziehung die Notwendigkeit von Eisenbahnen fühlen; dennoch kann der unmittelbare Vorteil, der für die Produktion daraus hervorgeht, zu gering sein, als das die Auslage als á fonds perdu erschiene. Dann wälzt das Kapital sie auf die Schultern des Staats."[2]

1) Vgl. Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 653f und Bd. III, MEW 25, S. 222f

2) Marx, Grundrisse ... S. 429-430

Der bürgerliche Staat bindet seine Aktivitäten im Rahmen der kapitalistischen Ökonomie an den Entwicklungsstand der kapitalistischen Produktionsweise, d.h. er interveniert nur soweit, als die kapitalistische Akkumulation der Einmischung des Staates der Setzung der außerökonomischen Produktionsbedingungen in Form der Rechtsordnung und der Errichtung der vom Kapital selbst nicht mehr finanzierbaren oder unprofitablen materiellen Produktionsbedingungen, einer seiner Größe entsprechenden Infrastruktur, bedarf.

Die Theorie des 'freien Marktes' war also auch in England des 19. Jahrhunderts eine Schimäre und ist bestenfalls im Sinne eines 'historischen Idealtypus' [1] brauchbar.
Da der bürgerliche Staat als systembildender Faktor im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise selbst präsent, und, in dialektischem Verständnis mit der bürgerlichen Gesellschaft identisch ist, war der Staat von Anfang an im ökonomischen Prozeß des Kapitals verankert. Davon zeugen auch die staatlichen Aktivitäten im internationalen System im Früh- und Hochkapitalismus, die militärische Sicherung errungener Handelsgebiete, die Navigations- und Kolonialgesetze des 17. und 18. Jahrhunderts, die merkantilistische Außenhandelspolitik oder die internationalen Garantieübernahmen im Handelsrecht.[2]

Die Marxsche Akkumulations- und Krisentheorie als Tendenzbestimmung der weiteren Entwicklung des kapitalistischen Systems legt in den allgemeinen Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Gesellschaft die Notwendigkeit ihrer revolutionären Beseitigung dar, bestimmt aber nicht den Zeitpunkt dieser Umgestaltung. Die Schranke der kapitalistischen Verwertungspraxis wird nach Marx erreicht sein,

---

1) Narr, Pluralistische Gesellschaft, S. 19

2) Vgl. Gerstenberger, Zur Theorie der historischen Konstitution des bürgerlichen Staates, in: Probleme des Klassenkampfes No. 8/9, S. 207f

wenn die komplexen nationalen und internationalen Maßnahmen des Kapitals und die Interventionen des Staates , die der Stagnation der Kapitalakkumulation entegegenwirken sollen, erschöpft sein werden, und wenn damit gleichzeitig der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital, den der bürgerliche Staat in politischer Form reproduziert, von einem verelendenden Proletariat als unerträglich empfunden wird.

Wird die Marx'sche Einsicht zugrunde gelegt, daß sich das gesellschaftliche Bewußtsein durch das gesellschaftliche Sein bestimmt, und ergänzt man diese Einsicht durch die Freud'sche Erkenntnis über den Zusammenhang von Kulturentwicklung und gesellschaftlicher Arbeit, dann läßt sich die Prognostizierung der Überwindung der schon seit langen dekadenten kapitalistischen Produktionsweise auch auf psychoanalytischer Ebene fundieren.

"Mit der Erkenntnis, daß jede Kultur auf Arbeitszwang und Triebverzicht beruht und darum unvermeidlich eine Opposition bei den von diesen Anforderungen Betroffenen hervorruft ... (und) bei den Einschränkungen, die sich nur auf bestimmte Klassen der Gesellschaft beziehen ... steht zu erwarten, daß diese zurückgesetzten Klassen den Bevorzugten ihre Vorrechte beneiden und alles tun werden, um ihr eigenes Mehr von Entbehrung los zu werden. Wo dies nicht möglich ist, wird sich ein dauerndes Maß von Unzufriedenheit innerhalb dieser Kultur behaupten, das zu gefährlichen Auflehnungen führen mag. .. . Eine Verinnerlichung der Kulturverbote darf man dann bei den Unterdrückten nicht erwarten, dieselben sind vielmehr nicht bereit, diese Verbote anzuerkennen, bestrebt, die Kultur selbst zu zerstören , eventuell selbst ihre Voraussetzungen aufzuheben. ... Es braucht nicht gesagt zu werden, daß eine Kultur, welche eine so große Zahl von Teilnehmern unbefriedigt läßt und zur Auflehnung treibt, weder Aussicht hat, sich dauernd zu erhalten, noch es verdient." [1]

---

1) Freud, Massenpsychologie und Ich - Analyse, S. 9o - 92 , Siehe auch Freud, Abriß der Psychoanalyse/Das Unbehagen in der Kultur, S. 56 und 1o3

6. Das Absterben des Staates infolge der sozialistischen Revolution

Die marxistische Staatstheorie beschäftigt sich nicht nur mit dem Faktum der Formbesonderung des bürgerlichen Staates, dem Inhalt dieser Formbesonderung und der Ableitung dieser Form aus der Basis und Substanz der bürgerlichen Gesellschaft. Sie bleibt nicht rein deskriptiv und konstatierend, sondern impliziert darüberhinaus die praktische Aufhebung ihres Erkenntnisobjekts, d.h. die Negation der Staatsgewalt im historischen Prozeß.

Nach dialektischer, bzw. historisch - materialistischer Geschichtsauffassung trägt jede bisherige Gesellschaftsform die zu ihrer eigenen Negation führenden Gesetzmäßigkeiten in sich, jene Dynamik, die im revolutionären Kampf der Klassen ihren finalen Ausdruck findet.

Bekanntlich erklärten Marx und Engels die menschliche Geschichte als eine Geschichte von Klassenkämpfen, deren bewegende Grundlage im Widerspruch der technisch - ökonomischen Entwicklung und anachronistischen Produktionsverhältnissen zu suchen ist.

"Alle Kollisionen der Geschichte haben also nach unserer Auffassung ihren Ursprung in dem Widerspruch zwischen den Produktivkräften und der Verkehrsform." [1]

Indem die bürgerlichen Revolutionen die Gesellschaft gewissermaßen entpolitisierten, d.h. dem Politischen eine relativ verselbständigte Existenzform gaben, perfektionierten sie den sozialen Antagonismus durch seine Institutionalisierung, so daß der repressive Charakter der Staatsgewalt immer offener hervortrat.

"Alle Revolutionen vervollkommneten ... nur die Staatsmaschinerie, statt diesen ertötenden Alp abzuwerfen. Die Fraktionen und Parteien der herrschenden Klassen, die abwechselnd um die Herrschaft kämpften, sahen die

1) Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 73
Vgl. auch Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei, MEW 4, S. 462

> Besitzergreifung ... und die Leitung dieser ungeheueren Regierungsmaschinerie als die hauptsächliche Siegesbeute an. ... Alle Reaktionen und alle Revolutionen haben nur dazu gedient, diese organisierte Macht ... aus einer Hand in die andere, von einer Fraktion der herrschenden Klassen an die andere zu übertragen. Sie hatte den herrschenden Klassen als Mittel der Unterjochung und der Bereicherung gedient. ... Sie hatte als Werkzeug gedient, um jede Volkserhebung niederzuschlagen und die arbeitenden Klassen zu unterdrücken, ... um die Übertragung der Staatsmacht von einem Teil ihrer Unterdrücker an den anderen zu sichern."[1]

Aus der Tatsache, daß die Existenz des Staates an die Klassenherrschaft gebunden ist, folgt logisch, daß die Abschaffung des Staates nur über die Abschaffung der Klassenherrschaft erreichbar sein kann, oder ökonomisch formuliert, schwindet der Staat als idealer Gesamtkapitalist ausschließlich durch die Beseitigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

> "Die Abschaffung des Staates hat nur einen Sinn bei den Kommunisten als notwendiges Resultat der Abschaffung der Klassen, mit denen von selbst das Bedürfnis der organisierten Macht einer Klasse zur Niederhaltung der anderen wegfällt."[2]

Wie Marx in seinen ökonomischen Schriften schilderte und begründete, erreicht die ökonomische Entwicklung des Kapitals, bedingt durch den gesetzmäßigen Prozeß der kapitalistischen Akkumulation, bzw. der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, mit all seinen unvermeidbaren Implikationen, der zunehmenden Verelendung in den kapitalistischen Krisen, einen Punkt, an dem die Fortsetzung des Kapitalverhältnisses unmöglich wird. Es ist somit die kapitalistische Produktionsweise selbst, die ihren Untergang, ihre eigene Negation, zwangsläufig erzeugt, und weniger die "sprengenden Wirkungen eines Kontakts zwischen einer zurückgebliebenen und fortgeschrittenen Ordnung ... als Ergebnis rapider sozioökonomischer Veränderungen",[3] wie Giddens die Marxsche Theorie der Auflösung der kapitalistischen Produktionsweise interpretiert.

---

1) Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, S. 539 - 541

2) Marx/Engels, Rezensionen aus der 'Neuen Rheinischen Zeitung', Polit-ökonomische Revue, MEW 7, S. 288

3) Giddens, Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften, S. 187

Marx sah in den bürgerlichen Produktionsverhältnissen und der sie garantierenden Macht die letzte antagonistische Form der gesellschaftlichen Organisation, mit welcher die 'Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft' abschließen wird. [1]

Marx und Engels zogen aus der Erkenntnis der historischen und gesellschaftlichen Entwicklung, konkret, aus der Analyse der bürgerlichen Revolutionen und der Arbeiterbewegung ihrer Zeit mit ihren Klassenkämpfen den Schluß, daß die fundamentalen sozialen und politischen Veränderungen, wie sie im historischen Prozeß gesetzmäßig verankert sind, auch einen neuen, kommunistischen Gesellschaftstyp den Weg ebnen würden.
Um sich von den frühsozialistischen Utopisten zu distanzieren, lehnten es die marxistischen Klassiker stets ab, positive Darstellungen über die Zukunft zu geben, bzw. ein inhaltlich bestimmtes Bild der antizipierten kommunistischen Gesellschaftsform zu porträtieren. Dies entsprach auch der materialistischen Methode, wissenschaftliche Erkenntnis empirisch, also aus der gesellschaftlichen Praxis, abzuleiten.
Abgesehen von über das Gesamtwerk verteilten sporadischen Äußerungen über die erwartete Gesellschaftsordnung, konzentrierten sich Marx und Engels auf die Formulierung einer revolutionären Praxis, den Weg zur Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise und des mit ihr verbundenen politischen und juristischen Überbaus.

Eine sozialistische Revolution, die durch den ökonomischen, politischen und ideologischen Klassenkampf [2] eingeleitet wird und über die Sozialisierung der Produktionsmittel und der Übernahme der politischen Macht schließlich zur

---

1) Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, (Vorwort), MEW 13, S. 9

2) Vgl. Engels, Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu 'Der deutsche Bauernkrieg', MEW 18, S. 516 und Engels, Die wirklichen Ursachen der verhältnismäßigen Inaktivität der französischen Proletarier, MEW 8, S. 225

Beseitigung der Klassenunterschiede und damit der Aufhebung der Staatsgewalt führt, sollte nach Marx den Beginn der wirklichen Menschheitsgeschichte markieren, in der jede Art individueller und kollektiver Entfremdung nicht mehr existiert.

"Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum. Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf, und damit auch den Staat als Staat. ... Sobald es keine Gesellschaftsklasse mehr in der Unterdrückung zu halten gibt, sobald mit der Klassenherrschaft und dem in der bisherigen Anarchie der Produktion begründeten Kampf ums Einzeldasein auch die daraus entspringenden Kollisionen und Exzesse beseitigt sind, gibt es nichts mehr zu reprimieren, das eine besondere Repressionsgewalt, einen Staat, nötig machte. Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt - die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft - ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach den anderen überflüssig und schläft dann von selbst ein. ... Der Staat wird nicht 'abgeschafft', er stirbt ab." [1]

Das 'Absterben' des Staates bedeutet jedoch nicht das völlige Verschwinden einer politischen Ordnungsstruktur und Verwaltungsinstanz, sondern "daß die öffentlichen Funktionen ihren politischen Charakter verlieren und sich in einfache administrative Funktionen verwandeln werden",[2] das heißt, daß an die Stelle der bürgerlichen Regierung, dem Machtinstrument über Menschen "die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen"[3] tritt.

---

1) Engels, Anti - Düring, MEW 2o, S. 261 - 262
vgl. auch Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, S.223f

Marx, Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral, MEW 4, S. 338

2) Engels, Von der Autorität, MEW 18, S. 3o8

3) Engels, Anti - Düring, MEW 2o, S. 262
vgl. auch Engels, Die Entwicklung der Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, S.226

Die krisenhafte, vom Profitmotiv getriebene 'Anarchie der Produktion' soll durch eine Wirtschaftsordnung "nach gemeinschaftlichem Plan und unter Beteiligung aller Mitglieder der Gesellschaft"[1] ersetzt werden und an Stelle des sozialen Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital "tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist."[2]

Die sozialistische Theorie der Revolution intendiert also - im Gegensatz zu anarchistischen Bestrebungen - nicht jene Form von rationaler Autorität zu beseitigen, die zur Leitung der Produktionsprozesses und zur Verteilung ökonomischer Güter unabdingbar ist, sondern will die kapitalistische Produktionsweise und ihre repressive Herrschaftsinstanz, den bürgerlichen Staat als solchen eliminieren.

Die endgültige Verwirklichung der kommunistischen, bzw. klassen- und staatsfreien Gesellschaft vollzieht sich allerdings nicht unmittelbar nach der Übernahme der Produktionsmittel und der politischen Macht. Die kommunistische Gesellschftsordnung entwickelt sich nicht auf unhistorischer Grundlage, nicht in einem sozialen Vakuum, sondern " wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht; ... also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ... mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt."[3]

Während sich die Bourgeoisie schon im ausgehenden Feudalismus, bzw. in der absolutistischen Monarchie zur ökonomisch herrschenden Klasse entwickelte, bevor sie die Staatsmacht in den bürgerlichen Revolutionen übernahm

---

1) Engels, Grundsätze des Kommunismus, MEW 4, S. 37o

2) Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei, MEW 4, S. 482
Vgl. auch Marx, Das Elend der Philosophie, MEW 4, S. 182

3) Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 2o

und monopolisierte, kann die Arbeiterklasse im Unterschied hierzu, sich nicht schon im Kapitalismus die Produktionsmittel aneignen und den Staat für exklusive Zwecke funktionalisieren, bzw. ihn durch die ihr spezifische Gesellschaftsform der Assoziation freier Produzenten ersetzen.

"Aber die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen. Die zentralisierte Staatsmacht, mit ihren allgegenwärtigen Organen ... stammt her aus den Zeiten der absoluten Monarchie, wo sie der entstehenden Bourgeoisiegesellschaft als eine mächtige Waffe in ihren Händen gegen den Feudalismus diente."[1]

Die Umwandlung der Staatsgewalt in eine sachrationale Verwaltungsorganisation setzt die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat voraus, das seine politische Herrschaft dann dazu benützen wird, "der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren."[2]

In Ergebnis des politischen Sieges in der proletarischen Revolution fungiert der Staat zunächst noch als 'revolutionäre und vorübergehende Form'[3], deren sich das Proletariat in einer kurzen Übergangsepoche bedient, um ihr Ziel, die sozialistische Gesellschaftserrichtung, gegen den Widerstand der zwar besiegten, aber deswegen nicht inaktiven Bourgeoisie durchzusetzen.

"Solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen. Wir würden daher vorschlagen, überall statt Staat 'Gemeinwesen' zu setzen ... das das französische 'Kommune' sehr gut vertreten kann."[4]

---

1) Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, S. 336

2) Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei, MEW 4, S. 481

3) Marx, Der politische Indifferentismus, MEW 18, S. 300
Vgl. auch Engels, Einleitung zu Marx' Lohnarbeit und Kapital, MEW 22, S. 209

4) Engels, Brief an August Bebel, vom 18./28.3.1875, MEW 14, S. 129

Marx nannte diese Übergangsepoche die 'Diktatur des Proletariats', in welcher der proletarische Klassenkampf seinen Höhepunkt erreicht und zur klassenlosen, bzw. staatsfreien Gesellschaft überleitet.

"Zwischen der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats."[1]

Marx und Engels orientierten sich bei dem Konzept der Diktatur des Proletariats an den Erfahrungen mit der Pariser Kommune, die zwar nicht den Klassenkampf beseitigte, aber "das rationelle Zwischenstadium" schuf, in dem der Klassenkampf "seine verschiedenen Phasen auf rationellste und humanste Weise durchlaufen"[2] konnte. Die Pariser Kommune war "schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr" [3] und den deutschen sozialdemokratischen Philistern erklärte Engels: "Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats."[4]

Die praktische Ausgestaltung einer Diktatur des Proletariats hängt von den vorgefundenen historischen Gegebenheiten und Umständen ab, so daß diese Transformationsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus keine allgemein bestimmungsfähige Konstante aufweist [5] und nur von dem Wesen der Pariser Kommune abstrahiert werden kann. Draper und Miliband sehen in der Lehre von der Diktatur des Proletariats eine deskriptive Darlegung des Klassencharakters der politischen Macht, die sich nicht auf die Formen des Regierungsapparats reduziert. [6] Im Marxismus,als Totalitätsphilosophie gesehen,

---

1) Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. Vgl. auch Marx, Brief an J. Weydemeyer vom 5.3.1852,MEW 28,S. 5o8

2) Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, S. 546

3) Engels, Brief an August Bebel vom 18./28.3.1875, MEW 34, S. 128

4) Engels, Einleitung zu Marx' Bürgerkrieg in Frankreich, (Ausgabe 1891), MEW 17, S. 625

5) Vgl. Kirchheimer, Funktionen des Staats und der Verfassung, S. 1o3

6) Vgl. Miliband, Marx und der Staat, S. 22

ist die Theorie der Diktatur des Proletariats, so Kofler, "eine rein technisch - praktische Randlehre von nur sporadischer Bedeutung ... ohne die er durchaus auskommen kann."[1]
Erst bei Lenin, anbetrachts der schwierigen russischen Revolutionsbedingungen, wurde diese Lehre zu einem Theorem von primärer Bedeutung.[2]

Marx und Engels waren sich darüber im Klaren, daß eine sozialistische Revolution einen hohen Stand der materiellen und immateriellen Produktivkräfte voraussetzt, welcher mit den kapitalistischen Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital unvereinbar wird und stellten den revolutionären Prozeß als dialektische Einheit von technisch - ökonomischer Entwicklung und klassenkämpferischer Aktion der Arbeiterklasse dar. Sie verdeutlichten damit die spezifische Anwendung der objektiv und zugleich subjektiv zu verstehenden Geschichtsdialektik. Die Änderung der Produktionsverhältnisse und der sie juristisch und repressiv sichernden Staatsgewalt ist kein ökonomisch - deterministischer Mechanismus, kein subjektloser Automatismus.

Der revolutionäre Prozeß erfordert über die Wirkungsweise des Technischen und Ökonomischen hinaus ebenso, daß der Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise, der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital, subjektiv wahrgenommen, erkannt und daß diese Erkenntnis handlungsrelevant wird. Das Gewahrwerden der Illegitimität

---

1) Kofler, Staat, Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus, S. 332

2) Vgl. Lenin, Staat und Revolution, LW 25, S. 425
Lenin, Die große Initiative, LW 29, S. 4o8-4o9
Lenin, Thesen und Referat, I. Kongress der Kommunistischen Internationale, LW 28,S.479
Lenin, Vorwort zu 'Über den Volksbetrug mit den Losungen Freiheit und Gleichheit',LW 29,S.37o
Lenin, Thesen des zweiten Kongress der kommunistischen Internationale, LW 31, S. 179

kapitalistischer Herrschaftsausübung, daß in revolutionsnötiges Klassenbewußtsein umschlägt, kann sich nur im Zustand einer kapitalistischen Krise bilden, in einer Dauerkrise, welche im Rahmen der herrschenden Produktionsweise mit ihrem notwendigen Zwang zur Kapitalverwertung, nicht mehr überwunden werden kann und in deren Folge sich die gesellschaftliche Polarisierung und damit die proletarische Verelendung extremieren.

Marx und Engels erwarteten die sozialistische bzw. kommunistische Revolution mehr oder weniger gleichzeitig in den ökonomisch fortgeschrittensten Länder, am ehesten noch in England, denn der kapitalistische Industrialisierungsprozeß und die Eröffnung des Welthandels haben die gesellschaftliche Entwicklung so weit beschleunigt und den Fortschritt angeglichen, daß die Revolution des Proletariats

"eine in allen zivilisierten Ländern, d.h. wenigstens in England, Amerika, Frankreich und Deutschland gleichzeitig vor sich gehende Revolution sein (wird). Sie wird sich in jedem dieser Länder rascher oder langsamer entwickeln, je nachdem das eine oder das andere Land eine ausgebildetere Industrie, einen größeren Reichtum, eine bedeutendere Masse von Produktivkräften besitzt. Sie wird daher in Deutschland am langsamsten und schwierigsten, in England am raschesten und leichtesten durchzuführen sein." [1]

Marx und Engels betonten in diesem Zusammenhang, daß der revolutionäre Anstoß zur Beseitigung des kapitalistischen Systems von einer verhältnismäßig rückständigen Nation ausgehen kann und schließlich auf sie zurückwirkt, aber die sozialistische Revolution an ihre ökonomischen Voraussetzungen gebunden ist.

---

1) Engels, Grundsätze des Kommunismus, MEW 4, S. 374; Vgl. auch Engels, Vorwort zur englischen Ausgabe des 'Kapitals', MEW 23, S. 39; Engels, Brief an Paul Lafargue vom 27.6.1893, MEW 39, S. 89; Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei, MEW 4, S. 473; Marx, Konfidentielle Mitteilung, MEW 16, S. 414-415; Engels, Über die Konzentration des Kapitals in den Vereinigten Staaten, MEW 19, S. 308

So sahen Marx und Engels nach dem Scheitern der Revolutionen von 1848 und der Zerschlagung der Pariser Kommune 1871 die Möglichkeit, daß der revolutionäre Impuls von Russland ausgehen könne,[1] sind aber Hegel insofern treu geblieben, als sie die unwandelbaren Gesetzmäßigkeiten des geschichtlichen Prozesses betonten, nachdem historisch notwendige Entwicklungsphasen nicht übersprungen, sondern, in Kenntnis jener gesellschaftswissenschaftlichen Dialektik, lediglich verkürzt werden können.

"Eine Nation soll und kann von der anderen lernen. Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist ... kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren.[2] Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern."

Man sollte die vereinzelten, und ohnehin nur sehr vorsichtig formulierten Bemerkungen von Marx und Engels zur Möglichkeit einer sozialistischen Revolution in Rußland nicht überbewerten. Sie bleibt stets theoretisch und "es ist typisch, daß sich Marx nie mit Sicherheit über die Zukunft Rußlands ausgesprochen hat."[3]

Dem halbfeudalen, vorkapitalistischen Rußland fehlten pratisch sämtliche Voraussetzungen zu einer sozialistischen Umgestaltung.

"Im Innern Rußlands war das Industrieproletariat nicht die Hauptklasse ... der Produzenten, die einer herrschenden bürgerlich-kapitalistischen Klasse frontal gegenübergestellt gewesen wäre. Die Partei (neuen, leninistischen Typs, Anm.d.Verf.) konnte nicht das Bewußtsein einer Notwendigkeit der sozialistischen Revolution ausdrücken, die objektiv Gestalt angenommen hätte in einer Arbeiterklasse, die die ihr von der marxistischen Lehre zugeschriebenen Kennzeichen hat. Daher übernahm die Partei Lenins nicht nur das Moment der Subjektivität und des Bewußtseins, sondern sie beanspruchte das Bewußtsein einer Objektivität, die nach den Prämissen ihrer eigenen Ideologie, nicht existierte." [4]

1) Marx, Brief an die Redaktion der 'Otetschestwennyie Sapiski', MEW 19, S. 111; Engels, Die politische Lage Europas, MEW 21, S. 317; Marx/Engels, Vorrede zur zweiten russischen Ausgabe des 'Manifests der kommunistischen Partei, MEW 19, S. 296;

Fortsetzung der Anmerkungen von S. 98

Engels, Das Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten in Deutschland - Die Lage in Rußland, 1879, MEW 19, S. 149; Engels, Soziales aus Rußland, MEW 18, S. 557; Marx, Briefe an Vera I. Sassulitsch 1881, MEW 19, S. 242 und 385; Marx/Engels, Vorrede zur russischen Ausgabe des 'Manifest der kommunistischen Partei' 1882, MEW 4, S. 576; Engels, Vorrede zur zweiten Ausgabe des 'Manifests der kommunistischen Partei, 1882, MEW 19, S. 296; Engels, Die Arbeiterbewegung in Deutschland, Frankreich, den USA und Rußland, 1878, MEW 19, S. 114-115; und Engels, Die europäischen Arbeiter im Jahre 1877, MEW 19, S. 133

2) Marx, Vorwort zur ersten Auflage des Kapitals, MEW 23, S. 15-16
vgl. auch Engels, Anti - Düring, MEW 2o, S. 264 und Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19,S.

3) Krause, Marx und Engels und das zeitgenössische Rußland, S. 112

4) Masi, Der Marxismus von Mao und die europäische Linke, S. 8 - 9

Lenin hatte die technologische Rückständigkeit Rußlands nie geleugnet, allerdings die rudimentär kapitalistischen Elemente der russischen Gesellschafts stets überbewertet. [1] In Rußland entstand eine moderne (aber nur marginal angesiedelte) Industrie erst um 188o. Im industriell unterentwickelten Rußland, das aus einer überwiegenden Landbevölkerung bestand, war die feudale Leibeigenschaft erst 1861 abgeschafft worden und das minimale Stadtproletariat war bewußtseinsmäßig stark mit der Landbevölkerung verbunden. Außerdem hatte ein über tausendjähriger zaristischer Absolutismus, sowie die traditionelle Verbindung von Kirche und Staat einen prägenden Einfluß auf die Mentalität der russischen Volkes hinterlassen.

Lenins revolutionsbetonte Reinterpretation der Marxschen Staatstheorie beinhaltet kaum theoretische Vertiefungen. Lenin wollte die Analysen von Marx und Engels zum bürgerlichen Staat auf die neue, imperialistische Epoche der kapitalistischen Entwicklung übertragen, für die russische Revolution fruchtbar machen und die Erfahrungen der Oktoberrevolution für eine kommunistische Weltbewegung verallgemeinern. Darüberhinaus standen Lenins Überlegungen zum Staat und zur sozialistischen Gesellschaftsorganisation in ständiger Auseinandersetzung mit politischen Opportunismus russischer Sozialisten, sowie mit einer anarchistischen Intelligenz, die ihn andererseits nicht ganz unbeeinflußt ließ.[2]

Es blieb Lenin vorbehalten, "den Schritt aus der Theorie in die Praxis zu tun",[3] und als Praktiker entschied er sich im Wechselverhältnis von Theorie und Praxis "stets für die Priorität der Praxis."[4] was (auf russische Verhältnisse angewandt), dann auch eine weitreichende Revision der Marxschen Theorie (besonders der Partei, des Staates, der Revolution) unvermeidbar machte.

---

1) Vgl. Lenin, Was sind die Volksfreunde?, LW 1, S. 2o6,
Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, LW 3, S. 615f,
Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, LW 9, S. 14,
Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, LW 25, S. 368

2) Siehe Sperber, Sieben Fragen zur Gewalt, S. 75 - 76

3) Lukács, Lenin - Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken, S. 44

4) Lukács, ebenda, S. 98

Auf keinen Fall aber kann die sozialistische Revolution und der Aufbau der kommunistischen Gesellschaft[1] nach Marx isoliert in einem Lande (Lenin, Stalin) erfolgen. Natürlich findet der revolutionäre Kampf des Proletariats zunächst auf nationaler Ebene statt, denn die Arbeiterklasse eines jeden Landes muß "zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden."[2] Anschließend ist es die 'historische Mission' des Proletariats,

"die Revolution permanent zu machen, so lange, bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert und die Assoziation der Proletarier nicht nur in einem Lande, sondern in allen herrschenden Ländern der ganzen Welt so weit vorgeschritten ist, daß die Konkurrenz der Proletarier in diesen Ländern aufgehört hat und daß wenigstens die entscheidenden produktiven Kräfte in den Händen der Proletarier konzentriert sind."[3]

Die volle Verwirklichung des Kommunismus kann sich, nach Marx und Engels, also nur auf globaler Ebene entscheiden, denn

"der Kommunismus ist empirisch nur als die Tat der herrschenden Völker 'auf einmal' und gleichzeitig möglich, was die universelle Entwicklung der Produktivkraft und den mit ihr zusammenhängenden Weltverkehr voraussetzt. ... Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird. ... Das Proletariat kann also nur weltgeschichtlich existieren, wie der Kommunismus, seine Aktion, nur als 'weltgeschichtliche' Existenz überhaupt vorhanden sein kann."[4]

Aufgrund unterschiedlicher Ausprägung und Entwicklung der materiellen und immateriellen Produktivkräfte muß auch die im Marxismus und von seinen Kritikern so häufig und kontrovers diskutierte Frage nach dem konkreten Muster durch Durchführung der sozialistischen Revolution relativiert werden.

---

1) Siehe hierzu Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 21

2) Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei MEW 4, S. 473

3) Marx/Engels, Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 185o, MEW 7, S. 248
Vgl. auch Engels, Soziales aus Rußland, MEW 18, S. 557

4) Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 35-36
Vgl. auch Engels, Grundsätze des Kommunismus, MEW 4, S.367

Die praktische Art und Weise der Durchführung des revolutionären Akts und des Verlaufs der sozialistischen Revolution, einschließlich der 'Diktatur des Proletariats', ist grundsätzlich von der Stärke des konterrevolutionären Widerstandes der herrschenden Klasse, bzw. der Bourgeoisie, sowie vom Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse und der politisch - kulturellen Tradition einer Nation abhängig.

So erläuterte Marx in der Rede über den Haager Kongreß,

"Wir wissen, daß man die Institutionen, die Sitten und die Traditionen der verschiedenen Länder berücksichtigen muß, und wir leugnen nicht, daß es Länder gibt, wie Amerika, England, und ... vielleicht ... noch Holland ..., wo die Arbeiter auf friedlichem Wege zu ihrem Ziel gelangen können. Wenn das wahr ist, müssen wir auch anerkennen, daß in den meisten Ländern des Kontinents der Hebel unserer Revolution die Gewalt sein muß." [1]

Da sich in England die Möglichkeit einer friedlichen Übernahme der politischen Macht also ergibt, meinte Marx, ein gewaltsamer Aufstand "wäre dort eine Dummheit, wo man durch friedliche Agitation rascher und sicherer den Zweck erreicht " [2] jedoch, in Hinblick auf den Sieg der Konterrevolution von 1848 in Wien, "daß es nur ein Mittel gibt, die mörderischen Todeswehen der alten Gesellschaft, die blutigen Geburtswehen der neuen Gesellschaft abzukürzen, zu vereinfachen, zu konzentrieren, nur ein Mittel - den revolutionären Terrorismus." [3] Ähnlich schrieb Engels 1879, daß in Rußland "der politische Mord das einzige Mittel (ist), das intelligente, anständige und charakterfeste Menschen haben, um sich gegen die Agenten eines unerhörten Despotismus zu verteidigen." [4]

---

1) Marx, Rede über den Haager Kongreß, MEW 18, S. 16o

2) Marx, Aus einem Interview mit einem Korrepsondenten der Zeitung 'The World', MEW 17, S. 641

3) Marx, Sieg der Konterrevolution zu Wien, MEW 5, S. 457

4) Engels, Das Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten in Deutschland - Die Lage in Rußland, MEW 19, S. 149
Vgl. auch Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, S. 355

Im Allgemeinen kann eine historische Umwälzung nur so lange friedlich bleiben, "als ihr keine gewaltsamen Hindernisse seitens der jedesmaligen gesellschaftlichen Machthaber in den Weg treten", [1] und das proletarische revolutionäre Klassenbewußtsein entwickelt ist.

"In demselben Verhältnis ... in welchem das Proletariat sozialistische und kommunistische Elemente in sich aufnimmt, genau in demselben Verhältnis wird die Revolution an Blutvergießen, Rache und Wut abnehmen." [2]

Die Machtübernahme des Proletariats, die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise, damit die Abschaffung des gesellschaftslichen Klassengegensatzes und des Staates, diese "weltbefreiende Tat durchzuführen, ist der geschichtliche Beruf des modernen Proletariats." [3]

Das moderne Proletariat hat keine Sonderinteressen zu vertreten, sondern die Befreiung der gesamten Gesellschaft zu verwirklichen, es

"vollzieht das Urteil, welches das Privateigentum durch die Erzeugung des Proletariats über sich selbst verhängt, wie es das Urteil vollzieht, welches die Lohnarbeit über sich selbst verhängt, indem es den fremden Reichtum und das eigene Elend erzeugt. Wenn das Proletariat siegt, so ist es dadurch keineswegs zur absoluten Seite der Gesellschaft geworden, denn es siegt nur, indem es sich selbst und sein Gegenteil aufhebt. ... Wenn die sozialistischen Schriftsteller dem Proletariat diese weltgeschichtliche Rolle zuschreiben, so geschieht dies ... weil in den Lebensbedingungen des Proletariats alle Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft in ihrer unmenschlichsten Spitze zusammengefaßt sind, weil der Mensch ... durch die nicht mehr abzuweisende, nicht mehr zu beschönigende ... Not ... zur Empörung gegen diese Unmenschlichkeit gezwungen ist, darum kann und muß das Proletariat sich selbst befreien." [4]

---

1) Marx, Konspekt der Reichstagsdebatte über das Sozialistengesetz, MEW 34, S. 498

2) Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, MEW 2, S. 5o5

3) Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, S. 228

4) Marx/Engels, Die heilige Familie, MEW 2, S. 37 - 38

Eine antizipatorische Hinwendung auf die Zukunft und der alleinige politische Wille, also Utopismus und Voluntarismus ersetzen nicht eine fehlende Objektivität.

Auf Marx und Engels kann sich demnach keines der sogenannten 'realexistierenden sozialistischen Länder' berufen. Die russische Oktoberrevolution von 1917 war - entgegen sowjet-marxistischer Darstellung - nicht von den russischen Massen getragen, sondern von einer konspirativ - revolutionären Gruppe unter der organisatorischen Leitung Lenins und Trotzkis provoziert, worauf sich ein verheerender Bürgerkrieg (1918 - 192o) anschloß, der von der heutigen Sowjetideologie unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats als ausländisch unterstützte kapitalistische Konterrevolution interpretiert wird.[1]

Die Sowjetunion erklärt sich selbstverständlich als voll-entwickeltes sozialistisches Land, das sich in der Über-gangsphase zum Kommunismus befindet.

"Mit dem Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und der Festigung der sozialistischen Lebensweise im Lande bildeten sich Beziehungen der Gleichberechtigung, des Kollektivismus und der kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe heraus, setzte sich die politisch - moralische Einheit des Volkes durch, und der Marxismus - Leninismus wurde zur vorherrschenden Ideologie der sowjetischen Gesellschaft. ... Das Hauptergebnis der schöpferischen Tätigkeit des sowjetischen Volkes unter der Führung der Kommunistischen Partei ist der Aufbau des entwickelten Sozialismus in der UdSSR. Unser Land befindet sich am Anfang dieser gesetzmäßigen und historisch langen Etappe im Werdegang der kommunistischen Formation. Der Hauptinhalt der Tätigkeit der Partei und des Volkes unter den gegenwärtigen Bedingungen ist die Vervollkommnung des entwickelten Sozialismus, wodurch zugleich der allmähliche Übergang zum Kommunismus folgt."[2]

---

1) Vgl. Burlazki, Der Weltfrieden, Utopie oder Realität?, Moskau 1982, S. 21, Poljakow, Bürgerkrieg in Rußland, Moskau 1981, S. 7f, Neznanov, The Transition from Capitalism to Socialism, Moskau 1983, S. 51f.

2) Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU zum 8o. Jahrestag des II. Parteitages der SDAPR, veröffentlicht in der 'Prawda' vom 5.4.1983, zitiert nach Sonderdruck der Presseagentur Nowosti, Moskau 1983, S. 7-8.
Siehe hierzu auch Leonhard, Sowjetideologie heute 2, S. 244

Nach chinesischer Auffassung hat sich das revolutionäre Zentrum beständig von West nach Ost verschoben. Die revolutionäre Bewegung begann mit der französischen Revolution von 1789, auf welche der revolutionäre Gedanke im 19. Jahrhundert nach Deutschland verschob (Marx und Engels), um dann 1917 die sozialistische Revolution in Rußland auszulösen. Nach 1945 wanderte der Mittelpunkt der Weltrevolution nach China. Ähnlich wie Stalin den Leninismus als 'Marxismus der imperialistischen Epoche und der proletarischen Revolution' definierte, galt nach chinesischer Ideologie nach gleicher Logik der Maoismus als Leninismus der Gegenwart.

Diese chinesische 'Korrektur' eignet sich m.E. ebensowenig wie die sowjetische Selbstinterpretation als Existenzbeweis einer sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaftsform mit ableitbaren praktischen und theoretischen Führungsanspruch.

Es muß davon ausgegangen werden, daß nicht parteiliche Selbsteinschätzung als Basis wissenschaftlicher Beurteilung dienen kann. Marx selbst schrieb, daß

> "wie man im Privatleben unterscheidet zwischen dem, was ein Mensch von sich meint und sagt, und dem, was er wirklich ist und tut, so muß man noch mehr in geschichtlichen Kämpfen die Phrasen und Einbildungen der Parteien von ihrem wirklichen Organismus und wirklichen Interessen, ihre Vorstellung von der Realität unterscheiden."[1]

Es ist gerade ein klassisches marxistisches Paradigma, daß allein die gesellschaftliche und historische Wirklichkeit als ausschlaggebendes, entscheidendes Kriterium theoretischen Realitätsanspruchs gelten kann, womit sich der Marxismus ja prinzipiell von verschleiernder, interessenlegitimierender bürgerlicher Ideologie unterscheidet.

---

1) Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8, S. 139

7. Über die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus der marxistisch - leninistischen Parteien

Statt an seinen unaufhebbaren Widersprüchen zusammenzubrechen, trat der Kapitalismus Lenin zufolge in sein höchstes und damit letztes Stadium, in das Zeitalter des Imperialismus ein.

"Die Dinge sind anders gekommen, als es Marx und Engels erwartet haben"[1] schrieb Lenin, um die russische Revolution als sozialistische zu rechtfertigen und das Ausbleiben einer Revolution der Arbeiterklasse in den kapitalistisch fortgeschrittenen Ländern zu erklären. Zwar hatte sich das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft und ihres Staates nicht geändert, aber seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bildete das kapitalistische System neue Merkmale aus, die von Marx und Engels nicht mehr analysiert werden konnten, obwohl beide die neueren Entwicklungstendenzen, vor allem eine nie dagewesene Arbeitsteilung und Kapitalkonzentration, bereits ziemlich genau prognostizierten, soweit sie eben von ihrer Zeit aus erkennbar waren.[2]

In seiner 1916 verfaßten Imperialismustheorie knüpfte Lenin an die Studien von Hobson ('Imperialism',19o2), Hilferding ('Das Finanzkapital',191o) und Luxemburg ('Die Akkumulation des Kapitals', 1912) an und beschrieb die imperialistische Phase des Kapitalismus als ein besonderes Stadium des Kapitalismus, als Stadium des 'monopolistischen', 'parasitären', 'faulenden' und 'sterbenden' Kapitalismus, d.h. er betont die innere zersetzende Widersprüchlichkeit des kapitalistischen

---

1) Lenin, Dritter gesamtrussischer Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten, LW 26, S.472

2) Siehe Marx, Das Kapital, Bd.III, MEW 25, S. 452f; Engels, Notwendige und überflüssige Gesellschaftsklassen, MEW 19, S. 29o; Engels, Materialien zum 'Anti-Düring',MEW 2o, S. 617

Systems und bezieht sich auf über diese Verhältnisse hinausweisende Tendenzen. [1]

Lenin schrieb 1917, daß sich der monopolistische Kapitalismus in einen 'staatsmonopolistischen Kapitalismus' verwandelte, in dem "eine Reihe von Ländern ... unter dem Druck der Verhältnisse zur öffentlichen Regulierung der Produktion und der Verteilung über(gehen)." [2] Wenn Lenin von der Epoche des staatsmonopolistischen Kapitalismus spricht, hat er keine qualitativ neue Epoche des Kapitalismus im Sinn, sondern meint die letzte Stufe der Vergesellschaftung des Kapitals, d.h. den Übergang zum Sozialismus, der durch den imperialistischen ersten Weltkrieg vorangetrieben wird.

"Die Dialektik der Geschichte ist gerade die, daß der Krieg, der die Umwandlung des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus ungeheuer beschleunigte, dadurch die Menschheit dem Sozialismus außerordentlich nahe gebracht hat. Der imperialistische Krieg ist der Vorabend der sozialistischen Revolution. Und das nicht nur deshalb, weil der Krieg mit seinen Schrecken den proletarischen Aufstand erzeugt, ... sondern deshalb, weil der staatsmonopolistische Kapitalismus die vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare Vorstufe ist, denn auf der historischen Stufenleiter gibt es zwischen dieser Stufe und derjenigen, die Sozialismus heißt, keinerlei Zwischenstufen mehr. ... Der Sozialismus ... schaut jetzt bereits durch alle Fenster des modernen Kapitalismus auf uns, in jeder großen Maßnahme, die auf der Grundlage dieses jüngsten Kapitalismus einen Schritt vorwärts bedeutet, zeichnet sich der Sozialismus unmittelbar, in der Praxis, ab." [3]

Lenins Aussagen über den kapitalistischen Staat sind hier mehr sporadischer Art und nicht als Theorie des Verhältnisses von Ökonomie und Politik im Monopolkapitalismus aufzufassen. Sie wurden vielmehr in der Absicht formuliert,

---

1) Vgl. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22, S. 189f und
Lenin, Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, LW 23, S. 1o2 f

2) Lenin, Siebente Gesamtrussische Konferenz der SDAPR (B), Mai 1917, LW 24, S. 3o2

3) Lenin, Die drohende Gefahr und wie man sie bekämpfen soll, LW 25, S. 37o; Vgl. auch Lenin, Staat und Revolution, LW 25, S.395 und 456

den Stellenwert des bürgerlichen Staates für eine sozialistische Revolution zu erfassen.[1]

Die Problematik des nun schon fast 7o Jahre faulenden und sterbenden Kapitalismus zwang die kommunistischen Parteien zu einer Neuinterpretation des kapitalistischen Staates gegenüber Lenin's Imperialismustheorie in der Form der Lehre vom 'staatsmonopolistischen Kapitalismus'.

> "Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus bildet seit vielen Jahren die Grundlage der ökonomischen Analyse des heutigen Kapitalismus durch die kommunistische Weltbewegung. In konzentrierter Form hat sie Eingang gefunden in alle wesentlichen programmatischen Dokumente der kommunistischen Parteien." [2]

Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus soll das Weiterexistieren des kapitalistischen Systems erklären, welches seit Marx, Engels und Lenin längst am Ende sein müßte. Ausgangspunkt der 'Stamokap' Theorie ist das theoretische Verständnis der Wechselbeziehung zwischen imperialistischer Ökonomie und bürgerlicher Politik, wobei im Wesentlichen Elemente der Leninschen Imperialismustheorie zu neuer Bedeutung stilisiert worden sind. Aus Lenins These vom faulenden und sterbenden Kapitalismus entstand die - auf Stalin zurückgehende - Auffassung von der 'allgemeinen Krise des Kapitalismus', die sich in mehreren qualitativ unterschiedlichen 'Etappen' vollziehe und heute die vierte Etappe erreicht haben soll.

> "Die Konzeption der allgemeinen Krise ... ist der Versuch, trotz Ausbleibens der von Lenin erhofften Weltrevolution an der Auffassung der Niedergangsphase des Kapitalismus festzuhalten. Aus dem Vorabend der sozialen Revolution, den der Imperialismus bei Lenin darstellt, wird nun eine ganze Epoche des Niedergangs des Kapitalismus im Weltmaßstab." [3]

Die allgemeine Krise des Kapitalismus unterscheidet sich von den zyklischen Krisen des Konjunkturkapitalismus

---

1) Vgl. Esser, Einführung in die materialistische Staatsanalyse, S. 98 - 1oo

2) Schleifstein, Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, No. 4, 1973, S. 379

3) Esser, op. cit., S. 1o2

dadurch, "daß sie eine allumfassende Krise des Kapitalismus als Gesellschaftssystem darstellt."[1]

Der gegenwärtige Kapitalismus wird dabei begriffen als Imperialismus unter den Bedingungen des Kampfes der beiden Gesellschaftsordnungen der Welt mit bestimmenden Einfluß des Sozialismus, unter den Bedingungen der wissenschaftlich - technischen Revolution, des Zerfalls des imperialistischen Kolonialsystems und der Zuspitzung der Widersprüche innerhalb und zwischen den imperialistischen Ländern, sowie zwischen den kapitalistischen Staaten und den von ihnen abhängigen und ausgebeuteten Nationen der dritten Welt, bzw. den Entwicklungsländern. Die erste Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus begann nach sowjetideologischen Darstellungen mit dem Ausgang des ersten Weltkrieges und der russischen Oktoberrevolution. Die zweite Etappe setze nach dem zweiten Weltkrieg und der Herausbildung des Sozialismus auf internationaler Ebene ein. Durch die verschärften Widersprüche des kapitalistischen Systems konnten die kapitalistischen Monopole nach 1945 ihre ökonomische und politsche Macht nicht mehr mit früheren Mitteln aufrechterhalten. Es entwickelte sich daher eine neue Form kapitalistischer Herrschaft, der 'staatsmonopolistische Kapitalismus', in welchem sich "die Kräfte der kapitalistischen Monopole mit der Staatsmacht vereinen, wobei sich die großen kapitalistischen Gesellschaften den Staat unterordnen." [2] Die weitere Entwicklung in den kapitalistischen Staaten führte zu einer dritten Epoche der allgemeinen Krise, die gegen Ende der 195oer/Anfang der 196oer Jahre begann, und seit etwa 197o soll sich der Kapitalismus in einer vierten Etappe dieser allgemeinen Krise befinden. In der allgemeinen Krise des Kapitalismus kann sich der Kapitalismus nur noch durch eine höhere Form der Monopolisierung vor seinem Zerfall retten, d.h. durch eine

---

1) Grundlagen des Marxismus - Leninismus, S. 3o7

2) ebenda, S. 3o7, vgl. auch S. 317

Verschmelzung der Monopole mit der Staatsmacht. Der staatsmonopolistische Kapitalismus wird so die letztmögliche Form der Entwicklung der Produktivkräfte innerhalb des Kapitalismus und gleichzeitig damit die materielle Vorbereitung zum Sozialismus, da der Übergang des monopolistischen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus keine Lösung der allgemeinen Krise bedeutet, sondern seine endgültige Zerrüttung.

"Das Hineinwachsen des Monopolkapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus bringt dem überlebten System nicht die Rettung, sondern bedeutet nur den Abschluß der materiellen Vorbereitung einer neuen, der sozialistischen Gesellschaftsordnung." [1]

Im einzelnen ist der staatsmonopolistische Kapitalismus dadurch charakterisiert, daß der Staat nicht mehr wie in früheren Zeiten nur punktuell in den ökonomischen Prozeß eingreift. Seine ökonomische Funktion ist permanent geworden und auf die mittel- und langfristigen Interessen des Monopolkapitals gerichtet.

"Wenn der Staat Bedingungen in der Wirtschaft setzt, gleich welcher Art, die auf die Bewegung des Kapitals gerichtet sind, so handelt es sich dabei um Monopolbedingungen, um Bedingungen, die gegen das ungehemmte Wirken des Konkurrenzmechanismus gerichtet sind und die eine Umverteilung von Nationaleinkommen bewirken, d.h. eine kraft staatlicher Gewalt bewirkte Verteilung gegen die sich aus dem eigentlichen inneren Mechanismus des Kapitals ergebende Verteilung." [2]

Hierbei konkurrieren die Monopole um den größtmöglichen Anteil der staatlichen Umverteilung des Volksvermögens, um Einflußnahme auf die Verteilung der Staatsaufträge und allgemein um Begünstigungen im Rahmen der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Monopole bedienen sich hierbei ihrer Verbindungen zur Staatsbürokratie, entsenden Vertrauensleute über die politischen Parteien in den Staatsapparat und üben durch die institutionalisierten Interessenverbände des Kapitals Druck auf die politischen Entscheidungen des Staates aus.

---

1) Grundlagen des Marxismus - Leninismus, S. 35o

2) Katzenstein, Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Probleme des Klassenkampfes, No. 8/9, 1973, S. 12

Da der Staatsapparat in zunehmenden Maß mit den kapitalistischen Monopolen verflochten wurde, sind oft die Grenzen zwischen Monopolkapital und Staat nicht eindeutig erkennbar.

"Der staatsmonopolistische Kapitalismus vereint die Macht der Monopole und die Macht des Staates in einem einheitlichen Apparat, der für die Bereicherung der Monopole, die Unterdrückung der Arbeiterbewegung und des nationalen Befreiungskampfes sorgen, die kapitalistische Ordnung retten und aggressive Kriege entfesseln soll. ... Um die Staatsmacht vollkommen ausnutzen zu können, wurden Großmagnaten des Finanzkapitals zu Ministern, Leitern der wichtigsten Ressorts, sowie zu Botschaftern berufen und in hervorragende Beamtenstellungen lanciert. Der Staatsapparat und die Monopole sind so eng miteinander verfilzt, daß es oft schwerfällt, zu bestimmen, wo die Grenze zwischen beiden verläuft. Der Staat verwandelt sich in einen geschäftsführenden Ausschuß der Monopolbourgeoisie. ... Es besteht direkt oder indirekt eine Diktatur der hundert reichsten Familien." [1]

Um die kapitalistischen Krisen abzuschwächen, garantiert der kapitalistische Staat den Monopolen einen privilegierten Absatzmarkt, vor allem im Rüstungs- und Infrastrukturbereich und subventioniert nötigenfalls die großen Unternehmen sowie den Warenexport. Durch die staatliche geförderte Rüstungsindustrie nimmt die Militarisierung der Wirtschaft zu. Die Kosten der Rüstungskonjunktur läd der Staat durch hohe Besteuerung, Inflation und den Abbau sozialer und kultureller staatlicher Leistungen dem Volke auf. Die Folge davon sind eine Gefährdung des Weltfriedens, übersteigerter Bürokratismus, Militarisierung und Chauvinismus. Die Klassengegensätze haben sich im staatsmonopolistischen Kapitalismus durch intensivere Ausbeutung der Arbeitskraft, durch Sinken der Reallöhne und breiter Deklassierung der Mittelschichten verschärft. Der Staat interveniert in diesem Zusammenhang im ökonomischen Klassenkampf zwischen Lohnarbeit und Kapital z.B. durch Zwangsschiedsprüche und einer Lohn- und Preispolitik im Interesse des Monopolkapitals.

---

1) Grundlagen des Marxismus - Leninismus, S. 314 - 322

Der Staat wurde aufgrund massiver Verstaatlichung von Produktionsmitteln und durch die Errichtung und Leitung eigener staatlicher Betriebe selbst Unternehmer und Arbeitgeber und wandelte sich so tendenziell zu einem reellen Kapitalisten, ohne deswegen aber seine grundlegende Rolle als 'ideeller Gesamtkapitalist' aufgeben zu müssen. Dadurch wurde der Staat selbst Teil der gesellschaftlichen Basis und ist nun insgesamt "unmittelbar Teilhaber, Exekutor bei der Kapitalverwertung der Monopole, Garant und Eintreiber des Monopolprofits."[1]

Analog zur Internationalisierung des Klassenkampfes, d.h. den Gegensätzen zwischen den kapitalistischen Industrienationen und den ausgebeuteten ehemaligen Kolonien und ökonomisch und politisch abhängigen Entwicklungsländern geht die Verflechtung von Kapital und Staat auch auf internationaler Ebene vor sich. Zwischenstaatliche Vereinbarungen werden im Dienste bzw. im Interesse des Monopolkapitals seitens der kapitalistischen Staaten getroffen.[2]

Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist das Ergebnis bisheriger Versuche der sowjetmarxistischen kommunistischen Parteien, die gegenwärtige Situation des bürgerlichen Staates in seinem Verhältnis zur kapitalistisch organisierten Ökonomie theoretisch einzuschätzen. Der Staat wird dieser Auffassung zufolge in rein instrumenteller Hinsicht begriffen, die Macht des Kapitals wird auf direkt ökonomisch - politische Herrschaft reduziert.

Es ist richtig, daß der moderne kapitalistische Staat unmittelbar in den Reproduktions- und Verwertungsprozeß

---

1) Schleifstein, Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, No. 4, 1973, S.373

2) Vgl. auch Wetter, Sowjetideologie heute 1, S. 313f, und Klaus/Buhr, Marxistisch - Leninistisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. II, S. 607

einbezogen worden ist und daß sich eine enge Beziehung zwischen Staatsbürokratie und Wirtschaftsbourgeoisie gebildet hat. Aber die Annahme eines 'Verwachsens' oder 'Verschmelzens' der Monopole mit dem Staatsapparat konstatiert nur sehr oberflächlich und deskriptiv die gegenseitige Annäherung der Monopole und des Staates und deckt den Sinn dieser Annäherung nicht überzeugend auf. [1]

In der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus hat der Staat seine relative Autonomie praktisch verloren und wird zu einem manipulationsfähigen Objekt, daß einerseits zur ausschließlichen Disposition der Monopolbourgeoisie zur Verfügung steht und andererseits selbst in den kapitalistischen Konkurrenzkampf einbezogen wird. Die Staatsauffassung rückt dergestalt in die Nähe bürgerlicher Pluralismustheorie.

In der Stamokap - Theorie bleibt die konkrete Form der Herrschaftsausübung zu undifferenziert. Die Vermittlungsproblematik von persönlicher Herrschaft und kapitalistischer Durchschnittsherrschaft wird ausgeklammert, denn die Klasse der Monopolbourgeoisie ergreift hier, ebenso wie noch bei Hilferding, unmittelbar, unverhüllt und handgreiflich, Besitz von der staatlichen Organisation. Der Staat wird zu einer privaten Veranstaltung einer besonderen Klassenfraktion erklärt.

Der Staat ist jedoch keine unabhängige soziale Macht und auch kein Ding, dessen sich eine Klasse einfach bedient. Die faktisch zu registrierende enge Verbindung und Verflechtung der Monopole mit dem Staat ist nicht gleichbedeutend mit einer Instrumentalisierung des Staatsapparates durch das Kapital. Auch wenn monopolkapitalistische Interessen in besonderer Weise administrative Strategien beeinflussen, ergibt sich daraus keine koordinierte gesellschaftlich - staatliche Gesamtplanung, was die Stamokap - Theorie offensichtlich unterstellt.

---

1) Siehe Läpple, Staat und allgemeine Produktionsbedingungen, S. 34

2) Vgl. Hirsch, Thesen zur Funktion und zum Charakter des Staatsinterventionismus im Technologiebereich, in: Altvater, Basso, Mattick, Hirsch, Offe u.a., Rahmenbedingungen und Schranken staatlichen Handelns, S. 139

Das Gesamtsystem von Ökonomie und Staat funktioniert auch nicht nur durch das vereinte Wirken beider sozialer Kräfte, sondern gleichfalls durch ihre Antagonismen und Konflikte.[1] In der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird der Staat nicht mehr auf die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit oder Totalität bezogen. Der Staat erscheint hier als Agent des Monopolkapitals, wobei der Einfluß des nichtmonopolistischen Kapitals und anderer Klassen und Klassenfraktionen auf den bürgerlichen Staat nicht erkannt, ignoriert oder geleugnet wird. Damit wird der Klassenkampf im Staatsapparat eliminiert und gewissermaßen entpolitisiert.

"Der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus scheint völlig die Qualität des Verhältnisses von Kapital und Staat aus den Augen zu geraten. ... Wer in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus den Ort des Kampfs der Arbeiterklasse sucht, geht leer aus. ... Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist letztlich eine Theorie, die ausgeht von den funktionellen Störungen der kapitalistischen Distribution, die aber völlig außerstande ist, den institutionellen Raum der gesellschaftlichen Reproduktion des Kapitals mit dem Arbeiterstandpunkt zu verbinden, der ausgeht von der Erkenntnis der Ausbeutung und dem Kampf gegen sie."[2]

In ähnlicher Weise wie die bürgerlichen Technokratie-Ideologien verkennt die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus die Bewegungsform und die Grenzen administrativer Planung und überschätzt ebenso wie bürgerliche Elitetheorien die Bedeutung persönlicher Kontakte zwischen ökonomischen und politischen Entscheidungsträgern.[3] Ferner gelingt es der Stamokap - Theorie nicht, die Entwicklungstendenzen des Staatsinterventionismus zu präzisieren,[4] bzw. die ihm zugrunde liegende prozessuale Logik aufzuzeigen.

---

1) Vgl. Baran/Sweezy, Monopolkapital, S. 72

2) Negri, Staat in der Krise, S. 7 - 9

3) Vgl. Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, S. 86, und Habermas, Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, S. 316

4) Vgl. Wirth, Zur Kritik des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Probleme des Klassenkampfes, No. 8/9, S. 17

Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, - abgesehen davon, daß sie bei den marxistisch - leninistischen Parteien nicht ganz einheitlich gefaßt und interpretiert wird, - ist auch nicht durchgehend konsistenz. So ist z.B. nicht ersichtlich, wie der Staat dem Kapital gleichzeitig untergeordnet ist und mit ihm verschmilzt.

Die meist nur negative Bestimmung des proletarischen Aktionsziels in der Stamokap - Theorie, der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Monopole, unterdrückt eine positive Zielformulierung wie die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und der Leitung des Produktionsprozesses und dient vermutlich einer Verschleierung autoritärer und bürokratischer Strukturen in realexistierenden sozialistischen Systemen. Somit drückt die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus in gewissem Sinne auch die Krise der sowjetmarxistischen Ideologie und Wirklichkeit aus.

8. Zur Problematik des Gesellschaftsbegriffs und des Staatsinterventionismus in der westlich - marxistischen Spätkapitalismustheorie

Marx und Engels rechneten mit der Übernahme und Abschaffung des kapitalistischen Staates durch ein klassenbewußt gewordenes Proletariat noch zu ihrer Zeit und Lenin erwartete die Beseitigung der bürgerlichen Staatsmaschinerie in Gefolge sozialistischer Revolutionen bei Beendigung des ersten, imperialistischen Weltkrieges durch eine internationale proletarische Bewegung unter der organisatorischen Führung kommunistischer Parteien. [1]

Wie die Geschichte gezeigt hat, wurde der Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital nicht revoltiert und das kapitalistische System hat trotz seiner inneren Widersprüchlichkeit überlebt. Die politischen Institutionen hatten sich als wandelfähig erwiesen und die verbrauchten bürgerlichen Ideologien und Werte wurden durch andere, angemessenere ersetzt. Die Entwicklung der Produktivkräfte hat trotz enomen Parasitismus, verantwortungsloser Verschwendung und perennierender Krisenhaftigkeit einen nie gekannten Aufschwung erreicht. Der Kapitalistische Staat

---

1) Lenin unterschied genau zwischen den 'unterdrückenden Apparat des Staates und der staatlichen Verwaltungsinstitution. Das 'Zerschlagen' und 'Zerbrechen' der bürgerlichen'Staatsmaschinerie' bezog Lenin ausschließlich auf die repressiven Staatsapparate, während die staatliche Verwaltungsorganisation erhalten und der Verfügungsgewalt der 'proletarischen Sowjets' (Räte) unterstellt werden sollte. Vgl. Lenin, Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?, LW 26, S. 89. Zwar benötige das Proletariat in der Phase der 'Diktatur des Proletariats' den Staat noch als ein unentbehrliches Mittel des Klassenkampfes, aber Lenin folgte Marx und Engels darin, daß der Staat als das'Produkt und die Äußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze' oder 'Diktatur der Bourgeoisie' eine 'besondere Machtorganisation' darstellt, deren Aufgabe die gewaltsame Unterdrückung der Arbeiterklasse ist, die es zu überwinden gilt. Auch für Lenin gab es daher keinen Zweifel, daß der Staat 'absterben' oder 'einschlafen' wird, aber er modifizierte diesen Gedanken insofern, als er dieses 'Absterben' oder 'Einschlafen' an das Ende der sozialistischen Entwicklung, in die höhere Phase des Kommunismus, setzte und die Frage des Zeitpunktes, der Dauer und der konkreten Form dieses Prozesses offenließ. Vgl. Lenin, Staat und Revolution, LW 25, S. 398 - 483

fand Wege, eine revolutionäre Politisierung der Arbeiterklasse zu verhindern und den Klassenkampf, wenn schon nicht überflüssig zu machen, so doch effektiv zu paralysieren und die arbeitenden Massen ideologisch in das bürgerliche Gesellschaftssystem zu integrieren.

Die marxistischen Klassiker haben nun nie leichtfertig oder voreilig die ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse ihrer Zeit extrapoliert und etwa an derart gewonnene Annahmen entsprechende Prognosen gebunden, sondern sie folgten theoretisch den Gesetzmäßigkeiten, die in der Logik des kapitalistischen Reproduktions- und Verwertungsprozesses angelegt sind.

Daß das kapitalistische System sich nicht selbst negierte, bedeutet keine Falsifikation des wissenschaftlichen Sozialismus. "Die Praxis hat die Theorie zwar nicht widerlegt, aber interpretiert", [1] wie Max Horkheimer schon 1942 bekundete. Die Bourgeoisie zeigte sich unfähig, sich als Repräsentanz des Allgemeinwohls zu konstituieren, aber nichtsdestoweniger kann sie nach wie vor durch einen intrans-. parent gewordenen staatlichen Vermittlungsapparat ihre Klassenherrschaft politisch reproduzieren. Das Kapitalverhältnis hat sich im Imperialismus des 19. und 2o. Jahrhunderts internationalisiert und die Proletarisierung verallgemeinert. Die Rationalität des kapitalistischen Systems wird zusehens von einer Irrationalität sozialer Beziehungen überlagert, dem auch eine wachsende Irrationalität im internationalen Raum entspricht.
Der Zentralisierungsprozeß des Kapitals in den letzten Jahren hat die gesellschaftliche und politische Struktur der kapitalistischen Länder nicht essentiell verändert, jedoch die Gestalt der herrschenden Klassen und den Klassenkampf verändert. Die gewaltsame Unterdrückung der arbeitenden Massen durch den Staat kann nicht mehr als wesentliche oder gar ausschließliche Funktion des modernen bürgerlichen

---

1) Horkheimer, Gesellschaft im Übergang, S. 29

Staates angesehen werden. Die politische Herrschaft drückt sich heute - wie noch auszuführen ist - in viel komplexeren und sehr subtilen Formen aus und der Staat greift in nahezu alle Lebensbereiche im Interesse des Kapitals spezifisch ein.

Damit ist das marxistische Paradigma der Klassenherrschaft der Bourgeoisie im kapitalistische Staate auch heute noch anwendbar und hat im Prinzip nichts an Aktualität und Bedeutung eingebüßt. Jedoch,

"die Analyse und Kritik der adaptiven Selbsttransformation des Systems, die uns heute in Gestalt planifikatorischer und technokratischer Steuerungstechniken, sozialdemokratischer Reformpolitik, wohlfahrtsstaatlicher Daseinsvorsorge, pluralistischer oder korporativistischer Organisation des Klassenkompromisses, rüstungsintensiver Technologiepolitik, multinationaler Großunternehmen und bürokratisierter Interessengruppen überall vertraut sind, muß ... die Analyse von Klassenkonflikt und ökonomischer Krise ergänzen - und naturgemäß komplizieren." [1]

Um derartige Neuerscheinungen der kapitalistischen Gesellschaftsorganisation analytisch miteinzubeziehen und in kritischer Abgrenzung zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus der kommunistischen Parteien operieren westliche marxistische Theoretiker mit dem Begriff des 'Spätkapitalismus', der, trotz unterschiedlicher Akzentsetzung, im Wesentlichen unter zwei Aspekten verwendet wird. Zum einen, um den zeitlichen Entwicklungsstand des kapitalistischen Systems, d.h. den Spätkapitalismus als neue (dritte) Phase der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise zu bestimmen (Altvater, Mandel),[2] und zum anderen, um die systematische Erschöpfung der krisenbedingten Selbstkorrektur des Kapitalismus als 'Muster von Bewegungsgesetzen'(Offe), trotz staatlicher Hilfe zu betonen (Marcuse, Habermas, Offe, Hirsch, Negt u.a.).

"Wer den Ausdruck 'Spätkapitalismus' verwendet, stellt implizit die Behauptung auf, daß auch noch im staatlich geregelten Kapitalismus die gesellschaftliche Entwicklungen 'widerspruchsvoll' oder krisenhaft verlaufen." [3]

---

1) Offe, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, S. 25

2) Vgl. Mandel, Der Spätkapitalismus, S. 171f

3) Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, S. 9, Siehe auch Habermas, Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, S. 3o4

In dem Begriff des Spätkapitalismus (oder auch 'organisierter' oder 'staatliche geregelter' Kapitalismus) werden die beiden vorangegangenen Epochen der bürgerlichen Gesellschaftsentwicklung, nämlich der klassische Konkurrenzkapitalismus, wie ihn Marx und Engels analysierten, und der monopolkapitalistische Imperialismus, den Lenin begründete, theoretisch aufgehoben, sowie die Analyse der gegenwärtigen Erscheinungsformen der gesellschaftlichen Totalität integriert. Dabei berücksichtigt die theoretische Neueinschätzung der sozialen und politischen Situation vor allem den zusammenhängenden Komplex derzeitiger Phänomene wie verstärkte Zentralisation des Kapitals durch nationale und multinationale Konzerne, den wissenschaftlich - technischen Fortschritt mit der Folge einer höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals und damit fallenden Durchschnittsprofitrate, die Verbindung wissenschaftlicher Forschung und staatlicher Auftragserteilung und die Notwendigkeit langfristiger Planung und Steuerung des ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Bereichs, was eine zunehmende Staatsintervention in diesen Sphären bedeutet.

"Der Ausdruck 'organisierter' oder 'staatlich geregelter Kapitalismus' bezieht sich auf zwei Klassen von Phänomenen, die beide auf den fortgeschrittenen Stand des Akkumulationsprozesses zurückgeführt werden können: einerseits auf den Konzentrationsprozeß der Unternehmen (wie Entstehung nationaler und inzwischen auch multinationaler Korporationen) und die Organisierung der Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkte; andererseits darauf, daß der interventionistische Staat in die wachsenden Funktionslücken des Marktes einspringt." [1]

Gleichzeitig beinhaltet die Verwendung des Begriffs des Spätkapitalismus, daß eine weitere Selbstregulierung und Stabilisierung des krisenhaften kapitalistischen Systems nicht mehr erwartet werden kann, da "die fortgeschrittenen kapitalistischen Systeme das Potential kategorial erschöpft haben, das ihnen zur Verfügung steht, um die Folgen ihrer Selbstwidersprüchlichkeit zu kompensieren." [2]

---

1) Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, S. 5o-5
Siehe auch Habermas, Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, S. 3o6

2) Offe, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, S. 24

Der Begriff 'Spätkapitalismus' steht auch in deutlicher Abgrenzung zu bürgerlichen Gesellschaftsauffassungen, in denen meist die technisch - evolutionäre oder verdinglicht - ökonomische Seite der Produktionsweise als Kriterium der Systembestimmung zu gelten scheint.
Dies wird offensichtlich an Ausdrücken wie 'postindustrielle Gesellschaft'(Bell),'technotronische Gesellschaft' (Brzezinski), 'industrielle zivilisierte Gesellschaft' (Touraine), 'postkapitalistische Gesellschaft' (Dahrendorf), 'postmoderne Gesellschaft' (Steiner),'postzivilisierte Gesellschaft' (Boulding), 'postkulturelle Gesellschaft' (Etzioni), 'kybernetisch - bürokratische Gesellschaft'(Fromm), 'Expertokratie' (Jungk), 'entmündigende Expertenherrschaft' (Illich) und an einer Reihe ähnlich lautender Begriffe wie 'tertiäre', 'total verwaltete', marktwirtschaftliche' oder 'leistungsorientierte' Gesellschaft, um die gegenwärtigen sozialen Systeme der 'modernen, westlichen Demokratien' zu charakterisieren und gleichzeitig anzudeuten, daß die marxistische Gesellschaftslehre obsolet geworden sei.

Der Stand der Produktivkräfte, primär des technischen und wissenschaftlichen Potentials , ist nach marxistischer Theorie zwar Indikator des ökonomischen und sozialen Fortschritts, der Gesellschaftsbegriff selbst muß aber aus der Natur der zwischenmenschlichen Beziehungen hergeleitet und auf die Totalität des Gesamtsystems bezogen werden.

"Was ist die Gesellschaft, welches immer auch ihre Form sei? Das Produkt des wechselseitigen Handelns der Menschen. ... Setzen Sie einen bestimmten Entwicklungsstand der Produktivkräfte voraus, und Sie erhalten eine bestimmte Form des Verkehrs (commerce) und der Konsumption. Setzen Sie bestimmte Stufen der Entwicklung der Produktion, des Verkehrs und der Konsumption voraus, und Sie erhalten eine entsprechende soziale Ordnung, eine entsprechende Organisation der Familie, der Stände oder der Klassen, mit einem Wort, eine entsprechende Gesellschaft (société civile). Setzen Sie eine solche Gesellschaft voraus, und Sie erhalten eine entsprechende politische Ordnung (état politique), die nur der offizielle Ausdruck der Gesellschaft. ist." [1]

---

1) Marx, Brief an P.W. Annekow vom 28.12.1846, in MEW 4, S.548; Vgl. auch Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 74 und 176, Marx, Lohnarbeit und Kapital, MEW 6, S.4o8, und Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie (Einleitung), MEW 13, S. 631

Die moderne bürgerliche Gesellschaft heute ist keineswegs 'postmarxistisch' oder 'postbürgerlich' (Giddens), sondern spätkapitalistische Klassengesellschaft mit besonderer Dominanz des Monopolkapitals, was in entsprechender Weise im bürgerlichen Staat zum Ausdruck kommt.

Die Behauptung, daß die modernen 'Industriegesellschaften' soziologisch gesehen spätkapitalistische Klassengesellschaften mit besonderen Einfluß der Monopolbourgeoisie verkörpern, bedarf des Nachweises einer monopolkapitalistisch organisierten Ökonomie, einer gesellschaftlichen Klassenstruktur und einer spezifischen, d.h. kapitalbegünstigenden Funktionsweise des bürgerlichen Staates, einer Erscheinungsweise der Politik, die das Kapital stabilisiert und seine Dysfunktionalitäten durch gezielte Interventionen zu kompensieren versucht.

Zunächst zur Monopolstruktur der kapitalistischen Ökonomie. Der Begriff des 'Monopols' wird in der marxistischen politischen Ökonomie nicht im Sinne der bürgerlichen volkswirtschaftlichen Markttypenmorphologie verwendet, sondern charakterisiert die Organisations- und Bewegungsform des Kapitals im Spätkapitalismus. Das Monopol ist die Form des Privatkapitals, in der die vom Kapital selbst erzeugten Widersprüche noch auf kapitalistischer Grundlage gelöst werden können. Das Monopol beseitigt nicht die Konkurrenz, sondern bewirkt eine wesentliche Modifikation der Konkurrenzbedingungen, zumal die Monopole untereinander selbst konkurrieren. Das Monopol ist auch nicht einfach ein 'großes Kapital', wie oft mißverstanden wird, sondern eine neue qualitative Erscheinung des Kapitals, die Negation der liberalkapitalistischen Konkurrenz, wenngleich es diese auch nicht gänzlich aufhebt.

"Die Existenz der Monopole, die einen beherrschenden Platz auf dem Markt haben, beseitigt nicht die Warenkonkurrenz, sondern reproduziert sie nur auf einer anderen Ebene. Die Einwände gegen die Theorie des Monopolkapitalismus, die sich auf den Standpunkt des Marktes stellen, und die behaupten, es handle sich in Wirklichkeit nicht um Monopole, sondern um Oligopole, es handle sich nicht um eine Abschaffung der Konkurrenz, sondern um eine 'unvollkommene Konkurrenz', befinden sich zugleich auf einem anderen Terrain als die marxistische Theorie und schreiben ihr Analysen zu, die ihr fremd sind." [1]

1) Poulantzas, Klassen im Kapitalismus - heute, S. 98-99

Der Monopolbegriff kann mit anderen Worten nicht auf eine ausschließlich marktbezogene Deutung reduziert werden, auch wenn es ein bestimmendes Merkmal des Monopols ist, sich dem Ausgleich der Durchschnittsprofitrate zu entziehen, und darüberliegende Monopolpreise zu erzielen.[1] Dabei setzt das Monopol die Behinderung der Beweglichkeit kleinerer Kapitale voraus, so daß eine allgemeine Konkurrenz, bzw. gleiche und freie Konkurrenzbedingungen, partiell außer Kraft gesetzt werden.
Die kleinen und mittleren Kapitalbetriebe können sich oft nur soweit behaupten, als ihre Existenz entweder von produktionsergänzender Bedeutung ist, oder aus ideologischen Gründen für das Monopolkapital vorteilhaft erscheint.

"Ein wesentlicher Teil der selbständigen Klein- und Mittelbetriebe siedelt ... in ökonomischen Randbezirken, ein anderer fristet sein Dasein in der Form rechtlich zwar selbständiger, ökonomisch aber weitgehend abhängiger Zulieferbetriebe. (Diese Abhängigkeit zeigt sich dann klar bei Folgebankrotten bei Schließungen von Großkonzernen. - Anm.d. Verf.). Großkonzerne neigen im allgemeinen dazu, Konzentrationsbewegungen nicht auf die Spitze zu treiben, und sind teilweise aus optischen Gründen an der Erhaltung einer Anzahl von Kleinbetrieben interessiert. Das berührt aber nicht die Tatsache, daß das Marktgeschehen und die Wirtschaftsentwicklung im wesentlichen von den forschungs- und werbekräftigen Großen bestimmt wird. ... Die Vorstellung, daß auf freien Güter- und Dienstleistungsmärkten unabhängige, um die Gunst der Verbraucher wetteifernde Konkurrenten auftreten und sich die jeweiligen Preise schließlich durch das freie Spiel von Angebot und Nachfrage bilden, entbehrt zwar nicht einer gewissen Romantik, erweist sich heute aber realititätsferner denn je." [2]

Zur Demonstration der Kapitalkonzentration in der Bundesrepublik Deutschland sollen nachstehende Statistiken Aufschluß geben, wobei selbstverständlich zu berücksichtigen ist, daß der Erkenntniswert solcher Konzentrationsstatistiken

---

1) Siehe Oelßner, Zur geschichtlichen Rolle und zum Begriff des Monopols, in: Marxismus Digest, No. 3, 1971, S. 3 - 22

2) Hirsch, Zur politischen Ökonomie des politischen Systems, in: Kress/Senghaas, Politikwissenschaft, S.169-17o

höchst fraglich ist, da jene Erfassungen der Kapitalentwicklung vom Kriterium rechtsformeller ökonomischer Selbständigkeit ausgehen müssen und insofern nur beschränkt brauchbar sind, da sie dort in ihrem Zweck versagen, wo auf formelle Kartellvereinbarungen und Konzernbildungen (z.B. aus juristischen Gründen) verzichtet wird, und/oder wo stillschweigende Übereinkünfte, oft durch personelle Verflechtungen erleichtert, faktisch quasimonopolkapitalistische Marktstrukturen erzeugen.

Nach der amtlichen Statistik[1], hatten die jeweils sechs größten Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland am Umsatz ihres Wirtschaftszweiges eines prozentualen Anteil von:[2]

	1979	1981
Tabakverarbeitung	93,4	93
Büromaschinen/EDV	84,6	88
Bergbau	84,2	84
Mineralölverarbeitung	82,9	81
Schiffsbau	6o,o	62
Eisenschaffende Industrie	57,8	62
Gummiverarbeitung	5o,5	52
Flugzeugbau		92
Straßenfahrzeugbau einschl. Reparaturgewerbe	63,4	64
Feinkeramik		52
Elektrotechnik	41,6	42
Chemische Industrie	41,2	4o
Maschinenbau	14,5	12
Holzverarbeitung	5,5	
Feinmechanik, Optik		27
Stahl- undLeichtmetallbau		27
Steine und Erden		13
Druckereien		12
Eisen-, Blech- und Metallwaren		11
Ernährung[3]		8
Textil, Bekleidung		7

---

1) Süddeutsche Zeitung, 9.9.1982 (für 1979) und 23./24.7.1983 (für 1981).

2) Wo keine Zahlenangaben gemacht wurden, standen die Daten dem Verfasser nicht zur Verfügung

3) Bei obiger Angabe handelt es sich vermutlich allein um die nahrungsmittelproduzierende Industrie. Aus anderer Pressemeldung in der gleichen Ausgabe der SZ geht hervor, daß die sechs größten Lebensmitteleinzelhandelsketten in der BRD 6o Prozent des Marktes dieser Branche beherrschen.

Eine etwas anders systematisierte amtliche Statistik (Stand 198o) weist die Marktbedeutung der jeweils drei größten Hersteller aus, die über folgenden prozentualen umsatzmäßigen Marktanteil in ihren Industriezweig verfügen : [1]

Lastkraftwagen	9o
Waschmittel	74
Autoreifen	68
Personenkraftwagen	67
Kühlschränke	56
Nähmaschinen	49
Geschirr	44
Radio, Fernsehen	41
Süßwaren	25
Zeitungen	24
Tapeten	33
Fotogeräte	43
Strümpfe	46
Benzin	51
Zigaretten	62
Fliesen	68
Waschmaschinen	7o
Glühlampen	76

Eine weitere Problematik derartiger Statistiken besteht darin, daß sie keinen Aufschluß über den Grad und das Ausmaß der Internationalisierung des Kapitals zu geben vermögen. Hinsichtlich der Tendenz zur Internationalisierung der Monopole wurde in letzter Zeit viel geschrieben. Es stehen sich hier unterschiedliche marxistische Positionen gegenüber, die entweder ungeachtet internationaler Kapitalverflechtungen die kapitalistische Konkurrenz der Monopole auf dem Weltmarkt betonen (Mandel, Tjaden, Kidron, Warren, Rowthorn, Valier), oder die internationale Kapitalkonzentration unter amerikanischer Dominanz vor allem auch innerhalb der nationalen Kapitale hervorheben (Poulantzas, Gündel), sowie Perspektiven, die in einer gemeinsamen Ausbeutung der Entwicklungsländer (Peripherien) durch die imperialistischen Zentren den Ausgangspunkt diesbezüglicher Analysen sehen (Sweezy, Magdoff, Prebisch, Nicolaus, Jalée).
Auf eine nähere Ausführung der konkreten Gegebenheiten und Praktiken monopolistischer Kapitalkonkurrenz kann im Rahmen

---

1) Süddeutsche Zeitung, 2o.9.1982

dieser Arbeit nicht mehr eingegangen,[1] da sie keinen grundlegenden Einfluß auf die Funktionsweise des Staates haben, der eine marxistische Theorie des Staates nennenswert beeinflußte.

Im Spätkapitalistischen Systemen fungiert der Staat als 'Hauptgarant des monopolistischen Extraprofits',[2] weitgehend unabhängig von der inneren Zusammensetzung (nationale oder ausländische Bourgeoisie) der Monopole.

Die Politik des kapitalistischen Staates ist der dynamische Aspekt bürgerlicher Herrschaftsorganisation zur Verwirklichung ökonomisch bedingter Interessen, d.h. zur Stabilisierung und ungestörten Förderung der Akkumulationsfähigkeit des Kapitals. Die zu diesem Zweck erforderlichen politisch - juristischen, ökonomischen, administrativen und ideologisch - legitimatorischen (und nötigenfalls auch offen repressiven) Aktivitäten und Maßnahmen des Staates widerspriegeln in der Sphäre der Politik in parlamentarisch - republikanischen Regierungsformen der spätkapitalistischen Systeme jene Art gesellschaftlicher Verhältnisse, die durch den gesellschaftlichen Klassenkampf geprägt sind. Zwar manifestiert sich die gesellschaftliche Macht nicht völlig in den verschiedenen (repressiven, ideologischen und ökonomischen) Staatsapparaten, geht nicht gänzlich in ihnen auf, ist aber stets an die gesellschaftliche Klassenbasis direkt oder indirekt gebunden.

Die Thematisierung klasseninteressenorientierter Staatsfunktionen macht den Nachweis der Existenz der Klassengesellschaft erforderlich, da der bürgerliche Staat marxistischer Theorie zufolge, aus der gesellschaftlichen Basis

---

1) Siehe hierzu Poulantzas, Die Internationalisierung der kapitalistischen Produktionsverhäktnisse, S.15f; Gündel, Die Internationalisierung der Wirtschaft im staatsmonopolistischen Kapitalismus, S. 31f; Mandel, Der Spätkapitalismus, S. 289f

2) Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, Bd. II, S. 630

abgeleitet werden muß und die Art und Weise staatlicher Interventionen im Verhältnis zur relativen Stärke der Klassen- und Klassenfraktionen im Klassenkampf steht, der sich im politischen Staat in konzentrierter Form ausdrückt.

"Erst wenn wir Aussagen darüber machen können,wie sich bürgerliche Klassenherrschaft qua politischer Organisierung von Klassenbeziehungen reproduziert und in welcher Weise der Klassenkonflikt die Funktionsweise des politischen Herrschaftsapparat bestimmt, gewinnt Staatstheorie praktische Bedeutung. ... Unsere These ist, daß eine so begriffene Staatstheorie nur als Theorie der Klassenbewegung und ihrer ökonomisch-politischen Bestimmungen entwickelt werden kann. ... Staatstheorie als Analyse der konkreten Reproduktionsweise von Klassenherrschaft muß ... ansetzen an der Entwicklung der Klassen und Klassenkämpfe ... als kategorial angeleitete Untersuchung des konkreten Vermittlungszusammenhangs von objektiven Struktur-und Bewegungsgesetzlichkeiten der Gesellschaftsformation und den historischen Prozeß vorantreibender Auseinandersetzungen der Klassen. ... Untersuchungen der staatlichen Institutionen und einzelner konkreter 'Staatsfunktionen' müssen deshalb von einer genaueren Bestimmung dieses Feldes von Klassenbeziehungen ausgehen, die im Staat einen organisatorischen Kristallisationspunkt finden."[1]

Die 'Bestimmung dieses Feldes von Klassenbeziehungen' bereitete den Marxisten schon seit jeher große Schwierigkeiten, denn Marx hat leider keine ausgearbeitete Klassentheorie hinterlassen. Es existiert bis heute keine allgemein anerkannte Definition des Klassenbegriffs in der marxistischen Diskussion.[2] Der letzte Abschnitt des 'Kapitals', welcher von Marx einer eingehenden Bestimmung der Klassen gewidmet war, blieb bedauerlicherweise unvollendet,[3] und

"man muß gewiß beklagen, daß das Kapitel über die Klassen bei Marx Fragment geblieben ist, wie überhaupt, daß wir weder von Marx noch von Engels eine zusammenhängende Darstellung ihres Begriffs der Klasse und des Klassenkampfes haben."[4]

---

1) Hirsch, Bemerkungen zum theoretischen Ansatz einer Analyse des bürgerlichen Staates, in: Beiträge zur Marxschen Theorie 8/9, S. 1oo - 1o7; siehe auch Hirsch, Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, S. 15

2) Vgl. Jaeggi, Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik, S.218

3) Siehe Marx, Das Kapital, Bd. III, MEW 25, S. 893

4) Adler, Die Staatsauffassung des Marxismus, S. 9o

Ähnlich enttäuscht über das Fehlen einer systematisierten Klassentheorie bei Marx äußerte sich auch Georg Lukács, als er schrieb, daß

"in einer für Theorie und Praxis gleich verhängnisvollen Weise ... das Hauptwerk Marx' gerade dort ab(bricht), wo es auf das Bestimmen der Klassen losgeht." [1]

Die Sowjetideologie stützt sich bei Abhandlung des Klassenthemas ausschließlich auf eine Definition von Lenin, [2] deren rein ökonomische Deutung der Gesellschaftsklassen heute unbefridigt läßt.
Auf eine differenzierte Behandlung des marxistischen Klassenbegriffs muß in dieser Arbeit verzichtet werden, da der Verfasser sich bereits an anderer Stelle ausführlich damit beschäftigte.[3]

Für das Verständnis der dialektisch - materialistischen Gesellschafts- und Staatsauffassung erscheint jedoch folgende Minimaldefinition des Klassenbegriffs notwendig und ausreichend.

Unter Gesellschaftsklassen an und für sich, also Klassen im eigentlichen, vollendeten Sinne, versteht man in der Marxschen Tradition eine Gruppe von Menschen oder soziale Aggregate in historisch bestimmter gesellschaftlicher Totalität, die, bedingt durch ihre Stellung im Produktionsprozeß, gemeinsame ökonomische, soziale und politische Interessen haben, die naturgemäß den Lebensinteressen anderer, ihnen angagonistisch gegenüberstehenden Klassen, entgegengesetzt sind. Der Klassenbegriff,welcher eine fundamentale gesellschaftliche Identität verdeutlicht, beinhaltet auch ein Bewußtsein, welches der Realität der Klassenlage entspricht und umfaßt in Folge dessen die aus der spezifischen Klassensituation resultierenden ökonomischen, politischen und ideologischen Praxisformen, d.h. die Formen des Klassenkampfes.

---

1) Lukacs, Geschichte und Klassenbewußtsein, S. 119

2) Siehe Lenin, Die große Initiative, LW 29, S. 41o

3) Siehe Aubeck, Die marxistische Interpretation der Sozialstruktur der kapitalistischen Gesellschaftsordnung - die marxistische Klassentheorie, (Unveröfftl. Magisterarbeit, München 1981)

Der Klassenbegriff kann somit nicht ontologisch und unhistorisch aufgefaßt werden und erfordert einen besonderen Überblick über die marxistische Strukturdialektik.[1]

Die Strukturen der bürgerlichen Gesellschaftsformation (kapitalistische Basis und Überbau), prägten eine Klassensituation, die Marx, gemäß der Interpretation Ossowskis, unter drei verschiedenen Aspekten analysierte, nämlich unter dem Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Dichotomie (der sozialen Asymetrie von Lohnarbeit und Kapital, bzw. Bourgeoisie und Proletariat), und, auf der Grundlage jener Dichotomie aufbauend, unter den Gesichtspunkten graduativer (die Mittelschichten zwischen Kapitalisten- und Arbeiterklasse berücksichtigender) und funktioneller (nach Einkommensquellen unterscheidender) Schemata. Marx tradierte dergestalt die gebräuchlichen Muster des sozialen Ungleichheitsverständnisses weiter und schuf aus ihnen eine all sie umfassende Synthese.

"Marx in seiner Eigenschaft als Revolutionär, Nationalökonom und Soziologe erbt somit alle drei prinzipiellen Typen der Auffassung der Klassenstruktur, mit denen wir es in der Geschichte der europäischen Ideen zu tun haben: dichotomisches Schema, Graduationsschema und funktionelles Schema. Zugleich führt er eine vierte eigenartige Auffassungsweise dieser Struktur ein: durch die Kreuzung zweier oder dreier dichotomischer Teilungen. Gerade diese Auffassungsweise wurde zum klassischen Marxschen Schema ... " [2]

Die Kombination dieser verschiedenen Schemata bedeutet keine sich widersprechende Konstruktion von Thesen; vielmehr ist 'die Interferenz der Gesichtspunkte' (Ossowski) hier zu verstehen.

---

1) Zum marxistischen Klassenbegriff siehe auch: Mauke, Die Klassentheorie von Marx und Engels, S. 16; Offe, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, S. 19; Adler, Die Staatsauffassung des Marxismus, S. 101; Tillich, Für und wider den Sozialismus, S. 39; Poulantzas, Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, S. 62, 66 und 85; Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, S. 125ff; Ossowski, Die Klassenstruktur im sozialen Bewußtsein, S. 93f; Herkommer, Soziologie der Sozialstruktur, in: Krysmanski/Marwedel (Hrsg), Die Krise in der Soziologie, S. 122f

2) Ossowski, Die Klassenstruktur im sozialen Bewußtsein, S.107

In Zusammenhang mit der Klassenfrage und den Staatsfunktionen ist es wichtig, sorgfältig zwischen den 'herrschenden' und 'regierenden' Klassen zu trennen.

Die herrschende Klasse der kapitalistischen Gesellschaft ist diejenige, welche die Produktionsmittel besitzt und kontrolliert, und die entsprechend ihrer ökonomischen Macht den Staat instrumentalisieren kann.

Der Begriff der 'regierenden Klasse' unterscheidet sich auch von dem der 'hegemonialen Klasse' oder -fraktion, die im Klassenkampf dominiert.

Der bürgerliche Staat ist keine neutrale Organisation zur rationalen Reglementierung sozialer Belange, sondern der Gesellschaft politisch entfremdetes Machtorgan in praktischen Dienste der herrschenden Klasse, wenngleich die Bourgeoisie jene Herrschaftsausübung auch nicht unbedingt selbst wahrnimmt und die Regierungsangelegenheiten an bezahlte Bürokraten delegiert.

Die regierende Klasse fungiert als Träger der Staatsapparats und setzt sich aus den politischen, militärischen und bürokratisch - administrativen Eliten, und damit aus unterschiedlichen sozialen Schichten zusammen.

"Bekanntlich verwirklicht sich die Hegemonie des Monopolkapitals gegenwärtig ... auf dem Umweg eines politischen Personals, das weitgehend nicht nur aus den Reihen des nicht-monopolistischen Kapitals hervorgegangen ist, sondern aus dem Kleinbürgertum und häufig sogar aus der Arbeiteraristokratie vermittels der Gewerkschaften bzw. der sozialdemokratischen ... Partei. Genau das führen die Apologeten dieser Regierungen als Beweis der Abwesenheit der Hegemonie des Monopolkapitals unter ihrem Regime an." [1]

Der Umstand der nur relativ geringen Präsenz der Bourgeoisie im kapitalistischen Staate tangiert jedoch in keinster Weise den objektiven Zusammenhang von staatlicher Politik.

---

1) Poulantzas, Klassen im Kapitalismus - heute, S. 160

Ebensowenig berührt eine direkte, das heißt aktive Beteiligung der Kapitalisten im Staat die Objektivität der notwendigen Beziehung von Kapital und Politik. Vielmehr wird der bürgerliche Staat den herrschenden Interessen am leichtesten gerecht, wenn die herrschende, bzw. hegemoniale Klasse oder Klassenfraktion nicht mit der regierenden Klasse identisch wird, denn kein Staat könnte es sich erlauben, sich als unmittelbaren Klassenstaat auszugeben.
Mit anderen Worten, die Frage nach der partiellen personalen Verschränkung oder 'Personalunion' im ökonomischen und politischen Bereich affiziert nicht wesentlich die relative Autonomie des Staates und modifiziert auch nicht den Klassencharakter des politischen Systems.[1]

Im Übrigen kann eine grundlegende Übereinstimmung zwischen den Repräsentanten der kapitalistischen Ökonomie und den staatstragenden Eliten bezüglich ihrer Klassenzugehörigkeit und verinnerlichten Wertsystems angenommen werden.

" Trotz der beträchtlichen Beteiligung von Geschäftsleuten an den Geschäften des Staates stimmt es, daß sie bis heute nie mehr als eine relativ kleine Minderheit in der gesamstaatlichen Elite gebildet haben. ... Aber die Bedeutung dieser relativen Distanz der Geschäftsleute vom Staatssystem wird durch die soziale Zusammensetzung der Staatselite selbst drastisch reduziert. Denn Geschäftsleute gehören in ökonomischer und sozialer Hinsicht zu den oberen und mittleren Klassen, und aus diesen Klassen stammen auch die Mitglieder der Staatselite. ... Diejenigen, die Selektion und Beförderung auf der höchsten Ebene des Staatsdienstes kontrollieren und bestimmen, sind selber ... Angehörige der Ober- und Mittelklassen. ... In einer Zeit, in der von Demokratie, Gleichheit, sozialer Mobilität, Klassenlosigkeit usw. so viel hergemacht wird, ist es ein Grundfaktum des Lebens in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern geblieben, daß die große Mehrheit der Männer und Frauen in diesen Ländern von Leuten regiert, repräsentiert, verwaltet, gerichtet und im Krieg befehligt wurde, die aus anderen, ökonomisch und sozial überlegenen und relativ entfernten Klassen stammten."[2]

---

1) Vgl. auch Poulantzas, Das Problem des kapitalistischen Staates, in: Poulantzas/Miliband, Kontroverse über den kapitalistischen Staat, S. 18

2) Miliband, Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft, S. 89 - 93

Leo Kofler sieht den tieferen Grund für die formelle Übertragung oder Delegation der politischen Macht der Bourgeoisie an bürokratische Funktionäre in der typisch spätkapitalistischen Krisenmanifestation, verbunden mit einer Dekadenz der Bourgeoisie selbst, die (anders als die feudale Aristokratie oder das frühkapitalistische Bürgertum) es vorzieht, ihr subjektives und objektives Herrschaftsinteresse in die Bereiche des Privaten und des Staatlichen zu trennen, um sich dem 'dionysischen Prinzip' zu widmen.

"Pflegten in der Aufstiegs- und Blütezeit einer gesellschaftlich führenden Klasse das subjektive und objektive Interesse sich weitgehend ... zu decken, ... so fallen sie in der Niedergangsepoche auseinander. Die weitere Folge ist, daß die herrschende Klasse, die in ihrer Aufstiegszeit denselben Illusionen unterlag, die sie den Massen vorgaukelte, diese Illusionen verliert, pessimistisch und inaktiv wird, sich der nunmehr sich ausbreitenden und der Resignation entspringenden Neigung hingibt, sich um nichts weiter zu kümmern, als um die subjektive Sicherung der für die Erhaltung des erotischen Lebensgenusses unentbehrlichen ökonomischen Mittel. Die Erfüllung der übrigen gesellschaftlichen Aufgaben überläßt sie jetzt um so lieber den berufsmäßigen Funktionären."[1]

Im Vergleich zu bürgerlichen 'Schichtungstheorien' zur Erforschung und Systematisierung sozialer Ungleichheit, soweit eine solche etwa mit der ideologischen Unterstellung einer 'nivellierten Mittelstandsgesellschaft' (Schelsky) nicht überhaupt geleugnet wird,[2] unterscheidet sich die marxistische Klassentheorie grundsätzlich in sowohl theoretischer als auch methodischer Hinsicht. Die bürgerlichen, in den USA entstandenen Ideologien der 'sozialen Schichtung' (Parsons, Davis, Moore, Levy, Tumin, Simpsons) versuchen, unter Bezugnahme auf die moderne Arbeitsteilung und das bürgerliche 'Leistungsprinzip' die gesellschaftliche Totalität in voneinander relativ unabhängige soziale Dimensionen zu zergliedern und mit Hilfe eines als primär erachteten Kriteriums (meist des Berufs) oder auch durch Kombination mehrerer 'sozial relevanter' Variablen ('multipler Index') die Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft als eine der mehrstufig graduativen Schichtung darzustellen (Janowitz, Scheuch, Daheim, Bolte, Moore, Kleining, Mayntz). Die jeweilige Schichtenabgrenzung markieren in diesen Modellen dann das beobachtbare Verhalten,

1) Kofler, Der asketische Eros, S. 275, siehe auch S. 37f

2) Vgl. Schelsky, Auf der Suche nach Wirklichkeit, S. 326f

(anstelle wirklich sozialrelevanter Daten), schichtspezifische Mentalität und das Bewußtsein (Geiger, Dahrendorf, Bolte, Thomas), wobei es die 'empirische Sozialforschung' als bedeutungslos betrachtet, inwieweit die individuellen Einschätzungen, Haltungen und Bewertungen, das 'soziale Selbstbewußtsein', der gesellschaftlichen Wirklichkeit entsprechen.[1]

Die marxistische Klassentheorie unterscheidet sich in gleicher Weise von dem bürgerlich geprägten Klassenbegriff, der entweder, wie bei Giddens, die ökonomisch verengte Klassendefinition Max Webers reaktualisiert, oder den Klassenbegriff in reiner Machtanalogie umdeutet. (Dahrendorf, Wiehn).

Das gemeinsam Fragwürdige an diesen bürgerlichen Gesellschaftsmodellen ist die unhistorische Ontologisierung der sozialen Differenzierung, d.h. die Annahme immer und überall gegebener sozialer Ungleichheit (jenseits gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Eigentumsaneignung) und damit ihre Unabwendbarkeit. Auf diese Weise bieten die gradationalen und funktionalistischen Ansätze zur sozialen Schichtung, die auf der Ebene interpersoneller Sozialbeziehungen argumentieren, keinen theoretisch brauchbaren Zugang zu den realen Zusammenhängen gesellschaftlicher Praxis und Entwicklung und unterstellen darüber hinaus die ständige Selbsterhaltungs- und Selbsterneuerungsfähigkeit gegebener Gesellschafts- und Staatssysteme.[2]

Dagegen weist die Erkenntnisabsicht, welche die marxistische Klassentheorie auf der Grundlage des Privateigentums an

---

1) Siehe Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, S. 11o

2) Zur Kritik an den Theorien der 'sozialen Schichtung' siehe auch: Tjaden/Tjaden-Steinhauer, Klassenverhältnisse im Spätkapitalismus, S. 35; Tjaden-Steinhauer/Tjaden, Zur Analyse der Sozialstruktur des deutschen Kapitalismus, in: Das Argument No. 61, S. 645f; Poulantzas, Zum marxistischen Klassenbegriff, S. 26; Kofler, Der proletarische Bürger, S. 35; Adorno (Hrsg), Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, S. 98f, und Adorno, Soziologische Schriften I, hrsg. von Rolf Tiedemann, S. 355 und Deppe, Mitbestimmung und Fremdbestimmung im Bewußtsein der Arbeiter, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, No. 3, 1969, S. 3o2

Produktionsmitteln und der damit verbundenen politischen Macht verfolgt, über eine nur deskriptive Erfassung der kapitalistischen Sozialstruktur hinaus. Sie steht vielmehr in Zusammenhang mit den Gesetzmäßigkeiten der ökonomischen Entwicklung und des gesellschaftlichen Prozesses und formuliert im Interesse des revolutionären Subjekts, d.h. der Arbeiterklasse die Grundlagen einer emanzipatorischen Praxis.

Hinsichtlich der Klassenstrukturierung in der Bundesrepublik Deutschland erregten zwei marxistische Untersuchungen besondere Aufmerksamkeit, jene des IMSF (Institut für marxistische Studien und Forschung, Frankfurt) und des PKA (Projekt Klassenanalyse, Berlin). Trotz unterschiedlicher Ausgangspunkte gelangten beide Forschungsinstitutionen zu ähnlichen bzw. vergleichbaren Gesamtergebnissen. Das IMSF geht in seiner Studie aus von der 'stofflichen Bestimmtheit' der Arbeit und bezieht sich weiter auf die 'materiellen Existenzweisen und Grundlagen der sozialen Gruppen' und der Stellung der Individuen 'im System der Produktionsverhältnisse'. Zum Proletariat werden hier alle Lohn- und Gehaltsempfänger gerechnet, die in vollem Umfang dem kapitalistischen Lohngesetz unterworfen sind, gleichgültig des arbeits- und versicherungsrechtlichen Status. Die Mittelschichten rekrutieren sich hier aus dem traditionellen Kleinbürgertum, der Intelligenz und privilegierten Lohnabhängigen. Das Kapital umfaßt die Monopol-, mittleren- und kleinen Kapitalfraktionen, sowie das Management und die hohen Staatsbeamten.
Das PKA nimmt eine Klassenbestimmung nach der 'ökonomischen Formbestimmtheit' der Arbeit vor, zwar auch ungeachtet arbeits- und versicherungsrechtlicher Verhältnisse, aber mit Ausnahme der Beamten. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht hier der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, wodurch sich die Arbeiterklasse definiere. Die Mittelschichten umfassen in dieser Studie das traditionelle Kleinbürgertum, sowie die Bezieher 'abgeleiteter Revenuen', d.h. jene, die

Bezüge aus den Einkommensquellen aller (anderen) Klassen erhalten, wie Staatsbeamte, der Klerus, Prostituierte usw., bzw. diejenigen Personenkategorien, die Marx als 'dienende Klassen' bezeichnete. Ferner fallen unter die Mittelklassen gemäß dieser Bestimmung auch Rentner, Sozialhilfeempfänger und teilweise das 'Lumpenproletariat'. Die Kapitalistenklasse differenziert sich hier in fungierende, besitzende und dirigierende Kapitalisten.

Die Ergebnisse beider Forschungen bei einem Stand der Erwerbsbevölkerung von 27 Millionen Menschen im Jahre 197o zeigen folgenden Klassenstrukturierung (in Prozent) :

	IMSF [1]	PKA [2]
Arbeiterklasse	75,4	65,o
Mittelklassen oder -schichten	22,5	31,5
Kapitalistenklasse	2,1	3,5

Eine weitere bemerkenswerte Untersuchung der Sozialstruktur des Bundesrepublik Deutschland, ebenfalls für das Jahr 197o, legten Tjaden/Tjaden-Steinhauer in eigener Regie vor. Bemerkenswert vor allem deswegen, weil sich diese Untersuchung von m.E. wenig erkenntnisbringender Sophistik löst und inhaltlich noch am ehesten die Verhältnisse der sozialen Realität in der Bundesrepublik reflektierte. Tjaden/Tjaden-Steinhauer zählen zur Arbeiterklasse die Masse der Abeiter, Angestellten und Beamten, unabhängig

---

1) Institut für marxistische Studien und Forschungen, Autorenkollektiv H. Jung, C. Kievenheim, M. Tjaden-Steinhauer, K.H. Tjaden u.a., Klassen - und Sozialstruktur der BRD 195o - 197o, Teil I- III, Frankfurt,1973/74

2) Projekt Klassenanalyse, Materialien zur Klassenstruktur der BRD, Studien zur Klassenanalyse, Band 3 und 4, Autorenkollektiv SOST, J. Bischoff, H. Arenz, H. Asche C. Bierbaum u.a., Berlin 1973/74

von materiellen oder formellen Bestimmungen der Arbeit und auch unabhängig davon, ob sie dem Zweck der Kapitalverwertung und Mehrwertproduktion (dem Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital) untergeordnet sind. Entscheidendes Merkmal der Klassifizierung ist hier die Notwendigkeit des Verkaufs der Arbeitskraft, bzw. die proletarische Lebenslage. Zu den Mittelschichten rechnen Tjaden/Tjaden-Steinhauer die 'sozialökonomischen Sondergruppen und -schichten', der 'nicht- oder halbkapitalistischen Warenproduktion, -zirkulation und der Dienstleistungstätigkeiten'.
Die Kapitalistenklasse rekrutiert sich in dieser Analyse aus den Eigentümern und Managern kapitalistischer Unternehmen nehmen, sowie dem Leitungspersonal der politischen, sozialen und kulturellen Organisationen.

Es ergibt sich nach dieser Klassenanalyse folgendes Bild sozialer Ungleichheit in der Bundesrepublik für das Jahr 197o (in Prozent): [1]

Arbeiterklasse	83,3
Mittelschichten	14,9
Kapitalistenklasse	1,8

Auf die spezifischen Mängel der angeführten Untersuchungen zur Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland einzugehen, würde den Rahmen dieser Arbeit überschreiten. Ganz allgemein ist an diesen Analysen zu kritisieren, daß sie eine willkürlich anmutende Quantifizierung vornehmen, da die zur Forschung herangezogene Zahl der Erwerbs- bzw. einkommensbeziehenden Bevölkerung 197o (27 Millionen) nur ca. 44 Prozent der gesamten Wohnbevölkerung ausmachten. Außer statistischen Unzulänglichkeiten sind auch erhebliche Mängel in der Theoriebildung festzustellen, besonders in

---

1) Siehe Tjaden/Tjaden-Steinhauer, Klassenverhältnisse im Spätkapitalismus, S. 198 - 2oo

der Festlegung der Klasseneinteilungskriterien. So hätte man die Funktionseliten der gesellschaftlichen Sphären klassenmäßig exakter (den Mittelschichten zugehörig) bestimmen können, wären die materiellen Eigentumsverhältnisse und die tatsächlichen Machtbefugnisse zugrunde gelegt worden. Außerdem wäre die krisenbedingte Randgruppenproblematik zu erhellen, bzw. realistisch zu behandeln und zu kategorisieren gewesen.
Die vorliegenden Forschungsresultate der sozialen Ungleichheitsverteilung sind jetzt nach über einem Jahrzehnt sicherlich veraltet und neue Klassenanalysen wurden seither nicht mehr durchgeführt. Es wäre heute vor allem das erheblich zugenommene Ausmaß der Arbeitslosigkeit (als unleugbares Faktum spätkapitalistischer Verelendungstendenz) zu berücksichtigen. [1]

---

1) Zum Zeitpunkt der Erhebungen von PKA und IMSF, im Jahre 197o, waren weniger als 15o.ooo Personen arbeitslos gemeldet. Bei einer Erwerbstätigenziffer von 27 Millionen betrug die Arbeitslosenquote unter o,5 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen erreichte gegen Ende 1983 laut Berechnungen des 'Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung' in Berlin einen Stand von knapp 2,2 Millionen bei rund 23,1 Millionen lohnabhängig Beschäftigten, inklusive über einer halben Million Kurzarbeiter. Die Arbeitslosenquote hatte sich damit auf 8,8 Prozent erhöht. (Vgl. SZ vom 19.1.1984), und stieg im Januar 1984 mit über 2,5 Millionen Arbeitslosen auf 1o,2 Prozent an (SZ 3.2.84),von denen nur zwei Drittel 'sozialstaatlich', bzw. durch Arbeitslosengeld oder -hilfe unterstützt werden) , was jedoch bundesdeutsche Politiker nicht davon abhält, Stabilisierungstendenzen und wirtschaftlichen Aufschwung zu verkünden. Es ist in den kommenden Jahren vermutlich mit weiteren Steigerungen der Arbeitslosenzahlen (entgegen politischen Beteuerungen)zu rechnen. Die Ursache dieses Phänomens ist nur am Rande auf Marktschwankungen (Auftragsschwäche, Marktsättigung) oder demographische Entwicklungen ('geburtsstarke Jahrgänge') zurückzuführen; sie liegt vielmehr in der strukturellen Dauerkrise des spätkapitalistischen Systems, die sich auf empirischer Ebene in dem beschleunigten Konzentrationsprozeß des Kapitals auf der Grundlage des wissenschaftlich - technischen Fortschritts und höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals zeigt. So kam es, begleitet von 'Rationalisierungswellen', seit 1981 zu jährlich über 12.ooo Insolvenzen (Konkurse und Vergleiche) gegenüber 42o1 Insolvenzen im Jahre 197o.(SZ 3o.12.83). Investitionshemmende Kapitalflucht (wegen hoher Auslandszinsen) und die Verlegung arbeitsintensiver Produktion in Entwicklungsländer ('Billiglohnländer'), sowie konkurrenzbegünstigende 'Billigimporte' aus diesen Regionen (und dem Ostblock) sind ebenfalls in diesem Kontext zu interpretieren. Nebenbei muß auch registiert werden, daß obige Angaben freilich nur die amtlich gemeldeten Arbeitslosen berücksichtigen können und eine relativ hoch anzusetzende 'Dunkelziffer' außer Acht gelassen bleibt.

Die Kapitalseite erweckt in diesem Zusammenhang beständig den Eindruck, daß sie offenbar an einer spürbaren Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit nicht ernsthaft interessiert ist. Davon zeugt z.B. die Tatsache, daß sie sich hierzu angemessenen Problemlösungsvorschlägen, nämlich einer entsprechenden Arbeitszeitverkürzung, kaum zugänglich zeigt. Verständlicherweise, denn die hohe Arbeitslosenzahl fördert die zwischenproletarische Konkurrenz, wodurch das Lohnniveau in gewünschten Grenzen gehalten werden kann. Außerdem erleichtert sie dem Kapital eine allgemeine Disziplinierung der Arbeiterklasse und gewährt größere Möglichkeiten der Selektion.

Als Interessenrepräsentanz der Bourgeoisie verweigert der bürgerliche Staat die Einführung und politisch-juristische Verankerung des mehrheitlich erwünschten Rechts auf Arbeit, sowie die Durchsetzung humanerer Arbeitsbedingungen. Der Staat des Kapitals ist vielmehr bestrebt, mittels ideologischer Beschwichtigung des Problem der Arbeitslosigkeit (und seine sozialen, ökonomischen und gesundheitlichen Auswirkungen auf die Betroffenen) zu verharmlosen oder zu privatisieren (persönliche Schuldzuweisung bei Verlust des Arbeitsplatzes etwa durch berufliches oder charakterliches Versagen). So ließ z.B. der CDU - Politiker Helmut Kohl nach Übernahme des Kanzleramtes 1983 verlautbaren, daß 'das Ökonomische ... die Folge des Geistig - Moralischen (ist) , und nicht umgekehrt.' Daß das Regierungsoberhaupt der derzeitigen Legislaturperiode in der Bundesrepublik Deutschland keine strukturellen Ursachen der kapitalistischen Krise ausmachen kann und sie als abhängige Variable der geistig - moralischen Haltung der Individuen begreift und kommentiert (mit optimistischen Parolen und Appellen an die Stimmung der Nachkriegszeit), wird die Situation auf dem 'Arbeitsmarkt' natürlich nicht verändern.

Ein derzeit besonders auffälliges politisches Phänomen ist die gewaltige 'Aufblähung' des staatlichen Verwaltungsapparats. Der bundesdeutsche Staat ist heute der größte

Arbeitgeber in der BRD. Mehr als ein Drittel aller Haushaltsausgaben muß der Staat für Personalkosten der insgesamt fast 4,5 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst (was einem über 20prozentigen Anteil der Staatsbediensteten an der Masse der Arbeitnehmer gleichkommt) aufwenden.

Rein arbeitsrechtlich gesehen, stehen im Dienste des Staates - per Stand 1981 - [1]

Beamte	1 773 279 Personen
Angestellte	1 624 5o3 "
Arbeiter	1 o92 756 "

und auf einzelne Sparten verteilt stehen im Dienste von

Bund	331 951 Beschäftigte
Länder	1 844 6o1 "
Gemeinden	1 228 775 "
Bundesbahn	341 871 "
Bundespost	512 115 "
Sozialversicherungswesen u.ä.	231 225 "

Neue empirische Klassenanalysen zur Sozialstruktur müßten diese gegenwärtigen Tendenzen (hohe Arbeitslosigkeit und Anwachsen des Staatspersonals) in die Untersuchung miteinbeziehen.

Wie vermerkt, erfordert eine materialistische Theorie des Staates und der Staatsfunktionen die Aufzeigung einer in Klassen gespaltenen Gesellschaftsstruktur, die naturgemäß auch die Auseinandersetzungen der Klassen auf den verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen impliziert.

Der Verfasser nimmt an, mit der Darstellung der diesbezüglich durchgeführten Forschungen und ihrer Resultate diesem Anspruch Genüge getan zu haben.

---

1) Die Welt, 28.5.1983

Es gibt in der marxistischen Spätkapitalismusdiskussion keine verbindliche Interpretation des Staatsinterventionismus, dafür existieren unterschiedliche Deutungsmuster und Erklärungsversuche der Staatsaktivitäten aufgrund gleicher oder ähnlicher Fragestellung und Ergebnisse.

Der zentrale Ausgangspunkt der Staatsinterventionismusproblematik, die das Verhältnis von Ökonomie und Politik zum primären Gegenstand der Überlegung macht, ist die theoretische Einschätzung staatlicher Planung und Regulierung der ökonomischen, sozialen und politischen Prozesse durch den Staat zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems angesichts seines kritischen Entwicklungsstadiums.

"Die Dauerregulierung des Wirtschaftsprozesses durch staatliche Intervention ist aus der Abwehr systemgefährdender Dysfunktionalitäten eines sich selbst überlassenen Kapitalismus hervorgegangen. ... Die Form der privatwirtschaftlichen Kapitalverwertung ließ sich nur aufrechterhalten durch die staatlichen Korrektive einer kreislaufstabilisierenden Sozial- und Wirtschaftspolitik. ... Soweit die Staatstätigkeit auf Stabilität und Wachstum des Wirtschaftssystem gerichtet ist, nimmt nun Politik einen eigentümlich negativen Charakter an: sie ist an der Beseitigung von Dysfunktionalitäten und an der Vermeidung von systemgefährdenden Risiken, also nicht an der Verwirklichung praktischer Ziele ... orientiert." [1]

Vom Gelingen des staatlichen 'Krisenmanagements' ist schließlich auch die Selbstlegitimation der politischen Administration abhängig.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem war nie, wie Offe behauptet, ein staatsfreier Raum, wo sich die Staatsaktivität auf 'allgemeine Ordnungsgarantie' durch die repressiven Staatsorgane beschränkte, [2] sondern, wie bereits angedeutet, hat der bürgerliche Staat von Anfang an zur Sicherung des kapitalistischen Profitmechanismus mittels stabilitäts- und expansions- bzw. wirtschaftspolitischer Maßnahmen

---

1) Habermas, Technik und Wissenschaft als 'Ideologie', S. 75 - 77, Vgl. auch Habermas, Kultur und Kritik, S. 71 -73

2) Vgl.Offe, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen - Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme, in: Kress/Senghaas, Politikwissenschaft, S.14o

interveniert. Die Interventionstätigkeit des politischen Staates nahm in den aufeinanderfolgenden Phasen der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung entsprechend dem Prozeß der kapitalistischen Akkumulation einen zunehmend größer werdenden Umfang an und verlagerte darüberhinaus den Schwerpunkt von 'ordnungsgarantierenden' Repressionen zu marktorganisatorischen Fragen.

"Im Stadium des Konkurrenzkapitalismus und auch noch in den ersten Phasen des Monopolkapitalismus waren die im strengen Sinne ökonomischen Funktionen (des Staates,Anm. d.Verf.)seinen repressiven und besonders seinen ideologischen Funktionen untergeordnet. ... Auf Grund der gegenwärtigen Rolle des Staates, die den gesamten politischen Raum verändert, nehmen diese ökonomischen Funktionen innerhalb des Staates nun eine dominante Stellung ein. ... Sämtliche Maßnahmen des Staates werden gegenwärtig in bezug auf seine ökonomische Rolle organisiert."[1]

Während es die ökonomische Aufgabe des liberalkapitalistischen Staates war, die von Marx und Engels erwähnten 'allgemeinen' und 'allgemeinen äußeren' Bedingungen der kapitalistischen Produktion und Reproduktion zu gewährleisten, kann sich der Staat im Spätkapitalismus nicht mehr mit der Erstellung infrastruktureller Einrichtungen und der Etablierung eines kapitalkonformen Rechtsrahmens begnügen, sondern "muß in den Reproduktionsprozeß selber eingreifen."[2]

Mit der qualitativen Erweiterung und Veränderung der Akzentsetzung der politischen Einwirkungen auf die kapitalistische Ökonomie geht gleichzeitig eine quantitative Veränderung der Staatsaktivitäten einher.
Im Unterschied zu den stabilitäts- und expansionsorientierten Interventionen des bürgerlichen Staates im Früh- und Konkurrenzkapitalismus greift der spätkapitalistische Staat nun nicht mehr unter dem Druck wechselnder ökonomischer Interessen und aktueller Klassenkonflikte und nur ausnahms- oder fallweise in die wirtschaftlichen und sozialen Vorgänge ein, sondern richtet seine Interventionen langfristig und systematisch aus. Dadurch transformiert sich der Staat tendenziell

---

1) Poulantzas, Staatstheorie, S. 153

2) Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, S. 74

zu einer zentralen gesamtgesellschaftlichen Planungs- und Steuerungsinstanz. [1]

Die Staatsfunktionen zeigen im Allgemeinen und Abstrakten die Wechselwirkung der ökonomischen und sozialen Basis mit dem politischen Überbau der Gesellschaft an und können nur im Verständnis dieser Dialektik thematisiert werden. Die staatliche Regulierung der Wirtschaft und des Sozialbereiches ist demnach "nicht spontan aus dem Wunsche nach gemeinsamer Verwaltung des ganzen Erbes einer Gesellschaft entstanden",[2] sondern erklärt sich vielmehr aus der von Marx aufgezeigten ökonomischen Problematik, die sich im Gesetz vom 'tendenziellen Fall der Profitrate' konkretisiert.[3]
Die staatlichen Interventionen in den Produktionsprozeß müssen also im Wesentlichen als Gegensteuerungsmaßnahmen des Staates zu dieser gesetzmäßigen ökonomischen Tendenz aufgefaßt werden.

> "Eine Analyse der konkreten Erscheinungsweise des bürgerlichen Staates und seiner sich verändernden Funktionen ist nur möglich auf der Basis einer Theorie des kapitalistischen Akkumulations- und Krisenprozesses, welche erst die Kategorien dafür liefern kann, wie empirische Geschichte zu schreiben und zu interpretieren ist. ... Es sind wesentlich die mit dem Voranschreiten des Akkumulationsprozesses und der damit verbundenen technologischen Umwälzung des Arbeitsprozesses sich verstärkenden Reproduktionskrisen, welche in diesem politischen Kontext den modernen Staatsinterventionismus hervorrufen. ... Die Tendenz der qualitativen und quantitativen Ausweitung der staatlichen Interventionen ist Ausdruck der mit der allmählichen Durchsetzung des Kapitalverhältnisses ... sich objektiv verschärfender gesellschaftlichen Widersprüche. Diese lassen sich werttheoretisch im Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate zusammenfassen, was zugleich bedeutet, daß dieses Gesetz kategorialer Ausgangspunkt für eine aus dem konkreten Verlauf der Kapitalakkumulation und der Klassenauseinandersetzungen zu entwickelnde Analyse von Staatsfunktionen sein muß." [4]

Auch wenn sich diese Tendenz nicht immer und durchgängig auf empirischer Oberfläche realisiert, so ist sie doch stets in der kapitalistischen Ökonomie wirksam und erklärt

---

1) Vgl. Hirsch, Funktionsveränderungen der Staatsverwaltung in spätkapitalistischen Industriegesellschaften, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, No. 2, 1969, S. 155

Forts. zu S. 141

2) Horkheimer, Gesellschaft im Übergang, S. 145

3) Siehe Marx, Das Kapital, Bd. III, MEW 25, S. 221 - 241

4) Hirsch, Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, S. 28, 55, und 37o - 371 ,
Vgl. auch Hirsch, Zum Problem einer Ableitung der Form-und Funktionsbestimmung des bürgerlichen Staates, in: Hennig, Hirsch, Reichelt, und Schäfer, Karl Marx/Friedrich Engels, Staatstheorie, S. CXXXIX-CLIII

den Einsatz konterkarierender politischer Aktionen.

Marx zeigte auch, daß im Konkurrenzkapitalismus dem Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate innerökonomisch entgegengewirkt werden konnte, so durch eine Erhöhung des Exploitationsgrades der Arbeitskraft (durch Intensivierung der Tätigkeiten oder Verlängerung der Arbeitszeit, gleichbedeutend mit der Erhöhung des absoluten und relativen Mehrwerts), durch Entwertung eines Teils des konstanten Kapitals (hauptsächlich im periodischen Verlauf von Krisen), durch Erweiterung der Produktion (etwa im Bereich der Luxusgüterproduktion), durch forcierten Außenhandel, durch Kapitalexporte(in Länder mit größeren Profitmaximierungschancen) und vor allem auch durch eine Senkung der Löhne. [1]

Dieser 'Selbstreinigungsprozeß' (Schleifstein) des Kapitals erweist sich heute als weitgehend unwirksam oder undurchführbar. Die durchschnittliche Profitrate der kapitalistischen Produktion befindet sich allgemein im Sinken und auch neue Formen des Profitausgleichs, wie eine immer mehr um sich greifende Verschleiß- und Verschwendungsproduktion und die psychologische Konsumentenmanipulation zur Nachfrage- bzw. Absatzsteigerung durch aggressive, nicht unbedenkliche Werbestrategien, [2] können diese Tendenz des kapitalistischen Verwertungsprozesses nicht langfristig abschwächen oder gar neutralisieren und fordern

---

1) Siehe Marx, Das Kapital, Bd. III, MEW 25, S. 242f

2) "Die in der Werbung und der politischen Propaganda angewandten hypnoseähnlichen Methoden stellen eine ernste Gefahr für die geistige und psychische Gesundheit, speziell für das klare und kritische Denkvermögen und die emotionale Unabhängigkeit dar. Ich bezweifle nicht, daß durch gründliche Untersuchungen nachzuweisen wäre, daß der durch Drogenabhängigkeit verursachte Schaden nur einen Bruchteil der Verheerungen ausmacht, die durch unsere Suggestivmethoden angerichtet werden."
Fromm, Haben oder Sein, S. 179
Siehe hierzu auch: Horkheimer/Adorno, Dialektik der Aufklärung, S. 1o8 - 15o

daher die staatliche Einmischung heraus.

"In weiten Sphären des wirtschaftlichen Lebens sind die Verwertungsbedingungen für das Kapital auf ein Niveau gesunken oder sinken sie periodisch im Zuge des Entwicklungsprozesses notwendigerweise so tief ab, daß der Staat regulierend in die Entwicklung eingreifen oder sie gar überhaupt vorantreiben muß, .. Es bedarf der staatlichen Einwirkung auf die Prozesse der Profitaneignung,-verteilung,-realisierung und auf die Bedingungen der Profitproduktion, um der Bewegung des Kapitals Raum zu geben. ... Die staatlichen Interventionen schaffen weitgehend die Voraussetzungen für die rentable Anwendung der modernen Technik im Rahmen der gegebenen Kapitalstrukturen. ... Indem der Staat auf diese Weise Spielraum für die Entwicklung der Produktivkräfte schafft, bringt er auch jenen wichtigsten Faktor zur Wirksamkeit, der dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenwirkt, die Entwicklung der Produktivkräfte selbst." [1]

Im Zusammenhang mit dem Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate stellten Baran und Sweezy aufgrund fallender Produktionskosten der Großunternehmen mit moderner monopolistischer Preis- und Kostenpolitik eine stärker gewordene Tendenz zur Mehrwert- und Profitbildung fest und ersetzten daher das Theorem des Falls der Profitrate durch das Gesetz des 'steigenden Surplus'.[2]

Marx wies schon im 'Kapital' darauf hin, daß Mehrwert(rate) und Profit(rate) nicht identisch sind und daß einem Sinken der Profitrate durchaus eine Steigerung der Mehrwert-und Profitsumme, sowie eine erhöhte Mehrwertrate entgegenstehen können. Die Profitrate drückt das Verhältnis des Mehrwerts zum konstanten und variablen Kapital (Wert der Produktionsmittel und Lohngelder) aus, die Mehrwertrate das Verhältnis des Mehrwerts allein zum variablen Kapital. Und da nach marxistisch - politökonomischer Auffassung nur menschliche Arbeit Mehrwert schaffen kann ,

---

1) Katzenstein, Politik und Ökonomie im gegenwärtigen Kapitalismus - Zur Frage des tendenziellen Falls der Profitrate, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, No. 7,1973, S. 715 - 726

2) Vgl. Baran/Sweezy, Monopolkapital, S. 58f

während die sachlichen Produktionsmittel lediglich ihren Wert auf die Produkte übertragen, und der technisch - wissenschaftliche Fortschritt (konkurrenzbedingt) die organische Zusammensetzung des Kapitals (Das Verhältnis von konstanten und variablen Kapital) zugunsten des konstanten Kapitals verändert, verringert er parallel hierzu den relativen Anteil mehrwerterzeugender menschlicher Arbeit, womit die Profitrate unvermeidlich fallen muß. [1]

Nun haben kapitalistische Monopole tatsächlich die Möglichkeit, durch entsprechende Preispolitik dem Verfall der Profitrate in besonderer Weise entgegenzutreten. Da aber auch die Monopole untereinander konkurrieren und ebenso die ausländische Monopolkonkurrenz ihren Einfluß auf die Preisgestaltung nimmt,macht sich auch im Monopolkapitalbereich die gesetzmäßige Tendenz einer fallenden Profitrate bemerkbar.

Zur Frage der Profitratenentwicklung sind zahlreiche empirische Studien durchgeführt worden, die teils mit widersprüchlichen Ergebnisse aufwarteten. Die Diskrepanzen

---

1) Aus der (richtigen) Annahme, daß in industriell fortgeschrittenen Gesellschaften Forschung, Wissenschaft, Technik, Produktion, Verwertung und staatlich - bürokratische Verwaltung zu einer funktionellen Verschränkung zusammengeschlossen wurden und der wissenschaftlich - technische Fortschritt zum primären Produktionsfaktor geworden ist, schließ Habermas, daß die Anwendungsbedingungen der Marxschen Arbeitswerttheorie entfallen seien.(Siehe Habermas, Theorie und Praxis, S. 256f und Habermas, Technik und Wissenschaft als Ideologie, S. 74) Habermas ist dabei der Meinung, Marx selbst habe bereits die Grundlagen zur Überwindung der reinen Arbeitswertlehre gelegt und bezieht sich auf eine Passage aus Marxens 'Grundrissen' (S. 592 -593), die in die endgültige Fassung der Arbeitswerttheorie im 'Kapital' nicht mehr eingging. Marx schrieb dort, daß die 'Schöpfung des wirklichen Reichtums' der künftigen Gesellschaft mit der Entwicklung der Industrie vom 'allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie' abhängen wird. Habermas ignoriert hier die Tatsache, daß Marx in diesem Kontext von der 'Quelle des Reichtums' (zu der auch die Erde, bzw. der Boden gehört) sprach, was nicht mit der Quelle des Mehrwerts identisch ist. Vgl. hierzu auch Kofler, Beherrscht uns die Technik?,S. 79-81

im Rahmen dieser Untersuchungen sind wahrscheinlich auf unterschiedliche Forschungsmethoden und Berechnungen zurückzuführen. So dürften m.E. die diesbezüglichen Resultate davon abhängen, ob das Wesen oder die äußere Erscheinungsform analysiert worden sind. Es wäre also zu überprüfen, ob bei der Kostenstrukturstatistik der Gewinn allein auf den Lohnaufwand oder auf die personellen und sachlichen Investitionen bezogen wurde, ferner ob bei den Berechnungen das Konkurrenz- sowie Monopolkapital berücksichtigt wurde, und welcher quantitative Umfang von Unternehmen insgesamt in die Kalkulation einging, da daß Gesetz der fallenden Profitrate auf die gesamte Ökonomie bezogen werden muß, denn nicht einzelne Kapitale, sondern der kapitalistische Durchschnittsprofit ist für die Berechnung der Profitrate ausschlaggebend. Außerdem wäre anzugeben, ob lang- oder kurzfristige Analysen vorgenommen wurden und ob evtl. branchen- oder länderspezifische Besonderheiten und konjunkturelle Fluktuation respiziert worden sind.

Baran und Sweezy scheinen in ihrem Konzept vom 'steigenden Surplus' (ähnlich wie Habermas, der die Quelle des gesellschaftlichen Reichtums mit der Quelle des Mehrwerts gleichsetzt), die Profitrate mit der Mehrwertrate zu identifizieren. Wie Mandel hier in zutreffender Weise kritisiert, "(besteht) der Hauptfehler in Baran-Sweezys 'Monopolkapital' ... darin, daß sie die Schranken, die dem Monopolprofit aus dem begrenzten gesamtgesellschaftlichen Mehrwertquantum erwachsen, nicht erkennen." [1]

Der kapitalistische Staat agiert im Interesse des Kapitals im Rahmen seiner ökonomischen Interventionen um dem Fall der Profitrate entgegenzuwirken. Dies geschieht zum Teil in Form von Staatsaufträgen, vor allem an die Rüstungsgüterindustrie, woraus die exzessiven Ausgaben für den militärischen Bereich resultieren.

---

1) Mandel, Der Spätkapitalismus, S. 469

Das hauptsächliche Mittel zum staatlichen Ausgleich der Profitrate stellt aber die Errichtung staatlich finanzierter und geleiteter Betriebe dar, die mit dem wissenschaftlich - technischen Fortschritt zu einer infrastrukturellen Notwendigkeit wurden, deren Finanzierung jedoch entweder die Kapazität des privaten Kapitals überfordern würde, oder dem Kapital zu unrentabel erscheint.

"Prinzipiell gilt, daß der Staat nur dann als Produzent auftritt, wenn diese Produktion für den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß notwendig ist und das Kapital aus ökonomischen oder politischen Gründen nicht in der Lage ist, diese Bereiche staatlicher Produktion zu Feldern der privaten Kapitalverwertung und -akkumulation zu machen. ... Erscheint die Herstellung einer allgemeinen Produktionsbedingung vom gesellschaftlichen Produktionsprozeß aus nötig, da ihr Mangel eine für die besonderen Kapitale deutlich spürbare Schranke der Produktion und/oder Zirkulation darstellt, und ist die kapitalistische Produktion nicht weit genug entwickelt, damit ein Kapitalist die zur Herstellung erforderliche Kapitalmenge aufbringen könnte, oder erscheint dem Kapital die Herstellung dieser allgemeinen Produktionsbedingung im Vergleich zu anderen Anlagemöglichkeiten nicht profitabel genug oder zu riskant, so wälzt das Kapital die Herstellung dieser allgemeinen Produktionsbedingungen auf den Staat ab." [1]

Da das Privatkapital nicht dem technischen Fortschritt als solchen verpflichtet ist, sich zumindest nicht verpflichtet fühlt, sondern ausschließlich das Interesse der Profitmaximierung und -sicherung verfolgt, wird es sich von unprofitablen, wenn auch infrastrukturell unentbehrlichen, Investitionen fernhalten und sie dem Staat zumuten. Nicht was technisch möglich und sozial erstrebens- oder wünschenswert ist, wird produziert, sondern von konkurrenzbestimmten Profiterwartungen hängt es ab, ob, welche und inwieweit wissenschaftliche Erkenntnis und technischer Fortschritt in der privatkapitalistischen Produktion überhaupt zum Tragen kommen, womit das technisch Mögliche strukturell unter optimalen Niveau bleibt.

---

1) Läpple, Staat und allgemeine Produktionsbedingungen, S. 145 und 148

Unter den Vorzeichen von Profitablität und infrastruktureller Wichtigkeit ist auch die staatliche Übernahme (oder Subventionierung) verlustträchtiger Unternehmen zu verstehen. Der Staat erwirbt (oder subventioniert) grundsätzlich nur solche Produktionsstätten , deren Fortbestand für das Gesamtkapital erforderlich oder zumindest von Vorteil ist, andernfalls, "wird das Kapital sich dagegen zur Wehr setzen, sollte der Staat Produktionsprozesse übernehmen, die doch dem Kapital unter seinen jeweiligen Sondergesichtspunkten als rentierlich erscheinen." [1]

Die Verstaatlichungsmaßnahmen oder 'Nationalisierungen' sind für das Kapital von ambivalenter Natur. Sie beweisen, daß der Kapitalist im Produktionsprozeß entbehrlich geworden ist. Daher auch die zu beobachtende Tendenz des Kapitals, staatliche Unternehmen zu reprivatisieren, sobald der Staat diese durch Modernisierung des technischen Potentials saniert hat und sie nun wieder als profitabel eingeschätzt werden.

Die Übernahme, Verstaatlichung oder Nationalisierung von Produktionsmitteln erstreckt sich ferner auch auf Betriebe, deren Monopolisierung durch einzelne Kapitale die Funktionsweise des gesamten Kapitals beeinträchtigen könnte. Der Staat muß im Interesse des Gesamtkapitals die Durchsetzung egoistischer Partikularinteressen einzelner Kapitale verhindern.

Es ist also die wesentliche Aufgabe des Staates als ideeller Gesamtkapitalist für die Einrichtung und Bereitstellung materieller Produktionsvoraussetzungen zu sorgen und in diesem Sinne sowohl für das Kapital unrentable, unfinanzierbare oder aus Sicherheitsgründen nicht Einzelkapitalen überlassbare Wirtschaftsobjekte übernehmen, subventionieren oder selbst erst errichten.

---

1) Altvater, Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus, in: Probleme des Klassenkampfes, No. 3, 1972, S. 21

Der kapitalistische Staat der inzwischen selbst auch Teil der Basis wurde, verfügt darüberhinaus über ein beachtliches Beteiligungspotential an Unternehmen, durch das er direkt oder indirekt in Konkurrenz zu privatwirtschaftlichen Betrieben tritt. Hier macht sich ein gewisser Verselbständigungseffekt des Staates gegenüber der gesellschaftlichen Basis bemerkbar, der jedoch seine Funktion als ideellen Gesamtkapitalisten nicht fraglich werden läßt, sondern eine spezielle Ausformung seiner relativen Autonomie unter spätkapitalistischen Bedingungen zum Ausdruck bringt.

In der BRD betragen die (nur wichtigsten) Anteile des Staates laut amtlicher Statistik (Stand 1981) an : [1]

	in Prozent	in Mill. Nennkapital
Volkswagenwerk AG.	2o,o	12oo
Kreditanstalt für Wiederaufbau	71,o	1ooo
Lufthansa	74,3	9oo
VIAG	86,5	54o
Saarbergwerke AG.	74,o	495
Salzgitter AG.	1oo,o	425
Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank	99,o	256
VEBA	43,8	1685
DEG	1oo,o	1ooo

1) Süddeutsche Zeitung, 19./2o.11.1983

Die staatlich übernommene Verantwortung für die Erstellung materieller Voraussetzungen zur kapitalistischen Profitproduktion, die vom Kapital selbst nicht erbracht werden (wollen, können oder dürfen), erstreckt sich nicht nur auf die sachlichen Produktionsbedingungen, wie Versorgungs-, Verkehrs-, Weiterverarbeitungs-, Lagerhaltungs- oder Kommunikationseinrichtungen, sondern gleichermaßen auch auf die Erhaltung, Förderung, Verwaltung und Wertsteigerung der menschlichen Arbeitskraft.

Die diesbezügliche Gesundheits-, Sport-, Kultur-, Bildungs-, Freizeit-, Arbeitsschutz- und Wohnungsbaupolitik, sowie die Wohlfahrtspflege, all das was in weitester Fassung unter dem Begriff der 'Sozialstaatlichkeit' oder 'Daseinsvorsorge' rubriziert und in das bundesdeutsche Grundgesetz als 'sozialer Rechtsstaat' einging; diese Leistungen sind nicht, wie Walter Bühl behauptet, aus der 'protestantischen Arbeitsethik' entstanden, [1] sondern "entwickelten sich allmählich aus den Verhältnissen heraus, als Naturgesetze der modernen Produktionsweise", [2] denn das liberalistische Freiheitspostulat meinte die ökonomische Verwertungsfreiheit, die Freiheit der Ausbeutung und Profitmaximierung, nicht eine ethische Forderung nach menschlicher Emanzipation und Selbstverwirklichung.

So erhöhen etwa die Ausgaben des Staates im Bildungssektor immer auch den Wert der Arbeitskraft und legen auf diese Art und Weise erst die Grundlagen des heute so wichtigen wissenschaftlich - technischen Fortschritts.
Das nationale Bildungsetat ist somit kaum von einem staatlichen Wunsche nach allgemeiner Schulung und Kultivierung der Massen motiviert. Selbst ein so konservativer bürgerlicher Staatstheoretiker wie Ernst Forsthoff spricht dem kapitalistischen Staat jeden Anspruch auf eine Verwirklichung vorgegebener Bildungsideale ab.

> "Geistiger Impulse ist der Staat der Industriegesellschaft nicht fähig, da er sich nicht selbst als ein Gebilde von geistiger Signatur versteht und verstehen kann. Daß seine Bildungspolitik nicht mehr ist als Ausbildungspolitik nach Maßgabe des Bedarfs der Industriegesellschaft, ist durchaus folgerichtig." [3]

Forts. zu S.15o

1) Bühl, Ökologische Knappheit, S. 149f

2) Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 299

3) Forsthoff, Der Staat der Industriegesellschaft, S. 58

Das gilt entsprechend auch für alle anderen Bereiche der sozialstaatlichen Interventionen, die sich auf die immateriellen Voraussetzungen des kapitalistischen Produktionsprozesses beziehen. Die öffentliche Wohlfahrtspflege, die allgemeine Schulpflicht oder die Hygiene- und Gesundheitsvorsorge etc. sind

"Gegenstand öffentlichen Interesses nur in einer engen Sphäre, die sich mit dem Minimum dessen, was zur Aufrechterhaltung der Staatsordnung überhaupt dient, deckt. Würde die Wohlfahrtspflege nicht nötig sein, um das Volk gesund zu halten, Soldaten für das Heer und Arbeitskräfte für die Maschine zu stellen, brauchte man die Schulbildung nicht, weil sonst abermals Militarismus und Industrie nicht funktionieren würden, wäre die Hygiene nicht erforderlich, um, da man nun einmal mit den armen Volk in einer Stadt wohnt, sich selbst vor Ansteckung zu schützen, so würden auch diese Zwecke als unrentabel aus dem öffentlichen Interesse des Staates herausfallen." [1]

Ein sozialstaatlich gesichertes Recht auf Arbeit erscheint dagegen im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise infrastrukturell unzweckmäßig, im bürgerlichen Verständnis daher "ein Widersinn, ein elender, frommer Wunsch" [2] und "welcher Staat ernährt nicht in der einen oder anderen Form seine Paupers?" [3]

Die sozialstaatlichen Maßnahmen der kapitalistischen Regierungen lassen sich also alle unter dem Aspekt der Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft resümieren.

---

1) Adler, Die Staatsauffassung des Marxismus, S. 76, Siehe auch Engels, Zur Wohnungsfrage, MEW 18, S. 233 : "Die moderne Naturwissenschaft hat nachgewiesen, daß die sogenannten 'schlechten Viertel', in denen die Arbeiter zusammengedrängt sind, die Brutstätten aller jener Seuchen bilden, die von Zeit zu Zeit unsere Städte heimsuchen. ... Die Kapitalistenherrschaft kann nicht ungestraft sich das Vergnügen erlauben, epidemische Krankheiten unter der Arbeiterklasse zu erzeugen; die Folgen fallen auf sie selbst zurück, und der Würgengel wütet unter den Kapitalisten ebenso rücksichtslos wie unter den Arbeitern. Sobald dies einmal wissenschaftlich festgestellt war, entbrannten die menschenfreundlichen Bourgeois in edlem Wetteifer für die Gesundheit ihrer Arbeiter."

2) Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich, MEW 7, S. 42

3) ebenda

Im gegenwärtigen Spätkapitalismus hat sich im Vergleich zu früheren Epochen der kapitalistischen Entwicklung das Hauptgewicht der Staatsaktivitäten von der repressiven und ideologischen Seite auf die ökonomische Regulierung des Produktionsprozesses verschoben, was aber nicht bedeutet, den Reproduktionsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft unter Vernachlässigung repressiver und ideologischer Faktoren auf den Konnex von Staat und kapitalistischer Akkumulation verkürzen zu können.

Insgesamt läßt sich heute ein breites Spektrum der Einwirkungen des Staates auf das gesamtgesellschaftliche Feld feststellen, da der Staat auf allen Ebenen und in alle Bereiche hinein agiert.

Die Darstellung eines umfassenden schematischen Überblicks über die spätkapitalistischen Staatsinterventionen ist nicht ganz unproblematisch, zudem auch in der marxistischen Literatur trotz gewisser Überschneidungen die Systematiken erheblich voneinander abweichen.

Weitgehend übereinstimmend lassen sich jedoch die zentralen staatsinterventionistischen Maßnahmen unter drei Aspekten auf gemeinsamen Nenner bringen, wobei aber über die Abgrenzbarkeit voneinander, die tatsächliche Realisierung, die historische Bedeutung und Entstehung in den verschiedenen kapitalistischen Nationalstaaten keine konkreten Rückschlüsse enthalten sind. In dieser Form lassen sich folgende staatlichen Funktionskomplexe unterscheiden, nämlich

technisch - ökonomische Funktionen,
d.h. Bereitstellung und/oder Aufwertung der materiellen und immateriellen infrastrukturellen Vorbedingungen der kapitalistischen Produktionsweise und Sicherung der Existenz, Entfaltung und (internationalen) Expansion der Kapitale, durch entsprechende Investitions-, Subventions-, Sozial-, Rechts- und Konjunkturpolitik;

ideologisch - integrierende Funktionen,
d.h. Kanalisierung, Entschärfung und Verschleierung des Klassenkonflikts zur Vermeidung herrschaftsinfragestellender gesellschaftlicher Instabilitäten, sowie Legitimation sozialer, ökonomischer und politischer Gegebenheiten und Erscheinungen mittels eines scheinbar unerschöpflichen Arsenals politisch - kultureller Ideologien;

repressiv - disziplinierende Funktionen,
d.h. Aufrechterhaltung der Klassenmacht durch Kontrolle der Bevölkerung mit herrschaftssichernder exekutiv-bürokratischer Organisation und Verwaltung, und, falls in Situationen systemgefährdender Krisenmanifestationen zur Herrschaftsstabilisierung erforderlich, durch direkten, offenen Einsatz polizeilicher und militärischer Aktionen. [1]

In diesem Zusammenhang werden auch staatliche 'Nichtinterventionen' verständlich. Der Verzicht des Staates, in bestimmte Verhältnisse und Prozesse einzugreifen, ist (normalerweise) nicht als administrative Nachlässigkeit zu werten, sondern im Rahmen der Entsprechung von staatlicher Funktionalität oder Instrumentalität und herrschenden Klasseninteressen zu interpretieren.

"So sind etwa die vielfach zu registrierenden Planungs-, Steuerungs- und Regulierungsdefizite der Staatsadministration nicht einfach die Folge subjektiver oder technisch - organisatorischer Unzulänglichkeiten im Apparat selbst, sondern reflektieren allemal die gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte, die Grundlage des bürgerlichen Staates sind." [2]

---

1) Vgl. hierzu Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus,S. 52-54, Habermas, Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus, S. 3o7 - 3o8, Altvater, Zu einigen Problemen des Staatsinterventionalismus, in: Probleme des Klassenkampfes, No. 3, 1972, S. 9, Altvater, Zu einigen Problemen des 'Krisenmanagement' in der kapitalistischen Gesellschaft, in: Jänicke (Hrsg), Herrschaft und Krise, S. 172, Mandel, Der Spätkapitalismus, S. 432f, Tuschling, Rechtsform und Produktionsverhältnisse, S. 115, Läpple, Staat und allgemeine Produktionsbedingungen, S. 95, Kostede, Die neuere marxistische Diskussion über den bürgerlichen

Forts. Zu S. 154

1) Forts.,

Staat, in: Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie, No. 8/9, S. 174 - 175, Hirsch, Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, S. 49f, Offe, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen - Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme, in: Kress/Senghaas (Hrsg), Politikwissenschaft, S. 156f und Poulantzas, Staatstheorie, S. 151f

2) Hirsch, Thesen zur Funktion und zum Charrakter des Staatsinterventionismus im Technologiebereich, in: Basso, Mattick, Offe, Altvater, Hirsch u.a., Rahmenbedingungen und Schranken staatlichen Handelns, S. 135

Obwohl die ökonomischen Funktionen des Staates grundsätzlich durch die kapitalistische Produktionsweise vorgegeben sind, beruht der konkrete Inhalt, die Richtung und das Ausmaß staatlicher Aktivitäten nicht auf einer scheinbar objektiven Logik ökonomischer Strukturen und Prozesse, sondern bestimmt sich durch die Entwicklung der sozialen Basis, durch die Klassenverhältnisse und -auseinandersetzungen.

Somit kommen die staatlichen ökonomischen Interventionen nicht der Industrie allgemein zugute, sondern konzentrieren sich, gemäß der Position der monopolkapitalistischen Fraktion innerhalb der herrschenden Klasse, auf monopolistische Unternehmen oder Konzerne.

Die Bedeutung des Klassenkampfes zeigt sich insbesondere auch im Rahmen der staatlichen Sozialpolitik. Trotz dessen, daß die staatlichen Reglementierungen im Sozialbereich, im Gesundheits- und Bildungswesen, in der Arbeitsschutzgesetzgebung usw. aus der Sicht der kapitalistischen Produktion absolute Notwendigkeit geworden sind (optimieren sie doch in der Zeit wissenschaftlich - technischen Fortschritts die Verwertungsbedingungen des Kapitals), setzen sie sich ebensowenig nach objektiver Logik durch.
Sie sind, wie Marx schon verdeutlichte, Ergebnisse langwieriger Klassenkämpfe.[1] Um systeminstabilisierende soziale Konflikte zu vermeiden, mußte der bürgerliche Staat zunehmend den proletarischen Ansprüchen entgegenkommen und sich zu Konzessionen bereit zeigen.

"Die mit der fortschreitenden Durchsetzung des Kapitalverhältnisses wachsende politische und ökonomische Stärke der Arbeiterklasse ist wesentliche Grundlage der sich ausweitenden sozialstaatlichen Staatsinterventionen. ... Gleichwohl müssen diese sozialstaatlichen Elemente - auch wenn sie im objektiven Interesse des Kapitals liegen und obwohl es sich im wesentlichen um Formen der Umverteilung von Revenue innerhalb der Arbeiterklasse im Rahmen eines staatlich kontrollierten Teils des Lohnfonds handelt - von der Arbeiterklasse ... gegen den Widerstand der Bourgeoisie erkämpft werden."[2]

---

1) Siehe Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 299 und 316

2) Hirsch, Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, S.53-54, Siehe auch Müller/Neusüß, Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: Probleme des Klassenkampfes, Sonderheft 1, S. 46f

Forts. zu S. 156

Zu Anm. 2:

Vgl. auch Poulantzas, Staatstheorie, S. 17o, Tuschling, Rechtsform und Produktionsverhältnisse, S. 111 und Adler, Die Staatsauffassung des Marxismus, S. 81 - 82

Die sozialstaatliche Gesetzgebung und die finanziellen Unterstützungsverpflichtungen des Staates sind also keine humanitär, volksfürsorglich oder gar karitativ motivierten Sachverhalte, zumal sie ohnehin nur oberflächlich, inkonsistent und wirkungsbedürftig bleiben,[1] und vor allem auch, weil das Kapital, z.B. im Falle staatlich - rechtlich durchgesetzter Reduzierung der Arbeitszeit, durch Intensivierung der Arbeitsprozesse einen Ausgleich für die dadurch geminderte Profitrate zu schaffen sucht.[2]

Zu beachten ist natürlich auch der schon erwähnte Umstand, daß die betreffenden Sozialausgaben im Sozialversicherungsbereich ohnehin von der Arbeiterklasse über Mehrwertproduktion, direkter und indirekter Besteuerung und obligatorischer Beitragsleistung selbst finanziert werden.[3]

Im Übrigen bewegen sich die staatlich vermittelten Zugeständnisse des Kapitals in Grenzen, die auf keinen Fall die Strukturen des kapitalistischen Staatstyps oder der Profitorientierung der kapitalistischen Ökonomie ernsthaft tangieren würden. Schließlich steht hier nicht die Verfügung über Produktionsmittel oder Bestimmung der Produktionsziele zur Diskussion, sondern prinzipiell nur die teilweise Umverteilung des Nettosozialprodukts oder Volkseinkommens.

Diese Tatsachen beweisen, daß es keine staatlichen Funktionen gibt, die etwa auf der einen Seite zugunsten der arbeitenden Bevölkerung ausfielen, und sich auf ideeller Grundlage durchgesetzt hätten, und auf der anderen Seite dem Vorteil

---

1) Vgl. auch Engels, Zur Wohnungsfrage, MEW 18, S. 25o und 258

2) Vgl. Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 432 und 515

3) So werden beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland 25 Prozent aller Sozialversicherungsleistungen von den lohnabhängigen Beschäftigten unmittelbar aufgebracht, 37 Prozent werden durch die Arbeitgeberseite, und 36 Prozent von 'öffentlicher Hand' entrichtet. Die restlichen 2 Prozent stammen aus Einnahmen der staatlichen Sozialversicherungsträger, etwa aus Zinseinnahmen.

volkswirtschaftlicher Entwicklung unter dem Vorzeichen des Gemeinwohls dienten.
Die staatlich getroffenen ökonomischen und sozialen Dispositionen sind notwendigerweise in eine dauerhafte, langfristige Strategie des Kapitals eingeflochten und seiner erweiterten Reproduktion angemessen.

Die Integrationskosten der Arbeiterklasse, wenn auch den herrschenden Klassen über den Staat abgerungen, waren selbstredend geringer als eher kapitalverwertungsstörende Repressionsaufwendungen.

Man darf ferner nicht ignorieren, daß die Dispositionen des 'Wohlfahrtsstaates' immer auch eine Intervention zur politisch - sozialen Kontrolle der Arbeitskraft signalisieren.

"Die Netze der Sozialfürsorge, die Regelkreise der Arbeitslosenhilfe und der Arbeitsvermittlungsbüros, die materielle Organisation der Planung sogenannter Sozialwohnungen, ... die Heiler und Hospitäler sind ... politische Orte der ... Kontrolle der Arbeitskraft" und implizieren "gewissermaßen eine Aufhebung der traditionellen Schranken zwischen dem Normalen und dem Anormalen ... und eine Verschiebung der Kontrolle von der kriminellen Handlung zur kriminologen Situation, vom pathologischen Fall, den man einschließt, zur pathogenen Situation,die man überwacht." [1]

In der Problematik der Staatsfunktionen stellt sich auch die Frage nach den Grenzen der staatlichen Interventionspolitik. Die Einschätzung und Beurteilung der Reichweite und Effektivität staatlicher Aktivitäten im gesellschaftlich - ökonomischen System kann nur im Zusammenhang mit der kapitalistischen Akkumulations- und Krisenbewegung des Kapitals, der Weltmarktsituation und der Entwicklung der Klassenkämpfe erfolgen.

Der ökonomische und soziale Prozeß wird weniger durch administrativen Maßnahmen als vielmehr durch die inneren Gesetzmäßigkeiten und Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaftsformation bestimmt. Der Staat kann seiner

---

1) Poulantzas, Staatstheorie, S. 171 - 172

Formbestimmung nach die Dynamik des Wertgesetzes nicht aufheben und die kapitalistischen Krisen nicht beseitigen, er kann nur auf die Pathologie des Systems an der Oberfläche einwirken und die Folgekosten und -erscheinungen der kapitalistischen Produktion mindern.

"Das Problem ist ... daß der Staatsapparat den zugrundeliegenden ökonomischen Prozeß weder kontrollieren noch beherrschen kann, sondern gezwungen ist, auf die immer verbreiterter auftretenden gesellschaftlichen Krisenerscheinungen reaktiv oder präventiv, auf jeden Fall nicht steuernd, sondern kompensatorisch zu reagieren. ... Die formbestimmte innere Struktur des bürgerlichen Staatsapparates und seine gesellschaftlichen Funktionsdeterminanten begründen die fundamentale Unfähigkeit, konsistente Strategien zur längerfristigen Gewährleistung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses politisch auch nur zu formulieren, geschweige denn zu realisieren. ... Der sich entfaltende Staatsinterventionismus stellt eine Form dar, in der sich die Widersprüche des Kapitals vorübergehend bewegen können; dabei bleibt aber die Bewegung des Kapitals historisch bestimmend." [1]

Die konkrete Form und Funktionsweise des politischen Systems als krisenvermeidendes ist also grundsätzlich von den Schranken, die das Kapital in seiner Entwicklung selbst setzt, abhängig. Daher erreichen die staatlichen Möglichkeiten zur Krisenregulierung schnell ihre funktionellen Begrenzungen. Die ökonomischen Staatsinterventionen sind umfangmäßig an den finanziellen Einnahmefluß gebunden und die Instrumente des Staatseingriffs durch die ökonomische Struktur bestimmt. Außerdem kann sich der bürgerliche Staat nicht über spezifische Traditionen, d.h. der 'politschen Kultur' der Bourgeoisie und dem Stand des proletarischen Klassenbewußtseins und der Kampferfahrungen der Arbeiterklasse hinwegsetzen, muß die Klassenbewegungen an der Basis berücksichtigen und kann sich darüberhinaus auch den Einflüssen des Weltmarkts nicht entziehen. [2]

---

1) Hirsch, Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, S. 234, 252 und 37o

2) Vgl. Altvater/Hoffmann/Semmler/Schöller, Staat, Akkumulation des Kapitals und soziale Bewegung, in: Basso, Mattick, Offe, Altvater, Hirsch u.a. Rahmenbedingungen und Schranken staatlichen Handelns, Zehn Thesen, S. 1o4

Im Rahmen staatlicher Konjunkturpolitik zeigten sich die Grenzen des Staatsinterventionismus im Scheitern der keynesianischen Reformpolitik in den Industrienationen. Nach Keynes'schen Modell der 'asymetrischen Fiskalpolitik' sollte in Zeiten der Stagnation durch staatliche Konjunkturstimulierung (deficit spending) und durch staatliche Einsparungen in Zeiten der Prosperität, Arbeitslosigkeit verhindert, konjunkturelle Überproduktion normalisiert und die Rezession aufgefangen werden.

Der Keynesianismus war der theoretische Ausdruck staatlicher konjunkturlenkungs- und -programmierungsvorstellungen im System einer überholten Politökonomie, die von der Klassenbasis und ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise abstrahierte. [1]

Da die 'antizyklische Finanzpolitik' des Staates nicht zur 'Krisenbereinigung' beitrug, erfolgte die Hinwendung des Bürgertums zu 'monetaristischer' Wirtschaftspraxis, deren Rationalität in staatlich- konjunkturpolitischer Zurückhaltung ('austerity policy') besteht.
Lag dem Keynesianismus praktisch ein Klassenkompromiß zugrunde, so erscheint die konservativ - paläoliberale [2] Konzeption des Monetarismus (nach dem Vorbild Milton Friedmans) als ökonomische Disziplinierungsstrategie des Kapitals.

Wie die Erfahrung lehrte, können die kapitalinternen Verwertungsschranken nicht durch staatliche Maßnahmen aufgehoben, sondern bestenfalls vorübergehend durchbrochen werden, denn "die staatsinterventionistische Regulierung des zyklischen Verlaufs der Reproduktion beseitigt ... nicht die mit dem tendenziellen Fall der Profitrate verbundene langfristige Krisen- und Zusammenbruchstendenz des kapitalistischen Systems." [3]

---

1) Vgl. Dobb, Organisierter Kapitalismus, S. 47

2) Siehe Frank, Kritische Ökonomie, S. 16

3) Hirsch, Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, S. 89

Die konjunkturpolitische 'Globalsteuerung' des kapitalistischen Staates umfaßt neben der staatlichen Geld-, Zins- und Kreditpolitik und dem staatlichen Konsum natürlich auch eine Umverteilung des gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums zugunsten des Kapitals, bzw. die direkte Unterstützung des kapitalistischen Akkumulation. Der, wenn auch nur vorübergehende Erfolg der zyklischen Regulierungspolitik des Staates hängt entscheidend davon mit ab, ob es der Regierung gelingt, die Entwicklung der Löhne zu beeinflussen.

Die staatliche 'Einkommenspolitik' ist die konsequente Reaktion des Staates auf die mit fortschreitender Monopolisierung des Kapitals mit Hilfe der kollektiven Organisierung der Arbeiterklasse erzielte Höherbewertung der Lohnarbeit.

"Die relative Inflexibilität tarifvertraglich abgesicherter Lohnsätze gegenüber den zyklischen Schwankungen des Akkumulationsprozesses und die bei starker Weltmarktverflechtung relativ begrenzten Möglichkeiten, zyklische Profitschwankungen durch inflationistische Preissteigerungen zu kompensieren, bewirken einen immer stärker werdenden staatlichen Einfluß auf die Tarifverhandlungen. ... Staatliche Konjunkturpolitik meint daher zuerst einmal administrative und administrativ unterstützte Einflußnahme auf die Lohnbewegung mit dem Ziel einer relativen oder absoluten Reduzierung der realen Masseneinkommen. Die dazu benutzten Instrumente reichen von besorgten Erklärungen und moralischen Appellen über die Inanspruchnahme geeigneten 'Sachverstands', offene Drohungen (mit dem Verlust von Arbeitsplätzen oder Steuererhöhungen als Strafaktion) bis zur ... förmlichen Beseitigung der Tarifautonomie. ... Der mit wachsender Monopolisierung größer werdende Zwang, den Reproduktionsprozeß des Kapitals mittels staatlicher Intervention zyklisch zu regulieren ... hat ... grundsätzlich den Effekt, das Realeinkommen der Arbeiterklasse zu senken, und dies umso mehr, als wachsende Friktionen im Produktionsprozeß den Umfang der Staatsinterventionen notwendig vergrößern müssen."[1]

Ob sich die staatlichen Zielsetzungen im Einkommensbereich, d.h. die unter Mitwirkung integrierter Gewerkschaftsapparate beabsichtigte Senkung der Realeinkommen, auch durch Fernhaltung der Arbeiterklasse von der Wahrnehmung zyklischer Marktschancen, durchzusetzen vermag, ist in erster Linie eine Frage der faktischen Stärke des Proletariats, an der die staatlich - gewerkschaftliche Strategie nicht vorbeigehen kann.

1) Hirsch, Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, S. 59-61

Je mehr sich der Staat zum ökonomischen Akteur gestaltet, desto mehr werden die regulierenden Maßnahmen des Staates selbst wieder entkräftet, denn die Stabilisierung monopolistischer Strukturen stützt den kapitalistischen Akkumulationsprozeß nur kurzfristig, und, was entscheidender ist, durch die ökonomischen Aktivitäten des Staates "werden die Disproportionen der Produktion und die Friktionen des Reproduktionsprozesses nur noch potenziert. Kontingenz und Inkonsistenz von Staatsfunktionen gründen daher darauf, daß sie ständig ihre eigenen Wirkungen kompensieren müssen." [1]

Durch den interventionistischen Staat bleiben die kapitalistischen Widersprüche also nicht nur unaufgehoben; sie werden vielmehr noch verstärkt, indem sich der Klassenantagonismus in den Staat selbst einschreibt und sich so auch auf politischer Ebene manifestiert.

Aufgrund dessen, daß sich die Staatstätigkeit allgemein selektiv, d.h. der relativen Klassenstärke entsprechend vollzieht, wird die Klassenbasis des Staates zunehmend durchschaubarer, womit es dem bürgerlichen Staate immer schwerer fällt, sich als neutraler Repräsentant des Gemeinwohls auszugeben und den Klassenkampf latent zu halten.

Durch die staatlichen Interventionen im Sozialbereich werden die Massen mit dem Staat unmittelbar konfrontiert und die derzeit zu beobachtende Demontage sozialstaatlicher Institutionalisierung wegen angeblicher 'Unfinanzierbarkeit' des sozialen Ausgleichs, bei gleichzeitiger Subvention des Kapitals und steigenden Staatsausgaben auf dem Rüstungssektor, zieht die demokratische Selbstdarstellung des bürgerlichen Staates immer mehr in Zweifel und macht seine kapitaldienende Funktion unverhüllt ersichtlich.

Der Staat wird ferner durch seine Interventionen in das ökonomische und soziale System zwangsläufig für die gesellschaftlichen Prozesse und Tendenzen mitverantwortlich gemacht, auf die er aber an sich nur unwesentlichen Einfluß

---

1) Riepert, Kapitalbewegung, Klassenverhältnisse und Staatsfunktionen, in: Haug (Hrsg), Probleme der materialistischen Staatstheorie, S. 80

hat, sich aber andererseits aus ideologischen Gründen als deren Initiator zeigen muß.

Hinzu kommt, daß durch die infrastrukturpolitischen und sozialstaatlichen Interventionen und die spezifischen Interventionsverzichte die Klassenteilung durch ein neues Moment, eine zusätzliche Dimension sozialer Differenzierung erweitert wird, was sich naturgemäß systemgefährdend auswirken muß.

"Da sowohl zwischen Arbeit und Einkommen wie zwischen Einkommen und der konkreten Struktur der Lebenschancen politisch manipulierbare Variablen in großem Umfang intervenieren, lassen sich die neuen Formen der sozialen Ungleichheit nicht mehr unmittelbar auf ökonomisch definierte Klassenverhältnisse abbilden und als deren Reflex erklären. Staat dessen sind auf der Ebene des politischen Systems diejenigen Mechanismen aufzusuchen, die das 'vertikale' System der Ungleichheit von Klassenlagen einerseits durch ein 'horizontales' System der Disparität von Lebensbereichen ablösen, andererseits durch Interventionsverzicht Fragmente unmittelbar ökonomisch verursachterter Ungleichheit konservieren."[1]

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der bürgerliche Staat in seiner Formbesonderung nur an der gesellschaftlichen Oberfläche regulierend manipulieren kann und in seiner Eigenschaft als historisch bedingte politische Form der Klassenherrschaft selbst als Resultat gesellschaftlicher Kämpfe und Krisen existiert und daher durchgehend von gesellschaftlichen Widersprüchen geprägt ist, die sich seinem Inneren, seinen einzelnen Apparaten, manifestieren.

Die spätkapitalistische Krise ist nicht durch ökonomische Interventionen und die Bereitschaft des Staates zu Leistungen auf dem sozialen Bereich auch nur annähernd zu bereinigen. Der Einsatz ideologischer und vor allem physischer Gewalt stellt daher bei unzureichender ökonomisch - sozialstaatlicher Interventionskorrektur ein 'funktionales Äquivalent'

---

1) Offe, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen - Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme, in: Kress/Senghaas, Politikwissenschaft, S. 154; Vgl. auch Poulantzas, Staatstheorie, S. 173

zur politischen Regulierung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses dar, oder anders ausgedrückt, staatliche Reformpolitik und Repression sind keine alternativen oder gar sich gegenseitig ausschließenden politischen Praktiken des bürgerlichen Staates, sondern komplementäre Möglichkeiten der kapitalistischen Systemstabilisierung. [1]

---

1) Vgl. auch Miliband, Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft, S. 358 und Hirsch, Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, S. 374

9. Zur Problematik der Ableitung des Staates aus der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft

In den 1970er Jahren setzte sich in der Bundesrepublik Deutschland in Anschluß an die Studentenbewegung im Zuge der akademischen Kritik an reformistischer und revisionistischer Staatspolitik, am bürgerlichen Parlamentarismus und an den formaldemokratischen Prinzipien eine Staatsinterpretation durch, die unter dem Begriff der 'Ableitung des Staates aus der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft' bekannt wurde.

Die materiellen Ursachen, die diese Ableitungsdiskussion vorantrieben, waren eine verstärkt einsetzende staatliche Repression, die Erfahrungen der studentischen, außerparlamentarischen Protestbewegung mit dem bürgerlichen Staat, die partielle Suspendierung bürgerlicherlicher Rechtsstaatlichkeit, die Unglaubwürdigkeit parlamentarischer Regierungskontrolle und das allgemein zu Vertrauensverlusten anlaßgebende politische Verhalten einer bereits verbürgerlichten sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsorganisation.

Konkrete Anhaltspunkte in dieser Richtung zeigten sich in den späten 1960er Jahren etwa in der Bildung der 'großen Koalition', der von den Koalitionsparteien gemeinsam getragenen Notstandsgesetzgebung, der 'konzertierten Aktion', und vor allem auch in der staatlichen Reaktion auf die Demonstrationen der studentischen Intelligenz und der Bürgerinitiativen.

Die Initiatoren der Ableitungsdebatte hatten politisch

"eine Kritik reformistischer und revisionistischer Staatsauffassung im Auge, sie wollten beweisen, daß der bürgerliche Staat trotz Parlamentarismus und sozialem Netz für ökonomisch Benachteiligte weder ein Organ des Gemeinwohls ist noch eine pragmatische Machtmaschinerie, die je nach Kräfteverhältnissen mal von der einen, mal von der anderen

> Klasse, mal von allen Klassen zusammen 'genutzt' werden kann, sondern daß schon allein in der Staatsmaschinerie als solcher die bürgerliche Herrschaft steckt, egal wer die Maschine bedient und sogar bei guter Absicht des Maschinisten. Das war das politische Beweisziel, aber das Beweismittel bestand im Anspruch des 'Ableitens', daher der Name der Debatte, und zwar des Ableitens nach dem Vorbild und aus den theoretischen Resultaten des Marxschen 'Kapital'. In diesem Versucht, Inhalt und Verfahren des 'Kapital' fruchtbar zu machen, wurzeln die Schwächen der Debatte und ihre Stärken." [1]

Ein weiterer Grund für das Entstehen dieser Ableitungsdiskussion, die ein rein bundesdeutsches Spezifikum darstellt, scheinen in akademischen Abgrenzungsambitionen einiger marxistischer Wissenschaftler zu liegen, die anbetrachts einer zersplitterten marxistischen Bewegung mit untereinander rivalisierenden Gruppen, eigene theoretische Standpunkte gegen die Kritik anderer linker Zirkel abzuschirmen.

> "Die hochabstrakte, logisch-kategoriale Orientierung der Ableitungsdiskussion muß zweifellos als eine Erscheinungsform der Befriedigung des Nachholbedarfs an genuiner Marx - Kenntnis gewertet werden. ... In einer Situation heilloser Zersplitterung und erbitterter Konkurrenz innerhalb der Linken hatte die begriffslose, weil den Gesamtzusammenhang des Marxschen Werkes und den Stellenwert einzelner Aussagen innerhalb dieses Zusammenhanges völlig ignorierende Aneinanderreihung diverser 'Klassiker' - Aussagen ... auch und vor allem die primäre Funktion einer Immunisierung des eigenen Theorieansatzes gegen die Kritik anderer Gruppen. In den innerfraktionellen Auseinandersetzungen der bundesdeutschen Linken jedenfalls wurde die Marxsche Theorie allzu oft für die Legitimierung der eigenen theoretischen Position ... zur Stabilisierung der nach dem Zerfall der Studentenbewegung prekären politischen Identität instrumentalisiert." [2]

Inzwischen haben sich die Auseinandersetzungen um die Ableitungsansätze gelegt. Die Staatsableitung aus der gesellschaftlichen Oberfläche, deren hauptsächliche Varianten hier kurz vorgestellt werden sollen, wurde gegen Ende der 197oer Jahre nach massiver innermarxistischer (teils berechtigter, teils ungerechtfertigter) Kritik abgebrochen,

---

1) Jäger, Marxistische Staatstheorie, in: Das Argument, No. 124, S. 795

2) Rudel, Marxistische Staatstheorie und sozialistische Strategie in der Bundesrepublik, in: Probleme des Klassenkampfes, No. 49,1982, S. 79

und ist seitdem auch nicht wieder aufgenommen und weitergeführt worden.

Das Ziel der Ableitungsversuche des Staates aus der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft war nicht mehr die Darstellung und Deutung der staatlichen Interventionspraktiken, noch viel weniger die theoretische Verbindung von gesellschaftlicher Klassenmacht und politischer Institutionalisierung, sondern die Begründung der staatlichen Existenz aus gewissen ökonomischen und rechtlichen Funktionen. Dabei beschränkten sich die Autoren auf die Bestimmungsebene des 'Kapitals', die Marx als 'Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft' bezeichnete. Marx meinte damit die Prozesse und Verhältnisse des Austausches, die Sphäre der Warenzirkulation, des An- und Verkaufs des Arbeitsvermögens, der Konsumption und der kapitalistischen Konkurrenzbewegungen,[1] die auch die illusorischen Vorstellungen der Individuen der bürgerlichen Gesellschaft prägen.

Den Beginn der Arbeitungsdebatte markierten in kritischer Absetzung von politischen Krisen- und Stamokaptheorien Müller/Neusüß mit einem Aufsatz über die bürgerliche Sozialstaatsillusion. Müller/Neusüß glaubten nun das Wesen des kapitalistischen Staates aus einer bestimmten öffentlichen Funktionsart, entstanden durch das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital, zu begreifen. Der Staat tritt dabei als selbständige Einrichtung neben die widersprüchliche Bewegung des Kapitals zur Wahrnehmung gesamtkapitalistischer Reproduktionsaufgaben.

In Anlehnung an Marxsche Formulierungen im 'Kapital' versuchten die Autoren den Widerspruch von der allgemeinen illusionären Vorstellung eines neutralen und autonomen Staates und seiner faktischen Abhängigkeit von der kapitalistischen Klassenbasis im wesentlichen aus der staatlichen Übernahme sozialpolitischer Funktionen zu erklären, bzw. die Formbesonderung

---

1) Siehe hierzu Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 181 - 190; 557 - 564, Bd. II, MEW 24, S. 31f, und Bd. III, MEW 25, S. 33 und 219

des Staates aus den gesellschaftlichen Widersprüchen abzuleiten.

Die zerstörerische Despotie des Kapitals bedrohe, so Müller/Neusüß, im unmittelbaren Produktionsprozeß die Reproduktion ihrer eigenen Grundlage, die proletarischen Arbeitskraft. Obwohl die einzelnen Kapitale an der Erhaltung der Lohnarbeit interessiert, sind sie andererseits aus Gründen der Konkurrenz zu optimaler Ausbeutung der Lohnarbeit gezwungen. Das Kapital kann daher die Erhaltung seiner Funktionsbedingungen nicht garantieren, woraus die Notwendigkeit einer der kapitalistischen Ökonomie besonderten Instanz erfolge. In gleicher Weise sind die Lohnarbeiter selbst auch an der Erhaltung ihrer Ware Arbeitskraft interessiert und veranlassen zwangsläufig den Staat zu Regelungen, die auch gegen das Kapital durchgesetzt werden müssen.

Nachdem der kapitalistische Staat nun nicht nur revolutionären Arbeiterkämpfen, sondern gegebenenfalls auch übermäßigen Ausbeutungsversuchen einzelner Kapitalisten rechtsstaatlich gegenübertritt, beginne sich der Schein der Klassenneutralität des bürgerlichen Staates herauszu bilden.

"Da die Arbeiterklasse in ihren Kämpfen die Erfahrung macht, daß im Gefolge dieser Kämpfe der Staat sozialpolitische Funktionen übernimmt, indem er dem Kapital Zwangsgesetze aufherrecht, also als 'besonderes Wesen' gegenüber dem Kapital in Erscheinung tritt, entsteht die Illusion der Klassenneutralität der Staatsgewalt und damit der bürgerliche Reformismus in der Arbeiterklasse und die revisionistische Theorie. Das nachträgliche Zusammenfallen von Interessen des Kapitals und Interessen der Lohnarbeit ... bildet die Basis der Illusion[1] von der möglichen Versöhnung der Klassengegensätze ..."

Aufgrund der Tatsache, daß die Entstehung von Ideologien und Illusionen nicht einfach Resultat propagandistischer Verbreitung ist, sondern in - wenn auch entstellt und verzerrt wahrgenommener - Realität zu suchen ist, kann auch die Auflösung von Ideologien und Illusionen nicht einfach durch Aufklärung erfolgen. Daher sind Müller/Neusüß bestrebt,

---

1) Müller/Neusüß, Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: Probleme des Klassenkampfes, Sonderheft No. 1, 1971,S.63

die Voraussetzungen zu entwickeln, die zur Auflösung des falschen Bewußtseins beitragen. Sie führen dabei aus, daß, bedingt durch technologische Veränderungen im Produktionsprozeß (Die Verlagerung absoluter zu relativer Mehrwertproduktion, bzw. Intensivierung der Arbeitsprozesse) eine 'abnehmende Rolle des Staates beim Kampf zwischen Arbeit und Kapital' feststellbar sei und sich der Schutz der Arbeitskraft deshalb immer mehr den politischen Regelungen entziehe. Daran anschließend begründen beide die Auflösung der Sozialstaatsillusion aus der Verminderung sozialpolitischer Funktionalität, die ja als Basis der Ideologie der Klassenneutralität des Staates angesehen wird.

"Der Staat als abgehobene Institution, die durch allgemeine Gesetze einen gewissen Schutz der Arbeitskraft herbeiführen kann, wird zunehmend untauglich, da der Arbeitsprozeß selbst sich allgemeinen Regelungen immer mehr entzieht. Durch diese Entwicklung der Produktion und des stofflichen Charakters der Produktionsmittel und der Arbeitskraft, durch die Methoden, die von da her dem Kapital zur übermäßigen Aussaugung von Mehrarbeit einfallen und an die Hand gegeben sind, fällt also wenigstens in dieser Hinsicht zunehmend die Basis hinweg, auf der der Staat sich als illusorische Gemeinschaft der Gesamtgesellschaft konstituieren konnte und damit zur Fessel des Klassenbewußtseins wurde." [1]

Nachdem nun die Klassenauseinandersetzungen in unmittelbarer Konfrontation auf der Ebene von Lohnarbeit und Kapital ohne staatliche Vermittlung erfolgen, werde der repressive Charakter der bürgerlichen Staatsgewalt evident, womit die Basis der illusionären Staatsvorstellungen der Arbeiterklasse gänzlich entfalle.

"Indem der Staat ... für die Forderungen der Arbeiter ... nicht mehr als Adressat in Frage kommt, sondern die Auseinandersetzungen hier ausschließlich auf der Ebene zwischen Lohnarbeit und Kapital erfolgen, fällt auch immer mehr die Basis jener Illusion des Bewußtseins fort, daß der Staat ... die Verbesserung der Situation der Arbeiter innerhalb des Verhältnisses zwischen Lohnarbeit und Kapital zu betreiben habe. ... Als Mittel der Herrschaftssicherung des Kapitals bleibt ihm dann ... nichts als die Staatsgewalt: Polizei, Heer, Strafjustiz." [2]

---

1) Müller/Neusüß, op. cit., S. 69

2) ebenda, S. 7o

Ähnlich wie Müller/Neusüß gehen auch Flatow/Huisken davon aus, daß das Wesen des Staates aus der gesellschaftlichen Oberfläche ableitbar sei.

"Die zentrale These unserer Überlegungen läuft nun darauf hinaus, daß erst von den Bestimmungen der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft aus sich jene Zusammenhänge ergeben, die es erlauben, das Wesen des bürgerlichen Staates in den Griff zu bekommen."[1]

Flatow/Huisken knüpfen dabei an die von Marx dargestellten Mystifikationen und Klassenverhältnisse an der gesellschaftlichen Oberfläche an, nach denen der Ursprung der Einkommensquellen (Profit, Grundrente und Lohn) den einzelnen verborgen bleibt.[2]

Im Gegensatz zu Müller/Neusüß versuchen nun Flatow/Huisken die Illusion der Staatsneutralität nicht aus einer bestimmten Funktion des Staates aufzuweisen, sondern in seiner allgemeinen Eigenschaft als Garant der Erhaltung der Einkommensquellen der Individuen aller Klassen.
In der Mystifikation, wie sie auf der gesellschaftlichen Oberfläche in Erscheinung tritt, entsteht die Vorstellung, daß in der Verfolgung der jeweiligen besonderen Interessen der unterschiedlichen und konkurrierenden Besitzer der Einkommensquellen, so Flatow/Huisken, sie durchaus gemeinsame Interessen verbinden.

"Als Subjekte, welche sich frei dünken müssen, ... haben sie Interessen, die insgesamt und ausschließlich die optimale Nutzung ihres ... Eigentums zum Zwecke hoher Revenuegewinnung betreffen. ... In diesem Sinne kennzeichnen den Privateigentümer ... wesentlich drei Interessen: a) das Interesse an der Erhaltung der Revenuequelle selbst, b) das Interesse an möglichst hoher Revenue, ... c) das Interesse an kontinuierlichem Fluß der Revenue, ... Als Privateigentümer, ... als Vertreter des allgemeinen Interesses an Aufrechterhaltung der Bedingungen von Privateigentum ... konstituieren die Privateigentümer an der Oberfläche jene Sphäre des realen Scheins von Gleichheit, Freiheit und Unabhängigkeit, welche die Möglichkeit der Entfaltung des bürgerlichen Staates in sich birgt."[3]

---

1) Flatow/Huisken, Zum Problem der Ableitung des bürgerlichen Staates, in: Probleme des Klassenkampfes, No. 7, 1973, S. 1oo
2) Siehe Marx, Das Kapital, Bd. III, MEW 25, S. 822ff.
3) Flatow/Huisken, op. cit., S. 1o6 - 1o7

Die Interessenkonkordanz der Klassenindividuen könne aber von den Betroffenen selbst nicht realisiert werden, da sie als Konkurrenten ausschließlich ihren eigenen Belangen nachgehen.
Der Widerspruch von partikularen und allgemeinen Interessen der Revenuequellenbesitzer bewirke eine Besonderung des Staates, der neben und außerhalb der Gesellschaft steht, um die 'Verwaltung der allgemeinen Interessen' zu übernehmen.

"Das besondere Dasein des Staates neben und außer der Gesellschaft der konkurrierenden Privaten - ... als Notwendigkeit - ist das Resultat dieses Widerspruchs zwischen besonderem und allgemeinem Interesse in seinen verschiedenen Existenzweisen. Der Staat verkörpert die Loslösung der allgemeinen Interessen aus der Sphäre der Privaten und ihre Verwaltung in der Sphäre des Staates. Mit der Besonderung des Staates werden die allgemeinen Interessen zu seinen besonderen, deren Verwaltung allein ihm obliegt. ... Die Verwaltung allgemeiner Interessen von Privateigentümern bedeutet ... nichts anderes als die Konstituierung einer Form, in der man sich mit diesen Interessen beschäftigt. ... Damit ist ... erreicht, daß die besondere Form des bürgerlichen Staates als das Resultat seiner ... Funktion (Verwaltung allgemeiner Interessen) begriffen werden kann." [1]

Auch Blanke/Jürgens/Kastendiek beabsichtigen in ihrer 'Formanalyse' den Staat aus 'bestimmten Erfordernissen' der kapitalistischen Gesellschaft abzuleiten.
Die Autoren wollen bei ihrer 'theoretischen Rekonstruktion des empirisch vorfindlichen Staates' den bürgerlichen Staat aber nicht allein als ein neben und außerhalb der Gesellschaft stehendes Subjekt entwickeln, sondern 'als notwendige Form in der Reproduktion dieser Gesellschaft selbst'. [2]

Ausgangspunkt bei Blanke/Jürgens/Kastendiek ist die Ableitung des bürgerlichen Staates aus der Sicherung der Rechtsförmigkeit der Austauschbeziehungen gleicher und freier Warenbesitzer, der bürgerlichen Illusion, die aus der

---

1) Flatow/Huisken, op. cit., S. 121 - 124

2) Vgl. Blanke/Jürgens/Kastendiek, Zur neueren marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates, in: Probleme des Klassenkampfes No.14/15, 1974, S.58 u.65

Mystifizierung der Warenform, der Verdinglichung, auf der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft hervorgeht. Sie konzentrieren sich hierbei auf die Kategorie der Rechtsform, um aus den Willensverhältnissen der Individuen die Notwendigkeit des Staates a s außerökonomisch regulierende Gewalt abzuleiten.

"Unsere Untersuchung richtet sich ... auf ... die Bestimmungen des Staates ... die systematisch aus dem allgemeinen Begriff des Kapitals abgeleitet werden können. ... Es läßt sich zeigen, daß sich mit der Herausbildung von Warenproduktion und Geldverhältnissen die 'Entpolitisierung' der Ökonomie durchsetzt und zugleich eine Instanz notwendig wird, die diesen Prozeß garantiert. ... Als erste Charakterisierung von Politik können wir jetzt Willensverhältnisse ... zwischen unabhängigen, gleichen Rechtssubjekten identifizieren, die der Form nach Kämpfe um die Festlegung von Rechten ... sind. ... Außerökonomische Gewalt 'reguliert' so äußerlich, über die Durchsetzung normadäquaten Verhaltens, die sachlichen Beziehungen der Reproduktion."[1]

Auf entsprechende Weise leitet auch Altvater die Staatsform aus den objektiven Reproduktionserfordernissen der kapitalistischen Gesellschaft ab. Sein Ausgangspunkt ist hier jedoch die Konkurrenzbewegung der Einzelkapitale, die in der Oberflächenbetrachtung eingeschlossen ist.
Der Staat, seiner Form nach relativ eigenständig außerhalb der kapitalistischen Ökonomie stehend, werde nach Altvater als regulierende Instanz funktionsnotwendig, da es den konkurrierenden Einzelkapitalen nicht gelingt, die allgemeinen Rahmenbedingungen ihrer Reproduktion herzustellen. Die Aufgabe des Staates als ideeller Gesamtkapitalist besteht nun, so Altvater, darin, die existenziellen Reproduktionsbedingungen des konkurrierenden Kapitals interventionistisch zu gewährleisten.

"Denn nicht das Gesamtkapital handelt, sondern die vielen Einzelkapitale. ... In der Konkurrenz kann das Kapital als Gesamtkapital aber nur insoweit hergestellt werden, als die einzelnen Kapitale sich wirklich aufeinander beziehen. ... Das Kapital kann ... von sich aus in den Aktionen der vielen Einzelkapitale die in ihm angelegte Gesellschaftlichkeit seiner Existenz nicht produzieren; es bedarf auf seiner

---

1) Blanke/Jürgens/Kastendiek, op. cit., S. 64 - 80

Grundlage einer besonderen Einrichtung, ... die den immanenten Notwendigkeiten nachkommt, die das Kapital vernachläßigt. Im Staat entwickelt demzufolge die bürgerliche Gesellschaft eine spezifische, das Durchschnittsinteresse des Kapitals ausdrückende Form. Der Staat kann ... begriffen werden ... nur als besondere Form der Durchsetzung der gesellschaftlichen Existenz des Kapitals neben und außer der Konkurrenz, als wesentliches Moment im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß des Kapitals. ... So macht der Staat die Konstituierung der in Einzelinteressen zerfallenden Gesellschaft historisch erst möglich aufgrund der Tatsache, daß er ihre Existenzgrundlage sichert, ... die das Kapital entweder infolge seines durch die Konkurrenz aufgeherrschten Zwangs zur maximalen Kapitalverwertung immer wieder zu destruieren tendentiert ... oder aber gar nicht zu erzeugen vermag ... "[1]

Die Oberflächenableitungsversuche sind zweifelsohne ein wichtiger und vielleicht noch weiter zu entfaltender Bestandteil einer materialistischen Staatstheorie, da sie die objektive Notwendigkeit staatlicher Ordnungsgarantie unter kapitalistischen Bedingungen begründen und institutionelle Mechanismen des bürgerlichen Staates aufzeigen, das heißt, Aufschluß geben über den Vermittlungsprozeß zwischen der widersprüchlichen, problematischen Struktur der kapitalistischen Produktion im Konkurrenzzusammenhang und der Notwendigkeit staatlicher Aktivitäten.[2] Aber,

"trotz der Vielzahl von Erkenntnissen, die diese Diskussion vermitteln kann, erweckt ihr Gesamtergebnis den Eindruck des Ungenügens; vor allem deshalb, weil die Vielfalt der Befunde den Ursprung und das Ziel der Staatstätigkeit im Kapitalismus eher verunklart als aufklärt. Das liegt wohl an der Willkür, die schwer vermeidbar ist, wenn aus der Vielzahl möglicher Staatsaufgaben einige als wesentlich auszusondern sind; ein Problem, um dessen Bewältigung dann mit immer aufwendigeren 'Staatsableitungen', wenn auch vergeblich, gerungen werden muß."[3]

---

1) Altvater, Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus, in: Probleme des Klassenkampfes, No. 3, 1972, S.6-9

2) Vgl. Sauer, Staat und Staatsapparat, S. 7of

3) Tjaden, Staatstheorie als Element der Gesellschaftstheorie, in: Haug, (Hrsg): Probleme der materialistischen Staatstheorie, S. 134

Diese zunächst vielversprechenden Oberflächenableitungen sind inzwischen nach ausführlicher innermarxistischer Kritik (Hirsch, Offe, Ronge, Negt, Poulantzas, Jäger, Rudel, Gerstenberger, Schütte, Riepert, Hochberger, Asseln, Deppe, Reichelt, Habermas, Läpple, Esser, Tjaden, Tuschling, Negri u.a.) wieder aufgegeben worden.
Im einzelnen wird den Autoren der Ableitungsansätze vorgeworfen, sie würden :

- mit einem vorgefaßten (dürftigen) Staatsbegriff argumentieren;
- versuchen, die Grundlage des Staates ausschließlich in der Zirkulationssphäre des Kapitals ausfindig zu machen wobei das kapitalistische Eigentum nur juristisch und nicht als gesellschaftliches Verhältnis aufgefaßt werde;
- die Gesellschaft als vertraglich geregelte Assoziation von juristischen Subjekten zur Verfolgung ihrer jeweiligen besonderen Interessen interpretieren und gesellschaftliche Antinomien ignorieren;
- nicht die Spezifität des bürgerlichen Staates, die parlamentarische Form bürgerlicher Herrschaftsausübung erklären können, da sich der Staat in ihren Perspektiven auch in beliebig anderer Gestalt präsentieren könnte und setzten darüberhinaus die Begriffe Staatsform und Staatstyp identisch;
- die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Entwicklung nur unzureichend erfassen, da diese als isolierte Mechanismen einer abstrakten Verwertungslogik entwickelt werden, statt als allgemeine Formulierungen der durch das Kapital selbst gesetzten Bedingungen;
- übersehen, daß die Austauschbeziehungen an der gesellschaftlichen Oberfläche ihrerseits erst einer Erklärung, nämlich als von den Produktionsverhältnissen abgeleitete Momente, bedürften;

- von der gesetzmäßigen Entwicklung der Staatsaktivitäten abstrahieren und die Historizität dieser Staatsfunktionen nicht erkennen;
- die selbstnegatorische Dynamik des Kapitalverhältnisses, die sich in der Verschärfung gesellschaftlicher Widersprüche zeigt, und schließlich im Klassenkampf kulminiert, aus der Konzeption eliminieren, bzw. das Kapital als statische Erscheinung auffassung und den transitorischen Charakter des Kapitals nicht zur Kenntnis nehmen;
- eine Kluft zwischen den abstrakt - kategorialen und historisch - konkreten Bestimmungen des Staates hinterlassen;
- theoretisch hinter die strukturellen Widersprüche der kapitalistischen Akkumulations- und Krisentendenz zurückfallen;
- den dialektischen Zusammenhang von Klassen- und Kapitalbewegung einerseits und staatlicher Funktionsweise andererseits übersehen;
- das Wesen des Staates nicht begründen können und auch seine Funktionsweise unvollständig wiedergeben;
- die historische Reproduktion von Klassenverhältnissen nicht stringent in den Theoriezusammenhang miteinbeziehen;
- den geschichtlichen Entstehungsprozeß des kapitalistischen Staates nicht thematisieren;
- die Erfüllung der dem Staat vindizierten Funktionen tautologisch voraussetzen und die Frage nach den Bedingungen der staatlichen Initiativen, ihre Grenzen und Folgen eskamotieren;
- den Klassenkampf, soweit überhaupt konzeptualisiert, nur als Bestimmungsfaktor regulierender Maßnahmen des Staates einbeziehen;
- als Grundlage der Ableitung ausschließlich die im 'Kapital' von Marx vorgelegten Analysen heranziehen, wobei auch nur isolierte Teile des 'Kapitals' zum Ausgangspunkt gewählt

wurden, bzw. an empirischen Sekundärphänomenen verhaftet bleiben, ohne den Gesamtzusammenhang der Marxschen Kapitalismusanalyse zu reflektieren;

- keine handlungsorientierende Anleitung zu emanzipatorischer Aktion geben und somit keine sozialistische Praxis erschließen.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß, da der Staat auf gesellschaftlichen Klassenverhältnissen beruht, sich eine Ableitung aus der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft, oder der 'bürgerlichen Welt', wie es bei Marx auch heißt,[1] verbietet, zumal das Wesen des kapitalistischen Klassenverhältnisses nicht unmittelbar aus der gesellschaftlichen Oberfläche bestimmt werden kann, sondern sich in ihr nur in seiner mystifizierten Form manifestiert. Wie Marx selbst erklärte,

"irren also sowohl die,die die Lohnarbeit, den Verkauf der Arbeit an das Kapital, und damit die Form des Salariats, als der kapitalistischen Produktion äusserlich betrachten; sie ist eine wesentliche und durch das kapitalistische Produktionsverhältnis selbst stets von neuem produzierte Form der Vermittlung desselben; die, die in diesem oberflächlichen Verhältnis, in dieser wesentlichen Formalität, Schein des Kapitalverhältnisses, sein Wesen selbst finden, und daher das Verhältnis zu charakterisieren vorgeben, indem sie Arbeiter und Kapitalisten unter das allgemeine Verhältnis von Warenbesitzern subsumieren und damit apologisieren, seine differentia specifica auslöschen."[2]

Nach Marxschem Verständnis bilden die ökonomischen Bereiche der Produktion, Distribution, des Austausches und der Konsumption eine praktische Einheit, in der die Produktion das übergreifende, dominierende Moment des kapitalistischen Produktionsprozesses darstellt,[3] von welchem bei einer materialistischen Staatstheorie grundsätzlich ausgegangen werden muß, wenn man den Staat als allgemeine Interessenorganisation der herrschenden Klasse behandeln will, die sich grundlegend durch ihre bestimmende Stellung im System der kapitalistischen

---

1) Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 163

2) Marx, Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, S. 88

3) Vgl. Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, (Einleitung), MEW 13, S. 630.Vgl. auch Marx, Brief an J.B.von Schweitzer, MEW 16, S. 27

Produktion definiert.
Der bürgerliche Staat kann also nicht als Produzent ökonomischer und rechtlicher Verhältnisse angesehen werden. Es gilt vielmehr umgekehrt, daß der Staat zwar formelle Regelungen festlegt und sanktioniert, hierin aber nur als Vollzugsorgan von Bedingungen agiert, auf denen seine Existenz selbst erst beruht.

Eine materialistische Theorie des bürgerlichen Staates muß aus der gesellschaftlichen Struktur der kapitalistischen Gesellschaftsformation in ihrer Totalität entwickelt werden. Dabei ist der Staat als Ausdruck einer spezifischen historischen Form der Klassenherrschaft und nicht als Träger bestimmter politischer Funktionen zu bestimmen. Eine solche Analyse erfordert aber " eine eingehendere Untersuchung der inneren Struktur des bürgerlichen Staates, der sich empirisch als ein Konglomerat relativ heterogener Teilapparate darstellt", [1] eine Analyse, wie sie im französischen Marxismus von Althusser und Poulantzas vorgelegt wurde.

---

1) Hirsch, Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, S. 217

10. Zur Frage der Materialität und Personalität des kapitalistischen Staates - Staatsapparate und staatsrepräsentierende Sozialkategorien

Es ist ein bekannter Mangel der marxistischen Theorie, daß Marx und Engels keine systematische Staatstheorie hinterlassen haben, aber, wie Poulantzas anmerkt,

> "was den Massen sehr teuer zu stehen gekommen ist, ist nicht das Fehlen einer allgemeinen Theorie des Staates und der Macht im Marxismus, sondern der eschatologische und prophetische Dogmatismus eines solchen theoretischen Systems in der Form der 'marxistisch - leninistischen Theorie' des Staates. Die wirklichen und wichtigen Mängel des Marxismus in dieser Hinsicht sind dort zu suchen, wo es noch einer Theoriebildung bedarf."[1]

Die Theorie des Staates, soweit sie bei Marx vorliegt, blieb mehr deskriptiv und Althusser will daher "diese beschreibende Theorie zu einer Theorie im eigentlichen Sinne ... entwickeln"[2], das heißt vorantreiben und vertiefen.

Althusser wie auch Poulantzas folgen den marxistischen Klassikern in ihrer Staatsinterpretation darin, daß die Staatsmacht von der Staatsmaschinerie bzw. den Staatsapparaten unterschieden werden muß, daß die historische Aufgabe der Arbeiterklasse darin besteht, die Staatsmacht zu erobern, den bürgerlichen Staatsapparat zu zerbrechen, ihn durch eine proletarische Organisation zu ersetzen und schließlich den Prozeß des 'Absterbens' des Staates einzuleiten.

Wenn Marx erklärte, daß der Überbau, dessen wichtigstes Element der Staat darstellt, die Basis in anderer Potenz sei[3], dann muß der Staat die gesellschaftlichen Verhältnisse, also die Klassenbeziehungen der Gesellschaftsformation, in einer anderen, bzw. politischen Potenz verkörpern. Diesen Anspruch können m.E. Althusser und Poulantzas in der neueren Staatsdiskussion am ehesten einlösen.

---

1) Poulantzas, Staatstheorie, S. 19

2) Althusser, Ideologie und ideologische Staatsapparate, S.117

3) Vgl. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 156

Bei den weitverbreitesten Marxismusauffassungen wird die soziale Wirklichkeit auf die ökonomische Basis reduziert, weil der historische Prozeß einzig aus dem Grundwiderspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ableitbar sei und die Momente des Überbaus als rein mechanische Reflexe fungierten. Die Existenz ökonomischer Widersprüchlichkeit wird hierbei als Garantie für einen allmählichen Übergang zum Sozialismus gewertet und der Klassenkampf entweder eliminiert, umgedeutet oder durch reformpolitische Forderungen ersetzt.
Als Reaktion auf derartige vulgärökonomisch - revisionistische Positionen im Marxismus entstand eine entgegengesetzte Auffassung des Historischen Materialismus, welche die Kategorie der Entfremdung des - selbst zur Ware gewordenen Proletariats - in dem Mittelpunkt der Überlegung stellt. Das Proletariat gelange, so heißt es hier, über die Erkenntnis der äußersten Entfremdung zu einem revolutionären Klassenbewußtsein und damit schließlich zur dialektischen Aufhebung des Subjekt - Objekt Gegensatzes im emanzipatorischen Akt der Selbstbefreiung.

Beide Varianten der marxistischen Geschichtsphilosophie verfahren insofern hegelianisch, als sie die historische Entwicklung als widersprüchlich vorangetriebene Entfaltung eines ursprünglichen Prinzips vorstellen. Sie übernehmen damit das Modell der expressiven Kausalität, mit dem Hegel die Verwirklichung der Totalität durch die absolute Einwirkung au ihre Elemente dachte, die in sich als pars totalis das Wesen jenes Ganzen in ihren konkreten Bestimmungen zur Erscheinung bringen. Aus diesem Grunde fehlte bei Hegel auch das agierende Subjekt, da sich das ursprüngliche Wesen kraft des negativen Prinzips in einem teleologisch verstandenen Prozeß selbst entwickelt und verwirklicht.

Althusser und Poulantzas richten nun ihre Kritik gegen jede Art von marxistischen Ökonomismus, Historizismus, Humanismus, Evolutionismus, Subjektivismus, Positivismus und Dogmatismus. Nach ihrer Auffassung ordnete Marx die gesellschaftlichen

Sphären topologisch an, was dem gesellschaftlichen Ganzen den Charakter einer komplexen Struktur mit einem dominierenden Moment verleiht.

"Die marxistische Topik gibt die Gesellschaft in der Metapher eines Gebäudes wieder, dessen Etagen entsprechend der Logik des Gebäudes natürlich auf dessen Basis ruhen. Die Basis ... ist die Ökonomie, die Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen unter der Dominanz der Produktionsverhältnisse. Über dem Erdgeschoß der Basis erhebt sich die Etage ... des Überbaus. ... So habe ich ... behauptet, daß Marx nicht dieselbe Vorstellung vom Charakter einer Gesellschaftsformation hatte wie Hegel, ... indem ich sagte, daß Hegel eine Gesellschaft als Totalität denkt, während Marx sie als ein komplexes, strukturiertes Ganzes mit Dominante denkt."[1]

Diese philosophische Sicht machte sich auch Poulantzas zu eigen. Er distanziert sich von der Staatskonzeption der Stamokap - Theorien, die von einer Fusion der kapitalistischen Monopole mit einem autonomielosen Staate und gleichzeitiger Instrumentalisierung dieses Staates durch jene Monopole ausgehen und wendet sich ebenfalls gegen die konservative und liberalistische bürgerliche Versubjektivierung des Staates, bei welcher ein unabhängiger Staat die Macht mit den gesellschaftlichen Klasse teile und die starken 'pressure groups' im 'decision making process' den Staat als eigenständiges Machtpotential für ihre Interesse funktionalisieren könnten.

Beide Staatsauffassungen setzen nämlich die Beziehung von Gesellschaft und Staat rein äußerlich. Entweder unterwerfen sich hier die herrschenden Klassen den Staat, oder umgekehrt, der Staat herrscht autonom über die gesellschaftlichen Klassen, die nur versuchen würden, ihren Einfluß auf die Staatsgewalt irgendwie geltend zu machen. Staat und Gesellschaft werden dabei als in sich begründete Ganzheiten betrachtet, die sich frontal gegenüberstünden und von denen jede so viel Macht besäße, wie der anderen fehle. Die Macht wird in diesem Verständnis als eine absolut gegebene, konstante Menge gesehen, die sich nullsummentheoretisch verteilt. Das heißt konkret,

---

1) Althusser, Ideologie und ideologische Staatsapparate, S. 6o - 65

entweder absorbiert die herrschende Klasse (über organisierte Interessengruppen in pluralistischer Konkurrenz) den Staat dadurch, daß sie sich seiner Macht bedient oder der Staat zieht die gesellschaftliche Macht an sich. Es geht bei diesen Perspektiven also immer um eine komplementäre Ausfüllung eines bestehenden Machtvakuums.
Die nullsummentheoretische Übertragung auf den sozialen und politischen Prozeß ist schon deswegen falsch, weil hier die Abhängigkeit politischer Machtform von der gesellschaftlichen Basis, die nur relative Autonomie des Staates,verkannt wird und der Staat als machtinnehabendes Subjekt mit absoluter Eigenständigkeit unterstellt ist, wobei von den historischen Bedingungen und der Entwicklung dieser Macht abstrahiert wird.

Marx und Engels brachten bereits klar zum Ausdruck, daß der moderne Staat auf den materiellen Verhältnissen der bürgerlichen Gesellschaft basiert und sich die ökonomisch begründete Macht nur im Staate auch politisch konstituieren läßt. Der Umfang staatlicher Macht, bzw. der Grad seiner relativen Autonomie ist von den spezifischen Reproduktionsbedingungen des Kapitals abhängig, da die Bourgeoisie dem Staat nur soviel Macht gibt, "als zu ihrer eigenen Sicherheit und der Aufrechterhaltung der Konkurrenz nötig ist." [1]

Der Staat ist, so Poulantzas, nicht ein beliebig manipulierbares Instrument der herrschenden Klasse, sondern, wie Engels schon in dem Begriff des Staates als 'offizieller Zusammenfassung' der bürgerlichen Gesellschaft verdeutlichte, ein 'Kohäsionsfaktor der Einheit einer Gesellschaftsformation', ein Ort, in dem sich die gesellschaftlichen Widersprüche 'verdichten' und somit der 'konzentrierte Ausdruck der Klassenhegemonie'. Seine organisatorische Rolle besteht in der Hauptsache darin, die Einheit und den Zusammenhalt der Gesellschaftsformation aufrechtzuerhalten, indem er die Klassenverhältnisse an der gesellschaftlichen Basis in sich

---

1) Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 339

konzentriert, ihre Existenz ideologisch rechtfertigt und die Klassenverhältnisse reproduziert. Der Staat agiert nach dieser Bestimmung in einem Feld des 'instabilen Kompromißgleichgewichts' (Gramsci) zwischen den herrschenden und beherrschten Klassen zur Stabilisierung und Reproduktion der Klassenhegemonie.

"Der Staat, der die Einheit und den Zusammenhalt einer in Klassen gespaltenen Gesellschaftsformation aufrechterhält, konzentriert die Klassenwidersprüche der gesamten Gesellschaftsformation und faßt sie zusammen, wobei er die Interessen der herrschenden Klassen und Fraktionen gegenüber den anderen Klassen dieser Formation rechtfertigt und legitimiert und somit die ... Klassenwidersprüche übernimmt. ... Die Rolle des Staates besteht besonders im Hinblick auf die herrschenden ... in der Organisation. Er repräsentiert und organisiert die herrschende oder die herrschenden Klassen, er organisiert also das langfristige politische Interesse des Blocks an der Macht, der sich aus verschiedenen Fraktionen der bürgerlichen Klasse zusammensetzt. ... Es handelt sich um eine staatlich vermittelte Organisation der konfliktuellen Bündniseinheit des Blocks an der Macht und des instabilen Kompromißgleichgewichts zwischen seinen Teilen, die sich in diesem Block unter der Hegemonie und Führung seiner Klassen oder Fraktionen realisiert, der hegemonialen Klasse oder Fraktion." [1]

Daß die staatlich zusammengefaßte Klassenherrschaft auf einen 'Kompromiß' beruht, weist darauf hin, daß der Staat auch die Interessen der Arbeiterklasse wahrnehmen kann, soweit die politische Macht der hegemonialen Klasse oder -fraktion nicht wesentlich tangiert wird. Das 'Gleichgewicht' dieses Kompromisses bewegt sich natürlich nur in den genannten Grenzen, als gewisse Interessen der Arbeiterklasse in einem politisch begrenzten Feld berücksichtigt werden können, und 'instabil' ist dieses 'Kompromißgleichgewicht' deshalb, weil es im Rahmen einer ökonomischen und politischen Situation festgelegt ist, die sich ändern kann.

Der Staat konstituiert also die politische Einheit der Bourgeoisie und etabliert sie zur politisch herrschenden

---

1) Poulantzas, Staatstheorie, S. 7o-71 und 117, Vgl. auch Poulantzas, Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, S. 283 - 3oo, und Poulantzas, Klassen im Kapitalismus - heute, S. 138-148

Klasse, aber er kann das hierzu erforderliche 'instabile Kompromißgleichgewicht' zwischen den Klassen, nötig zur Aufrechterhaltung des 'Blocks an der Macht', und unter der Führung der hegemonialen Klassenfraktion nur garantieren, wenn er gegenüber den bürgerlichen Partikularinteressen seine relative Autonomie beibehält.

"Diese relative Autonomie, die in der Struktur des kapitalistischen Staates durch die dem Kapitalismus eigentümliche relative 'Trennung' des Politischen und Ökonomischen inhärent ist und die also keinesfalls aus der inneren Natur der staatlichen oder politischen Instanz als solcher hervorgeht, sondern auf der Trennung und Enteignung der unmittelbaren Produzenten von ihren Produktionsmitteln ... beruht, ist unter diesem Aspekt nur die notwendige Bedingung der Rolle des kapitalistischen Staates in der Klassenvertretung und in der politischen Organisation der Hegemonie." [1]

Aus diesem Zusammenhang wird auch klar, daß der Staat selbst über keine eigene Macht verfügt. Seine Funktionsweise beruht vielmehr auf den gesellschaftlichen Klassenverhältnissen, d.h. der Macht im Prozeß der kapitalistischen Produktion. Die Möglichkeit einer Klasse, ihre objektiven Interessen politisch zu institutionalisieren, richtet sich nach der Stärke und Fähigkeit der anderen Klasse, ihren Interessen staatlich vermittelt durchzusetzen.

"Die verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen, insbesondere die Institution Staat, üben ... strenggenommen keine Macht aus. Unter dem Gesichtspunkt der Machtausübung müssen Institutionen im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Klassen gesehen werden, die die Macht innehaben. Diese Macht der gesellschaftlichen Klassen ist ... in spezifische Institutionen organisiert, in Machtzentren, wobei der Staat ... das Zentrum der politischen Machtausübung darstellt. Das besagt allerdings nicht, daß die Machtzentren ... einfach nur Werkzeuge, Organe oder Anhängsel der gesellschaftlichen Klassen seien. Sie besitzen ihre Autonomie und strukturelle Eigenart." [2]

---

1) Poulantzas, Klassen im Kapitalismus - heute, S. 86

2) Poulantzas, Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, S. 113 - 114
Vgl. hierzu auch Herzog, Die Funktion des Staates in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft, in: Marxismus Digest, No. 1/1974, S.3f

Der Begriff des Staates wird bei Poulantzas zunächst noch sehr abstrakt gefaßt, wenn er vom Staat als einer 'Verdichtung' eines Klassen- oder Machtverhältnisses spricht. Der Staat wird hier zunächst noch nicht als Instanz definiert, sondern als abstrakte Qualität, die etwa in der Form eines Kräfteparallelogramms die gesellschaftlichen Verhältnisse reflektiert. Anders als bei den Stamokap - Theorien der kommunistischen Parteien ist im Staatsbegriff Poulantzas die Macht des gesamten Kapitals und auch die des Proletariats das, wenn auch in untergeordneter Form am bürgerlichen Staate partizipiert, inbegriffen.

Ebenso wie Marx und Engels des Kapital als gesellschaftliches Verhältnis verstanden, daß aber nur an Dinge gebunden in Erscheinung tritt, so ist die im Staat komprimierte Klassenmacht nur an materielle Instituionen gebunden wirksam.

Die materielle Entsprechung oder 'institutionelle Materialität' (Poulantzas) der Klassenmacht erscheint nun in den verschiedenen Staatsapparaten, unabhängig davon, ob die in ihnen enthaltenen Institutionen und Organisationen formaljuristisch öffentlicher, privater oder auch halbstaatlicher Natur sind.

"Die Unterscheidung zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten ist eine Unterscheidung, die dem bürgerlichen Recht innewohnt und die gültig ist bei (untergeordneten) Gebieten, wo das bürgerliche Recht seine 'Macht'ausübt. Das Gebiet des Staates entzieht sich ihm, denn es steht 'über dem Recht': Der Staat, der der Staat der herrschenden Klasse ist, ist weder öffentlich noch privat, er ist vielmehr die Bedingung jeder Unterscheidung zwischen öffentlich und privat. ... Es kümmert nicht, ob die Institutionen ... 'öffentlich' oder 'privat' sind. Entscheidend ist ihre Funktionsweise."[1]

---

1) Althusser, Ideologie und ideologische Staatsapparate, S. 12o
Vgl. auch Poulantzas, Staatstheorie, S. 26 und 33, und Poulantzas, Faschismus und Diktatur, S. 327
An dieser Stelle zeigt sich bei Althusser und Poulantzas der besondere Einfluß von Gramsci auf ihre Theoriebildung. Gramsci operierte bereits mit einem erweiterten Staatsbegriff. In seinem Konzept vom 'integralen Staat' verschmolzen die politische Gesellschaft (societa politica) und zivile Gesellschaft (societa civile) zu einer einheitlichen Erscheinungsform. Die politische Gesellschaft, bei Gramsci der Staat im

Forts. zu S. 185

engeren Sinne nimmt qua Gewaltmonopol durch entsprechende Apparate vorwiegend repressive Funktion wahr. Die bürgerliche Gesellschaft als erweiteter Staat erfüllt in ihrem privaten Charakter integrativ - pädagogische Funktionen und besteht teils aus öffentlichen, teils aus privaten Institutionen. Der Staat als Ganzes wird bei Gramsci also als Identität von politischer und bürgerlicher Herrschaft betrachtet, die die politische und kulturelle Hegemonie des 'Blocks an der Macht' sichern soll.
Vgl. Priester, Studien zur Staatstheorie des italienischen Marxismus, Gramsci und Della Volpe, Frankfurt 1981

Wie irrelevant die bürgerliche formalrechtliche Differenzierung in öffentliche und private Anstalten und Organisationen in Hinblick auf ihre tatsächliche Machtausübung und Funktionsweise ist, läßt sich am einfachsten am Beispiel politischer Parteien demonstrieren.

"Praktisch fungieren die Parteien schon als Staatsorgane, juristisch aber gelten sie immer noch als Personen des privaten Rechts. Die Befugnisse der Parteien sind in der Tat so weitreichend, daß einige Staatsrechtler geradezu vom Parteienstaat sprechen." [1]

Entsprechend der staatlichen Funktionsweise lassen sich nun folgende Staatsapparate unterscheiden:[2]

- repressiver Staatsapparat,
  dieser umfaßt als Staat 'im engeren Sinne' die Gefängnisse, Gerichte, Polizei, Militär, Regierung, Bürokratie, Verwaltung, kurz, alle repressiven Staatsorgane.

Der Staat kann jedoch die politische Herrschaft nicht ausschließlich durch organisierte physische Gewalt und offene Repression vollziehen und sanktionieren. Die Reproduktion der Klassenmacht erfordert ebenso die unmittelbare Mitwirkung der Ideologie. Sie soll die Gewalt legitimieren, den Konsensus der beherrschten Klassen zum Privileg der Machtausübung der herrschenden Klassen herstellen und wird so selbst Ausdruck, Mittel und Garant politischer Macht. Die Ideologie, die über die Erzeugung gesellschaftlicher (falscher, illusorischer) Bewußtseinsformen als Rechtfertigungsstrategie der herrschenden Klasse funktioniert, materialisiert sich in die

- ideologischen Staatsapparate, (ISA)

  diese umfassen den religiösen ISA (Das System der Kirchen), den schulischen ISA (Das System der verschiedenen öffentlichen und privaten Bildungsinstitutionen), den familiären ISA,

---

1) Habermas, Kultur und Kritik, S. 27 - 28

2) Siehe Althusser, Ideologie und ideologische Staatsapparate, S. 119f, Poulantzas, Staatstheorie, S. 26f, Poulantzas, Faschismus und Diktatur, S.32of

den juristischen ISA, den politischen ISA (Das politische System inklusive der Parteien), den gewerkschaftlichen ISA, den medieninformativen ISA (Presse, Rundfunk, Fernsehen) und den kulturellen ISA (Literatur, Kunst, Sport usw.).

Althusser zufolge erfolgt die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch die Ausübung der Klassenmacht in den repressiven und ideologischen Staatsapparaten.
Beide Apparate funktionieren sowohl auf der Grundlage der Repression und der Ideologie, der Unterschied ist, "daß der repressive Staatsapparat auf massive Weise und in erster Linie auf der Grundlage der Repression arbeitet, während die ideologischen Staatsapparate massiv und in erster Linie auf der Grundlage der Ideologie arbeiten."[1]

Poulantzas kritisiert an Althusser zurecht, daß dieser die ökonomische Rolle des Staates vernachläßigt. Der Staat handelt bei Althusser allein über repressive und ideologische Einrichtungen, und er setzt dabei voraus, daß sich das ökonomische Feld selbst reguliert und sich die Staatstätigkeit auf gewaltsame, rechliche oder ideologische Weise auf verhindernde, ausschließende oder verschleiernde Funktionen beschränkt.
Die gegenwärtige Dominanz der ökonomischen Staatsfunktionen (gegenüber den repressiven und ideologischen) macht jedoch, so Poulantzas, ebenfalls eine entsprechende staatliche Apparatur notwendig und er ergänzt daher die Konzeption Althussers durch einen

- ökonomischen Staatsapparat.
  Dieser umfaßt die staatlichen 'Produktionseinheiten', also die staatlichen Unternehmen, sowie die Wirtschaftsministerialbürokratie, die ökonomischen Ausschüsse in den Parlamenten und den staatlichen Finanzausschuß.[2]

---

1) Althusser, Ideologie und ideologische Staatsapparate, S. 123

2) Vgl. Poulantzas, Staatstheorie, S. 33 und 157 und Poulantzas, Faschismus und Diktatur, S. 325 und 326

Wie sich die gesellschaftlichen Machtverhältnisse in die verschiedenen Staatsapparate manifestieren, wird der Staat folglich auch zentraler Ort des Klassenkampfes.[1]
Die gesellschaftlichen Widersprüche, die im Staat als gesamtgesellschaftlichen Kohäsionsfaktor zwangsläufig mit den Klassen- oder Machtverhältnissen aggregiert sind, treten schon in den konfliktuellen Beziehungen des Staatspersonals innerhalb und zwischen den einzelnen Staatsapparaten in Erscheinung. Trotzdem besteht natürlich eine innere, wenn auch widersprüchliche Einheit des Staates, bzw. der Staatsapparate. Dies zeigt sich in einem komplexen System von Über- und Unterordnung bestimmter Apparate, ihren Unterminierungen und Verdoppelungen, in den Funktionsverschiebungen zwischen den Apparaten und Versetzungen von realer und formaler Machtausübung, sowie in den wechselseitigen Übergängen der Aufgabenbereiche unterschiedlicher Apparate. [2]

Die gesellschaftlichen Widersprüche sind auch deshalb schon in den Staatsapparaten präsent, weil das staatliche Personal, daß im Dienste der hegemonialen Klasse steht, durch seine soziale Bestimmung, seine Klassenzugehörigkeit, an den Klassenkämpfen teilnimmt.[3]

Die Etablierung staatlicher Politik wird daher letztlich als Resultante der im Staate konzentrierten Antagonismen einsichtig, und eine reformistische Wendung zum Sozialismus erscheint angesichts der politisch bestimmenden Klassenmacht der Bourgeoisie im Staat praktisch ausgeschlossen.

Obwohl der Staat der 'zentrale Sammelpunkt' (Poulantzas) der Macht oder Klassenherrschaft ist, gehen die gesellschaftlichen Machtbeziehungen nicht völlig im Staate auf und reichen weit über seine Apparate hinaus.

---

1) Vgl. Althusser, Ideologie und ideologische Staatsapparate, S. 122 - 123

2) Vgl. Poulantzas, Klassen im Kapitalismus - heute, S. 145

3) Vgl. Poulantzas, Staatstheorie, S. 143

Der Machtbegriff in der marxistischen Politologie überschreitet bei weitem die Legitimationsproblematik der Herrschaft bei Max Weber, auch die funktionalistische Deutung der Macht bei Parsons, wonach die Machtausübung gesamtgesellschaftlich nützlichen Funktionen diene. Ebenfalls vermeidet der marxistische Machtbegriff die voluntaristische Illusion der bürgerlichen Entscheidungstheorie, welche die Frage nach den faktischen Machtverteilungs- und Entscheidungszentren ausklammert und die Macht als Teilnahmemöglichkeit an einer Entscheidungsfindung formalisiert.

Nach marxistischer Auffassung ist die gesellschaftliche Macht, soweit sie außerhalb des Staates wirkt, primär im Produktionsprozeß selbst verankert.

"Zunächst kann die Macht ... die Privatsache der kapitalistischen Organisation bleiben. ... Die industriellen Verbände mit ihren Kampffonds, mit ihren schwarzen Listen, Aussperrungen und Streikbrechergarden sind zweifellos Machtorgane, die neben der öffentlichen, d.h. der Staatsmacht bestehen. Ferner bleibt die Herrschaft innerhalb des Betriebes die Privatsache jedes einzelnen Kapitalisten. Die Festsetzung einer Arbeitsordnung ist ein Akt privater Gesetzgebung." [1]

Die Beziehung von Herrschenden und Beherrschten darf aber nicht auf phänomenologische Formen reduziert werden, die sie explizit auf der politischen, ökonomischen und juristischen Sphäre einnimmt. Eine marxistische Interpretation der Macht muß darüberhinausgehende Verbindungen sichtbar machen, sie kann sich nicht auf die strukturelle Über- und Unterordnung beschränken, sondern muß alle gesellschaftlichen Sphären, die das gesamte Spektrum der menschlichen Existenz beeinflussen, einbeziehen.

Es ist hierbei, wie Foucault erklärt, kenntlich zu machen, "durch welche Kanäle und entlang welcher Diskurse die Macht es schafft, bis in die winzigsten und individuellsten Verhaltensweisen vorzudringen, ... kurz, man muß die polymorphen Techniken der Macht erforschen." [2]

---

1) Paschukanis, Allgemeine Rechtslehre und Marxismus, S. 122

2) Foucault, Sexualität und Wahrheit, S. 21 - 22

So macht Foucault am Beispiel des Intimbereichs darauf aufmerksam, wie die gesellschaftliche, an Klassenverhältnisse gebundene Macht auch durch die Institutionalisierung der Sexualität stabilisiert werden konnte.
Foucault nennt hier fünf strategische Komplexe, die das 'Dispositiv der Sexualität', die Voraussetzungen zu ihrer machtmäßigen Kontrolle darstellen, nämlich die Pädagogisierung des Kindes, die Sozialisierung des sexuellen Verhaltens, die Psychiatrisierung abweichenden Sexualverhaltens, die Hysterisierung der Frau und die religiöse Normierung der Sexualität allgemein. [1]
Hierzu machte es

"ein ganzer administrativer und technischer Apparat ... möglich, das Sexualdispositiv gefahrlos in die ausgebeutete Klasse einzuführen, so daß es nicht der Klassenbehauptung gegen das Bürgertum dienen konnte, sondern ein 'Instrument' von dessen Hegemonie blieb." [2]

Auch wenn also die staatliche Machtausübung nicht sämtliche soziale Bereiche unmittelbar erfaßt, so bleibt der Staat gegenüber denjenigen Dispositiven, die außerhalb seines Raumes existieren, nicht völlig abgegrenzt. Die gesellschaftlichen Machtverhältnisse sind auf allen Ebenen über Klassenbeziehungen vermittelt, somit in letzter Instanz durch ökonomische Verhältnisse determiniert, mit den politischen und ideologischen Beziehungen verknüpft und werden durch sie sanktioniert und legitimiert.

"Die Machtbeziehungen erstrecken sich nicht ausschließlich auf die Klassenbeziehungen, sie können ... über sie hinausgehen. Daraus folgt nicht, daß sie keinen Klassencharakter besäßen oder nichts mit politischer Herrschaft zu tun hätten, ... Die Aufteilung in Klassen stellt nicht das ausschließliche Terrain der Konstitution von Macht dar, obwohl in den Klassengesellschaften jede Macht einen Klassencharakter besitzt. ... Auch wenn diese Machtbeziehungen über die Klassenbeziehungen hinausgehen, sind sie jedoch stets mit spezifischen Apparaten und Institutionen verknüpft, die sie verkörpern und reproduzieren. ... Der Staat greift durch seine

---

1) Vgl. Foucault, Sexualität und Wahrheit, S. 125, 137 und 174

2) ebenda, S. 152; Vgl. auch Foucault, Über Strafjustiz, Psychiatrie und Medizin, S. 92f und Foucault, Mikrophysik der Macht, S. 27

Aktion und seine Wirkungen in alle Machtbeziehungen ein und weist ihnen damit ihren Stellenwert in den Klassenbeziehungen zu. ... Die Machtverhältnisse in den sexuellen Beziehungen ... werden unter anderem durch den Staat ... als Klassenbeziehungen etabliert und reproduziert; die Klassenmacht durchzieht sie, benutzt sie, verfeinert sie, kurz, sie weist ihnen ihren politischen Stellenwert zu. Der Staat ist nicht allein deshalb ein Klassenstaat, weil er die in den Klassenverhältnissen begründete Macht konzentriert, sondern insofern er tendenziell durch die Aneignung ihrer Mittel auf jede Macht einwirkt, obwohl diese beständig über ihn hinausreicht." [1]

Die Ausübung von Macht und Herrschaft, die Phänomene der Unterdrückung, der Entfremdung und Verelendung sind also nicht, wie Offe behauptet, 'nicht-kontrollierte Begleitphänomene' des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses [2], sie charakterisieren vielmehr das Kapitalverhältnis selbst und haben dabei "die Tendenz , sich mit der internationalen Ausbreitung des Kapitals zu vertiefen und zu universalisieren." [3]

Die gesellschaftliche Macht ist keineswegs gleichbedeutend mit interindividuellen Einfluß, sondern eine Auswirkung der Klassendominanz, Ausdruck der objektiven Stellung in den ökonomischen und politischen Beziehungen der Klassen. Sie verweist auf die strukturellen Kräfteverhältnisse in einem streng relationalen, vom Klassenkampf bestimmten Feld im System der Klassengesellschaften. Staatsmacht und gesellschaftliche Macht sind nicht identisch oder gar kongruent, aber eine Theorie der Macht ist nur im Zusammenhang mit einer Theorie des Staates (und umgekehrt) konstituierbar.

---

1) Poulantzas, Staatstheorie, S. 39 - 4o

2) Vgl. Offe, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, S. 17

3) Hirsch, Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, S. 232 - 233

Es ist m.E. das besondere Verdienst von Althusser und Poulantzas, die Beziehung von gesellschaftlicher Macht und den Staatsapparaten, sowie die Rolle der Ideologie neu durchdacht und erhellt zu haben, wenn auch Habermas der Ansicht ist, daß es - unter Verweis auf die hegel-marxistische Denktradition - dieser Neuformulierung eigentlich nicht bedurft hätte. [1]

Althusser und Poulantzas versuchten in ihrem weiterentwickelten Konzept der Marxschen Theorie aufzuzeigen, daß die Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Strukturen objektiv in Erscheinung treten und folgten hierbei Marx insofern, als dieser in den Klassenindividuen nur Personifikationen ökonomischer Verhältnisse erblickte.

Wie Jörg Sandkühler zurecht behauptet, gehören die Theorien Althussers (und man müßte hinzufügen, diejenigen Poulantzas) zu den unstrittensten in der gegenwärtigen Marxismusdiskussion.[2] Die Kritik an ihnen titulierte mit Begriffen wie 'strukturalistischer Abstraktionismus', 'struktural er Superdeterminismus', 'Politizismus', 'Funktionalismus', 'Formalismus', 'Objektivismus', 'Antihumanismus', 'Geschichtslosigkeit', 'Mechaniszismus', oder 'Szientismus' (Miliband, Laclau, Lewis, Sève, Lefébvre u.a.). G. Vacca kritisierte an Althusser, er oszilliere zwischen 'Movimentismus' und 'neoleninistischer Orthodoxie' und C. Pasquinelli ist der Meinung, seine Weigerung, Staat und Gesellschaft hinlänglich zu trennen, sei rein politisch - strategisch begründet. [3]

Die Rezeption der Althusser-Poulantzas Schule ist aus unerfindlichen Gründen in der Bundesrepublik Deutschland, soweit überhaupt, nur mehr oder weniger oberflächlich und unter dem Aspekt obiger Skespsis erfolgt. Tatsächlich kann man sich

> "nur wundern, mit welcher Naivität manche westdeutsche Marxisten in den letzten Jahren - offen oder verdeckt- derartige Ressentiments aufgegriffen und unter Umgehung jeder gründlichen Diskussion verbreitet haben." [4]

---

1) Siehe Habermas, Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, S. 39

Forts. zu S. 193

2) Sandkühler, Vorwort zu: Sandkühler (Hrsg), Betr.: Althusser, Kontroversen über den Klassenkampf in der Theorie, S. 6

3) Vgl. Pasquinelli, Die politische Natur der gesellschaftlichen Konflikte und die Forderung nach ihrer Autonomie, in: Altvater/Kallscheuer, Den Staats diskutieren, S. 144

4) Kolkenbrock-Netz/Schöttler, Leninismus - Philosophie - Klassenkampf, Für eine marxistische Althusser - Rezeption in der BRD, in: Sandkühler (Hrsg), op.cit., S. 67

Nun fallen bei Althusser und Poulantzas unleugbar methothische Einseitigkeiten auf. So hat es z.B. den Anschein, als wolle Althusser das Verhältnis von Basis und Überbau analog dem topologischen Erklärungstyp der Freudschen Psychoanalyse bestimmen, und man vermißt bei ihm ferner auch das revolutionäre Subjekt im historischen Prozeß.

Was bei beiden hauptsächlich fehlt, ist m.E. die Dialektik der Subjekt - Objekt Beziehung. Die determinierende Bedeutung der gesellschaftlichen Strukturen sind zwar, wie man Althusser und Poulantzas zugestehen muß, grundsätzlicher Ausgangspunkt der Analyse der geschichtlichen Entwicklung, aber Marx warnte auch davor, die Gesellschaft (und damit den Staat) als 'Abstraktion den Individuen gegenüber zu fixieren.' [1]

Für die marxistischen Klassiker war es selbstverständlich, daß die sozialistische Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsweise sich nicht unabhängig menschlicher Aktivitäten, sondern nur durch die revolutionäre proletarische Klasse, nur durch den Klassenkampf, vollziehen kann.
Die Realität der Staatsapparate beruht bei ihnen nicht schlichtweg auf ihrer formalen Existenz, sondern letztlich auf Personen, die die Funktionsweise dieser Apparate erst 'beleben'. Althusser und Poulantzas übersehen also, daß die Strukturen der kapitalistischen Gesellschaftsformation nicht unhistorisch - abstrakt vorausgesetzt werden können. Sie funktionieren notwendigerweise nur durch ihre personalen Träger, die wieder aktiv auf die gesellschaftlichen Strukturelemente zurückwirken, sie verändern und im historischen Prozeß über die bloße Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse hinaus qualitativ neue Strukturformen, -inhalte und -beziehungen errichten. Anders ausgedrückt, die gesellschaftlichen 'Praxisformen' dürfen nicht auf reine Reflexe vorgegebener Strukturbedingungen verflacht werden, sondern sind im dialektischen Verständnis als Subjekt - Objekt Beziehung zu erforschen.

---

1) Marx, Ökonomisch - philosophische Manuskripte (1844), MEW Erg. Bd. 1, S. 538

Leo Kofler will den oberflächlichen, äußerlichen oder empirischen Schein strukturorientierter Staatsinterpretationen überwinden und durch 'primäre und verborgene Wesen' des Staates analysieren.

"Der Staat als bloßer 'Apparat' der Gesellschaft ist ebensowenig der eigentliche Staat, wie die Buchhaltung das Geschäft. Galt es seit Hegel und Marx, die blinde Gleichsetzung von Staat und Gesellschaft zu überwinden, so gilt es heute, mit einem radikalen Rückgriff die verborgene dialektische Bezüglichkeit beider neu zu entdecken und die dem flach-empirischen Augenschein unterliegende Ansicht zu überwinden, daß die instituionellen Einrichtungen der Gesellschaft, sofern sie als staatliche in Erscheinung treten, zureichend das ausmachen, was Staat heißt. ... Staatliche Einrichtungen instrumentaler (Polizei, Heer, Bürokratie) oder politischer (Parteien, Verbände) Natur tragen eigentlich nur sekundär zum Verständnis des Staates bei." [1]

Der bürgerliche Staat ist nach Kofler die besonderte und im dialektischen Sinne gleichzeitig mit der Gesellschaft identische Form; er ist die den ökonomischen Bedingungen und Verhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft angemessene ganzheitliche Gestalt, bzw. die zur höchstmöglichen Verwirklichung oder Vollendung der über den ökonomischen Bereich hinausgebrachte Totalität der gesellschaftlichen Existenz. Der so verstandene Staat inkarniert sich und drückt sich nach Kofler in jenen Kräften aus, die betraut und beauftragt sind, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu reproduzieren. Kofler sieht diese staatstragenden und letztlich mit dem Staat identisch werdenden Kräfte in drei bürgerlichen Schichten, in erstens der parasitären bürgerlichen Elite, zweitens der nihilistischen bürgerlichen Intelligenz und drittens der rechtsformalistischen und technologisch denkenden bürgerlichen Bürokratie; drei Schichten, die untereinander in systematischer Beziehung stehen.[2]

Kofler will also radikal sein, das heißt, die Sache an der Wurzel anfassen, die für den Menschen der Mensch selbst ist. [3] Daher sind für ihn die 'letzten Bausteine des staatlichen Lebens' die Individuen. [4]

---

1) Kofler, Beherrscht und die Technik?, S. 18-19;
Vgl. auch Kofler, Staat, Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus, S. 16

Forts. zu S. 196

2) Siehe ausführlich hierzu: Kofler, Der proletarische Bürger, S. 112 - 126, Kofler, Beherrscht uns die Technik?, S. 17 - 36 und Kofler, Staat, Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus, S. 17 - 34 und 178.

3) Vgl. Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung, MEW 1, S. 385

4) Kofler, Staat, Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus, S. 18 , Vgl. auch Garaudy. Die große Wende des Sozialismus, S. 119

Diejenigen marxistischen Theoretiker, wie Althusser und Poulantzas, die sich bei der Staatsanalyse allein auf die Staatsapparate konzentrieren, wie auch jene, die wie Kofler oder Garaudy den Staat primär als personale Verkörperung gesellschaftlicher Verhältnisse verstehen, werden m.E. der marxistischen Staatsproblematik nicht voll gerecht.

Marx und Engels lehnten bereits eine reduktionistische Vereinfachung des Staates sowohl auf seine materiellen wie auf seine personellen Bestandteile eindeutig ab. [1]

Der Staat ist bei Marx sowohl das Ensemble seiner Apparate, wie das Individuum das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse. Er ist nach seiner personalen Seite hin das politisch - repräsentative Organ der gesellschaftlichen Klassenmacht, deren Reproduktion den über Personen vermittelten instrumenteller Charalter bedingt.

In seiner Gesamtheit ist der bürgerliche Staat somit die Potenzierung jener materiellen, politischen und ideologischen Verhältnisse, die die kapitalistische Klassengesellschaft charakterisieren.

Wie Marx den Widerspruch zwischen Feuerbachschen Materialismus und Hegelschen Idealismus dialektisch aufhob, ist bei einer gesellschaftlichen Totalitätsbetrachtung der Widerspruch von staatlicher Materialität und staatlicher Personalität dialektisch aufzuheben, das heißt, eine bloße Addition der materiellen und personellen Elemente der Natur des Staates zu vermeiden und die wechselseitige Bedingung von gesellschaftlicher Struktur, vergesellschafteter Individuen und menschlicher Aktivität hervorzuheben.

---

1) Siehe Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich, MEW 7, S.81 und Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21, S. 166

11. Bemerkungen zur Legitimationsideologie des bürgerlichen Staates

"Was wir erlebt hatten, bewies ja, daß die Institutionen, die jede Gesellschaftsordnung über den Menschen und gegen sie errichtet hatte, niemanden schützten, sondern daß sie selbst schutzbedürftig waren, sobald ihre Legitimation von jenen in Frage gestellt wurde, die sich ihnen nicht mehr unterwerfen wollten."
Manès Sperber

Der Hauptwiderspruch des kapitalistischen Staates liegt erstens darin, die unterdrückten Klassen politisch zu desorganisieren und gleichzeitig die herrschende zu organisieren, und zweitens darin, sich dem beherrschten Volk als Repräsentant des nationalen Gemeinwohls und Substantialisierung seines Willens zu zeigen, aber tatsächlich sich mit den besonderen Interessen der Bourgeoisie zu verbinden.

"Das ist eben die charakteristische Dialektik im Staatsbegriffe, die zu der Sonderung einander entgegengesetzter Gemeinschaftsprinzipien, des altruistischen des Staates und des egoistischen der Gesellschaft, geführt hat, daß in der Staatsform ein an sich bloß partialer Interessenkomplex die Form einer allgemeinen Solidarität angenommen hat, die nicht bloß äußeren Gehorsam ihrer Gebote, sondern auch Anerkennung ihrer Heiligkeit verlangt." [1]

Die herrschende Ideologie, das heißt, die Ideologie der Herrschenden kann die Reproduktion der jeweiligen ökonomischen und sozialen Verhältnisse nur sichern helfen, wenn sie durch staatlich - politische Doktrinen verstärkt wird.

"Die Produktionsverhältnisse müssen ... verstärkt werden durch entsprechende politische Verhältnisse, die sich in Institutionen und Repressionsmitteln konkretisieren. ... Die politischen Verhältnisse werden ihrerseits durch ideologische Verhältnisse verstärkt, die ... die politische Macht absichern, indem sie ihr den Anstrich von 'Naturnotwendigkeit', der 'Legitimität' der der 'Volkssouveränität' geben." [2]

Forts. zu S. 199

1) Adler, Die Staatsauffassung des Marxismus, S. 53-54

2) Bettelheim, Über das Fortbestehen von Warenverhältnissen in den 'sozialistischen Ländern', S. 3o

Auf die Rolle der Ideologie in den Klassengesellschaften wurde bereits hingewiesen, dennoch erscheint es zweckmäßig, ihre spezifische Bedeutung unter spätkapitalistischen Krisenbedingungen zu analysieren.

Der Ideologiebegriff wird in der marxistischen Diskussion unter zwei verschiedenen, aber zusammenhängenden Gesichtspunkten verwendet. Zum einen, unter psychologischen Aspekt als falsches, illusionäres oder hypostasiertes Bewußtsein, daß es in 'ideologiekritischer Praxis' aufzuheben gilt, und zum anderen als gesellschaftlich - politische Rechtsfertigungsstrategie.

Die funktionelle Bedeutung der Ideologie besteht darin, die gesellschaftlichen Widersprüche zu verschleiern, zu verharmlosen und die bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse zu legitimieren, da die asymetrische Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums immer eine kritische Situation hervorbringt, die, abgesehen von den Mitteln offener Repression, nur auf ideologische Wege entschärft werden kann. Damit wird die Ideologie eine reproduktionsnotwendige Voraussetzung, bzw. immaterieller Teil der gesellschaftlichen Infrastruktur.

Die Ideologisierung der Massen stellt jedoch nicht ausschließlich eine gezielte Manipulation des gesellschaftlichen Bewußtseins im Sinne des Klassenkampfes, nicht ausschließlich eine 'Kriegslist' (Kofler) der herrschenden Klassen dar, sondern drückt ebenso das (entfremdete) Selbstverständnis dieser Klassen, ihre besondere 'Weltanschauung' (Dobb) aus.

Dieser doppelte Aspekt des Ideologischen wird heute auf allgemeinster Ebene schon in der politischen Terminologie der 'ideologischen Vertreter und Wortführer der Bourgeoisie'[1] deutlich, einer sprachlichen Form, die man (in der Bundesrepublik Deutschland) mit Adorno als den 'Jargon der Eigentlichkeit' bezeichnen könnte, dem 'deutsche(n) Symptom fortschreitender Halbbildung', oder 'Ideologie als Sprache unter Absehung von allem besonderen Inhalt.'[2]

1) Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich, MEW 7, S. 13

2) Adorno, Jargon der Eigentlichkeit, S. 19 und 32

Seit Kriegsministerien zu 'Verteidungsministerien' und zerstörerische, totbringende Waffen zu 'verteidigungssichernden Systemen' stilisiert worden sind, fordert man zu Zeiten kapitalistischer Krisen als 'politischer und wirtschaftlicher Herausforderung', eine 'zurückhaltende Lohnpolitik', appelliert dabei an die 'Vernunft der Sozialpartner' und setzt sich evtl. für eine 'Lohnpause' ein, um Reallohnverluste der Arbeiterklasse einer offenbar für schwachsinnig gehaltenen Bevölkerung als ökonomische Notwendigkeit plausibel zu machen.

Die derzeitig praktizierte Demontage sozialstaatlicher Leistungen wird als 'gerechte und sozial ausgewogene Sparmaßnahme zur Sanierung des Staatshaushaltes' progagiert, um einen erweiterten Spielraum der Kapitalsubventionierung zu garantieren und die Militarisierung der Wirtschaft voranzutreiben.

Inflationäre spätkapitalistische Tendenzen werden zu wertbegründeten Preiserhöhungen und konfliktuelle Auseinandersetzungen gesellschaftlicher Gruppen zu 'Begegnungen' im Rahmen eines pluralistischen Organisationsprinzips harmonisiert.

Die berechtigt Sorge weiter Kreise der Bevölkerung angesichts zunehmenden internationaler politischer Spannungen, sowie die ökonomische Unsicherheit, die immer mehr in Frage gestellte proletarische Existenzgrundlage wird zu einem individuellen psychologischen Problem erklärt, als persönliche 'Resignation und Zukunftsangst' oder 'Pessimismus' privatisiert.

Man unterstreicht die Notwendigkeit 'gemeinsamer Anstrengungen' des ohnehin nur Gemeinschaftlichen, der Arbeit und setzt auf 'Selbstverantwortlichkeit' und 'Nachbarschaftshilfe' , die das durch sukzessiven Abbau der 'Daseinsvorsorge' entstandene sozialstaatliche Defizit kompensieren sollen.

Auch werden heute Arbeiter nicht mehr entlassen, sondern 'freigesetzt' und politische Aufklärung gilt als 'Vergiftung des sozialen und politischen Klimas', ein m.E. überzeugendes

Beispiel des im Geiste der Bücherverbrennung wurzelnden deutschen Anti-Intellektualismus (der natürlich den allgemeinen Antimarxismus impliziert).

Obige Aufzählung von sprachlichen Mustern zur Demonstration des heute bereits auf Alltagsebene anzutreffenden politischen Sarkasmus, gekleidet in sympathisch klingende Formen, ließe sich beliebig lange fortsetzen.

Dieser widerwärtige Euphemismus der bürgerlich - staatlichen Repräsentanz findet seine Weiterführung und Ergänzung in einer demagogischen und geschmackslosen Leerformelhaftigkeit auf innerpolitischer, bzw. zwischenparteilicher Ebene, was in den typischen parlamentarischen 'Scheingefechten', die aber als ernsthafte und erst zu nehmende politische Kontroversen verstanden sein wollen, deutlich zum Ausdruck kommt.

"Die Leerformelhaftigkeit der Konkurrenz und die pragmatische Ausrichtung der konkurrierenden Parteien erinnert freilich an den Schein der Konkurrenz im Konsumsektor und an deren Janusgesicht. Während die Führungsgruppen untereinander sich einen realen Kampf liefern, ... wird den Wählern lediglich die Illusion eines offenen Wettbewerbs mit der ihm eigen sein sollenden Tendenz zur Qualitätssteigerung geboten. In Wirklichkeit wird das politische wie das konsumorientierte Publikum mit scheinunterschiedlichen Gütern beliefert. ... So kämpfen die Parteien untereinander um die Regierungsmacht und bilden dennoch eine symbiotische Einheit, in deren geschlossenen Kreis der abstrakte Führungskonflikt ausgefochten werden kann. ... Eine Partei, die nicht zur Regierungsmehrheit gehört, wird assimilativ neutralisiert, wenn ihr ein Anteil an Macht zugestanden wird." [1]

Daß das politische System der Bundesrepublik "trotz Scheinpolarisierungen von einem Allparteienregime"[2] im Dienste der Bourgeoisie (unter relativer Berücksichtigung der Arbeiterinteressen, soweit der Stand des Klassenkampfes diese Rücksichtnahme nötig macht) gesteuert wird, wird selbst von bürgerlichen Politologen (wenn auch mit Vorbehalten) nicht bestritten.

"Die politischen Eliten wissen weitgehend um ihre politischen Scheinkämpfe; in der politischen Gefolgschaft aber entsteht daraus leicht der fatale Eindruck einer Feind- und nicht Gegenerschaft in der Politik." [3]

---

1) Agnoli/Brückner, Die Transformation der Demokratie, S. 37 - 38

2) Habermas, Stumpf gewordene Waffen aus dem Arsenal der Gegenaufklärung, in: Duve/Böll/Staeck, (Hrsg), Briefe zur Verteidigung der Republik, S. 67

3) Rausch, Politische Kultur in der Bundesrep. Deutschland, S. 28

Ideologien entstehen nicht willkürlich oder zufällig, sie gründen in der gesellschaftlichen Praxis, wiederspiegeln jedoch nicht die realen Existenzbedingungen, sondern das "imaginäre Verhältnis der Individuen zu den Produktionsverhältnissen und den daraus abgeleiteten Verhältnissen."[1] Die Ideologien haben somit kein eigenes Wesen, 'keine (eigene) Geschichte' (Marx). Sie sind von den materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen abhängig, woraus folgt, daß sich mit veränderter sozialer und ökonomischer Situation, entsprechende ideologische Änderungen, wie auch solche der Staatsfunktion, ergeben.

Ideologien bleiben aber nicht nur 'gesellschaftlich notwendiger Schein' (Adorno), nicht nur Manipulationen auf der 'Ebene der Einbildung'(Poulantzas) im Gegensatz zur Wissenschaft, sie materialisieren sich als Ausdruck des Klassenkampfes auch in institutionelle Apparate. So schuf beispielsweise die Religion erst das System der Kirchen und nicht umgekehrt.

Die heute von bürgerlicher Seite popularisierte These vom'Ende der Ideologie' (gemeint sind die idealistischen und materialistischen Gesellschaftsinterpretationen) ist schon deshalb unrichtig, "weil es keine Gesellschaft geben kann, die ... ohne irgendwelche ideologischen Reflexionen existieren könnte." [2] Die spätkapitalistische Gesellschaftsformation ist im Gegensatz zu früheren Kulturen " in einem bestimmten Sinne ... ideologischer als ihre Vorgängerin, insofern nämlich, als heute die Ideologie im Produktionsprozeß selbst steckt." [3]

Die weit verbreitete Meinung vom 'Ende der Ideologie' ist somit also selbst ideologisches Produkt der kapitalistischen Gesellschaft, "die sich die vermittelte Form ihrer Reflexion nicht eingestehen kann, sondern ins Unbewußte verdrängen muß, will sie nicht damit das Eingeständnis ihrer Überflüssigkeit riskieren." [4]

---

1) Althusser, Ideologie und ideologische Staatsapparate, S. 135
2) Kofler, Der proletarische Bürger, S. 1o
3) Marcuse, Der eindimensionale Mensch, S. 31
4) Kofler, Beherrscht uns die Technik?, S. 67

Da die Ideologie prinzipiell an ihre materielle gesellschaftliche Basis gebunden ist, oder wie Marx es formulierte, daß das materielle Sein das gesellschaftliche Bewußtsein bestimmt, [1] die gesellschaftlichen Bewußtseinsformen ihrerseits aber im dialektischen Prozeß der Geschichtsentwicklung rückwirkend das gesellschaftliche Sein mitgestalten, ist mit der Entlarvung der Ideologie auch die Reproduktionsweise der gesellschaftlichen Antinomie fraglich geworden.

"Jede Ideologie stirbt mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, die sie hervorgebracht haben. Diesem endgültigen Verschwinden geht aber ein Moment voraus, wo die Ideologie unter den Schlägen der gegen sie gerichteten Kritik die Fähigkeit verliert, die gesellschaftlichen Verhältnisse, aus der sie hervorgegangen ist, zuzudecken und zu verhüllen. Die Bloßlegung der Wurzeln einer Ideologie ist ein sicheres Zeichen ihres herannehenden Endes." [2]

Je mehr also die gesellschaftlichen Verhältnisse ideologiekritisch erhellt werden, umso mehr wird jedes auf Klassenhegemonie beruhende politische System, wird ein jeder Staat versuchen, den Klassenantagonismus latent zu halten.

Die Frage nach der Legitimation des Staates ist somit heute keineswegs nur akademisch.[3] Im Gegenteil, gerade unter spätkapitalistischen Bedingungen ist eine ausreichende Legitimationsbeschaffung zu einem der wichtigsten, wenn nicht überhaupt zum wichtigsten Strukturproblem der bestehenden Gesellschaftsordnung geworden. [4]

Eine massenloyalitätssichernde politische Legitimation beinhaltet

"daß der mit einer politischen Ordnung verbundene Anspruch, als richtig und gerecht anerkannt zu werden, gute Argumente für sich hat. ... Legitimität bedeutet die Anerkennungswürdigkeit einer politischen Ordnung. ... Der Legitimitätsanspruch bezieht sich auf die sozialintegrative Wahrung einer normativ bestimmten Identität der Gesellschaft. Legitimationen dienen dazu, diesen Anspruch einzulösen, d.h. zu zeigen, wie und warum bestehende ... Institutionen geeignet sind, politische Macht so einzusetzen, daß die für die Identität der Gesellschaft konstitutiven Werte verwirklicht werden. ... Was als Grund akzeptiert wird und konsenserzielende, damit motivbildende Kraft hat, hängt vom jeweils geforderten Niveau der Rechtfertigung ab. " [5]

Forts. zu S. 2o5

1) Vgl. Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 26f
2) Paschukanis, Allgemeine Rechtslehre und Marxismus, S. 37
3) Vgl. Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft, S. 8o
4) Vgl. Habermas, Theorie und Praxis, S. 14
5) Habermas, Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, S. 271 und 276

Die Legitimation des Politischen ist also immer auch an kulturell veränderliche 'Sinnversprechen' [1] gebunden. Dabei beruft sich jeder Staat auf die Notwendigkeit seiner Existenz zur Verwirklichung jener souveränen Einheit der Nation, die er politisch zu repräsentieren vorgibt und behauptet sich, obwohl durch den Klassenkonflikt erst funktional bedingt und bestimmt, "als eigentliche Negation des Klassenkampfes." [2]

Kein Diktator, kein Despot oder Tyrann wird sich je als solchen denunzieren, kein Staat sich als Klassenstaat ausgeben, sondern jedes politische System "nimmt für sich in Anspruch, den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen," [3] und versucht natürlich, sich hierzu auf 'ethische Generalprinzipien' [4] zu beziehen, um die notwendige Loyalität der Massen, ihre Folgebereitschaft herzustellen.

In früheren Hochkulturen rechtfertigten sich herrschende Familien mit Hilfe von Ursprungsmythologien, wozu eben mythische Erzählungen genügten. Mit der imperialen Entfaltung dieser Hochkulturen reichten aber zu ihrer Legitimation Argumente auf narrativer Ebene nicht mehr aus, da nicht mehr die Herrschaftsposition einer Person, sondern eine politische Ordnung zu begründen war. Diesem Zweck dienten kosmologisch orientierte Ethiken, Religionen und Philosophien, die die vorangegangene Ideologie ersetzten.

Der feudale Staat des Mittelalters stellte sich offen in den Dienst des Klassenantagonismus, gab ihm unter Berufung auf das Christentum eine sakrale Weihe und legitimierte so in der ideologischen Form des 'Gottesgnadentums' die aristokratische und klerikale Herrschaft.

Weil sich jedoch die politische Legitimation einer überwundenen gesellschaftlichen Stufe mit dem Übergang zu next höherem Niveau im Zuge der soziohistorischen Entwicklung selbst

---

1) Vgl. Eder, Die Reorganisation der Legitimationsformen in der Klassengesellschaft, in: Eder (Hrsg), Die Entstehung von Klassengesellschaften, S. 292

2) Sartre, Kritik der dialektischen Vernunft, S. 679

3) Fromm, Anatomie der menschlichen Destruktivität, S. 36

4) Michels, Zur Soziologie des Parteienwesens in der modernen Demokratie, S.17

entwertet, kann eine Gesellschaftsformation sich kaum durch einen Rückgriff auf frühere Ideologien legitimieren.

Seit der Entstehung moderner Wissenschaft in der Neuzeit traten mythische Ontologien in ihrer Bedeutung hinter einer mehr reflexiv-axiomatischen Rechtfertigung gesellschaftlicher Strukturen zurück. Die frühbürgerliche Legitimation des politischen Herrschaftsanspruches vollzog sich auf der Grundlage subjektivistischer Vernunft. Mit der Politisierung des klassischen Naturrechts, einer bestimmten Anthropologie und der Fiktion eines unhaltbaren 'Naturzustandes' gelangte die bürgerliche Rationalität des 17. und 18. Jahrhunderts zu verschiedenen vertragstheoretischen Konzeptionen, die der staatlichen Autorität die Rolle eines Garanten zur Verwirklichung einer gerechten sozialen Ordnung zuwies. Mit der Durchsetzung des Kapitalverhältnisses konnte die bürgerliche Ideologie an generalisierbare Interessen anknüpfen, denn die Rechtfertigung der bürgerlichen Macht konnte aus der Legitimation des Marktes, aus dem ihm immanenten Schein des äquivalenten Tausches abgeleitet werden. Die Ideologie der Austauschgerechtigkeit sollte suggerieren, daß in der 'Leistungsgesellschaft' tatsächlich ein der Arbeit entsprechender Lohn bezahlt werden würde.

> "Die bürgerlichen Ideologien können eine universalistische Struktur annehmen und an verallgemeinerbare Interessen appellieren, weil die Eigentumsordnung die politische Form abgestreift hat und in ein Produktionsverhältnis überführt worden ist, das sich, wie es den Anschein hat, selber legitimieren kann: die Institution des Marktes kann sich auf die dem Äquivalententausch innewohnende Gerechtigkeit stützen." [1]

Seit aber Marx den bürgerlichen Mythos der 'Gerechtigkeit' der Austauschbeziehungen auf dem kapitalistischen Markt als 'Warenfetischismus' kritisierte und auch für die arbeitende Bevölkerung die Form des Tauschverhältnisses als soziales Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital durchschaubar wurde und die dysfunktionalen Nebenfolgen der bürgerlichen Ökonomie staatlicher Regulierung bedürfen, verlor diese Ideologie ihre Glaubwürdigkeit.

---

1) Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, S. 38

Nun kann eine unmittelbare politische Herrschaft des Staatssystems, die sich auf überholte, bzw. kulturell verbrauchte Werte stützte, unmöglich restauriert werden, denn der bürgerliche Staat kann die Resultate der bürgerlichen Emanzipation von feudaler Unterdrückung sowie politisch - kulturelle Entwicklungen, das heißt die formaldemokratischen staatlichen Prinzipien wie parlamentarische Volksrepräsentanz, Gewaltenteilung, Mehrparteiensystem, allgemeines Wahlrecht, parlamentarische Regierungskontrolle und parteiliche Opposition, außer in Reaktionsperioden wie des Faschismus, nicht völlig ignorieren.

Die formaldemokratische Herrschaft des spätkapitalistischen Staates steht unter einem Rechtfertigungszwang, der nicht mehr aus Marktverhältnissen abgeleitet werden kann und daher neue Legitimationsmuster erfordert.

"Nach dem Zerfall jener Ideologie (des gerechtes Tausches, Anm.d.Verf.) verlangt politische Herrschaft eine neue Legitimation. Nun, da die indirekt über den Tauschprozeß ausgeübte Macht ihrerseits durch vorstaatlich organisierte und staatlich institutionalisierte Herrschaft kontrolliert wird, kann die Legitimation nicht länger aus einer unpolitischen Ordnung, den Produktionsverhältnissen, abgeleitet werden. Insofern erneuert sich der in den vorkapitalistischen Gesellschaften bestehende Zwang zur direkten Legitimation. ... Die formal-demokratische Herrschaft in Systemen des staatlich geregelten Kapitalismus steht unter einer Legitimationsforderung, die durch Rückgriffe auf die vorbürgerliche Legitimationsform nicht mehr eingelöst werden kann. Darum tritt an die Stelle der Ideologie des freien Tausches eine Ersatzprogrammatik."[1]

Die neue Legitimationsideologie des Staates ist nicht mehr an der Institution eines selbstregulativen Marktes orientiert, sondern an einer die dysfunktionalen Folgen der kapitalistischen Ökonomie kompensierenden Interventionstätigkeit. Sie synthetisiert das Moment der bürgerlichen Leistungsideologie mit dem Versprechen von ökonomischer Sicherheit und sozialer Wohlfahrt und verpflichtet das Herrschaftssystem, entsprechende Stabilitätsbedingungen im ökonomischen und sozialen Raum zu garantieren sowie formaldemokratische Entscheidungsverfahren und politische Rekrutierungsprozeduren einzuhalten.

---

1) Habermas, Technik und Wissenschaft als Ideologie, S. 76

Die spätkapitalistische Legitimation des Staates ist also auf systemrationale Steuerungsimperative abgestellt, sie entzieht sich der praktischen Partizipation der Öffentlichkeit und macht sie funktionslos.

"Die Politik älteren Stils war ... durch die Legitimationsform der Herrschaft gehalten, sie im Verhältnis zu praktischen Zielen zu bestimmen. ... Das gilt auch noch für die Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft. Die heute herrschende Ersatzprogrammatik bezieht sich hingegen nur noch auf das Funktionieren eines gesteuerten Systems. Sie schaltet praktische Fragen aus, und damit die Diskussion über die Annahme von Standards, die allein der demokratischen Willensbildung zugänglich wären. Die Lösung technischer Aufgaben ist auf öffentliche Diskussion nicht angewiesen. ... Die neue Politik des staatlichen Interventionismus verlangt darum eine Entpolitisierung ... der Bevölkerung. Im Maße der Ausschaltung praktischer Fragen wird auch die politische Öffentlichkeit funktionslos."[1]

Die strukturelle Entpolitisierung der Bevölkerung bedarf nun aber ihrerseits der Rechtfertigung. Das leisten heute teils Eliteideologien, vor allem aber Technik und Wissenschaft, die nicht nur Produktivkraft sind,sondern auch die Rolle einer legitimierenden Ideologie übernehmen.

"Heute verewigt und erweitert sich die Herrschaft nicht nur vermittels der Technologie, sondern als Technologie, und diese liefert der expansiven politischen Macht, die alle Kulturbereiche in sich aufnimmt, die große Legitimation. ... Technologische Rationalität schützt ... schützt die Rechtmäßigkeit von Herrschaft, als daß sie sie abschafft, und der instrumentalistische Horizont der Vernunft eröffnet sich zu einer auf rationale Art totalitären Gesellschaft. ... Die befreiende Kraft der Technologie ... verkehrt sich in eine Fessel der Befreiung, sie wird zur Instrumentalisierung des Menschen. "[2]

Der ideologischen Überbrückung des Widerspruchs zwischen proklamierter Freiheit, Gleichheit, Sicherheit und Wohlstand und faktischer Ungleichheit und Entfremdung sind jedoch enge Grenzen gesetzt, denn das Arsenal von Verschleierungstechniken und -theorien ist unter Krisenbedingungen sehr schnell verbraucht, was eine Legitimationskrise des Staates nach sich zieht. Der Manipulationsspielraum der staatlichen 'Ideologieplanung' (Luhmann) ist schon deswegen begrenzt, weil es keine

1) Habermas, Technik und Wissenschaft als Ideologie, S. 78

2) Marcuse, Der eindimensionale Mensch, S.173 - 174

administrative Sinnerzeugung gibt und der Modus der Legitimationsbeschaffung selbstdestruktiv wird, sobald man ihn durchschaut. [1]

Nun ist eine Legitimationskrise des Staates noch keine politische Krise, sondern erzeugt nur Mißtrauen, 'Staatsverdrossenheit' oder 'punktuelles Unbehagen' (Fetscher). Das nämlich meinen bürgerlichen Theoretiker, wenn sie hinsichtlich der beobachtbaren staatlichen Desintegrations- und Paralysierungserscheinungen von der 'Unregierbarkeit' der Demokratie sprechen. Bekanntlich hindert die sogenannte 'Unregierbarkeit' die Herrschenden aber nicht, dennoch ihre Herrschaft fortzusetzen. Von einer politischen Krise im stringenten Sinne kann erst gesprochen werden,

"wenn der Schein der Klassenneutralität des bürgerlichen Staates folgenreich durchbrochen wird, aufbrechende Klassenkämpfe in den politischen Apparat hinein transformiert werden und so grundlegende Strukturveränderungen ... entstehen, die ihrerseits Rückwirkungen auf die Entwicklung der Klassenkämpfe haben. Alles andere sind Reibungen und Querelen, die den Bestand des bürgerlichen Staates zunächst nicht tangieren. Das heißt, daß Legitimationsdefizite - als Ausdruck der Zerstörung von Staatsillusion - wohl eine Bedingung der politischen Krise sind, aber nicht ihr Inhalt." [2]

Die Legitimation des spätkapitalistischen Staates und des kapitalistischen Systems überhaupt, ist gemessen an dem objektiven Stand der Produktivkräfte heute längst überholt. Der wissenschaftlich - technische Fortschritt dient heute hauptsächlich der beschleunigten Akkumulation des Kapitals und wird bedingt durch hohe Arbeitslosigkeit und Entfremdung zum sozialen Rückschritt.
Dennoch ist das Proletariat der industriell fortgeschrittenen Länder im allgemeinen nicht zu einer Revoltierung bestehender gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse bereit. Die Arbeiterklasse stellt im heutigen Spätkapitalismus

---

1) Vgl. Habermas, Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, S. 318 und Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, S. 99

2) Hirsch, Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, S. 261 - 262

ein sehr uneinheitliches Potential dar, dessen Entwicklung abzuwarten bleibt.

"Wegen ihrer unterdrückten und ausgebeuteten Stellung und ihres antagonistischen Gegensatzes zum Kapital ist das Bewußtsein der Arbeiter ambivalent bestimmt: teils erliegen ... sie den Mystifikationen, die das Kapital mit Notwendigkeit produziert, teils aber befinden sie sich ... auch schon bewußtseinsmäßig im Gegensatz zur herrschenden Gesellschaft. Es ist daher eine Frage des je konkreten Verlaufs der kapitalistischen Entwicklung und der daraus entstehenden Klassenkämpfe, welche Seite des Bewußtseins die Oberhand erhält und wie sich das Klassenbewußtsein entfaltet." [1]

Überwiegend kann man m.E. Marcuse darin zustimmen, daß das heutige Proletariat nicht mehr die 'absolute Negation der bestehenden Gesellschaft' [2] darstellt.
Diese 'Entrevolutionierung' (Flechtheim) des Proletariats zeigt sich in einer überwiegend 'antirevolutionären' (Marcuse) Haltung der Arbeiterklasse anstelle eines revolutionären Klassenbewußtseins, mit welchem das Ende der bourgeoisen Herrschaft absehbar wäre.

"Unterstellt, das Proletariat sei sich seines Klassengegensatzes gegen die Bourgeoisie völlig bewußt, sehen wir ... daß die politische - und ... ökonomische - Klassenherrschaft der Bourgeoisie gar nicht möglich wäre. ... Solange die Arbeiterklasse sich ihres objektiven Gegensatzes gegen die Bourgeoisie nicht bewußt ist, ist offensichtlich auch bei überwiegender Mehrheit des Proletariats die Herrschaft der Bourgeoisie in demokratischen Formen möglich." [3]

Die ideologische Legitimation des spätkapitalistischen Staates zu durchschauen, erfordert das Überschreiten einer Schwelle, welche von Wissenschaft und Technik errichtet wurde, unterhalb derer politisches Handeln bedeutungslos wird.
Das Fehlen eines revolutionären Klassenbewußtseins [4] wird in der marxistischen Diskussion auf verschiedene Gründe zurückgeführt; nicht nur staatliche Interventionspolitik und wissenschaftlich - technischer Fortschritt kommen als Begründungen in Frage, ebenso etwa die Verbürgerlichung der

---

1) Ebbighausen/Winkelmann, Zur aktuellen politischen Bedeutung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus ..., in: Ebbighausen (Hrsg), Monopol und Staat, S. 40

Forts. zu S. 212

2) Marcuse, Konterrevolution und Revolte, S. 5o,
vgl. auch S. 11 - 12

3) Bader, Einführung in die Gesellschaftstheorie (II),
S. 38o - 381

4) Das Klassenbewußtsein des Proletariats ist nicht mit dem empirisch vorfindlichen Bewußtsein der Arbeiter zu verwechseln. Es ist nicht ihre 'politische Kultur'und ebenso falsch ist es, daß Klassenbewußtsein auf ein psychologisches Attribut zu reduzieren. Das Klassenbewußtsein des Proletariats ist die rational angemessene Reaktion, die einer bestimmten typischen Stellung im Prozeß des kapitalistischen Produktion entspricht und impliziert im Zusammenhang mit der Realitätserkenntnis ein proletarisches Solidaritätsgefühl, die 'Übernahme eines besonderen wir'. (Sartre, Das Sein und das Nichts, S. 536), Vgl. hierzu

bes. Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, S. 115ff,
Kofler, Der proletarische Bürger, S. 174f,und
Sandkühler, Praxis und Geschichtsbewußtsein, S. 351f.

sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften, kurz, der Arbeiterbewegung, die Verhaftungen und/oder Ermordungen von Arbeiterführern, direkte staatliche Repression, nationalistische und antikommunistische Propaganda und vor allem auch das negative Beispiel der Staaten im real existierenden Sozialismus, Staatssysteme, wie sie die sozialistischen Klassiker eigentlich beseitigt sehen wollten.

Das spätkapitalistische System basiert "auf der politischen Apathie der Massen",[1] ihre Akklamation zu staatlichen Entscheidungen ist nicht Ausdruck politischer Reife, sondern Maßstab gesellschaftlicher Entpolitisierung.

Zwar kann eine sozialistische Revolution nur vom organisierten Proletariat getragen werden, der revolutionäre Impuls wird aber von anderer Seite kommen müssen. Adorno, Marcuse Habermas und Negt setzten hier auf depravierte Randgruppen und Intellektuelle; Kofler verspricht sich die emanzipatorische Initiative von einer 'progressiven humanitären Elite', die sich aus allen gesellschaftlichen Schichten rekrutiert und Touraine und Mallet sehen die wissenschaftlich - technische Intelligenz in den Betrieben, die 'neue Arbeiterklasse' als eventuell revolutionäre Avantgarde des Proletariats.

Humanistische Pädagogen und Philosophen, die weit über die Grenzen der bürgerlich - kapitalistischen Aufstiegsepoche hinauswiesen, ich denke hier an Rousseau, Pestalozzi, Fröbel, Fichte oder Schiller, glaubten, indem sie im Kinde jenes Menschliche entdeckten, welches die kapitalistische Produktionsweise mit zunehmenden Alter zum Verschwinden bringt, daß ein Geschlecht herangezogen werden könne, das die Kraft zur menschlichen Selbstbefreiung aufbringen wird.

Indes nahmen Repression, Unterdrückung und politische Gewalt in ungeahnten Ausmaß zu. Seit dem Sieg über den Faschismus

---

1) Bischoff, Die Klassenstruktur der Bundesrepublik Deutschland, S. 167

kam es trotz den 'Vereinten Nationen' (deren selbsterklärtes Ziel die Sicherung des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern, die Förderung der Menschenrechte und die internationale Zusammenarbeit auf allen Gebieten ist) zu über 150 militärisch ausgetragenen Konflikten in der Welt, was hinlänglich beweist, daß nicht etwa idealistische Bestrebungen, sondern imperialistische Machtpolitik das internationale politische Klima bestimmt.

Der sowjetische Staat, der als sozialistisch gelten will, tritt nicht weniger imperialistisch in Erscheinung als die kapitalistische Großmacht Amerika. Die Expansionspolitik des Sowjetregimes läßt sich am Beispiel militärischer Interventionen in der DDR, Ungarn, der Tschechoslowakei oder Afghanistan ebenso belegen, wie die amerikanischen Aggressionen am Beispiel von Vietnam, Grenada oder Nicaragua.

In den westlichen kapitalistischen Ländern ist mit der allgemeinen Krise und zunehmenden Defiziten staatlicher Legitimation heute eine Tendenz zu beobachten, die sich in der Rückbildung freiheitlich - demokratischer Elemente zeigt, und von marxistischen Autoren mit Begriffen wie 'demokratische Transformation' und 'Involutionstendenz zu einem autoritären Staat rechtsstaatlichen Typus' (Agnoli), als 'neuer Autoritarismus' (Libertini), 'autoritärer Etatismus' (Poulantzas) 'konservativer Autoritarismus' (Miliband) oder 'Vergrößerung des physischen Gewaltpotentials des Staates' (Hirsch) bezeichnet wird. Ähnlich wie in der deutschen Weimarer Republik, meint Abendroth, dringe durch die Restauration konservativer Macht-Machtverhältnisse jetzt wieder in der Bundesrepublik Deutschland

"unvermeidlich obrigkeitsstaatliches, oft genug sogar totalitär-faschistisches Denken unterwandernd in die öffentliche Verwaltung, in die Rechtssprechung, in die wissenschaftliche Interpretation des Verfassungs- und Verwaltungsrechtes ein." [1]

---

1) Abendroth, Arbeiterklasse, Staat und Verfassung, S. 152

Tendenzen, wie sie in der BRD kaum noch übersehbar sind.

"In der Tat muß mit Blindheit geschlagen sein, wer nicht sieht, daß von Gesinnungsschnüffelei über Berufsverbot, von politischer Verfolgung wegen Gewerkschaftsmitgliedschaft oder DDR - Besuch bis zu Gesetzen, die politische Kritik eines harmlosen Leitartikels als kriminelle Gewalt gegen den Staat unter Strafandrohung stellen, gegenwärtig in der Bundesrepublik eine Unterdrückung und Behinderung der sozialen Bewegung des Proletariats in Gang gekommen ist, die in den europäischen Metropolen des Kapitals nicht ihresgleichen hat." [1]

Manche marxistische Theoretiker, wie z.B. Reinhard Kühnl, Leo Kofler oder Nicos Poulantzas wollen gar eine Refaschisierung, wenn auch in neueren Formen, nicht völlig ausgeschlossen wissen.[2] Allerdings ist die Möglichkeit eines Wiedererstarkens fastistischen Potentials unwahrscheinlich.

Der Verfasser geht davon aus, daß der Sozialismus eine 'konkrete Utopie' (Bloch) ist und die kapitalistische Gesellschaftsformation ersetzen wird, sobald der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital einen Stand erreicht haben wird, an dem seine Reproduktion unmöglich wird.

Ebenso wie im heutigen Spätkapitalismus die antike Sklaverei (und die Negerversklavung in den amerikanischen Südstaaten des 17. bis 19. Jahrhundert), sowie die feudale Leibeigenschaft im europäischen Mittelalter als unmenschlich angesehen werden, so wird eines Tages sicherlich, von einer höheren gesellschaftlichen Warte, das charakteristische, staatlich sanktionierte antagonistische Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital der bürgerlichen Gesellschaftsepoche allgemein als illegitim empfunden werden.

---

1) Bischoff, Die Klassenstruktur des Bundesrepublik Deutschland, S. 171 - 172

2) Kühnl, Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus, S. 159-163, Kofler, Staat, Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus, S. 162 und Poulantzas, Faschismus und Diktatur, S. 387

Literaturangaben

Die Zitate von Marx und Engels (mit Ausnahme von Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, und Marx, Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, beide Frankfurt 1974) sind entnommen aus: Marx Engels Werke (MEW), hrsg. v. Institut für Marxismus - Leninismus beim ZK der SED, Ostberlin, Dietz Verlag, Auflagen 1956ff (auf der Basis der zweiten russischen Ausgabe 1955ff)

Die Zitate von Lenin sind entnommen aus Lenin Werke (LW), hrsg. v. Institut für Marxismus - Leninismus beim ZK der SED, Ostberlin, Dietz Verlag, Auflagen 1955ff (auf der Basis der vierten russischen Ausgabe 1955ff)

Abendroth Wolfgang, Arbeiterklasse, Staat und Verfassung Frankfurt 1975

Adler Erwin, Die politische Ethik im Rahmen der marxistisch - leninistischen Ideologie, in: P.C. Mayer-Tasch, (Hrsg), Münchner Beiträge zur Politikwissenschaft, Freiburg 198o

Adler Max, Die Staatsauffassung des Marxismus, Darmstadt 1964

Adorno Theodor W., Minima Moralia, Frankfurt 1969

Adorno Theodor W., Soziologische Schriften I, hrsg. v. Rolf Tiedemann, Frankfurt 1979

Adorno Theodor W., Jargon der Eigentlichkeit, Frankfurt 1964

Adorno Theodor W. u.a., Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, Darmstadt und Neuwied 1979

Agnoli Johannes, Brückner Peter, Die Transformation der Demokratie, Frankfurt 1978

Althusser Louis, Ideologie und ideologische Staatsapparate (u.a. Schriften), Hamburg 1977

Althusser Louis, Für Marx, Frankfurt 1968

Althusser Louis, Die Krise des Marxismus, Hamburg 1978

Altvater Elmar, Zu einigen Problemen des 'Krisenmanagement' in der kapitalistischen Gesellschaft, in: Jänicke Martin (Hrsg), Herrschaft und Krise, Opladen 1973

Altvater Elmar, Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus, in: Probleme des Klassenkampfes, No. 3, Berlin, Erlangen 1972

Altvater Emar, Kallscheuer Otto, (Hrsg), Den Staat diskutieren, Berlin 1979

Altvater Elmar, Basso Lelio, Mattick Paul, Hirsch Joachim, Offe Claus u.a., Rahmenbedingungen und Schranken staatlichen Handelns, Frankfurt 1976

Bader Veit u.a., Einführung in die Gesellschaftstheorie (II), Frankfurt 1976

Bakunin Michael, Gott und der Staat, hrsg. v. Max Nettlau, Bremen 1977

Banning Willem, Karl Marx, Leben, Lehre und Bedeutung, München und Hamburg 1966

Baran Paul A., Sweezy Paul M., Monopolkapital, Frankfurt 1973

Basso Lelio, Gesellschaftsformation und Staatsform, Frankfurt 1975

Benjamin Walter, Zur Kritik der Gewalt, Frankfurt 1978

Bettelheim Charles, Über das Fortbestehen von Warenverhältnissen in den sozialistischen Ländern, Berlin 197o

Beyme Klaus von, Sozialismus oder Wohlfahrtsstaat?, München 1977

Bischoff Joachim, Marxismus und Staat, Hamburg 1977

Bischoff Joachim (Hrsg), Die Klassenstruktur der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 198o

Blanke Bernhard, Jürgens Ulrich, Kastendiek Hans, Zur neueren marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates, in: Probleme des Klassenkampfes No. 14/15, Berlin, Erlangen, 1974

Bloch Ernst, Karl Marx und die Menschlichkeit, Reinbek 1969

Bloch Ernst, Recht, Moral, Staat, Pfullingen 1971

Bloch Ernst, (Hrsg), Karl Marx und die Revolution, Frankfurt 197o

Braunmühl Claudia von, Funken Klaus, Cogoy Mario, Hirsch Joachim. Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt 1973

Bühl Water Ludwig, Ökologische Knappheit, Göttingen 1981

Burlazki Fjodor, Der Weltfrieden, Utopie oder Realität?, Moskau 1982

Calvez Jean-Yvez, Karl Marx, Darstellung und Kritik seines Denkens, Olten und Freiburg 1964

Carneiro Robert L., Eine Theorie zur Entstehung des Staates, in: Eder Klaus (Hrsg), Die Entstehung von Klassengesellschaften, Frankfurt 1973

Castel Robert, Psychoanalyse und gesellschaftliche Macht, Kronberg 1976

Clemenz Manfred, Staatsfaschistische Tendenzen im Spätkapitalismus, in: Kursbuch No. 31, Berlin 1973

Colletti Lucio, Libertini Lucio, Maitan Livio, Magri Lucio, Über Lenins 'Staat und Revolution' heute, Berlin 197o

Cornu Auguste, Die Herausbildung des historischen Materialismus, Berlin 1967

Crozier Michel J., Huntington Samual P., Watanuki Joji, The Crisis of Democracy, New York 1975

Dahmer Helmut, Politische Orientierungen, Frankfurt 1973

Dahrendorf Ralf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, Stuttgart und Hamburg 1965

Deppe Frank, Partizipation, Autonomie und Demokratie, Elemente des Kampfes für den Sozialismus, in: Das Argument, Sonderband AS 61, Berlin 1981

Deppe Frank, Mitbestimmung und Fremdbestimmung im Bewußtsein der Arbeiter, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, No. 3, Frankfurt 1969

Deppe Frank, Lange Helmuth, Zur Soziologie des Arbeiter- und Klassenbewußtseins, in:, Das Argument, No. 62, Berlin 197o

Deppe Frank, Lange Helmuth, Peter L. (Hrsg), Die neue Arbeiterklasse - Technische Intelligenz und Gewerkschaften im organisierten Kapitalismus, Frankfurt 197o

Deutscher Isaac, Die sozialistische Konzeption vom Menschen, Frankfurt 1978

Dobb Maurice, Organisierter Kapitalismus, Frankfurt 1973

Duhm Dieter, Angst im Kapitalismus, Lampertheim 1976

Duve Freimut, Böll Heinrich u.a., Briefe zur Verteidigung der Republik, Reinbek 1977

Ebbighausen Rolf (Hrsg), Monopol und Staat, Frankfurt 1974

Eckert Rainer, Priester Klaus, Rechtsform und Revolution unter staatsmonopolistischen Bedingungen, in: Marxistische Blätter,No. 4, Frankfurt 1973

Eder Klaus, Die Reorganisation der Legitimationsformen in Klassengesellschaften, in: Eder Klaus (Hrsg), Die Entstehung von Klassengesellschaften, Frankfurt 1973

Esser Josef, Einführung in die materialistische Staatsanalyse, Frankfurt 1975

Flatow Sibylle von, Huisken Freerk, Zum Problem der Ableitung des bürgerlichen Staates, in: Probleme des Klassenkampfes No. 7, Berlin, Erlangen, 1973

Flechtheim Ossip K., Ausblick in die Gegenwart, Reinbek 1981

Flechtheim Ossip K., Die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland und der Terrorismus, in: Vorgänge No. 4o/41, Weinheim, 1979

Fortsthoff Ernst, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, Darmstadt 1968

Forsthoff Ernst, Der Staat der Industriegesellschaft, München 1971

Foucault Michel, Sexualität und Wahrheit, Frankfurt 1977

Foucault Michel, Mikrophysik der Macht, Berlin 1976

Foucault Michel, Über Strafjustiz, Psychiatrie und Medizin, Berlin 1976

Frank Jürgen, Kritische Ökonomie, Reinbek 1976

Frerichs Johann, Kraiker Gerhard, Konstitutionsbedingungen des bürgerlichen Staates und der sozialen Revolution bei Marx und Engels, Frankfurt 1975

Freud Sigmund, Abriß der Psychoanalyse/Das Unbehagen in der Kultur, Frankfurt 1977

Freud Sigmund, Massenpsychologie und Ich - Analyse, Frankfurt 197o

Fromm Erich, Das Menschenbild bei Marx, Frankfurt 1975

Fromm Erich, Haben oder Sein, München 1981

Fromm Erich, Jenseits der Illusionen, Reinbek 1981

Fromm Erich, Anatomie der menschlichen Destruktivität, Stuttgart 198o

Fromm Erich, Wege aus einer kranken Gesellschaft, Frankfurt 198o

Fromm Erich, Die Seele des Menschen, Frankfurt 1981

Garaudy Roger, Marxismus im 2o. Jahrhundert, Reinbek 197o

Garaudy Roger, Die große Wende des Sozialismus, München 1972

Gerstenberger Heide, Zur Theorie der historischen Konstitution des bürgerlichen Staates, in: Probleme des Klassenkampfes, No. 8/9, Berlin, Erlangen 1973

Gerstenberger Heide, Klassenantagonismus, Konkurrenz und Staatsfunktionen, in: Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie, No. 3, Frankfurt 1975

Giddens Anthony, Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften, Frankfurt 1979

Gündel Rudi, Die Internationalisierung der Wirtschaft im staatsmonopolistischen Kapit lismus und ihre Widersprüche, Berlin 1976

Habermas Jürgen, Theorie und Praxis, Frankfurt 1982

Habermas Jürgen, Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt 1976

Habermas Jürgen, Kultur und Kritik, Frankfurt 1973

Habermas Jürgen, Erkenntnis und Interesse, Frankfurt 1973

Habermas Jürgen, Technik und Wissenschaft als 'Ideologie', Frankfurt 1981

Habermas Jürgen, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt 1979

Haug Wolfgang Fritz (Hrsg), Probleme der materialistischen Staatstheorie, Berlin 1977

Havemann Robert, Morgen, Die Industriegesellschaft am Scheideweg, Frankfurt 1982

Havemann Robert, Rückantworten, München 1971

Heinrich Brigitte, Intervention und Integration, Zum Verhältnis von Staat und Ökonomie, in: Kursbuch, No. 31, Berlin 1973

Hennig Eike, Hirsch Joachim, Reichelt Helmut, Schäfer Gert, Karl Marx, Friedrich Engels, Staatstheorie, Frankfurt Berlin, Wien 1974

Hereth Michael, Freiheit, Politik und Ökonomie, München 1974

Herzog Philippe, Die Funktion des Staates in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft, in: Marxismus Digest, No. 1, Frankfurt 1974

Hirsch Joachim, Funktionsveränderungen der Staatsverwaltung in spätkapitalistischen Industriegesellschaften, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, No 2, Köln 1969

Hirsch Joachim, Bemerkungen zum theoretischen Ansatz einer Analyse des bürgerlichen Staates, in: Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie, No. 8/9, Frankfurt 1976

Hirsch Joachim, Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, Frankfurt 1974

Hirsch Joachim, Wissenschaftlich - technischer Fortschritt und politisches System, Frankfurt 1973

Horkheimer Max, Gesellschaft im Übergang, Frankfurt 1981

Horkheimer Max, Adorno Theodor W., Dialektik der Aufklärung, Frankfurt 1980

Illich Ivan, Entmündigung durch Experten, Reinbek 1979

Institut für marxistische Studien und Forschungen, Klassen- und Sozialstruktur der BRD, 1950 - 1970, Frankfurt 1973/74

Jaeggi Urs, Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik, Frankfurt 1974

Jaeggi Urs, Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik, Frankfurt 1969

Jäger Michael, Marxistische Staatstheorie, in: Das Argument, No. 124, Berlin 1980

Jaspers Karl, Aspekte der Bundesrepublik, München 1972

Katzenstein Robert, Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Probleme des Klassenkampfes, No. 8/9, Berlin, Erlangen 1973

Katzenstein Robert, Politik und Ökonomie im gegenwärtigen Kapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, No. 7, Köln 1973

Kirchheimer Otto, Funktionen des Staats und der Verfassung, Frankfurt 1972

Kirchheimer Otto, Politische Herrschaft, Frankfurt 1967

Klaus Georg, Buhr Manfred,(Hrsg), Marxistisch - Leninistisches Wörterbuch der Philosophie (dreibändig), Reinbek 1979

Kofler Leo, Stalinismus und Bürokratie, Neuwied und Berlin 197o

Kofler Leo, Haut den Lukácz - Realismus und Subjektivismus, Lollar, 1977

Kofler Leo, Der asketische Eros, Wien, Frankfurt, Zürich 1967

Kofler Leo, Der proletarische Bürger, Wien 1964

Kofler Leo, Geschichte und Dialektik, Darmstadt und Neuwied 1973

Kofler Leo, Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied und Berlin 1971

Kofler Leo, Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus, Ulm 197o

Kofler Leo, Zur Kritik der Alternativen, Hamburg 1983

Kofler Leo, Beherrscht uns die Technik, Hamburg 1983

Korsch Karl, Marxismus und Philosophie, Frankfurt 1966

Korsch Karl, Die materialistische Geschichtsauffassung, Frankfurt 1971

Korsch Karl, Karl Marx, Frankfurt 1967

Kosik Karel, Sartre Jean-Paul, Luporini Cesare, Garaudy Roger, della Volpe Galvano, Markovic Mihailo, Schaff Adam, Moral und Gesellschaft, Frankfurt 197o

Kostede Norbert, Die neuere marxistische Diskussion über den bürgerlichen Staat, in: Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie, No. 8/9, Frankfurt 1976

Krause Helmut, Marx und Engels und das zeitgenössische Rußland, Gießen 1958

Kress Gisela, Senghaas Dieter (Hrsg), Politikwissenschaft, Frankfurt 1972

Kühnl Reinhard, Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus, München 1972

Läpple Dieter, Staat und allgemeine Produktionsbedingungen, Berlin 1973

Läpple Dieter, Staat und politische Organisation. Probleme marxistischer Staatsanalyse, in: Krysmanski H.J., Marwedel Peter (Hrsg), Die Krise in der Soziologie, Köln 1975

Lefèbvre Henri, Probleme des Marxismus, heute, Frankfurt 1971

Lefèbvre Henri, Der Marxismus, München 1975

Leonhard Wolfgang, Sowjetideologie heute (2), Frankfurt 1977

Link Jochen (Hrsg), Beiträge und Materialien zur Spätkapitalismusdiskussion, München 1975

Löw Konrad, Die Lehre des Karl Marx, Köln 1982

Ludz Peter Christian, Deutschlands doppelte Zukunft, München 1974

Lukács Georg, Geschichte und Klassenbewußtsein, Neuwied und Berlin 1971

Lukács Georg, Lenin, Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken, Neuwied und Berlin, 1969

Lukács Georg, Volkstribun oder Bürokrat, in: Lukács Werke, Bd. 4, Neuwied und Berlin 1971

Lukács Georg, Heller Agnes u.a., Individuum und Praxis, Frankfurt 1975

Luxemburg Rosa, Karl Marx, in: Gesammelte Werke, Bd. I und II, Berlin 1979

Mandel Ernest, Der Spätkapitalismus, Frankfurt 1974

Mandel Ernest, Marxistische Wirtschaftstheorie (zweibändig), Frankfurt 1974

Mandel Ernest, Novack George, The Marxist Theory of Alienation, New York 1979

Marcuse Herbert, Konterrevolution und Revolte, Frankfurt 1973

Marcuse Herbert, Der eindimensionale Mensch, Darmstadt und Neuwied 1979

Marcuse Herbert, Die Permanenz der Kunst, München 1977

Marcuse Herbert, Versuch über die Befreiung, Frankfurt 1968

Marcuse Herbert, Rapoport Anatol, Horn Klaus, Mitscherlich Alexander Senghaas Dieter, Markovic Mihailo, Aggression und Anpassung in der Industriegesellschaft, Frankfurt 1968

Masi Eduarda, Der Maoismus und die europäische Linke, Berlin 197o

Mauke Michael, Die Klassentheorie von Marx und Engels, Frankfurt 1977

Meschkat Klaus, Negt Oskar, (Hrsg), Gesellschaftsstrukturen, Frankfurt 1973

Michels Robert, Zur Soziologie des Parteienwesens in der modernen Demokratie, Stuttgart 1957

Miliband Ralph, Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft, Frankfurt 1975

Miliband Ralph, Marx und der Staat, Berlin 1971

Mordstein Friedrich, Ist der Marxismus Humanismus ?, Stuttgart 1969

Müller Wolfgang, Neusüß Christel, Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: Probleme des Klassenkampfes, Sonderheft No. 1, Berlin, Erlangen, 1971

Narr Wolf Dieter, Pluralistische Gesellschaft, Hannover 1969

Negri Tony, Staat in der Krise, Berlin 1977

Negt Oskar, Politik als Protest, Frankfurt 1971

Neznanov V., The Transition from Capitalism to Socialism, Moskau 1983

Nicolaus Martin, Konkurrenz und Mehrwert - Zur Klassentheorie bei Marx, Berlin 1970

Oelßner Fred, Zur geschichtlichen Rolle und zum Begriff des Monopols, in: Marxismus Digest, No. 3, Frankfurt 1971

Offe Claus, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt 1980

Ossowski Stanislaw, Die Klassenstruktur im sozialen Bewußtsein, Neuwied und Berlin 1972

Plechanow G.W., Beiträge zur Geschichte des Materialismus, Berlin 1946

Poljakow Juri, Bürgerkrieg in Rußland, Moskau 1981

Paschukanis Eugen, Allgemeine Rechtslehre und Marxismus, Frankfurt 1970

Poulantzas Nicos, Klassen im Kapitalismus - heute, Berlin 1975

Poulantzas Nicos, Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt 1974

Poulantzas Nicos, Zum marxistischen Klassenbegriff, Berlin 1973

Poulantzas Nicos, Die Internationalisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der Nationalstaat, Berlin 1973

Poulantzas Nicos, K. Marx und F. Engels, in: Châtelet Francois, (Hrsg), Geschichte und Philosophie, Bd. V, Frankfurt, Berlin, Wien, 1974

Poulantzas Nicos, Faschismus und Diktatur, München 1973

Poulantzas Nicos, Staatstheorie, Hamburg 1978

Poulantzas Nicos, Die Krise der Diktaturen, Frankfurt 1977

Poulantzas Nicos, Miliband Ralph, Laclau Ernesto, Kontroverse über den kapitalistischen Staat, Berlin 1976

Priester Karin, Studien zur Staatstheorie des italienischen Marxismus, Gramsci und Della Volpe, Berlin 1974

Projekt Klassenanalyse, Materialien zur Klassenstruktur der BRD, Berlin 1973/74

Rausch Heinz, Politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1980

Reich Wilhelm, Die Massenpsychologie des Faschismus, Frankfurt 1981

Rottleuthner Hubert (Hrsg), Probleme der marxistischen Rechtstheorie, Frankfurt 1975

Rudel Gert, Marxistische Staatstheorie und sozialistische Strategie in der Bundesrepublik, in: Probleme des Klassenkampfes, No. 49, Berlin, Erlangen 1982

Rudel Gert, Die Entwicklung der marxistischen Staatstheorie in der Bundesrepublik, Frankfurt 1981

Sandkühler Hans Jörg, Praxis und Geschichtsbewußtsein, Frankfurt 1973

Sandkühler Hans Jörg, (Hrsg), Betr.: Althusser, Kontroversen über den Klassenkampf in der Theorie, Köln 1977

Sartre Jean-Paul, Das Sein und das Nichts, Hamburg 1952

Sartre Jean-Paul, Kritik der dialektischen Vernunft, Reinbek 1967

Sartre Jean-Paul, Marxismus und Existentialismus, Reinbek 1975

Sartre Jean-Paul, Drei Essays (Ist der Existentialismus Humanismus?; Materialismus und Revolution; Betrachtungen zur Judenfrage), Frankfurt 1981

Sartre Jean-Paul, Bewußtsein und Selbsterkenntnis, Frankfurt 1981

Sartre Jean-Paul, Der Intellektuelle und die Revolution, Neuwied und Berlin 1971

Sauer Dieter, Staat und Staatsapparat, Frankfurt 1978

Schelsky Helmut, Auf der Suche nach Wirklichkeit, München 1979

Schleifstein Josef, Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, No. 4, Köln 1973

Sowjetideologische Lehrbücher : Grundlagen der marxistischen Philosophie, Berlin 1960
: Grundlagen des Marxismus - Leninismus, Berlin 1960

Spannraft Eckhard, Demokratie, Mechanismen der Herrschaft?, München 1975

Sperber Manès, Individuum und Gemeinschaft, Frankfurt, Berlin, Wien 1981

Sperber Manès, Sieben Fragen zur Gewalt/Leben in dieser Zeit, München 1980

Thier Erich, Das Menschenbild des jungen Marx, Göttingen 1957

Tillich Paul, Für und wider den Sozialismus, München und Hamburg 1969

Tjaden Hermann Karl, Soziales System und sozialer Wandel, Stuttgart 1972

Tjaden Hermann Karl, Tjaden - Steinhauer Margarete, Klassenverhältnisse im Spätkapitalismus, Stuttgart 1973

Tjaden - Steinhauer Margarete, Tjaden Hermann Karl, Zur Analyse der Sozialstruktur des deutschen Kapitalismus, in: Das Argument, No. 61, Berlin 1970

Treptow Elmar, Die Entfremdungstheorie bei Karl Marx, München 1978

Trotzki Leo, Die permanente Revolution, Frankfurt 197o

Tscheprakow W., Ökonomische Probleme des antimonopolistischen Staates, in: Marxismus Digest, No. 2, Frankfurt 1972

Tuschling Burkhard, Rechtsform und Produktionsverhältnisse, Köln und Frankfurt 1976

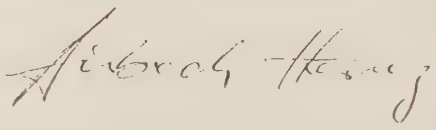
Wetter Gustav, Sowjetideologie heute (1), Frankfurt 1977

Winckler Lutz, Kulturwarenproduktion, Frankfurt 1973

Wirth Margaret, Zur Kritik der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Probleme des Klassenkampfes, No. 8/9, Berlin, Erlangen 1973

Wirth Margaret, Kapitalismustheorie in der DDR, Frankfurt 1973

Zentralkomitee der KPdSU, Zum 8o. Jahrestag des II. Parteitages der SDAPR, Moskau 1983

Lebenslauf

7.3.1951	geboren in Regensburg, verh. seit 15.8.1978
1957 - 1965	Volksschule Regensburg
1965 - 1968	Kaufmännische Lehre bei Auskunftei Bürgel in Regensburg, Kaufmannsgehilfenbrief Juli 1968
1966 - 1969	Berufsaufbauschule Regensburg, Fachschulreife Juli 1969
1970	Höhere Wirtschaftsfachschule Regensburg
1971 - 1975	Kaufmännischer Sachbearbeiter bei British Airways, München - Riem
1976	Kaufmännischer Sachbearbeiter bei Yugoslav Airlines, München - Riem
1974 - 1976	Oberstufenlehrgänge am A. Weber Gymnasium München, Abitur Juni 1976
1976 - 1981	Studium der Politologie, Soziologie und Amerikanistik an der Universität München, Magister Artium Juli 1981
1981 - 1984	Promotionsstudium und Forschungsarbeit auf den Philippinen, Buchverfassung : Die Wunderheiler auf den Philippinen, erschienen im April 1984 bei Verlagsgesellschaft R. Gremer, Ebelsbach
Juli 1984	Promotion zum Dr. phil. an der Universität München in Politologie, Soziologie und Amerikanistik